

LUZI STAMM

**DER
KNIEFALL
DER
SCHWEIZ**

**Die Krise Schweiz – Zweiter Weltkrieg
ist weniger eine aussenpolitische
als vielmehr eine
innenpolitische Krise unseres Landes.**



Luzi Stamm, geb. 1952, Rechtsanwalt und Nationalökonom, seit 1991 Mitglied des Nationalrats als Vertreter der freisinnigen Partei Aargau. Im Herbst 1995 wurde er in eine fünfköpfige Kommission gewählt, die im Nationalrat zu prüfen hatte, ob sich wegen «nachrichtenlosen Vermögen» auf Schweizer Banken gesetzliche Massnahmen aufdrängen. Somit erlebte er die Angriffe gegen die Schweiz von Anfang an aus nächster Nähe mit.

Worum geht es wirklich?

«Krise Schweiz – Zweiter Weltkrieg», «Nachrichtenlose Vermögen», «Raubgoldkrise», «Holocaustkrise»: Viel hat man davon seit 1996 gehört und gelesen. Dieses Buch zeigt, wie wenig man trotzdem die

Fakten und Hintergründe der jüngsten Angriffe gegen unser Land

kennt. Im ersten Teil legt der Autor dar, wie unverständlich es ist, dass ausgerechnet die Schweiz zur Zielscheibe wurde. Bereits im Vorwort listet er in 12 Punkten auf, wie unglaublich die Vorwürfe und Forderungen von allem Anfang an waren. Er zeigt, wie falsch antiamerikanische und antisemitische Reaktionen sind, indem er die wirklichen Drahtzieher der Angriffe beim Namen nennt.

Im zweiten Teil wird bemängelt, dass unser Land zu lange wie das Kaninchen vor der Schlange verharrte. Vor allem geht der Autor der Frage nach, wie es möglich ist, dass weite einheimische Kreise das Kesseltreiben aus dem Ausland sogar noch unterstützten, was er mit erstaunlichen Beispielen belegt.

Im dritten Teil zieht der Autor die politischen Schlüsse. Er vertritt die Meinung, dass die Probleme der Schweiz nicht im Verhalten vor 1945 liegen, sondern im Fehlverhalten seit 1996. Er stellt die naheliegende Frage, ob sich unser Land auf dem internationalen Parkett immer so anpassert und zahlungswillig verhält, wenn es darum geht, die Interessen unserer Bevölkerung zu vertreten.

Unser Land muss wieder lernen, internationalem Druck standzuhalten, sonst ist die weitere Existenz des Kleinstaats Schweiz ernstlich bedroht. Mit dieser Forderung ist das Buch

ein Plädoyer für die Schweiz.

2. Auflage: 5'001-10'000

Januar 1999

Copyright Luzi Stamm, CH-5405 Baden

Druck und Verlag

Zofinger Tagblatt AG, CH-4800 Zofingen

ISBN 3-909262-08-2

Eingelesen mit [ABBYY Fine Reader 16](#)

Israel Singer, Generalsekretär des Jüdischen Weltkongresses,
als Reaktion auf den Abschluss der «Globallösung» am 12. August 1998
an die Adresse unseres Landes:

«Das ist ein historischer, nationaler Kniefall.»

Für einmal hatte Israel Singer Recht. Mit seinem Satz hat
er dem vorliegenden Buch seinen Titel gegeben.

**Dieses Buch ist in Dankbarkeit
unserer Kriegsgeneration gewidmet.**

Bitte reden Sie mit Ihren Kindern und Enkeln über die damalige Zeit.

Es ist die junge Generation, die informiert werden muss
und den Inhalt dieses Buches kennen sollte.

Für eilige Leserinnen und Leser

Wer in Eile ist, wird empfohlen, folgende drei Passagen zu lesen:

- das Vorwort, das zeigt, weshalb dieses Buch geschrieben wurde;
- das Inhaltsverzeichnis, woraus der Buchinhalt weitgehend ersichtlich ist;
- die Kapitel 14 und 15 (13 Seiten), welche die politischen Lehren für die Zukunft beinhalten.

Zwei Arten von Fussnoten

- Zahlreiche Informationen, die für das Verständnis des Textes von untergeordneter Bedeutung sind, wurden in Fussnoten auf der jeweiligen Seite verarbeitet.
- Die Verweise auf Quellen sind als Fussnoten fortlaufend nummeriert am Ende des Buches kapitelweise dargestellt.

Chronologie der Ereignisse am Ende des Buches

- Am Schluss des Buches sind die wichtigsten Ereignisse der «Krise Schweiz – Zweiter Weltkrieg» in 50 Punkten chronologisch aufgelistet. Darauf ist Bezug genommen, wenn im Text «Chronologie» vermerkt ist.
- Ebenso am Schluss des Buches findet sich ein Personenverzeichnis.

Winston Churchill:

«Die ärgsten Schwierigkeiten, unter denen wir leiden, kommen nicht von aussen. Sie kommen von innen. Sie kommen aus einer Stimmung ungerechtfertigter Selbsterniedrigung, in die uns ein einflussreicher Teil unserer Intellektuellen gestürzt hat. Wenn wir den Glauben an uns selbst verlieren, dann gehen wir tatsächlich unserem Ende entgegen.»

VORWORT

Das vorliegende Buch handelt von der sogenannten «Krise Schweiz – Zweiter Weltkrieg». Dieses Thema wurde gewählt, um eine für die Schweiz bedrohliche Entwicklung aufzuzeigen: «Ein einflussreicher Teil unserer Intellektuellen»¹ (siehe Churchill, linke Seite) ist offensichtlich selbst dann nicht mehr bereit, sich für unser Land einzusetzen, wenn Druck und Angriffe aus dem Ausland gegen die Schweiz geradezu absurde Formen annehmen. Um das aufzuzeigen, wird einerseits dargelegt, wie ungerechtfertigt die Angriffe der letzten zwei Jahre von allem Anfang an waren. Andererseits wird gezeigt, wie in der Schweiz reagiert wurde.

Mit Staunen musste man zur Kenntnis nehmen, dass ausgerechnet die Schweiz angegriffen wurde, die es während des Krieges geschafft hatte, eine freiheitliche, menschliche und hilfsbereite «Oase der Demokratie im Meer der Tyrannei der Achsenmächte»² zu bleiben.

- Ausgerechnet der Schweiz wurde «volle Kooperation» mit Hitler vorgeworfen (Kapitel 2), obwohl die erdrückende Mehrheit der Bevölkerung eine stabile Front von ideologischem Widerstand gegen Nazideutschland gebildet hatte.
- Ausgerechnet unser Land wurde angegriffen, das damals trotz extremer Zwangslage als eines der ganz wenigen Länder Flüchtlinge in grossem Stil aufnahm, pro Kopf zum Beispiel 40-mal mehr jüdische Flüchtlinge als die USA (Kapitel 7 c6).
- Ausgerechnet die Schweizer Banken waren Zielscheibe, obwohl in der Schweiz Bankkunden geschützt wurden, wogegen andernorts nachrichtenlose Vermögen an den Staat flossen und jüdischer Besitz vereinzelt sogar bewusst zugunsten des Staates verwertet wurde (Kapitel 7 a5).

¹ Ob man den Ausdruck «einflussreicher Teil unserer Intellektuellen» verwendet, wie dies Churchill getan hat, oder ob Begriffe wie «geistige Elite», «intellektuelle Elite», «Meinungsbildner» (englisch opinion leaders), «gesellschaftliche Führung» oder «meinungsbildende Klasse» gewählt werden, spielt keine Rolle. Klar ist auch, dass diese Gruppe nicht eindeutig abgegrenzt werden kann. Dazu gehören Schriftsteller, Kulturschaffende, Historiker, Soziologen, Universitätsprofessoren, Medienschaffende, Wirtschaftsvertreter und Politiker (vgl. Kapitel 8 und 9), also massgebende Persönlichkeiten, welche die Haltung unseres Landes letztlich bestimmen.

² Formulierung des amerikanischen Autors Stephen P. Halbrook; in: *Target Switzerland*, 1998.

- Die Schweizer Banken wurden beschuldigt, obwohl jedem klar sein muss, dass nach gesundem Menschenverstand die Gelder damals viel eher nach Übersee flossen und somit – wenn schon – eher in anderen Ländern liegen (Kapitel 7a1).
- Von Anfang an war ersichtlich, dass die Forderungen gegenüber den Schweizer Banken völlig überrissen waren. Längst ist bekannt, dass die geforderten Summen 1'000-fach übertrieben waren (Kapitel 6 b).
- Sogar die «Kronzeugenfälle», die das Fehlverhalten der Schweizer Banken weltweit aufzeigen sollten, scheinen bis heute auf puren Behauptungen zu beruhen. In einem Fall handelte es sich gar nachgewiesenermassen um einen Betrugsversuch (Kapitel 7 a8).
- Betreffend Raubgold wurde die Schweiz zur Kasse gebeten, wobei groteskerweise schon gar niemand mehr auf die Idee zu kommen schien, dass – wenn schon – derjenige das Gold zurückzugeben hätte, der es damals raubte (Kapitel 7b1).
- Ausgerechnet von der Schweiz wurde Bezahlung verlangt, obwohl sie nach dem Krieg schon einmal 250 Millionen Franken bezahlt hatte (Washingtoner Abkommen) und obwohl damals den USA zusätzliche 400 Millionen aus der Schweiz zugeflossen waren (Kapitel 7b2).
- Die Kritik kam ausgerechnet aus den USA, die damals die Zwangslage der Schweiz durch eigenmächtige Blockierung der Schweizer Guthaben in den USA (6,3 Milliarden Franken, also wesentlich mehr als alles deutsche Raubgold) mitverursacht hatten (Kapitel 7b2).
- Vorwürfe betreffend «Totengold» (Gold von Konzentrationslageropfern) kamen ausgerechnet aus den USA, obwohl damals die Alliierten solches Gold entgegennahmen, wogegen unsere Nationalbank damit ausdrücklich nichts zu tun haben wollte (Kapitel 7b3).
- Zusammengefasst: Die Schweiz soll moralisch und finanziell Busse tun. Sie soll Raubgold zurückgeben, wogegen die damaligen Komplizen Hitlerdeutschlands Italien und Österreich nach dem Krieg Gold zurückerhalten haben. Sie soll bezahlen, wo nicht einmal Deutschland je belangt wurde.

- Ganz zu schweigen von all den übrigen unhaltbaren Vorwürfen, die plötzlich erhoben wurden: Die Schweiz habe den Krieg verlängert, sie habe jüdische Flüchtlinge sklavenartig in Arbeitslagern gehalten, sie sei eine Hochburg des braunen Gedankenguts gewesen, sie habe Elitesoldaten für die Waffen-SS trainiert etc. (Kapitel 7 d und 13 a).

Dem «Mann auf der Strasse» fehlt begreiflicherweise die Zeit, sich umfassend zu informieren. Die massgebenden Kritiker kennen jedoch die Materie. Sie wussten natürlich von Anfang an, dass ihre Vorwürfe und Forderungen jede Verhältnismässigkeit mit Füßen treten, auch wenn sie behaupteten, im Namen von Moral und Gerechtigkeit aufzutreten. Ihnen war ohne Zweifel klar, dass die falschen Anschuldigungen Antisemitismus provozieren (Kapitel 4). Umso mehr stellt sich die Frage, wo ihre Beweggründe für die unverantwortlichen Angriffe lagen (Kapitel 5 und 9).

Unglaublich war in Anbetracht der Faktenlage bereits, wie sich unser Land kaum zur Wehr setzte und stattdessen mit Schuldbekennnissen, Zahlungen und Zahlungsverprechen reagierte. Noch viel erstaunlicher war jedoch, in welchem Ausmass Schweizer Persönlichkeiten lauthals in die ausländische Kritik mit einstimmten und als selbst ernannte Belastungszeugen und Ankläger gegen das eigene Land auftraten (Kapitel 8 und 9). Das war nicht nur schlechte Verteidigung, sondern gezielte Schädigung des eigenen Landes.

Zum Paradebeispiel des «einflussreichen Teils der Intellektuellen» wurde Schriftsteller und ETH-Professor Adolf Muschg, weshalb in diesem Buch immer wieder auf ihn Bezug genommen wird. Er erlangte durch markante Aussagen über unser Land (z.B. bei der Neutralität der Schweiz handle es sich um einen «unanständigen Furz») und durch seinen Umgangsstil (andersdenkende Politiker betitelte er mit Ausdrücken wie «Faschist») in breiten Kreisen grosses Ansehen. Nachdem er geschrieben hatte, «*dass wir bei Hitler mitgemacht haben*» und dass «*wir an der Tötung eines Volkes (der Juden) mitgewirkt und daran verdient haben*», gewann er auch in der Diskussion um die Rolle der Schweiz im Zweiten Weltkrieg massgebende Bedeutung (Kapitel 3 a).

Unsere Landesregierung liess sich von der selbstanklägerischen Stimmung beeinflussen und verhielt sich so missverständlich, dass man sich nicht wundern darf,

wenn in der Weltöffentlichkeit der Eindruck entstand, wir hätten bewusst Flüchtlinge in die Vernichtungslager geschickt (Kapitel 7 c4), wir hätten sieben Milliarden Franken von Kriegsopfern gestohlen (Kapitel 12 b) und wir hätten bewusst Totengold von Konzentrationslageropfern entgegengenommen (Kapitel 11c).

Sollte dieses Buch dazu beitragen, dass die Kritik gegen unser Land in den nächsten Monaten weniger heftig ausfällt (z.B. nach der Publikation des demnächst erscheinenden Flüchtlingsberichts der Bergier-Kommission), wäre dies erfreulich. Dies ist jedoch nicht sein primärer Zweck. Geschrieben wurde es vielmehr in der Hoffnung, dass es einen Beitrag leistet, um ähnliche Krisen in Zukunft zu vermeiden. Dazu müssen die gemachten Fehler aufgezeigt werden. Vor allem ist unerlässlich, die Motive der inländischen Kritiker zu erkennen, die sich der ausländischen Hetzkampagne anschlossen.

Unvergesslich bleibt mir die Reaktion einer Parlamentskollegin auf die ersten Angriffe: *«Das tut unserem Land gut! Endlich bringt uns jemand von aussen bei, dass wir keinen Sonderfall darstellen. Wir sind auch im Krieg nie ein Sonderfall gewesen.»* Liegt hier das zentrale Motiv? Ist den einheimischen Kritikern der Schweizer Sonderfall der direkten Demokratie ein Dorn im Auge? Können sie nicht vertragen, dass durch die direkte Mitsprache des Volkes der Einfluss des «einflussreichen Teils unserer Intellektuellen» eingedämmt wird? Ist ihnen ein Dorn im Auge, dass unser Land mit seiner direkten Demokratie eine Sonderstellung mit dem welt-höchsten Lebensstandard erreichen konnte? Wird aus ideologischen Gründen der Abstieg der Schweiz in die Durchschnittlichkeit angestrebt? (Kapitel 9e).

Das Problem der Schweiz liegt nicht bei angeblichen Fehlern im Zweiten Weltkrieg, sondern im heutigen Fehlverhalten (Kapitel 11). Unser Land wird im Durchschnitt versinken und den Wohlstand verlieren, wenn wir auf Druck von aussen auch in Zukunft mit Anpasserei und Zahlungsbereitschaft reagieren, statt uns zur Wehr zu setzen und die Interessen unserer Bevölkerung zu verteidigen (Kapitel 15).

Luzi Stamm, 16. November 1998

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	9
Erster Teil: Vorwürfe – jenseits von Gut und Böse	
1. Nicht Greuelthaten zählen, sondern Geld	18
<hr/>	
2. Der Vorwurf der vollen Kooperation mit Nazideutschland	21
<hr/>	
3. Die voraussehbaren Auswirkungen der Angriffe	27
a) Gefährliche Verallgemeinerungen	28
b) Böswillige Provokationen	30
<hr/>	
4. Wer steckte hinter den Angriffen?	33
a) Mit Sicherheit nicht «die Juden»	33
b) Die zentrale Rolle von Edgar Bronfman	36
b1) Die personellen Verbindungen	36
b2) Fast unlimitierte finanzielle Mittel	38
b3) Die politische Einflussnahme	39
b4) Die Verbindung zur Regierung der USA	40
c) Die Trittbrettfahrer	43
c1) Politikerinnen und Politiker	43
c2) Rechtsanwälte und Sammelklagen	44
d) Mithilfe aus der Schweiz?	47
<hr/>	
5. Wo liegen die Beweggründe?	49
a) Geltungssucht?	49
b) Machthunger?	49
c) Geldgier?	50
d) Angriff auf den Bankenplatz Schweiz?	51
e) Bewusste Anheizung des Antisemitismus?	52
<hr/>	
6. Absurde Dimensionen der Forderungen	55
a) Forderungen höher als die totale Bankenbilanzsumme	55
b) Die tausendfache Übertreibung	57
c) Forderungen pro Kopf höher als alle Zahlungen Deutschlands	60
<hr/>	
7. Ein Plädoyer für die Schweiz	65
a) Nachrichtenlose Vermögen	65
a1) Kaum in erster Linie auf den Schweizer Banken	67
a2) Dementsprechend wird wenig gefunden	69
a3) Widersprüchliche Zahlen sind weitgehend erklärbar	71
a4) Vor Beginn der Hetzkampagne 38 Millionen angeboten	72
a5) Die Schweiz schützte und suchte, die Alliierten enteigneten	72
a6) Böswilliger Vorwurf des «Diebstahls»	74

a7) Auszahlung ohne Belege?	76
a8) Falsche Kronzeugen?	77
b) Das Raubgold	80
b1) Die Schweiz bezahlt, die damaligen Aggressoren nicht?	81
b2) Weitere Zahlungen kommen nicht in Frage	82
• Handel in hoffnungsloser Zwangslage	82
• Finanzielle Zwangslage ausgerechnet durch die USA mit verursacht	83
• Geschichtliche Argumente zugunsten der Schweiz	85
• Juristische Argumente kommen dazu	86
• Grossmachtpolitik gab den Ausschlag	87
• Die USA wussten besser Bescheid als die Schweiz	87
• Zahlungen zugunsten Stalins oder der Achsenmächte?	89
• Nicht nur 250 Millionen, sondern 650 Millionen bezahlt	90
b3) Das «Zahn-, Opfer- oder Totengold»	91
b4) Weshalb jüdische Organisationen?	92
c) Die Flüchtlingspolitik	94
c1) Selbstbezeichnungen sogar des Bundesrats	94
c2) Der J-Stempel – 45 Jahre falsche Anschuldigungen	95
c3) Ankläger statt Verteidiger	97
c4) In den sicheren Tod geschickt – eine ungeheuerliche Unterstellung	100
c5) Auch jüdische Kreise kannten die Wahrheit nicht	104
• Jüdisch unterstützte Schweizer Flüchtlingspolitik	105
• Die Reaktion von internationalen jüdischen Persönlichkeiten	106
c6) Die Schweiz hat viel mehr Flüchtlinge gerettet als die anderen	108
d) Kriegsverlängerung durch die Schweiz?	112
d1) Elementare geschichtliche Kenntnisse äusser Acht gelassen	112
d2) Den Krieg nicht verlängert, sondern sogar verkürzt?	113
d3) Die Strategie der Grossmächte war ausschlaggebend	114
d4) Die Gründe der «Kooperation» sind entscheidend	115
d5) Das verantwortungslose Vorwort von Eizenstat	115
e) Sklavenhaltung in Schweizer Zwangsarbeitslagern?	117

Zweiter Teil: Destruktive Kritik aus dem Inland

8. Angriffe aus dem eigenen Lager	120
a) Teilweise böswilliger als die Angriffe von aussen	120
b) Das Schweizer Fernsehen	122
c) Die Stiftung Pro Helvetia	125
d) Das Bundesamt für Kultur	126
e) Die Ausstellung im Bundeshaus	128
f) Nicht der Bundesrat, sondern die «geistige Elite»	132
f1) Das Interview von Bundesrat Jean-Pascal Delamuraz	133
f2) Wirksame Abschreckung für Politiker	136
9. Die Motive zur Demontage des eigenen Landes	139
a) Unwissenheit oder gezielte Absicht?	139

b)	Finanzielle Interessen?	140
c)	Abrechnung mit der Vatergeneration?	141
d)	Abneigung und Gleichgültigkeit gegenüber der Schweiz?	142
e)	Abschaffung des «Sonderfalls direkte Demokratie» als politisches Ziel?	143
	e1) Das egoistische Machtmotiv?	145
	e2) Echte Sorge um das «uneinsichtige» Volk?	146
	e3) Die Verheimlichung der wahren Ziele	147
f)	Die konkreten Beispiele	147

Dritter Teil: Was bleibt zu tun? Die Konsequenzen für die Zukunft

10.	Höchste Zeit, einen Schlusspunkt zu setzen	156
a)	Wer Frieden will, muss mit Vorwürfen aufhören können	156
b)	Aufhören, mit der Vergangenheit ein Geschäft zu machen	158
c)	Das soll Gerechtigkeit sein?	159
d)	Lehren aus der Geschichte?	162
11.	Nicht damalige Fehler sind das Problem, sondern heutige	164
a)	Die Voraussetzungen zur erfolgreichen Abwehr wären ideal gewesen	165
b)	Vor allem in den USA	166
c)	«Totengold» als Paradebeispiel der verpassten Verteidigung	168
d)	Kontraproduktives Entgegenkommen des Bundesrates	170
e)	Härteres Auftreten auf Regierungsebene wäre nötig gewesen	172
	e1) Gegenüber Madelaine Albright und Hillary Clinton	173
	e2) Gegenüber Präsident Bill Clinton	173
	e3) Gegenüber Benjamin Netanyahu	174
	e4) Die Schweiz ist nicht wehrlos	175
f)	Auch die Banken verfolgten einen zu weichen Kurs	176
	f1) Zahlungsbereitschaft durch Bankenvertreter mit verursacht	177
	f2) Missverständliche Entschuldigung	178
	f3) Nicht einmal über die krassesten Tatsachen informiert	179
	f4) Erstaunliches Verhalten im Fall Meili	180
g)	Das Geschirr ist bereits zerschlagen	181
12.	Zahlungen sind der falsche Weg	184
a)	Die bereits bezahlten 270 Millionen des Holocaust-Fonds	184
	a1) 100 Millionen von den Banken	184
	a2) 70 Millionen von der Wirtschaft	185
	a3) 100 Millionen von der Nationalbank	185
	a4) Nicht einmal alle Beschenkten reagieren positiv	186
b)	Die in Aussicht gestellte 7-Milliarden-Stiftung	187
c)	1,8 Milliarden Schutzgeldzahlung der Banken	192
	c1) Zwangslage wie beim Restaurantbesitzer	193
	c2) Gefährliches Signal für die Zukunft	195
d)	Weitere zukünftige Zahlungen?	196
e)	Die Probleme beim Verteilen	198

e1) Drei Milliarden ausgegeben – sinnvoll verwendet?	199
e2) Fragwürdige Verteilung nach religiösen Gesichtspunkten	200
e3) Fragwürdige Verteilung in den wohlhabenden USA	201
e4) Zukunftsorientierte humanitäre Einsätze wären vernünftiger gewesen	202
e5) Wenn schon für jüdische Opfer, dann wenigstens für «Schweizer Opfer»	204
d) Die Schweiz schon heute grosszügig und solidarisch	205

13. Abschluss der Kommissionsarbeiten Volcker und Bergier	209
a) Verhältnismässigkeit ist das A und O jeder Gerechtigkeit	209
b) Fehlende Unvoreingenommenheit	212
c) Die intellektuelle Rechtfertigung	213
c1) Rückzieher vermeiden, koste es, was es wolle	213
c2) Das Paradebeispiel der <i>Beobachter</i> -Veröffentlichung	215
c3) Auch heute aktuell, bis auf höchste Ebenen	219

14. Die Politik der letzten Jahre ruiniert die Schweiz	221
a) Kniefall als Prinzip unserer Aussenpolitik?	222
b) Wohlstandsabbau, um nicht als Profiteur zu gelten?	226

15. Die Bewahrung der «drei Wunder» der Schweiz	229
a) Der materielle Wohlstand	229
b) Die direkte Demokratie	230
c) Die moralischen Werte	231
d) Die Schlussfolgerung	231

Chronologie der Ereignisse in 50 Punkten	235
Zur zweiten Auflage	253
Quellenhinweise	255
Personenregister	266
Literaturverzeichnis	270

Erster Teil

**VORWÜRFE
JENSEITS VON GUT UND BÖSE**

1. NICHT GREUEL TATEN ZÄHLEN, SONDERN GELD

Mehr als 50 Millionen Menschen verloren im Zweiten Weltkrieg ihr Leben, Millionen davon wurden richtiggehend zu Tode gequält. Man halte sich vor Augen, was das konkret bedeutet. Zur Illustration sei aus einem Bericht über Giftgasversuche an Kriegsgefangenen im Konzentrationslager Struthof/Natzwilier in den Vogesen zitiert: *«Blind wurden die Leute zum Teil. Sie litten unter kolossalen Schmerzen, so dass es (für die Folterknechte!) kaum auszuhalten war, sich in der Nähe dieser Kranken aufzuhalten. Ungefähr am fünften, sechsten Tag hatten wir die ersten Toten.»*¹ Augenzeugen berichteten, wie die Gequälten tagelang schrien und bis zum Schluss bei vollem Bewusstsein waren.

«Ernährungsversuche», «Verträglichkeitstests», «Unterkühlversuche», «Höhenversuche in der Unterdruckkammer»; das alles tönt so harmlos. Für die Betroffenen, die mit heissem Wasser verbrüht wurden, deren Lungen langsam zum Platzen gebracht wurden, die als lebende Versuchskaninchen vorsätzlich mit Krankheitserregern infiziert wurden, war es die Hölle.

Haarsträubend waren auch die «normalen» Kriegsverbrechen an der Front. Was sich hier abspielte, lässt sich erahnen, wenn man auf Augenzeugenberichte abstellt: *«Abends suchte unser Leutnant 15 Mann mit starken Nerven heraus (...). Wir warteten in gespannter Erwartung auf den Morgen. Pünktlich um 5.00 Uhr waren wir fertig, und der Oberleutnant erklärte uns unsere Aufgabe. Es gab ungefähr 1'000 Leute im Dorf Krupka, und diese mussten alle heute erschossen werden. (...) Nachdem die Leute (also die Opfer) verlesen worden waren, marschierte unsere Kolonne zu dem nächsten Sumpf. (...) Ein Leutnant und ein Feldwebel waren bei uns. Zehn Schüsse fielen, 10 waren abgeknallt. Dies ging weiter, bis alle erledigt waren. Nur wenige von ihnen behielten ihre Fassung. Die Kinder klammerten sich an ihre Mütter, Frauen an ihre Männer. (...) Ein paar Tage später wurde eine ähnlich grosse Zahl in Kholoponichi erschossen. Auch hieran war ich beteiligt.»*² Ein Brief eines Kompaniechefs des 727. Infanterieregiments vom 15. Oktober 1941 an seinen Bruder in Deutschland dokumentiert die Gesinnung, mit der gemordet wurde: *«Wir sind*

jetzt fleissig auf der Jagd. (...) Da geht 's immer wild her. Wir räumen auf mit der Bande, das wäre was für Dich.»³ Vor allem im Osten wurde ein Vernichtungskrieg mit kaum vorstellbarer Brutalität geführt. Man halte sich schon nur vor Augen, was der Befehl der deutschen Heeresführung für die russische Zivilbevölkerung bedeutete, alle Gefangenen seien «*rücksichtslos der Kleider zu entblößen*», als die deutsche Armee in der Kälte stecken blieb.⁴ Russland hatte mehr als 20 Millionen Weltkriegsopfer zu beklagen, weit mehr als alle anderen Länder oder Volksgruppen.¹

Nur eine verschwindend kleine Minderheit der Verantwortlichen wurde nach dem Krieg angemessen zur Rechenschaft gezogen.² Die erdrückende Mehrheit der Täter blieb unbehelligt. Traurigste Subjekte konnten nach dem Krieg zu geachteten Mitbürgern werden³ und unbehelligt Karriere machen. Selbst KZ-Ärzte wurden zu Ehrenbürgern und Professoren gewählt. *⁴ Die Ärztin Dr. Hertha Oberheuser hatte in Versuchen polnischen jungen Frauen die Beine aufgeschnitten, die Knochen zertrümmert und mit Holz ausgelegt. Sofern die Opfer überhaupt überlebten, waren sie grauenhaft verstümmelt. Bereits 1952 erhielt Dr. Oberheuser ihre Bewilligung zur

¹ Dem stehen nach offiziellen Angaben «nur» 5,2 5 Millionen deutsche, 800'000 französische und 400'000 britische Opfer gegenüber. Die Zahl der jüdischen Opfer beläuft sich auf rund 6 Millionen. In Russland fanden zusätzlich zu den Weltkriegsopfern Millionen von Menschen im «roten Holocaust» den Tod, für den vor allem Stalin verantwortlich war (vgl. Kapitel 7c6).

² In Deutschland wurden nur 13 der höchsten Nazi Verbrecher zum Tode verurteilt. Viele von denjenigen, die zu Freiheitsstrafen verurteilt wurden (166 davon lebenslänglich), kamen nach kurzen Haftstrafen in den Genuss von vorzeitigen Entlassungen. Das deutsche Bundesministerium für Justiz hielt in einem Schreiben vom 27. März 1997 fest, dass nach dem Krieg «*die Quote (der Verurteilten) unter den Millionen Wehrmachtssoldaten derart gering (war) wie keine Verurteiltenquote heutiger gesellschaftlicher Gruppen, sieht man von den Ordensschwestern ab*».

³ Ein Beispiel, das für Schlagzeilen sorgte, ist der Fall von Wolfgang Lehnigk-Emden, der im italienischen Caiazzo 15 Menschen exekutiert hatte. Er konnte in seinem Heimatdorf Ochtenburg als Architekt, als SPD-Gemeinderat, als Gründer der Arbeiterwohlfahrt und als Karnevalspräsident als geachteter Mann leben, obwohl seine Taten allgemein bekannt waren (vgl. *Die Zeit*, 31. Januar 1997).

⁴ SS-Hauptsturmführer Dr. med. Kurt Plötner, KZ-Arzt in Dachau, wurde 1954 in Freiburg zum Professor gewählt, ein Kollege von ihm zum Ehrenbürger der Stadt Freiburg. Prof. Georg Schaltenbrand, Leiter der Experimente zur gezielten Krankheitsübertragung an menschlichen Versuchsobjekten, wurde Ordinarius für Nervenheilkunde an der Universität Würzburg und erster Vorsitzender der deutschen Gesellschaft für Neurologie. Dr. Wolfgang Wirth, dem die Versuche mit Kampfstoffen an Menschen im zentralen *Gasschutzlabor der Wehrmacht* in Berlin unterstanden, wurde Professor der medizinischen Akademie in Düsseldorf. (Vgl. Ernst Klee, *Ärzte ohne Gewissen* [Fussnote 1], sowie *Ich nenne die Täter beim Namen*; in: *Aargauer Zeitung* vom 22. November 1997).

Berufsausübung wieder. Der verantwortliche Kommandant der Panzereinheit «Das Reich», welcher in der berüchtigten Aktion im nordfranzösischen Städtchen Oradour die gesamte Zivilbevölkerung richtiggehend abschlachten liess, starb als wohlhabender Geschäftsmann 1972. Nicht nur in Ländern wie Argentinien, selbst in den USA waren nach dem Krieg zahlreiche Kriegsverbrecher willkommen.¹

All das interessierte die Welt während 50 Jahren kaum.

Aber mehr als 50 Jahre nach Kriegsende ging plötzlich ein Aufschrei durch die Welt. Nicht etwa wegen der millionenfachen Greuel- und Mordtaten. Vielmehr ging es um Geld, um sogenannte «nachrichtenlose Vermögen»: Einige Leute hätten damals ihr Geld nicht retten können. Das liege angeblich noch auf Schweizer Banken und sei von diesen eingesteckt worden. Milliardenschwere Entschädigungen seien deshalb fällig.

¹ Zum Beispiel im Rahmen der beiden hoch geheimen US-Operationen *Ratline* und *Paperclip*. Im Programm *Ratline* wurden hohe SS- oder Gestapo-Leute in den USA aufgenommen, die als Antikommunisten willkommen waren und als Agenten zum Einsatz kamen. Die Operation *Paperclip* war eine Geheimoperation für Naziwissenschaftler, mit der unter anderem Wernher von Braun, der Vater der amerikanischen Raumfahrt, in die USA kam. Auch Leute wie Arthur Rudolph, Hermann Oberth, Walter Dornberger oder Hubertus Strughold wechselten von der nationalsozialistischen Kriegs- und Vernichtungsmaschinerie ins amerikanische Rüstungs- und Mondflugprogramm. Strughold war oberster NS-Luftfahrtmediziner. Später galt er als Vater der Weltraummedizin. (Vgl. die Darstellungen von Louis René Beres, Professor für internationale Beziehungen und Völkerrecht an der Purdue University in Indiana/USA; in: *SonntagsZeitung* vom 27. April 1997.)

2. DER VORWURF DER VOLLEN KOOPERATION MIT NAZIDEUTSCHLAND

Die Angriffe gegen die Schweiz wurden durch die Spitze des Jüdischen Weltkongresses in Gang gesetzt. Persönlich wurde ich damit zum ersten Mal am 20. Februar 1996 anlässlich des Auftritts des Generalsekretärs des Jüdischen Weltkongresses, Israel Singer, in Bern konfrontiert (Chronologie 6). Ich konnte nur staunen, in welchem Ton¹ dieser die Schweiz angriff und von ihr forderte, ihre angeblich verlorene nationale Würde wiederherzustellen.²

Bald wurden die Töne aggressiver. Singer bezeichnete die Schweizer Regierung und die Banken später als «*Gauner*.»⁵ Der Direktor des Jüdischen Weltkongresses, Elan Steinberg, sprach von einer «*Kollektivverantwortung der Schweiz*»,⁶ sie habe mit Nazideutschland «*voll kooperiert*». Der Präsident des Jüdischen Weltkongresses, Edgar Bronfman, bezeichnete die Schweiz als «*sogenannt neutrales Land, das die Geldgier zur Kollaboration mit den Nazis trieb*»⁸ und als «*freiwillige Verbündete der Nazis*», welche «*mit der Asche des Holocaust Geld verdient*» haben.⁹ Bronfman zog für seine Angriffe den New-Yorker Senator Alfonse D'Amato bei, der als Sprachrohr für die Attacken gegen die Schweiz eingesetzt wurde und sich mit Aussagen wie der folgenden profilierte: «*Die Schweizer stahlen Milliarden Dollar in Gold von den Wehrlosen und Armen und halfen dieser üblen Mordmaschine.*»¹⁰ Der für das *Simon Wiesenthal Center* arbeitende Historiker Alan Schorn (Chronologie 28 und 38) schrieb: «*Es war bekannt, dass die Schweizer Regierung sehr nazifreundlich eingestellt war. Schweizer Zeitungen waren antiamerikanisch. Sie unterstützten Hitler. (...) Die Schweizer erlebten es als schrecklichen Schock, dass die Deutschen ab 1943 den Krieg verloren. (...) Die schweizerische Geschichte ist noch nicht geschrieben worden. Was publiziert ist, ist ein Korb voll Lügen.*»¹¹

¹ Die schweizerische Öffentlichkeit erhielt einen Eindruck, in welchem Stil Israel Singer auftreten kann, als dieser an einer Veranstaltung der Israelitischen Cultusgemeinde Zürich am 13. Mai 1998 vor der Fernsehkamera die Fassung verlor und «*den Schweizer Juden die Leviten gelesen hat*» (Formulierung Peter Bollag; in: *Weltwoche* vom 4. Juni 1998; vgl. Chronologie 34).

² Israel Singer äusserte sich mit diesen Worten im persönlichen Gespräch. Seine Aussagen an der damaligen Sitzung können nicht zitiert werden, denn die Kommissionssitzungen des Parlaments sind vertraulich.

Die Vorwürfe wurden von massgebenden Medien übernommen. In Wort und Bild wurde die Schweiz Hitlerdeutschland gleichgestellt (vgl. die zwei folgenden Abbildungen 1 und 2, «ausländische Zeitungen»). Die *New York Post* schrieb: «Die Entdeckung, dass diese Saubermänner (die Schweizer) in vollem Bewusstsein das Geld toter Juden angenommen haben, reizt zum Erbrechen.»¹² Im *Philadelphia Inquirer* hiess es im Editorial: «Die enthusiastische Komplizenschaft der Schweiz ist ein beschämendes Beispiel, wie sich ein angeblich zivilisiertes Land im Krieg auführt.»¹³ Auch Medien ausserhalb der USA schlossen sich diesem Tonfall an: Die englische *Sunday Times* publizierte eine für die Schweiz katastrophale Artikelserie von Autor Tom Bower unter dem Titel *Blood Money* (wörtliche Übersetzung «Blutgeld») und setzte die Schweiz mit Fotomontage einem Konzentrationslager gleich (vgl. nebenstehende Abbildung).¹⁴ Die israelische Zeitung *Maariv* schrieb: «Goebbels wäre stolz auf einen Schüler wie Delamuraz.»¹⁵ Die massiven Vorwürfe dauerten an bis in die jüngste Vergangenheit, wie ein Leitartikel im auflagenstarken *U.S. News & World Report* zeigt: «Denke an die Schweiz. (...) Denk nochmals. Denk an gierige Profiteure, Geldwäscher, Diebe, Plünderer und Lügner. (...) Ein Zyniker hat einmal gesagt, dass jedes Vermögen auf einem grossen Verbrechen beruht. Die Schweiz hat diesen grausamen Satz bestätigt.»¹⁶

Die Angriffe fielen vor allem in den USA auf fruchtbaren Boden. Reihenweise wurden dort über Monate hinweg Leserbriefe in den Zeitungen publiziert wie derjenige des Vizepräsidenten des Rabbinerrats in Kalifornien: «Schweizerische Bankiers nahmen Lastwagenladungen von Goldbarren entgegen, von denen sie wussten, dass sie mit Gold geschmolzen worden waren, das aus dem Mund von lebenden

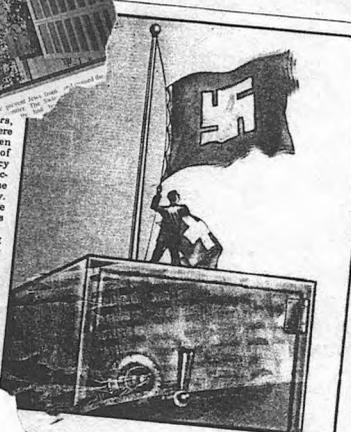
Abbildung 1

- Bild 1:** *The Sunday Times*, London, 9. Juli 1997; Konzentrationslagereingang (mit der typischen Aufschrift «Arbeit macht frei»), Schweizer Landschaft im Hintergrund.
- Bild 2:** *New York Newsday*, 20. Mai 1997; Schweizerfahne auf einem Banktresor wird durch Hakenkreuzfahne ersetzt.
- Bild 3:** *Newsweek*, New York, 29. Dezember 1997; Schweizer Militärmesser, eine Klinge dargestellt als Arm zum Hitlergruss.
- Bild 4:** *New York Daily News*, 13. Februar 1996; Schweizerkreuz wird in drei Stufen zum Hakenkreuz umfunktioniert; darüber steht geschrieben «Swiss Banking».



Ausländische Zeitungen

2



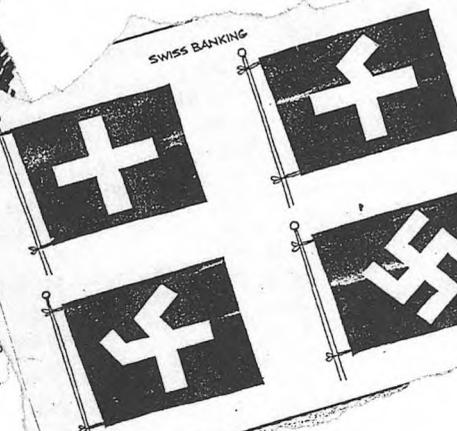
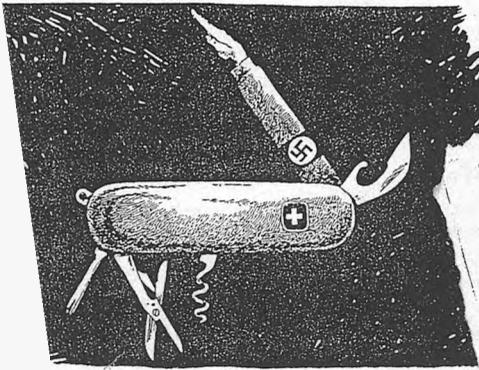
Newsday / Gary Valupis

SINGAPURA

I have a feeling there wasn't a bar of gold going around Europe then which didn't have at least one golden tooth torn from the mouth of a Jewish victim."

VRAHAM BURG, chairman of the Israel-based Jewish Agency, on a U.S. report criticizing Switzerland's wartime financial dealings with Nazi Germany

clients should observe the obligation to depositors. Sadly, the bankers appear to reflect Swiss public opinion. Polls show that most Swiss oppose the proposed victim-relief fund that the Swiss banks and government reluctantly and under intense pressure agreed to set up. Christoph Meili, the business-school student who, as a night watchman at a Swiss bank, saved Holocaust-era files from the shredder, has been fired from his job, his children have been threatened and he reports that local



3

und ermordeten Konzentrationslagerinsassen stammte. (...) Der Fall ist klar. Findet diese Schuldigen in der Schweiz und zwingt sie zum Zahlen.»¹⁷

Insbesondere die falsche Anschuldigung, die Schweiz habe bewusst Gold von Opfern aus Vernichtungslagern entgegengenommen, wurde verbreitet. *«All meinen toten und lebendigen Freunden sei Dank. Mit Befriedigung kann ich mitteilen, dass unter ihnen kein einziger Schweizer war. (...) Ich musste fünfzig werden, um zu erfahren, dass diese sauber gebürsteten Schwachköpfe wissentlich das Gold von Juden annahmen, die dann unter schrecklichsten Umständen umkamen. Dieses Wissen bringt mich beinahe zum Erbrechen. Meine Wut auf die Nazis kann ich zähmen. (...) Aber dass die Schweizer vom Grabraub der Nazis wussten und davon profitierten, ist auch für einen zähen Menschen zuviel. Da gibt es Grosskinder, und die Zähne ihrer Grossväter liegen irgendwo bei den Reichtümern der Schweizer Banken. Stellen Sie sich das vor! Diese Leute haben also wissentlich mit Totengold (d.h. Gold von ermordeten Opfern) gehandelt und sie stehen noch immer aufrecht da.»¹⁸*

In den letzten zwei Jahren wurde kaum je ein Artikel publiziert, der die Absurdität der Angriffe gegen die Schweiz so perfekt dokumentieren würde wie dieser Leserbrief. Die Argumentation im Text zeigt in exemplarischer Weise die kapitale Verdrehung der Moral, die bei den heutigen Kritikern typisch ist. Man halte sich die er-

Abbildung 2

Bild 1: *The San Diego Union Tribune*, Juli 1998; Hakenkreuz in Schweizerfahne.

Bild 2: *Ma 'ariv*, Israel, 9. Januar 1997; Safe einer Schweizer Bank mit Griff in Hakenkreuzform.

Bild 3: *The Irish Times*, 8. März 1997; Goldbarren formen einen Judenstern, der über die Schweizer Landkarte gelegt ist, darüber aufersteht ein deutscher Reichsadler. Im danebenstehenden Text wird der Schweiz unterschoben, wissentlich «Totengold» entgegengenommen zu haben.

Bild 4: *New York Daily News*, 21. Mai 1997; Lachender, dicker Schweizer Bankdirektor in blutverschmierter Schalterhalle. Auf der Brust der Satz: *«Hallo, ich bin neutral.»* Daneben auf dem Schild: *«Verzeihung, wir sind damit beschäftigt, das Blut der Holocaustopfer aufzuwischen.»*

Bild 5: *The Sunday Times*, London, 16. März 1997; Schweizerische Kuckucksuhr mit Hitlers Kopf, darüber Hakenkreuz und Schweizerfahne. Im Text daneben: *«Hitlers Kuckucksuhren. Wer gewann den Krieg; natürlich die Schweizer.»*

schütternden Berichte von KZ-Überlebenden vor Augen, die miterleben mussten, wie ihre Angehörigen umgebracht wurden.¹⁹ Dieser Leserbriefschreiber drückt hemmungslos aus, seines Erachtens sei die Vernichtung von Millionen von Menschen verzeihbar, die angeblichen Untaten der Schweizer aber nicht.

Die Auffassung dieses Leserbriefschreibers entspricht der Haltung der heutigen Kritiker, die in Wort und Bild und mit der Höhe ihrer Forderungen die Schweiz Nazideutschland gleichsetzten (vgl. Kapitel 6c). Sämtliche bisherigen Untersuchungen haben ergeben, dass die Schweiz keine Ahnung hatte, dass Gold von Konzentrationslageropfern in die Schweiz gelangt war (vgl. Kapitel 7b3). Dem Leserbriefschreiber kann vielleicht noch zugutegehalten werden, dass er das Gegenteil angenommen hat.¹ Anders ist es bei den Initianten der Hetzkampagne gegen die Schweiz. Bei ihnen geschieht die Verdrehung der Moral vorsätzlich. Sie stellten die unbewusste Übernahme von Totengold durch unser Land bewusst auf die gleiche Stufe wie seine Beschaffung durch das Nazi-Terrorregime. Wohl nur jemand, dessen Denkart hoffnungslos von materiellen Werten geprägt ist, ist dazu fähig, die geltende Wertordnung derart auf den Kopf zu stellen, um seine Geldforderungen begründen zu können.

¹ Allerdings wäre dieser Leserbrief auch dann noch unverzeihlich, wenn die Herkunft des Totengoldes bekannt gewesen wäre. Angenommen, Totengold wäre schliesslich in der Schweiz gelandet und es hätten sich Bankiers finden lassen, die dieses bewusst entgegennahmen, so wäre dies zugegebenermassen ein besonders pietätloses Delikt. Aber wie könnte man das Verhalten eines solchen Bankiers auch nur annähernd vergleichen mit den Verbrechen, welche hinter der Beschaffung dieses Totengoldes stehen? Interessant ist in diesem Zusammenhang auch, was die *Jüdische Rundschau* vom 25. September 1998 schreibt: «Amerikanische Soldaten haben Gold geraubt, das die Nazis Holocaust-Opfern abgenommen hatten. Das zumindest schreibt die *Süddeutsche Zeitung* unter Berufung auf einen Bericht aus dem Jahr 1950 der bayrischen Polizei.» Es ist durchaus denkbar, dass es beim Vorrücken der amerikanischen Truppen zu solchen Diebstählen kam. Aber auch hier gilt: Wie wäre ein solcher Diebstahl von denjenigen, die Europa befreit haben, auch nur im Entferntesten mit dem Beschaffen des Totengoldes vergleichbar? Vgl. im übrigen zu diesem Thema Kapitel 10c (*Das soll Gerechtigkeit sein*).

3. DIE VORAUSSEHBAREN AUSWIRKUNGEN DER ANGRIFFE

Die Beschuldigungen und Attacken lösten in unserem Land Emotionen aus, die ebenso heftig wie voraussehbar waren. Vorwürfe wie «volle Kooperation mit Nazideutschland» (vgl. Kapitel 2) trafen auf eine Schweizer Bevölkerung, welche in ihrer überwiegenden Mehrheit die Deutschen während des Zweiten Weltkriegs schlicht und einfach gehasst hatte. Gleichzeitig hatte sich die grosse Mehrheit der Schweizer mit den Amerikanern und – nachdem die schreckliche Wahrheit nach dem Krieg sichtbar geworden war – auch mit den jüdischen Opfern identifiziert. Die Abneigung gegenüber den Deutschen konnte im Verlauf der Jahre zum Glück abgebaut werden. Das grosse Wohlwollen gegenüber amerikanischen und jüdischen Kreisen blieb. Auch der Staat Israel profitierte davon, wie die Wellen der Sympathie während des Sechstagekrieges 1967 und des Jom-Kippur-Krieges 1973 zeigten.

Es ist selbstverständlich, dass die pauschalen, unqualifizierten Attacken gegen die Schweiz diese wohlwollende Grundhaltung unserer Bevölkerung negativ beeinflussten. Vor allem die ältere Generation reagierte begreiflicherweise heftig, mit Enttäuschung, Wut und teilweise bissigem Sarkasmus.¹ Einerseits entstand *«die schlimmste antisemitische Welle seit Menschengedenken»*,² andererseits kamen ernst zu nehmende antiamerikanische Reaktionen auf.³

¹ Zitiert sei aus einem sarkastischen Artikel eines Leserbriefschreibers, Werner Müller, in der *Aargauer Zeitung* vom 12. Dezember 1997: *«Wie gut, dass es Historikerinnen und Historiker gibt, die uns Zeitzeugen gegen Entgelt aus der unerschöpflichen Bundeskasse sagen, wie es wirklich gewesen ist. (...) Ungeachtet der kriegsverlängernden Umtriebe meines feigen, und wie ich jetzt weiss, geradezu kriminellen Vaterlandes, brach der Friede aus. (...) Wäre ich eines frühen Todes dahingegangen, hätte ich diese Irrmeinung mit ins Grab genommen. Weil ich aber überlebt habe, durfte ich der längst fälligen Aufklärung und Aufarbeitung teilhaftig werden und weiss heute, dass wir damals (...) mit dem Teufel einen Pakt geschlossen haben. (...) Es bleibt zu hoffen, dass uns Alten noch ein paar Jährlein bleiben, uns reumütig an die Brust zu schlagen und mit uns die immer noch Unsichtigen, die aller Belehrung zum Trotz hartnäckig dem Mythos von der wehrhaften Schweiz huldigen.»*

² Die Formulierung stammt von Chefredaktor Simon Erlanger, in: *Jüdische Rundschau* vom 1. Oktober 1997. Ob es sich wirklich um Antisemitismus oder «nur» um ein *«Infragestellen des abgeschlossen geglaubten Integrationsprozesses der jüdischen Gemeinde in der Schweiz»* handelte, wie sich der Präsident des Schweizerischen Israelitischen Gemeindebundes (Rolf Bloch) ausdrückte (in: *AargauerZeitung* vom 22. Mai 1998), ist praktisch ein Streit um Worte.

³ Ab Frühling 1997 erschienen reihenweise gegen die USA gerichtete Leserbriefe in den Schweizer Zeitungen. Das ist umso bemerkenswerter, als die Schweiz traditionellerweise ausserordentlich USA-freundlich eingestellt ist. Selbst während des Vietnamkrieges war die Kritik in unserem Land viel geringer als anderswo.

Psychologisch gesehen können Beleidigungen dann besonders schlecht verkräftet werden, wenn sie von vermeintlichen Freunden stammen, zu denen bisher volles Vertrauen bestand. Entsprechend stark verletzt fühlten sich viele Schweizerinnen und Schweizer, die nicht verstehen konnten, dass die schweren Vorwürfe ausgerechnet aus Kreisen kamen, mit denen sie sich während den letzten 50 Jahren identifiziert hatten.

a) Gefährliche Verallgemeinerungen

Es existiert eine Anekdote, nach der ein russischer Dirigent einem westlichen Kollegen gesagt haben soll: *Stellen Sie sich vor: In meinem Orchester ist der erste Geiger jüdisch, ebenso zwei meiner Trompeter, ferner ein Cellist und ein Dutzend weiterer Musiker. Ich habe sie ausgewählt. Nun sagen Sie mir: Kann ich Antisemit sein?* Sein Kollege soll geantwortet haben: *Wissen Sie, ich habe keine Ahnung, wer in meinem Orchester jüdisch ist und wer nicht.*

Unsere Gesellschaft hatte es in den vergangenen Jahrzehnten so weit gebracht, dass es fast niemanden mehr interessierte, ob ein Mitmensch jüdischen Glaubens sei oder nicht. Das war eine grosse Errungenschaft, wenn man bedenkt, welches Leid Religionsstreitigkeiten und Antisemitismus in der Vergangenheit über die Welt gebracht hatten. Die Entwicklung seit 1996 warf uns in bedenklicher Art um Jahrzehnte zurück: Plötzlich drohte wieder Ausgrenzung.¹ Man konnte wieder lesen, welche Bankiers, welche Industriellen und welche Chefredaktoren jüdischen Glaubens seien. Plötzlich wurde wieder diskutiert, welche Banken und Medien in jüdischen Händen liegen. Treffend sind die Worte eines Leserbriefschreibers, die grosses Verantwortungsbewusstsein erkennen lassen: *«Im Aktivdienst hatten wir in unserer Kompanie einen Kameraden, der genau so war wie alle anderen, und niemand sah etwas anderes in ihm. Heute wird mir plötzlich bewusst, dass er jüdischer Abstammung war. Wir haben eine jüdische Bundesrätin. Dass sie jüdischer Abstammung ist, war mir bis vor Kurzem gar nicht bewusst, und es ist mir auch weiterhin egal, denn sie ist eine Schweizerin und dar-*

¹ Vgl. *Jüdische Rundschau* vom 1. Oktober 1997: *«Die nichtjüdischen Schweizer haben zum ersten Mal seit langer Zeit die jüdischen Mitbürger als ‚sie‘ bezeichnet und sich selbst als ‚wir‘, und die Schweizer Juden wurden daher ausgegrenzt.»*

um ist es in Ordnung, dass sie zur Bundesrätin gewählt wurde. Dass mir bei der Bundesrätin und bei unserem Kameraden diese Abstammung plötzlich zu Bewusstsein kommt, erschreckt mich! Ich kann es mir nicht anders erklären, als dass dieses Bewusstsein durch die perfiden Angriffe der jüdischen Organisationen in den USA in mir geweckt wurde und genau das ist es, was mich erschreckt, denn das zeigt, dass diese Angriffe etwas in mir geweckt haben, was vorher gar nicht vorhanden gewesen war: die Unterscheidung zwischen Juden und Nichtjuden!»²⁰

Unsinnig ist, das Aufkommen der Emotionen dem Interview von Bundesrat Delamuraz vom 31. Dezember 1996 (Chronologie 12) zuzuschreiben und zu behaupten, ein schon immer verdeckt vorhanden gewesener Antisemitismus der Schweizer sei nun wieder aufgeflammt. Das wäre ebenso falsch, wie wenn man – nachdem sich zwei enge Freunde plötzlich zerstreiten – sagen würde, der schon immer versteckt vorhanden gewesene Hass gegenüber dem Freund sei nun wieder aufgebrochen.

Die negativen Reaktionen in der Schweiz entstanden, weil die Vorwürfe pauschal erhoben wurden. Nicht Einzelpersonen wurden kritisiert, sondern gezielt «die Schweiz» und «die Schweizer». Selbst einheimische Kritiker verwendeten dieselbe Methode. Sie verwendeten die Ausdrücke «uns» und «wir», um die schweizerische Bevölkerung als Kollektiv anzuklagen. Diese pauschalen Verurteilungen reichten von vielleicht noch gedankenlosen Schlagzeilen in den einflussreichsten Zeitungen wie «*Ein Volk (die Schweizer) von willigen Profiteuren*» und «*Wir Antisemiten*»¹ bis hin zu den gezielten Verunglimpfungen durch den Schriftsteller und ETH-Professor Adolf Muschg, der schrieb, «*wir*» hätten «*bei Hitler mitgemacht*»,²¹ und der mit folgendem, bösartigen Satz allen Vorwürfen der letzten zwei Jahre die Krone aufsetzte: «*Wir (die Schweizer) haben an der Tötung (der Juden) mitgewirkt und daran verdient.*»²²

Mit solchen Sprüchen heizt ein Autor bewusst kollektive Aversionen an, vor denen er zu warnen vorgibt, auch wenn er scheinheilig so tut, als läge ihm die Bekämpfung

¹ Der Titel *Ein Volk von willigen Profiteuren* stammt aus der *SonntagsZeitung* vom 15. September 1996, *Wir Antisemiten* aus dem *SonntagsBlick* vom 2. Februar 1997. Der *SonntagsBlick* gehört zum Ringier-Konzern, die *SonntagsZeitung* zum TA Media Verlag (*Tages-Anzeiger*). Ringier und TA Media AG sind die beiden grössten Verlagshäuser der Schweiz.

von Antisemitismus und Rassismus am Herzen. Wer «die Juden», «die Türken», «die Jugoslawen» oder «die Schweizer» pauschal verunglimpft, provoziert Aversionen. Wer ehrlich Rassismus, Antisemitismus und Nationalismus verhindern will, muss sich an die eiserne Regel halten, Volksgruppen nie pauschal zu verurteilen. Der Chefredaktor der *Aargauer Zeitung*, Franz Straub, schrieb zu Muschgs Vergleich der Schweiz mit Auschwitz¹ unter dem Titel *«Adolf Muschg oder die Banalisierung des Ungeheuerlichen»*, dieser konstruiere eine *«Kollektivschuld des Schweizervolkes am Holocaust – eine ungeheuerliche Unterstellung, die nicht einmal der demagogische Ziegler unterschreiben würde.»*²³

Kollektivschuld («wir haben an der Tötung mitgewirkt») macht die Unschuldigen zu Schuldigen und die Schuldigen zu Unschuldigen. Sie führt zu Verdrängung und zu einer allgemeinen Abwehrhaltung. Es sind solch kollektive Schuldzuweisungen, die am Anfang von sämtlichen Ausgrenzungen und von jedem Rassismus stehen. Umso schlimmer, wenn ein Autor solcher Anschuldigungen intelligent genug ist, um die von ihm ausgelösten Mechanismen vorauszusehen. Der Schriftsteller Ludwig Marcuse hat solchen Scharfmachern die richtige Antwort gegeben: *«Ich bin leidenschaftlich gegen den Begriff Kollektivschuld. Sie ist Ausdruck einer Hitlermethode, vom Einzelnen abzusehen und nur noch in Gruppen zu denken. Wer für Kollektivschuld eintritt, hat mehr Hitler in sich, als er ahnt.»*²⁴

b) Böswillige Provokationen

Vielleicht hat alt Botschafter Heinz Langenbacher als Zeitzeuge das Empfinden der Schweizer Bevölkerung während der Kriegszeit am treffendsten zusammengefasst, als er aus seinem Tagebuch vom 11. Dezember 1942 zitierte: *«Immer wieder fallen wir in schwarze Löcher der Depression. Eine Idee hält uns indessen immer wieder über Wasser: Die Vorstellung, was passieren würde, wenn die Schweiz überfallen*

¹ Muschg stellte diese Verbindung mit Sätzen wie dem folgenden her: *«Die Tränen, die uns jetzt die Scham auspressen kann, sind diejenigen, die uns nicht gekommen sind, als wir feststellen mussten, dass Auschwitz nicht nur überall lag, sondern auch in der Schweiz»*; in: *Wenn Auschwitz in der Schweiz liegt*, 1997.

würde. Wir können uns ohne viel Fantasie vorstellen, wie vor allem Politiker und Journalisten, die immer wieder beeindruckend Mut an den Tag legen, zu Tausenden liquidiert würden. Wie junge Schweizer in Arbeitslager verschleppt oder zwangsweise in Hilfsdienste der deutschen Wehrmacht eingegliedert würden. Wie unsere Häuser und Wohnungen geplündert, unsere Frauen vergewaltigt und wir selbst in Kriegsgefangenschaft enden würden. Diese Horrorbilder geben uns immer wieder Kraft.»²⁵

Die antideutsche Haltung der Schweizer war in der Tat beeindruckend, wie aus unzähligen Beispielen hervorgeht.¹ Bei ausländischen Kritikern kann man vielleicht annehmen, dass sie die damalige Stimmung in unserem Land zu wenig kennen und somit unterschätzen, was die heutigen Diffamierungen für Schweizer bedeuten, welche die Kriegszeit erlebt haben. Die einheimischen Kritiker hingegen wissen, was sich damals in der Schweiz abspielte. Sie wissen, dass damals die weit überwiegende Mehrheit des Schweizer Volkes bereit war, im Kampf gegen Hitler alles zu opfern und notfalls zu Grunde zu gehen.² Sie wissen, dass damals der Grossteil der Bevölkerung jeden Morgen mit tiefster Abscheu gegen Nazideutschland aufwachte, um den Grenzposten wieder einzunehmen, um an der Anbauschlacht mitzuarbeiten,³ um trotz Lebensmittelmangel ein Frühstück zuzubereiten,⁴ um sich um heimlich aufgenommene Flüchtlinge zu kümmern. Umso böswilliger

¹ Ein Beispiel von unzähligen, das die Haltung der Bevölkerung dokumentiert: Als im Zürcher Schauspielhaus im Oktober 1938 Heinrich Gretler im *Götz von Berlichingen* die Worte gesprochen hatte: «Was soll unser letztes Wort sein? Es lebe die Freiheit! Und wenn die uns überlebt, können wir ruhig sterben!», ging gemäss der *Neuen Zürcher Zeitung* eine spontane Begeisterungswelle durch die Zuschauer. «Der Beifall schwoll erschütternd zu minutenlangem Donnern an».

² Der Dank in diesem Buch (vgl. Widmung) geht vor allem an alle Politiker, Journalisten und an diejenigen Armeeeingehörigen, die wussten, dass sie im Falle eines Einmarsches der Deutschen praktisch keine Überlebenschance haben würden (mit speziellem Dank an meinen Vater als Angehöriger der Grenztruppen).

³ Die Frauen mussten im Stall und auf den Feldern die Arbeit der in den Militärdienst eingezogenen Männer verrichten. Die «Anbauschlacht» hatte zum Ziel, jedes erdenkliche Stück Kulturland zum Lebensmittelanbau zu verwenden.

⁴ Über lange Zeit hinweg lag die tägliche Nahrungsmittelmenge unter dem minimalen Kalorienbedarf eines Menschen. Mit einer rigoros gehandhabten Rationierung wurde die Kalorienzuteilung pro Person von 3'200 kcal auf 2'100 kcal pro Tag reduziert. Das «Kostmass», die vom Staat errechnete tägliche Lebensmittelration für jeden Einwohner, war in der Schweiz mit 250 Gramm pro Person sogar tiefer als in Krieg führenden Staaten (in Deutschland im Mai 1945, also am Ende des Krieges, 400 Gramm). Deutschland besass gemessen am Kulturland wesentlich mehr Ackerland (65 %) als die Schweiz (19 %). Vgl. Treumund Itin, *Die Schweiz im 2. Weltkrieg*, 1998.

und provokativer ist es, wenn sie mit pauschaler Kritik an den Schweizern («wir Schweizer») bewusst Emotionen schüren.

Natürlich gab es damals in der Schweiz auch Anpasser, wie es sie immer und überall gibt, auch heute. So ist zum Beispiel heute schwer verständlich, wie in einer offiziellen Schweizer Parteizeitung über Mussolini stehen konnte: *«Wie auch das letzte Ende (von Mussolini) sei, ihm gebührt ein Platz in der Weltgeschichte, und das letzte Urteil wird ihm persönliche Sauberkeit, Tatkraft und eminente Fähigkeiten zubilligen. Ein politisches Genie von grosser dynamischer Kraft.»*²⁶ Sogar in schweizerischen jüdischen Kreisen gab es Haltungen, die heute unverständlich erscheinen mögen (vgl. Kapitel 7c5). Aber selbst, wenn es nationalsozialistische und faschistische Tendenzen gab, selbst wenn unter den 134'000 in der Schweiz wohnenden deutschen Niedergelassenen¹ und auch unter den Schweizern selbst Anschlusswillige und «Fröntier» existierten: Das Bewundernswerte war, in welcher geringer Minderheit diese Leute blieben.

Dass Österreich Nazideutschland damals mit offenen Armen empfing, ist bekannt. Unsere Bevölkerung hingegen widerstand den Versuchungen, ebenfalls einer «Herrenrasse» angehören zu wollen. Mit grossem Rückhalt in der Bevölkerung vollbrachten die schweizerischen Verantwortlichen die erstaunliche Leistung, die Schweiz in hoffnungslos scheinender Umklammerung aus dem Krieg herauszuhalten. Die heutigen Kritiker können sich offenbar nicht vorstellen, was es damals brauchte, dem enormen Druck von aussen standzuhalten. Gerade wenn man sieht, wie schnell heutzutage massgebliche Kreise unseres Landes bereit sind, bereits geringem Druck von aussen nachzugeben, so wirkt es wie ein Wunder, wie standhaft die Schweiz damals geblieben ist.

¹ Die Schweiz beherbergte die grösste deutsche Ausländerkolonie Europas.

4. WER STECKTE HINTER DEN ANGRIFFEN?

Antisemitische und antiamerikanische Gefühle wurden in der Schweiz wach, weil in der Bevölkerung der Eindruck aufkam, «die Juden» und «die Amerikaner» stünden hinter den Vorwürfen gegen die Schweiz. Beides ist falsch und muss dringend ins richtige Licht gestellt werden. Das ist deshalb von grosser Wichtigkeit, weil Strömungen wie Antisemitismus nur deshalb aufkommen konnten, weil die wahren Urheber der Angriffe nicht erkannt wurden. Nur wenn sie identifiziert und benannt sind, kann sich der Unmut unserer Bevölkerung statt gegen «die Juden» und gegen «die Amerikaner» gegen die **wahren** Verantwortlichen richten.

a) Mit Sicherheit nicht «die Juden»

Mit Sicherheit sind es nicht «die Juden», welche die Schweiz ins Kreuzfeuer genommen haben, und schon gar nicht diejenigen aus der Schweiz. Im Gegenteil: Mit Ausnahmen, wie sie immer vorkommen, haben sich die schweizerischen jüdischen Kreise sehr besonnen verhalten. Sie haben als Erste begriffen und am eigenen Leib erfahren, was die pauschalen Vorwürfe auslösen.

Die grosse Mehrheit der Juden weiss sehr wohl zu schätzen, dass in der damaligen Zeit die Schweiz praktisch das einzige Land¹ war, welches bereit war, ihren bedrängten Glaubensgenossen beizustehen, auch wenn noch mehr Hilfe wünschbar gewesen wäre. Stellvertretend sei aus einem Zeitungsartikel eines schweizerischen, jüdischen Arztes zitiert: *«Es ist eine der grossen Illusionen der Menschheit, auf materielle Reichtümer zu bauen und dafür andere, wichtigere Werte zu vernach-*

¹ Wenigstens die Dominikanische Republik war bereit, Flüchtlinge aufzunehmen. Die Journalistin Gisela Blau schreibt in der *Jüdischen Rundschau* (eingelegetes Magazin *Inside* 29/98) Bezug nehmend auf eine Aussage von Gerhart Riegner, dem damaligen Präsidenten des Jüdischen Weltkongresses, an der damaligen Flüchtlingskonferenz in Evian 1938 (vgl. Kapitel 7 c5) habe niemand mehr geholfen *«äusser die Dominikanische Republik. Sie bot sogar die Einwanderung für 100'000 Menschen an, das war eine schöne Geste, aber es wollte kaum jemand da hin. Es wurde ja auch verlangt, dass die Einwanderer Bauern werden.»* Auch dieses Zitat zeigt übrigens, dass damals die drohende Gefahr selbst von den Betroffenen nicht in vollem Ausmass erkannt wurde (vgl. Kapitel 7 c). Anders wäre nicht zu erklären, dass *«kaum jemand dahin wollte»*, um dort Bauer zu werden.

lässigen. Gerade der durch seine leidvolle Geschichte erfahrene jüdische Mensch sollte wissen, (...), ein bisschen Freundschaft und Treue, ein wenig Hilfsbereitschaft wiegen ganze Berge von Gold auf (...) Der Schweiz gebührt retrospektiv eine Anerkennung ihres Mutes, ihres Widerstandswillens, ihrer Leistung und umsichtigen Politik, die ihr ermöglichte, in einem Meer von Barbarei als eine isolierte Insel der Freiheit, Menschlichkeit, demokratischer Ordnung und Menschenrechte zu bestehen.»²⁷

Besonders wertvoll war, dass sich schweizerisch-jüdische Persönlichkeiten wie Michael Kohn¹, Rolf Bloch² und François Loeb³ vermittelnd einsetzten. Dass sie bereit waren, im Interesse der Schweiz auf Distanz zu den ausländischen Angriffen zu gehen, zeigt sich unter anderem am verächtlichen Kommentar des Sekretärs des Jüdischen Weltkongresses, Israel Singer: *«Jüdische Persönlichkeiten in der Schweiz äussern zum Teil massive Vorwürfe an den Jüdischen Weltkongress. Sie verhalten sich feige. Sie tun dies, weil es zu ihrem geschäftlichen Vorteil ist, oder weil sie denken, dass sie von ihrer Regierung gemocht werden, wenn sie sich feige verhalten. Dies sind die Leute, mit welchen wir (der Jüdische Weltkongress) Schwierigkeiten haben.»²⁸*

Wenn schon war es die israelische Regierung (nicht «die Juden»), die bei den Angriffen eine Rolle gespielt hat. Zwar war auffallend, wie zurückhaltend sich das offizielle Israel während langer Zeit verhielt.⁴ Noch im Mai 1998, anlässlich des Besuchs von Bundesrat Flavio Cotti in Israel, war die Zurückhaltung von Ministerpräsident Netanyahu in seinen öffentlichen Stellungnahmen offensichtlich.

Die Zurückhaltung des offiziellen Israel schien verständlich, denn es ist klar, dass die Angriffe des Jüdischen Weltkongresses nicht mit den Staatsinteressen Israels

¹ Michael Kohn ist der Schweizer Öffentlichkeit als «Energiepapst» bekannt, weil er während Jahren in der Energiepolitik unseres Landes eine wichtige Rolle spielte. Er ist ehemaliger Präsident des Schweizerischen Israelitischen Gemeindebundes und heute Vizepräsident des Europäisch-Jüdischen Kongresses.

² Rolf Bloch ist Inhaber einer Schokoladenfabrik und gleichzeitig der gegenwärtige Präsident des Schweizerischen Israelitischen Gemeindebundes.

³ François Loeb ist Warenhausbesitzer in Bern und gleichzeitig Berner Nationalrat für die freisinnige Partei FDP.

⁴ Aggressive Töne kamen aus Israel vor allem von Avraham Burg, dem Präsidenten der *Jewish Agency*, des weltweiten Koordinationsorgans der zionistischen Bewegung. Diese ist jedoch nicht mit dem Staat Israel gleichzusetzen.

übereinstimmen. Israel weiss, was es riskiert, wenn generell die Forderung gestellt wird, dass Vermögenswerte ersetzt werden müssen, die in den letzten 60 Jahren durch kriegerische Handlungen und zwangsweise Enteignungen abhandengekommen sind. Schon 1988 war Israel mit der Forderung konfrontiert worden, den ehemaligen Besitz der Palästinenser zurückzuerstatten.²⁹ Der gestellte Anspruch belief sich auf nicht weniger als 147 Milliarden Dollar, wovon 92 Milliarden Dollar Grundbesitz ausmachten. Es kann auch kaum erstaunen, dass sich die schweizerische Organisation *Pro Palästina* als Antwort auf die jüngsten jüdischen Forderungen mit «*Vorschlägen zu Gunsten der unterdrückten Palästinenser*» an den Schweizer Bundesrat und das Parlament wandte.³⁰

Es kommt dazu, dass Israel (wie alle anderen Staaten auch) seine eigenen nachrichtenlosen Vermögen ebenfalls nicht aufgearbeitet hat und nun plötzlich selbst mit diesem unangenehmen Problem konfrontiert wurde. In Israel sind die Verfehlungen möglicherweise weit gravierender als in der Schweiz.¹ Vor allem geht es dabei um Grundstücke von verschwundenen Weltkriegsopfern, die vom Staat Israel dem Staatsvermögen einverleibt wurden.²

Zusammenfassend gesagt ist sich Israel bewusst, dass es im Glashaus sitzt und nicht mit Steinen werfen sollte. Die israelische Führung weiss, dass sie vor allem bei ihrer Siedlungspolitik Mittel einsetzt, die betreffend Unrecht in keinem Verhältnis zu dem stehen, was der Schweiz heute vorgeworfen wird.

Allerdings begannen sich Fragezeichen betreffend die Haltung der israelischen Regierung zu stellen, als bekannt wurde, dass sie der *Jüdischen Rückerstattungs-Weltorganisation* (faktisch also deren Präsidenten Edgar Bronfman) den Auftrag erteilt hatte, für die Wiederbeschaffung verlorener jüdischer Gelder besorgt zu sein (Chronologie 45). Dieser Auftrag wurde selbst dann nicht zurückgezogen, als Bronfman der Schweiz den «totalen Krieg» androhte (Chronologie 31). Zumindest liess Israel Edgar Bronfman also gewähren, wenn er hinter den Kulissen nicht sogar noch zu

¹ Am 10. September 1997 veröffentlichte nach der Schweiz auch Israel eine Liste mit rund 10'000 Namen von Eigentümern nachrichtenloser Vermögen.

² Israel verwaltet die Grundstücke wie sein Eigentum. Sie gingen in die Verwaltung eines öffentlichen Treuhänders über, der sie sogar verkaufen kann. Melden sich die Erben doch noch, können sie zwar die Grundstücke und allenfalls die Verkaufserlöse zurückfordern. Allerdings ist dies die Ausnahme, denn nach Erben wird nicht gesucht; vgl. *Der Bund* vom 7. Februar 1997.

seinen Attacken animiert wurde. Fragwürdig wurde die Haltung der israelischen Regierung aber vor allem dadurch, dass sich Netanyahu am 28. August 1998 dazu hinreissen liess, sich brieflich bei Edgar Bronfman zu bedanken. Zu Recht kritisierte der *Blick*: «Vornedurch macht er (Netanyahu) der Schweiz schöne Worte für die Aufarbeitung der Geschichte. Hintenherum schreibt er D'Amato und Bronfman überschwängliche Dankesbriefe.»³¹ Zu Recht sprach sogar die in der Schweiz erscheinende *Jüdische Rundschau* bereits im Titel ihres Artikels von einem Vorgehen «mit gespaltener Zunge».³² Dass die israelische Regierung eventuell doch eine Doppelrolle spielt, zeigte sich vollends, als publik wurde, dass ausgerechnet Bronfman, D'Amato, Hevesi und Eizenstat am 17. November 1998 im israelischen Parlament für ihre Verdienste ausgezeichnet werden sollen (Chronologie 47).

b) Die zentrale Rolle von Edgar Bronfman

Es sind mit Sicherheit auch nicht «die Amerikaner», die hinter den Angriffen stehen, sondern eine erstaunlich kleine Gruppe von Leuten an der Spitze des in den USA beheimateten Jüdischen Weltkongresses. Dieser wird präsiert von Edgar Bronfman, dem enorme Geldmittel zur Verfügung stehen. Um zu verstehen, weshalb sich die Angriffe derart ausweiten konnten, ist es unerlässlich, die Geldorientiertheit des amerikanischen politischen Systems sowie das System der US-Sammelklagen kurz zu streifen (unten Ziffer c).

b1) Die personellen Verbindungen

Edgar Bronfman hatte im Jüdischen Weltkongress die Macht übernommen, nachdem er zusammen mit seinen Geschwistern Charles und Phyllis kurzerhand dessen Schulden bezahlt hatte. Leute wie Israel Singer (Sekretär), Elan Steinberg (Direktor) und in England Greville Jänner (einer der Vizepräsidenten) gehören zu seiner Mannschaft. Für seinen Feldzug gegen die Schweiz zog er Senator D'Amato bei. Besonders belastend für die Schweiz ist der Umstand, dass sich zahlreiche Medien für die Kampagne einspannen liessen, in den USA vor allem die jüdisch beherrschte *New York Times*, die mehr als 30 weitere amerikanische Zeitungen, eine Anzahl Magazine sowie verschiedene Radio- und TV-Stationen kontrolliert.³³ Die

persönlichen Verbindungen reichen bis in die englischen Medien: Journalist Tom Bower, der Autor der verheerenden Artikelserie in der englischen Zeitung *Sunday Times* (vgl. Kapitel 2), räumte offen ein, der juristische Berater von D'Amato, Greg Rickman, sei ihm eine «*unenbehrliche Hilfe*» für seine Arbeit gewesen.³⁴ Die *Neue Zürcher Zeitung* schrieb, dass «*Mike Kinsella, der Leiter des Mitarbeiterstabes von Senator D'Amato, den Anstoss (zu Tom Bowers Buch) gegeben hat*».³⁵

Wie eng die personellen Verbindungen tatsächlich sind, lassen die Ausführungen von Tom Bower erahnen. Er berichtet, der Direktor des Jüdischen Weltkongresses, Elan Steinberg, habe das Team von Senator D'Amato laufend mit Neuigkeiten über die «*Verbrechen der Schweiz*» versorgt nach dem Grundsatz, «*durch immer neue, peinliche Enthüllungen Angst zu erzeugen und bedenkenlos Anschuldigungen in die Welt zu setzen, die schikanieren und für Unruhe sorgen*».³⁶ Gleichzeitig wurde der Vizepräsident des Jüdischen Weltkongresses in England eingeschaltet, der englische Parlamentsabgeordnete Greville Jänner. Dieser weitete die Vorwürfe auf die Themen Raubgold und Raubkunst aus.¹ Janners Vorstoss im englischen Parlament führte zur Unterhausdebatte und zum skandalösen Bericht des Aussenministers Malcolm Rifkind vom 10. September 1996. In diesem Rifkind-Bericht beging der englische Aussenminister respektive seine Mitarbeiter den ebenso stümperhaften wie gravierenden Fehler, Dollar und Franken zu verwechseln. Auf Grund der resultierenden 4,4fachen Übertreibung nach damaligem Wechselkurs wurden völlig unhaltbare Vorwürfe gegen die Schweiz erhoben.²

Von Tom Bower geht die Spur sogar in die Schweiz: Bower erhielt sein Material unter anderem vom Schweizer Historiker Mario König geliefert.³

¹ Die *Aargauer Zeitung* vom 14. Juni 1997 schrieb: «(Janner) *bauschte die einzelnen Tatbestände auf und verkündete einen 15-Milliarden-Pfund-Skandal. Für diese Summe soll angeblich Nazi-Beutekunst in der Schweiz zurückbehalten worden sein*» (mit Verweis auf Tom Bower, *Blood Money*, 1997). Man stelle sich diese absurden Dimensionen vor. Das würde bedeuten, dass zum Beispiel 15'000 geraubte Kunstgegenstände im Wert von je einer Million Pfund in der Schweiz liegen müssten.

² Dass sich die Vorwürfe als falsch erwiesen, nützte der Schweiz nachträglich nicht viel. Der Staub, der durch die falsche Veröffentlichung aufgewirbelt worden war, liess sich nicht so einfach beseitigen. Die Verantwortlichen korrigierten den begangenen Fehler kaum. Die *Financial Times* vom 18. September 1996 schrieb dazu: «*Aber wozu eine gute Story kaputtmachen, nur wegen ein paar hundert Millionen ?*»

³ Tom Bower bedankte sich in seinem Buch beim Historiker Mario König mit den Worten: «*Er verbrachte zehn Wochen in den nationalen Archiven und förderte nicht nur erstaunliches, neues Material zu Tage, sondern lieferte auch bemerkenswerte (Originalton «incisive») Interpretationen.*»

Zudem bedankte er sich in seinem Buch bei Irene Loebell, Mitarbeiterin des Schweizer Fernsehens, und bei deren Ehemann, Nationalrat Paul Rechsteiner (SP St. Gallen),¹ der im Januar 1997 den Rücktritt von Bundesrat Delamuraz forderte³⁷ und der als Rechtsanwalt für einen damaligen Flüchtling Klage gegen die Schweiz einreichte, wobei er unserem Land Gehilfenschaft zum Völkermord vorwarf.³⁸

b2) Fast unlimitierte finanzielle Mittel

Edgar Bronfman gilt als einer der reichsten Männer der Welt. Das amerikanische Magazin *Forbes* schätzte sein Privatvermögen auf 4,2 Milliarden Franken. Zudem hat er das 40-Milliarden-Familienunternehmen *Seagram Corporation* im Rücken,² einen der weltgrössten Hersteller und Vertreiber von Spirituosen.³ Der Grundstock des Familienvermögens wurde vom Vater von Edgar Bronfman gelegt, der während der Zeit der Prohibition⁴ Geld verdiente, indem er in Kanada Alkohol produzierte, der illegal vor allem auch in die USA geschmuggelt wurde.

Die finanzielle Macht des Familienunternehmens Bronfman wird unter anderem durch die jüngsten Käufe des Hollywood-Filmkonzerns MCA/Universal für 5,7 Milliarden Dollar und des Musikunternehmens Polygram für 10,6 Milliarden Dollar dokumentiert.⁵ Dass sich der Konzern mit Vorliebe bei Medien einkauft, zeigt das kürzliche Engagement beim weltgrössten Medienunternehmen *Time/Warner*, von welchem 14,9 Prozent der Aktien übernommen wurden. Mit seinen finanziellen Mitteln und seinen Verlags-, Netzwerk- und Filmanteilen kann Edgar Bronf-

¹ Tom Bower richtete in seinem Buch seinen «Dank an den Journalismus von Irene Loebell vom Schweizer Fernsehen. (...) Unter vielen anderen, die mir wertvolle Hilfe gaben, sind (...) Paul Rechsteiner.»

² Im Juni 1994 trat Edgar Bronfman die Führung des Konzerns Seagram Co. Ltd. an seinen 41-jährigen Sohn Edgar Bronfman Junior ab.

³ Zu den bekanntesten Produkten des Unternehmens gehören der Whiskey *Chivas-Regal*, der Cognac *Martell*, der französische Champagner *Mumm* und bis vor Kurzem die Fruchtsaftmarke *Tropicana*.

⁴ Unter *Prohibition* wird die Zeit verstanden, als Alkohol in den Zwanziger- und Anfang Dreissigerjahre in den USA illegal war.

⁵ 1995 kaufte das Unternehmen 80 Prozent des Konzerns MCA/Universal vom japanischen Elektronikonzern Matsushita. 1998 folgte der Kauf des Musik- und Filmriesen Polygram vom holländischen Elektronikonzern Philips, womit Seagram zum weltweit grössten Musikkonzern aufrückte.

man in den amerikanischen Medien publizieren lassen, was er will und was ihm nützt.

b3) Die politische Einflussnahme

Besonders lässt aufhorchen, wie sich der Bronfman-Konzern politisch engagiert. Schon früh trat Edgar Bronfman im Ostblock auf, sodass er im Oktober 1988 von Erich Honecker den DDR-Orden «Stern der Völkerfreundschaft in Gold» überreicht erhielt. Offenbar störte ihn nicht so sehr, dass die kommunistische DDR trotz der Rolle Deutschlands im Zweiten Weltkrieg natürlich nie Entschädigungen an jüdische Weltkriegsopfer bezahlt hatte, solange er dort seine Geschäfte machen konnte.

Vor allem in den USA setzt Bronfman sein Geld politisch ein. In den Jahren 1995 und 1996 war sein Konzern gemäss Presseberichten der grösste Sponsor der demokratischen Partei und gleichzeitig der fünftgrösste Sponsor der republikanischen Partei,³⁹ er finanzierte also gleich beide massgebenden Parteien der USA. Das ist umso bemerkenswerter, wenn man die Missstände des geldorientierten politischen Wahlsystems der USA bedenkt. Bei den Wahlen 1996¹ dürfte nach Schätzungen die erstaunliche Summe von mehr als einer Milliarde Dollar umgesetzt worden sein. Der bekannte ehemalige Radio-DRS-Journalist und heutige Washingtonkorrespondent Richard Anderegge schrieb zu diesem Thema: *«Die Finanzierung der Kampagnen ist nachgerade ein Alptraum aller amerikanischen Politiker geworden. Wo sie eine Hoffnung sehen, von irgendwem Geld zu erhalten, sind sie zu allen möglichen Diensten bereit. Das Zusammengehen Bronfmans mit Senator D'Amato zeigt das sehr schön.»*⁴⁰

Die Wahlspendenaffären, in die sogar Präsident Bill Clinton höchstpersönlich und vor allem auch Vizepräsident Al Gore verwickelt waren, zeigen, dass solche Zahlungen bis in die höchste Regierungsebene hinauf ein Problem darstellen, das in

¹ Die Rede ist von der Wahl des Präsidenten, sämtlicher Mitglieder des Repräsentantenhauses, eines Drittels des Senats sowie einiger Gouverneure. Der Präsident allein soll rund 70 Millionen Dollar für seine weitgehend unbestrittene Wiederwahl ausgegeben haben. Vgl. zudem das Beispiel des Senatskandidaten Huffington in Kalifornien, der rund 27 Millionen Dollar ausgab (vgl. Kapitel 4c2, Fussnote). Schon nur diese beiden Beispiele zeigen, dass die Schätzung von über einer Milliarde Dollar korrekt sein dürfte.

der amerikanischen Öffentlichkeit auf zunehmendes Misstrauen stösst.¹ Alfonse D’Amato spielte bei der Eintreibung von Wahlspenden längere Zeit eine zentrale Rolle, er «gilt als einer der besten Geldaufreisser der Republikaner überhaupt».⁴¹ Er stand schon an vorderster Wahlkampffront für einen republikanischen Präsidentschaftskandidaten² und spielt eine wichtige Rolle bei den Kampagnen des Gouverneurs von New York, George Pataki³. Auch für sich selbst war er ausserordentlich «erfolgreich». Allein für den Senatswahlkampf 1998 soll er mehr als 25 Millionen Dollar ausgegeben haben, bereits im Juni lagen jedenfalls in seiner «Wahlkampfkasse bisher gut 17 Millionen Dollar, mehr, als jeder andere Senatskandidat fünf Monate vor den Wahlen auf dem Bankkonto hat».⁴² Es erstaunt nicht, dass der einflussreiche Milliardär Bronfman beim Finanzierungszirkus der amerikanischen Wahlen eine wesentliche Rolle spielt. Erstaunlich ist höchstens, wie offen er dies in der Öffentlichkeit zugibt, wie er unumwunden mitteilte, Senator Alfonse D’Amato für seine Ziele beigezogen zu haben.⁴³ Es ist zuzugeben, dass er dabei eine sehr geschickte Wahl traf: D’Amato nahm nicht nur viel Geld entgegen, er war zugleich Vorsitzender des Bankenausschusses des amerikanischen Senats. Bronfman konnte also damit rechnen, via Senator D’Amato optimal Druck auf die Schweizer Banken mit Filialen in den USA ausüben zu können.

b4) Die Verbindung zur Regierung der USA

Die amerikanische Regierung liess unter der Leitung von Unterstaatssekretär Stuart Eizenstat eine Untersuchung durchführen, deren erster Teil am 7. Mai 1997 als *Eizenstat-I-Bericht* vorgelegt wurde (Chronologie 17).

¹ Im Zentrum stand vor allem John Huang, welcher 3,4 Millionen Dollar für die demokratische Partei organisierte. Davon mussten 1,6 Millionen wieder retourniert werden, weil sie gesetzeswidrig gesammelt worden waren. Der Verdacht kam auf, Huang habe seinem ehemaligen Arbeitgeber, einem indonesischen Finanzimperium, als Gegenleistung für Spenden geheime Regierungsdokumente übergeben. Vizepräsident Al Gore wurde vorgeworfen, bei seinen Sammelaktionen Gesetzesvorschriften verletzt zu haben, welche nach dem Watergate-Skandal erlassen worden waren.

² Alfonse D’Amato war Vorsitzender des *Steering Committee (Steuerungskomitee)* für den 1996er Präsidentschaftswahlkampf von Bob Dole.

³ Es ist bezeichnend, dass sich George Pataki bei den Boykottbestrebungen in New York als einer der wenigen schergewichtigen Politiker dafür einsetzte, dass Boykotte nicht nur angedroht, sondern auch durchgesetzt werden.

Dabei stellt sich die Frage, weshalb ausgerechnet im Fall der kleinen Schweiz⁴⁴ und ausgerechnet bei einem mehr als 50-jährigen Problem eine Untersuchung von völlig ungewöhnlichem Umfang durchgeführt wurde.⁴⁵

Stuart Eizenstat ist Unterstaatssekretär in der Regierung Clinton.¹ Er spielte bereits unter Präsident Jimmy Carter eine wichtige Rolle. Später wurde er Direktor der Jerusalem-Stiftung, Vorstandsmitglied der Israel Discount Bank, Vorstandsmitglied des *Amerikanisch-Jüdischen Komitees* und des *United Jewish Appeal*. Wieso schrieb er zum Eizenstat-I-Bericht ein persönliches Vorwort mit wilden Vorwürfen an die Adresse der Schweiz, die er nicht begründete und die wenig mit dem eigentlichen Bericht zu tun haben? Was bewog ihn, Leute wie Bronfman, Singer, Steinberg und D'Amato ausdrücklich lobend zu erwähnen?² Die Schweizer Bevölkerung konnte sich in den letzten zwei Jahren ein Bild davon machen, wie sich diese Leute aufführten. Entsprechend wirkt befremdend, wenn ihr Engagement in einer offiziellen Stellungnahme der amerikanischen Regierung als mustergültig hervorgehoben wird.

Ein weiterer Aspekt muss zu denken geben. Senator D'Amato spielte im amerikanischen Kongress bei den Untersuchungen im sogenannten *Whitewater-Skandal* eine Schlüsselrolle. Dabei ging es um den Vorwurf gegen Präsident Clinton und dessen Ehefrau, in ihrem Heimatstaat Arkansas illegale Vermögensaktivitäten im Zusammenhang mit Immobilienspekulationen betrieben zu haben. Die EIR-Nachrichtenagentur in Wiesbaden führte aus, via Staatssekretär Eizenstat sei Alfonse D'Amato Unterstützung in seinen Bemühungen betreffend die nachrichtenlosen Vermögen angeboten worden, falls er seine Angriffe gegen den Präsidenten einstellen werde. Sie fasst das Ergebnis folgendermassen zusammen: *«Im Laufe des Jahres 1996 erlebten erstaunte politische Beobachter, wie D'Amato sich Schritt*

¹ Im Sommer 1993 wurde Stuart Eizenstat von Präsident Clinton zunächst zum Botschafter bei der EU ernannt. Im April 1996 wurde er auf den Posten des Unterstaatssekretärs für internationalen Handel berufen, 1997 zum Unterstaatssekretär im Aussenministerium für Angelegenheiten der Wirtschaft, der Unternehmen und der Landwirtschaft ernannt.

² Wörtlich führte Stuart Eizenstat aus: *«Die ausserordentliche Führungskraft und Vision einiger weniger Leute hat dieses Thema auf die internationale Tagesordnung gesetzt.»* Dann erwähnte er die *«Führungsqualität und Weitsicht von einigen Wenigen»* und nannte dabei ausdrücklich die *«Leiter des Jüdischen Weltkongresses, Edgar Bronfman, Israel Singer und Elan Steinberg»* und lobte *«insbesondere»* den New-Yorker Senator Alfonse D'Amato.

für Schritt von der Whitewater-Affäre zurückzog. Anfang 1997 erklärte er schliesslich, dass die amerikanische Öffentlichkeit von der Whitewater-Affäre, die sich ‚einfach zu lange hinzieht‘, nun ‚die Nase voll‘ habe und davon ‚nichts mehr hören‘ wolle.»⁴⁶ Die Untersuchungen, die bereits rund 40 Millionen Dollar gekostet haben sollen, wurden eingestellt.

Es macht stutzig, wie sich Edgar Bronfman rühmte, ausgezeichnete Beziehungen zur amerikanischen Regierung und Zugang zum Präsidenten und dessen Ehefrau zu haben: *«Der Präsident war phantastisch, er verstand sehr schnell, worum es ging.»*⁴⁷ Trifft zu, was Journalist Peter Schibli aus Washington schrieb: *«Von Interessenorganisationen (Jüdischer Weltkongress, Simon Wiesenthal Center, Senator D’Amato) unter Druck gesetzt, gab Präsident Clinton bei Staatssekretär Stuart Eizenstat die Ausarbeitung einer historischen Studie in Auftrag.»*⁴⁸ Sind gar die folgenden Bedenken von alt Botschafter Herbert von Arx berechtigt: *«Müsste man sich keine Gedanken machen, was es bedeutet, wenn sich die Regierung der einzigen Grossmacht dieser Welt von privaten Kreisen ins Schlepptau nehmen und instrumentalisieren lässt?»*⁴⁹

Selbst der Präsident ist von Geldgebern abhängig. Schon nur für seine Wiederwahl 1996 soll Bill Clinton gemäss Pressemitteilungen rund 70 Millionen Dollar aufgewendet haben. Seine Anwälte sollen ihn seit seinem Amtsantritt mehr als fünf Millionen Dollar gekostet haben. Dass er dies mit dem bekannt tiefen Einkommen, das ein amerikanischer Präsident bezieht, nicht selbst bezahlen kann, versteht sich von selbst. An seine Anwaltskosten hat ihm nach Zeitungsberichten kürzlich Filmregisseur Steven Spielberg 125’000 Dollar gespendet, derselbe Spielberg, der Christoph Meili demonstrativ in Hollywood empfangen hat. Von der Verbindung Bronfmans zu Hollywood via die Filmgesellschaft MCA/Universal war bereits die Rede.

Dass der amerikanische Präsident seit Beginn der Affäre Lewinsky¹ an Autorität verloren hat und somit vermehrt die Gefahr besteht, dass er zum Spielball von Interessengruppen werden könnte, erscheint klar. Inwiefern Edgar Bronfman in der Lage ist und war, via Alfonse D’Amato, via Stuart Eizenstat oder direkt auf die

¹ Die Rede ist vom Fall Monika Lewinsky, einer jungen Praktikantin, die aus einer jüdischen Arztfamilie in Los Angeles stammt, und die mit dem Präsidenten eine Affäre gehabt hat.

amerikanische Regierung Einfluss zu nehmen, wird für einen Aussenstehenden nie zuverlässig zu beantworten sein. Bemerkenswert ist aber, wie wenig die personellen Zusammenhänge und finanziellen Einflussnahmen kritisch unter die Lupe genommen werden. Erstaunlicherweise nahmen Kreise in der Schweiz, welche sonst finanziellen Machtkomplexen skeptisch gegenüberstehen, die von Bronfman erhobenen Anschuldigungen von Anfang an kritiklos auf und machten sich zu seinem schweizerischen Sprachrohr.

c) Die Trittbrettfahrer

Es mag eingewendet werden, dass die Aktivitäten in den USA bis hin zu den Boykottbestrebungen zeigen, dass offensichtlich nicht nur der Präsident des Jüdischen Weltkongresses hinter den Angriffen stand. Richtig ist, dass sich die Angriffe ausgeweitet haben. Das ändert aber nichts daran, dass Bronfman die Angriffe praktisch im Alleingang gestartet hat und dass er sich in der Folge das amerikanische System zu Nutze gemacht hat.

Zu einem kleinen Teil waren weitere jüdische Organisationen an den Attacken beteiligt, zum Beispiel die *Jewish Agency* in Jerusalem mit ihrem Präsidenten Avraham Burg. Zudem ist zu bedenken, dass es in den USA hunderte von jüdischen Organisationen gibt, unter denen auch Konkurrenzsituationen bestehen. Nicht überall wurde gern gesehen, dass der Jüdische Weltkongress durch die Kampagne gegen die Schweiz seinen Bekanntheitsgrad drastisch steigern konnte. Vor allem der Vorsteher der Organisation *Simon Wiesenthal Center* in Los Angeles, Rabbi Marvin Hier, entwickelte den Ehrgeiz, sein Westküsten-Institut ebenfalls in die Schlagzeilen zu heben. Im internen Konkurrenzkampf machte er dem Jüdischen Weltkongress durch möglichst spektakuläre Vorwürfe die Führung in der Kampagne gegen die Schweiz streitig (Chronologie 28 und 38).

c1) Politikerinnen und Politiker

Vor allem aber ist die Ausweitung der Angriffe auf die enorme Geldorientiertheit des amerikanischen Systems zurückzuführen. Allein die Aussicht, dass aus der

Schweiz Milliarden fließen könnten, hat Politiker und Rechtsanwälte magisch angezogen. Daraus hat sich eine bemerkenswerte Eigendynamik entwickelt.

Wie erwähnt sind amerikanische Politikerinnen und Politiker permanent auf der Suche, wie sie ihre enormen Wahlkampfkosten decken könnten (vgl. Kapitel 4b3). Es ist verständlich, dass sich einige von der Hoffnung leiten liessen, ihre Finanzierungsprobleme liessen sich lösen, wenn sie beim Eintreiben von Milliardenzahlungen aus der Schweiz behilflich sind. Die jüdische Bevölkerung in den USA zeichnet sich durch überdurchschnittliches politisches Engagement¹ und durch eine überdurchschnittliche Spendefreudigkeit aus. Wer sich also in Orten wie New York für jüdische Interessen einsetzt, kann durchaus zusätzliche Spenden einbringen und seine Wahlchancen erhöhen. Viele Politiker sprangen deshalb auf den Zug auf, der vom Präsidenten des Jüdischen Weltkongresses in Gang gesetzt wurde.

c2) Rechtsanwälte und Sammelklagen

Noch weniger kann erstaunen, dass sich Rechtsanwälte veranlasst sahen, «Sammelklagen» («*dass actions suits*», *Class-action-Klagen* oder *Class-Actions*, wie sie in den hiesigen Medien genannt werden) einzureichen.² In den USA ist es üblich, dass sich Anwälte einen fixen Prozentsatz (oft 30 Prozent³) des Prozessgewinns als Honorar versprechen lassen. In der Schweiz ist dies verboten, weil dies tendenziell dazu führt, dass die Anwälte aus eigenen Interessen prozessieren und den Streit

¹ So gilt in den USA die Faustregel, dass der jüdischen Bevölkerung bei Urnengängen doppeltes Gewicht zukommt. So sind zum Beispiel bei einem zehnprozentigen jüdischen Bevölkerungsanteil regelmässig rund 20 Prozent der abgegebenen Stimmen jüdisch, weil jüdische Wähler politisch interessiert sind und somit überdurchschnittlich häufig an die Urne gehen.

² Das sind Klagen, die im Namen aller Betroffenen gegen einen Verantwortlichen eingereicht werden, im vorliegenden Fall also im Namen aller derer, die (behauptetermassen) durch die Schweizer Banken geschädigt wurden, gegen die drei Schweizer Grossbanken als Beklagte.

³ Die beiden Anwaltsbüros Karas & Associates in Toronto und Leigh Davison in Baltimore suchten Anfang 1997 per Internet klagewillige Holocaustüberlebende. Sie planteten ebenfalls eine Sammelklage gegen die Schweizer Grossbanken. Gegen eine Beteiligung von 31,3 Prozent am erstrittenen Erlös stellten sie ihre Dienste zur Verfügung.

noch anheizen. In einem Land, in dem selbst das Ergebnis von Mordprozessen weitgehend von den Medien beeinflusst wird¹ und in welchem für absolute Bagatellen widersinnig hohe Entschädigungen zugesprochen werden*², hatten die Anwälte allen Grund, auf hohe Honorare zu hoffen.

Sammelklagen laufen meist nach demselben Muster ab: Es wird ein derartiger öffentlicher Druck aufgebaut, dass es für Betroffene schliesslich unabhängig von der Rechtslage billiger ist, mit «freiwilligen» Vergleichszahlungen die negative Publizität zu vermeiden. Michael Hausfeld, einer der Rechtsanwälte, welche an vorderster Front gegen die Schweizer Banken vorgingen, zwang 1996 die Firma Texaco wegen angeblicher Rassendiskriminierung zur Bezahlung von 200 Millionen Dollar. Er erreichte dieses Ergebnis mit einer Allianz von 180 regionalen Bürgerrechtsgruppen, die für ihn medienwirksam ins Feld zogen. Unter diesem Druck brach der Widerstand von Texaco zusammen, rechtliche Lage hin oder her.⁵⁰

Dass Sammelklagen oft wenig mit Gerechtigkeit, aber umso mehr mit Politik, Geldmacherei und Beeinflussung der öffentlichen Meinung zu tun haben, zeigt das

¹ Der in den USA äusserst bekannte ehemalige Footballspieler O. J. Simpson wurde zwar zivilrechtlich schuldig gesprochen, seine geschiedene Frau getötet zu haben (d.h., er wurde zu Schadenersatz in Millionenhöhe an die Familie der Frau verpflichtet). Strafrechtlich gesehen wurde er jedoch trotz erdrückenden Indizien in einem von den Medien angeheizten Umfeld freigesprochen. Erstaunen erweckte in Europa auch der Fall des englischen Au-pair-Mädchens Louise Woodward im Herbst 1997, dem in den USA die Tötung eines Kindes vorgeworfen worden war. Die junge Frau wurde vorerst zu lebenslanger Haft verurteilt. Nachdem es deswegen in England zu Protestdemonstrationen mit viel Publizität gekommen war, wurde das Urteil abgeändert, so dass die Frau auf freien Fuss gestellt wurde und nach England zurückkehren konnte.

² Zu den «erstaunlichsten» Beispielen gehören Fälle wie die folgenden: In Texas sprach ein Geschworenengericht 1996 zulasten der Mitchell Energy & Development Corp, acht Familien und ihren Anwälten 104 Millionen Dollar Strafgeld zu, weil das Trinkwasser wegen Erdgasquellen einen «unangenehmen Geschmack» erhalten habe (eine Schädlichkeit des Trinkwassers wurde verneint, vgl. *Neue Zürcher Zeitung* vom 22. Februar 1997). In Illinois bezahlte 1998 der Autohersteller Mitsubishi 51 Millionen Franken wegen dem Vorwurf sexueller Belästigung gegenüber 300 weiblichen Fabrikangestellten. In North Carolina wurde die Imbisskette Kentucky Fried Chicken zur Bezahlung von rund 800'000 Franken verurteilt, weil eine Kundin im Mai 1994 auf eine Küchenschabe gebissen und die Hälfte verschluckt hatte (die Imbisskette machte geltend, die Frau habe die Schabe absichtlich ins Essen getan). Fast ebenso bemerkenswert ist der berühmte erstinstanzliche Entscheid, mit dem die Firma BMW zur Zahlung von zwei Millionen Dollar verpflichtet wurde, weil an einem fabrikneuen Auto die Karosserie nach einer Beschädigung übermalt worden war. Dass dieses Urteil von einer höheren Instanz reduziert wurde, zeigt, dass vor allem Geschworenengerichte, die auf emotionelle Beeinflussungen besonders ansprechen, äusserst hohe Summen zusprechen.

das momentane Kräftemessen mit der Tabakindustrie. Erstens ist beängstigend, welch gigantische Lobbytätigkeit die Tabakindustrie in Washington betreibt und welch immense Gelder an Politiker fliessen, wie Pressemitteilungen erahnen lassen: *«8 Millionen US-Dollar zur Beeinflussung von Abgeordneten im Weissen Haus machten die US-Tabakfirmen im ersten Halbjahr 1997 locker. Allein Philip Morris hat ihr Lobby-Team in Washington von dreissig auf fünfzig Leute aufgestockt und 5,9 Millionen Dollar im Kampf gegen die Antiraucher ausgegeben.»*⁵¹ Zweitens spricht für sich, wenn gemäss neuesten Schätzungen die Sammelklagen gegen die Tabakindustrie in den nächsten *«25 Jahren rund 1'000 Anwälte zu (Dollar-)Millionären machen würden. 30 bis 40 erhielten mindestens 100 Millionen Dollar, zehn bekämen gar mehr als eine Milliarde Dollar. (...) Zu den potentiell grössten Absahmern unter den Tabak-Sammelklägern zählt Richard Scruggs; es steht ihm bereits jetzt ein Anteil aus einer Honorarsumme von mehr als 4,5 Milliarden Dollar zu.»*⁵²

Man stelle sich vor, eine einzige Grossfirma hätte in Bern 50 Leute beschäftigt, um die eidgenössischen Parlamentsmitglieder zu bearbeiten, gleichzeitig würde sie gegen 10 Millionen Franken pro Halbjahr *«für die Beeinflussung von Abgeordneten locker machen»*. Man stelle sich vor, für Schweizer Rechtsanwälte wären die erwähnten Verdienstaussichten auch in der Schweiz gegeben. Würden sich unter solchen Umständen nicht Politiker und Rechtsanwälte finden lassen, die sich unter Berufung auf Moral und Gerechtigkeit plötzlich für x-beliebige Ziele einsetzen würden, unabhängig davon, ob sie sich mit diesen überhaupt identifizieren können?

In Anbetracht der Eigenheiten des amerikanischen System heisst ein Engagement gegen die Schweiz noch lange nicht, dass die Kritiker ehrlich der Meinung waren, die Schweiz habe sich im Zweiten Weltkrieg unkorrekt verhalten, auch wenn sie von Moral und Ehrlichkeit sprechen. Es ist typisch, dass gerade die führenden Protagonisten der Boykottbewegung gegen die Schweiz auf bevorstehende Wahlen angewiesen sind, von der Ost- bis an die Westküste, vom New-Yorker Finanzvorsteher Alan Hevesi bis zum obersten kalifornischen Finanzbeamten Matt Fong (vgl. Chronologie 21, 26, 32 und 40). Letzterer wollte im November 1998 kalifornischer Senator werden, ein Versuch, der seinen Vorgänger rund 27 Millionen Dol-

lar gekostet hat.¹ Auch D'Amato hatte Wahlen vor Augen. Gerade sein Beispiel zeigt, dass man sich, je nachdem wie der Wind bläst (oder woher das Geld kommt?), opportunistisch für oder gegen jüdische Interessen einsetzen kann.²

d) Mithilfe aus der Schweiz?

Es bleibt die Frage, ob Leute aus der Schweiz eventuell von allem Anfang an den Angriffen beteiligt waren. Es muss zumindest hellhörig machen, wenn ein Mann wie Nationalrat Mühlemann (FDP Thurgau), der als Aussenpolitik-Spezialist des Parlaments gilt, folgenden Kommentar abgab: *«Die Schweiz löste die Holo-caustdiskussion selber los, als 1995 die Rechtskommission des Nationalrats in unbedachter Weise das Thema ‚Nachrichtenlose Vermögen‘ behandelte.»*⁵³

Könnte es sein, dass die Aktivitäten und Vorstösse von Parlamentarierinnen und Parlamentariern, welche ab 1995 die Diskussionen in der Schweiz zusätzlich in Fahrt brachten, mit Vertretern der Gegenseite abgesprochen waren? Sind gar die Exponenten des Jüdischen Weltkongresses von Personen aus der Schweiz animiert worden, ihre Angriffe zu starten? Wurden die massgebenden Leute in den USA aus der Schweiz gezielt mit Informationen und belastendem Material beliefert, um damit die Schweiz besser attackieren zu können?

Solange keine Beweise vorliegen, sind solche Vorwürfe unzulässig. Dass Gespräche stattfanden und Gedanken ausgetauscht wurden, auch anlässlich zahlreicher persönlicher Besuche, ist klar. Was dabei besprochen wurde, wird aber nie beweisbar sein.

Wie undurchsichtig die Situation sein kann, zeigt sich an folgendem Beispiel: Als der Historiker Alan Schorn im Namen des Simon Wiesenthal Centers die Schweiz

¹ Bei den letzten Wahlen gab Michael Huffington rund 27 Millionen Dollar seines eigenen Vermögens aus, um der Senatorin Dianne Feinstein ihren Sitz streitig zu machen. Er wurde nicht gewählt, ebenso wenig wie Matt Fong im November 1998.

² Mitte der Achtzigerjahre forderte D'Amato in einem Brief an den damaligen Aussenminister George Shultz, den estnischen SS-Kommandanten Karl Linas, der sich illegal in den USA befand, nicht an die Sowjetunion auszuliefern. Diesem wurde die Ermordung von 12'000 estnischen Juden vorgeworfen. Linas wurde trotz der Intervention D'Amatos ausgeliefert (Quelle Internet, Zusammenfassung S. Achermann, Bremgarten-CH, 29. Dezember 1996). Alfonse D'Amato wurde im November 1998 abgewählt, nachdem er seinen (jüdischen) Mitkonkurrenten mit einem obszönen jüdischen Schimpfwort betitelt hatte.

schwer beschuldigte (vgl. Chronologie 28), bedankte er sich im Vorwort seiner Studie beim Schweizer Professor Jacques Picard für dessen Mitarbeit. Dies war insofern besonders brisant, als Picard Mitglied der vom Bundesrat eingesetzten Bergier-Kommission (Chronologie 9) ist. Picard dementierte sofort und teilte mit, er sei von Schorn zwar kontaktiert worden, habe diesen jedoch einfach an die existierenden Archive weiter verwiesen. Es ist dem Autor Alan Schorn durchaus zuzutrauen, dass er sich nur deshalb auf Jacques Picard berief, um seiner Schrift einen wissenschaftlichen Anstrich zu geben. Unter den gegebenen Umständen wäre es unzulässig, gegen Jacques Picard Vorwürfe zu erheben.¹

Immerhin ist belegt, dass es sogar in der Bundesverwaltung Leute geben muss, die unserem Land gezielt zu schaden versuchen. Das zeigte sich beim gravierenden Vertrauensmissbrauch, als jemand die vertrauliche Mitteilung von Botschafter Jagmetti der *SonntagsZeitung* übermittelte (Chronologie 14). Wer dies war, konnte nicht eruiert werden.

¹ In diesem Sinne ist auch die erwähnte Bemerkung von Tom Bower betreffend die Schweizer Fernsehmitarbeiterin Irene Loebell zu relativieren (Kapitel 4b 1). Auch bei Buchautor und Journalist Bower ist es möglich, dass er sich im Vorwort seines Buches vor allem deshalb bei ihr bedankte, um den Eindruck zu erwecken, sein Buch sei breit abgestützt, ohne dass eine eigentliche Zusammenarbeit mit Frau Loebell existiert hatte. Nach der Veröffentlichung der *Weltwoche* vom 10. April 1997, Tom Bower habe sich bei Irene Loebell bedankt, teilte diese in einem Leserbrief mit, Bower habe sich lediglich auf ihre journalistischen Arbeiten gestützt.

5. WO LIEGEN DIE BEWEGGRÜNDE?

Eigentlich wäre zu erwarten, dass niemand ein Interesse daran haben kann, eine Entwicklung einzuleiten, die voraussehbar zu einem Wiederaufleben von antisemitischen Gefühlen führt. Umso mehr erstaunt, dass Edgar Bronfman und seine Leute ihre Pauschalangriffe ausgelöst haben. Wo liegt ihr wirkliches Ziel?

a) Geltungssucht?

Liegen die Beweggründe einfach im Bedürfnis, im Rampenlicht zu stehen, koste es, was es wolle? Sind Quelle und Antrieb der Angriffe gegen die Schweiz Profilierungssucht, die rücksichtslos verfolgt wird, auch wenn damit Antisemitismus erzeugt wird? Jedenfalls wäre dieses Ziel erreicht: Der Jüdische Weltkongress und sein Präsident haben einen Bekanntheitsgrad erreicht, der seinesgleichen sucht.

b) Machthunger?

Handelt es sich um eine Machtdemonstration, um einen internen Konkurrenzkampf zwischen jüdischen Organisationen? Wird Einfluss demonstriert, wenn man ein Land wie die Schweiz dazu bringen kann, zu Kreuze zu kriechen und Zahlungen zu leisten? Will man der Welt zeigen, was der Präsident *der Jewish Agency* folgendermassen formulierte: *«Jüdische Power, die gibt es. Menschen in der ganzen Welt sagen sich, mit diesen Juden ist nicht zu spas sen. (...) Wir können weltweit mitmachen, wir sind gut, wir sind besser, als unsere Vorfahren je gedacht hätten.»*⁵⁴ Geht es um den Einfluss in der Politik, wie dies Israel Singer ausdrückte: *«Der Jude von heute ist brandneu – er glaubt daran, dass ihm Gott die Macht gegeben hat und dass diese Macht genutzt und eingesetzt werden muss. (...) Es wird keine Veränderungen geben, wenn wir die Geschichte nicht in unsere eigenen Hände nehmen.»*⁵⁵

Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang der Kommentar des bekannten Historikers und Lehrstuhlinhabers an der New York University, Arthur Hertzberg:

«Es geht um Würde. Es geht darum, ein für allemal die uralte Vorstellung zu brechen, man könne Juden ungestraft berauben, weil diese nie die Macht haben würden, sich zu wehren und zurückzuschlagen. So dachten etwa die Schweizer Grossbanken.»⁵⁶ Dieses Zitat zeigt, wie mit Begriffen Unfug getrieben werden kann, gibt doch Hertzberg offen zu, dass er mit «Würde» die Machtdemonstration meint. Viel klarer könnte man den Begriff Würde wohl kaum verdrehen.

c) Geldgier?

Oder geht es darum, von der Schweiz möglichst viel Geld erhältlich zu machen, wie viele vermuten, von Nationalrat Christoph Blocher («Die jüdischen Organisationen, die Geld fordern, sagen, es gehe ihnen letztlich nicht ums Geld, aber genau darum geht es»)⁵⁷ bis hin zur ehemaligen amerikanischen Botschafterin in der Schweiz, Faith Whittlesey («Diese Sanktionen (d.h. die angedrohten Boykottmassnahmen) scheinen mir nicht viel mehr zu sein als der Versuch, Geld von den Schweizer Banken einzutreiben.»⁵⁸)? Auffallend ist jedenfalls, wie sich in den letzten zwei Jahren die Dinge immer dann entspannten, wenn aus der Schweiz finanzielle Zugeständnisse gemeldet wurden: Als die Grossbanken am 6. Februar 1997 erstmals eine Zahlung von 100 Millionen Franken ankündigten (Chronologie 15), liess Kalman Sultanik, einer der Vizepräsidenten des Jüdischen Weltkongresses, schlagartig verlauten, man sei nun «von der Konfrontation zur Kooperation» gekommen.⁵⁹ Monatelange Konfrontation lässt sich also offenbar bereits durch die Ankündigung der Zahlung von 100 Millionen Franken in Kooperation umwandeln.

Mit Sicherheit kann ausgeschlossen werden, dass es einem Mann wie Edgar Bronfman, der Milliarden einsetzen kann, um sich Medien zu kaufen und Politiker für sich arbeiten zu lassen, um vergleichsweise vernachlässigbare Beträge wie 270 Millionen oder auch 1,8 Milliarden Franken geht. Weshalb sollte er einen derartigen Wirbel aufziehen, um solche Beträge zusammenzutragen, wenn sein Unternehmen mehr als zehn Milliarden Dollar aufbringen kann, um einen Musikkonzern zu kaufen (vgl. Kapitel 4b2)? Denkbar ist allerdings, dass von Anfang an die Rech-

nung so gemacht wurde, dass – sobald die Schweiz in die Knie geht – die Angriffe erfolgreich auf die Nachbarstaaten ausgeweitet werden können (vgl. Kapitel 12c2).

d) Angriff auf den Bankenplatz Schweiz?

Handelt es sich – falls Geld die Triebfeder ist – um einen gezielten Angriff gegen den Bankenplatz Schweiz, wie dies zahlreiche Leute vermuten, von Bundesrat Delamuraz (*«Es gibt (...) Kreise, welchen es um nichts anderes geht als um die Zerstörung des Finanzplatzes Schweiz»*)⁶⁰ bis hin zum bekannten Umweltaktivisten Franz Weber (*«Die Schweiz muss diesen Gegner endlich so sehen, wie er ist: brutal, rücksichtslos, erpresserisch. Ein Gigant, der schamlos jedes Mittel anwendet, um zu seinem Ziel zu kommen. Das offenkundige Ziel der USA, sagen wir es ohne Umschweife, ist die Vernichtung des Finanzplatzes Schweiz zugunsten des Finanzplatzes Amerika?»*).⁶¹

Stehen hinter Bronfman massgebende Kreise der internationalen Finanzoligarchie? Haben die internationalen Finanzmärkte mit neuen Formen der Spekulation derartige Machtkonzentrationen hervorgebracht, dass ganze Währungssysteme, nationale Volkswirtschaften und traditionelle Bankensysteme von wenigen Leuten unter Druck gesetzt werden können? Wählte der Präsident des Jüdischen Weltkongresses gezielt den Vorsitzenden des Bankenausschusses des amerikanischen Senats (Senator D'Amato) als Partner aus, um die vor allem im Bereich der Vermögensverwaltung erstaunlich dominante Position der Schweizer Banken zu erschüttern? Wenn man sieht, um was für gigantische Summen es beim *private banking* (der Vermögensverwaltung von privaten Geldern durch die Banken) geht, ist diese Vermutung nicht von der Hand zu weisen.¹ Geht es letztlich um das schweizerische Bankgeheimnis? Ist dieses nicht mehr akzeptabel in einer Welt, in welcher Privatsphäre und Vermögensschutz eine immer kleinere Rolle spielen und in welcher dem *«grossen Bruder»*² vollumfänglich Einsicht gewährt werden muss? Für diese

¹ Die Schweizer Banken haben sich eine erstaunlich mächtige Stellung im Private Banking geschaffen. Die neue Union Bank of Switzerland allein soll in diesem Bereich nicht weniger als 850 Milliarden Franken verwalten. *Aargauer Zeitung* vom 24. Januar 1998.

² Im Roman 1984 hat George Orwell das Horrorszenario einer Gesellschaft aufgezeichnet, in welcher alles und jedermann überwacht wird. Er hat dabei den Ausdruck des alles überwachenden *«grossen Bruders»* geprägt.

Variante spricht nicht zuletzt, dass Greg Rickman, der Chef des zehnköpfigen Nazigold-Ermittlerstabs, den sich Senator Alfonse D'Amato leistete, gegenüber der Londoner *Times* erklärte, sein Ziel sei, das Schweizer Bankgeheimnis zu brechen: «Wenn das passiert, wird die Schweizer Währung absacken, weil die Leute ihr Geld abziehen werden.»⁶² Für diese Variante spricht auch, dass Nationalrat Jean Ziegler (SP Genf) von sich selbst sagt: «Ich bin ein Alliiertes der Amerikaner bei der Zerschlagung des schweizerischen Bankgeheimnisses.»⁶³

e) Bewusste Anheizung des Antisemitismus?

Oder ist gar die Vermutung der US-amerikanischen, jüdisch-orthodoxen Gruppe Neturei Karta richtig? Vertreter von Neturei Karta waren von den Forderungen Bronfmans «angewidert» und sprachen bezüglich der Aktionen gegen die Schweiz von unverschämtem Vorgehen einiger «arroganter, selbsternannter jüdischer Führer». Bei deren Attacken gehe es um das «bewusste Beleben der Antipathie gegen die Juden», ja, sogar darum, «den Antisemitismus in der ganzen Welt zu fördern».⁶⁴ Dies nach dem uralten Grundsatz, dass Bedrohung von aussen die Einigkeit im Innern fördert. Waren Bronfman und seine Gesinnungsgenossen besorgt, dass das Zusammengehörigkeitsgefühl unter den Juden in aller Welt abnimmt und dass die Begeisterung für finanzielle Hilfe für die jüdische Sache am Verebben ist, seit Israel begonnen hat, Friedens Verträge mit den arabischen Nachbarn zu schliessen?⁶⁵ Werden mit einem Aufwärmen der Holocaustverbrechen die Gemüter angeheizt und damit an das jüdische Identitätsgefühl appelliert?⁶⁶

Wird tatsächlich bewusst Antisemitismus provoziert, um damit die jüdische Gemeinschaft zusammenzuschweissen? Dass dies gar eine jüdische Organisation wie Neturei Karta behauptet, muss aufhorchen lassen. Jedenfalls weisen Äusserungen von Edgar Bronfman wie «Meine erste Priorität ist eine Wiedergeburt des jüdischen Geistes, damit wir unsere Tradition verstehen»⁶⁷ in diese Richtung; ebenso seine Aussage, die Assimilation (also die Anpassung der jüdischen Bevölkerung an andere Bevölkerungsgruppen) sei der Feind Nummer eins der in alle Welt zerstreuten Juden.⁶⁸

Dass beim Präsidenten des Jüdischen Weltkongresses die beiden Ziele, Antisemitismus zu wecken und Geld aufzutreiben, wohl nahtlos ineinander übergehen, zeigt folgende Aussage: *«Wir haben uns damit abzufinden: Als Juden werden wir von unseren Feinden regelrecht ausgegrenzt. Und es ist Tatsache: In vielen Teilen der Welt ist die persönliche Sicherheit für Juden nicht gewährleistet. Der Antisemitismus wuchert in verschiedenen Regionen der Welt empor. Seit der Jüdische Weltkongress seine Nachforschungen gegen die Schweizer Banken begann, ist der Antisemitismus in der Schweiz im Vormarsch. (...) Das Überleben, die Sicherheit der Juden ist untrennbar davon abhängig, ob es den Juden gelingt, eine gemeinsame Verteidigung zu schmieden und zu organisieren. Mit einer Spende an die einzige Organisation, die Zukunft, Kultur und Sicherheit der jüdischen Welt gewährleistet, demonstrieren Sie Bereitschaft zur Verteidigung von Juden, die verfolgt werden, weil sie Juden sind.»*⁶⁹ Ist es nicht ein kleiner Schritt vom Gedanken, dass beim Aufkommen von Antisemitismus mehr Spenden beim Jüdischen Weltkongress eingehen werden, bis zur bewussten Anheizung des Antisemitismus, um Spenden zu erhalten und aus dem Antisemitismus Kapital schlagen zu können?

Für die gezielte Anheizung von Antisemitismus spricht auch die offensichtliche Gleichgültigkeit, mit der Avraham Burg auf dessen Wiederbelebung reagiert: *«Wenn in der Schweiz Antisemitismus erweckt wird, ist das nicht das Problem der jüdischen Gemeinschaft. Das ist das Problem der Schweizer Regierung und Gesellschaft, es ist das Problem Europas, der Antisemiten, der Humanisten, des Parlaments und des Rechtsstaats.»*⁷⁰ Im Klartext heisst dies, dass Avraham Burg die Haltung vertritt, dass jüdische Organisationen Öl ins Feuer giessen können, so viel sie wollen. Um die Folgen sollen sich andere kümmern.

Ein Leserbriefschreiber aus dem Aargau fragte: *«Ich schreibe hier als direkt Betroffener. Ich habe verschiedene Verwandte im Holocaust verloren (unter anderem die Grosseltern väterlicherseits) und hatte selbst das Glück, im Herbst 1943 die rettende Schweiz zu erreichen. (...) Ich bin über die Ereignisse der letzten Zeit empört. (...) Je mehr versucht wird, die Schweiz unlauterer Machenschaften zu verächtigen, desto stärker ist logischerweise die Reaktion darauf Denn kein Land mit*

einer gewissen Meinungsfreiheit lässt sich einfach so verunglimpfen. Merken diese (Kritiker) eigentlich wirklich nicht, dass sie mit all diesen genüsslich und oft mit einem hämischen Lächeln breitgewalzten ‚Affären‘ den Antisemitismus nicht etwa bekämpfen, sondern geradezu schüren?»⁷¹

Doch, sie merkten es ohne Zweifel von allem Anfang an. Ich glaube nicht an die Theorie, dass die Initianten der Angriffe so dumm sind, dass sie das Entstehen von Antisemitismus nicht vorausgesehen haben. Die Frage stellt sich wohl nur, ob er in Kauf genommen oder bewusst provoziert wurde.

Wenn aber das Entstehen von Antisemitismus voraussehbar war, stellt sich wiederum die Frage, wer diese Entwicklung ausgelöst hat. Bundesrat Delamuraz (vgl. Chronologie 12), wie mir eine Nationalratskollegin als Antwort auf diese Frage gab? Das glaubt ja wohl niemand im Ernst.

6. ABSURDE DIMENSIONEN DER FORDERUNGEN

Die wahren Beweggründe für die Angriffe gegen die Schweiz werden immer zu einem Teil spekulativ bleiben. Klar ist hingegen, dass die Forderungen von allem Anfang an jede Verhältnismässigkeit mit Füssen traten.

Vor allem in den USA wurde von Anfang an von 7 Milliarden Dollar gesprochen, die sich angeblich auf den Schweizer Banken befinden sollen,⁷² eine Zahl, die übrigens auf Grund eines Missverständnisses in die Welt gesetzt worden war.¹ Reihenweise wurde gar von wesentlich höheren Beträgen gesprochen. Schon in der ersten Sammelklage wurden durch Rechtsanwalt Edward Fagan 20 Milliarden Dollar eingeklagt, also rund 29 Milliarden Franken² (Chronologie 11). Nachdem die Schweiz Anfang März 1997 ihre *7-Milliarden-Stiftung* angekündigt hatte, wurde dies in den Blättern des Medienkonzerns Hearst als «*sehr gutes Geschäft für die Schweiz*» bezeichnet, weil nur ein «relativ geringfügiger Teil» des angeblichen Profits zurückgegeben werde, weil die «wirkliche Schuld» der Schweiz auf 60 Milliarden Dollar zu veranschlagen sei. Edgar Bronfman hatte im Januar 1997 sogar die Summe von 100 Milliarden Dollar erwähnt.⁷³

a) Forderungen höher als die totale Bankenbilanzsumme

1945 betrug das Total der Bilanzsummen der damals existierenden 467 Banken in der Schweiz nur rund 21 Milliarden Franken, also (nach damaligem Wechselkurs) weniger als fünf Milliarden Dollar.

¹ Die Zahl von 7 Milliarden stützte sich ursprünglich auf einen Artikel in der israelischen Zeitung *Globes* vom 28. April 1995. Der Journalist, Itamar Levin, der sie genannt hatte, gab freimütig zu, dass er einem Irrtum unterlegen war. Er war der deutschen Sprache nicht mächtig und hatte sich auf eine Notiz berufen, die auf Deutsch geschrieben war. Das von ihm gefundene Dokument hatte überhaupt nichts mit jüdischen Guthaben zu tun (vgl. das Buch *Die Schweiz am Pranger* der Autoren Sebastian Speich, Fred David, Shraga Elam und Anton Ladner, 1997).

² In diesem Buch wird von einem heutigen Wechselkurs von 1 Dollar gleich 1 Franken und 45 Rappen ausgegangen. Dies in Anlehnung an die Praxis der letzten zwei Jahre. So wurde beispielsweise bei der Globallösung, bei welcher die Banken in die Zahlung von 1,25 Milliarden Dollar einwilligten, überall von 1,8 Milliarden Franken gesprochen, was einem Verhältnis 1 zu 1,45 entspricht. Was die Kriegs- und Nachkriegszeit betrifft, liegen die Dinge einfacher. Damals bestand ein fixer Wechselkurs. 1 Dollar kostete rund 4 Franken und 30 Rappen.

Wenn Rechtsanwalt Fagan seine Klage mit 20 Milliarden Dollar beziffert hat, so war dies also schon nur in einer einzelnen Klage viermal mehr als die gesamte Bankenbilanzsumme 1945, also weit mehr als die damalige Totalsumme sämtlicher bei allen Schweizer Banken liegenden Kundenguthaben (inklusive aller Guthaben von Schweizern).¹ Schon nur das zeigt, wie grotesk die geforderten Fantasieträge waren.

Sie sind selbst dann grotesk, wenn man die Inflation seit 1945 in Rechnung stellt. Der schweizerische Landesindex der Konsumentenpreise stieg zwischen 1945 und 1997 um den Faktor 4,5, also von 100 Prozent auf 450 Prozent. Wer ein Sparheft zu üblichem Zins angelegt hatte, steigerte im selben Zeitraum sein Guthaben um 540 Prozent (nicht alle Bankguthaben sind verzinslich, wie dies Sparhefte sind). Wer Gold hielt, erzielte eine schwächere Rendite, da das Gold seit 1945 um nicht einmal 300 Prozent stieg.² Unübersichtlicher wird die Situation, sobald Fremdwährungen mit berücksichtigt werden. In Deutschland stieg die Preisentwicklung seit Einführung der D-Mark 1948 bis heute um 376 Prozent. Wer sein Geld in US-Dollars angelegt hatte, musste ab 1973 den Wertzerfall des Dollars um rund zwei Drittel hinnehmen.

Welcher Wert einem Guthaben von 1945 heute zugemessen werden soll, ist somit diskutabel. Die eben aufgeführten Zahlen zeigen aber, dass eine immer wieder behauptete Verzehnfachung der Werte (dass also zum Beispiel 100 Millionen von damals heute eine Milliarde wert sein sollen) weit übertrieben ist, ganz zu schweigen von noch extremeren Umrechnungsfaktoren.³ Zudem bestätigen die Zahlen,

¹ Die Bilanzsumme entspricht sämtlichen Aktiven der Bank. Dabei sind nicht nur sämtliche Kundenguthaben (z.B. Sparhefte, Depositenhefte), sondern sogar auch Aktiva wie Immobilien mitgezählt. Die Guthaben, also die «fremden Gelder», betragen insgesamt rund 18,4 Milliarden Franken. Nicht bei der Bilanzsumme inbegriffen ist allerdings das sogenannte Ausserbilanzgeschäft (z.B. Wertsachen in Tresoren, Wertpapiere). Dieses «bilanzneutrale Geschäft» war aber 1945 noch verhältnismässig klein, Vermögensverwaltungsaufträge waren damals noch nicht üblich. Diesbezügliche Statistiken existieren nicht.

² Nimmt man die Durchschnittswerte der Jahre 1945 und 1997, so stieg der Goldwert um 314 Prozent. Im Vergleich zum Durchschnittswert 1997 (15'271 Franken pro Kilo) sank der Goldwert bis heute wiederum beträchtlich (Ende August 1998 betrug der Kilopreis nur noch 12'750 Franken).

³ Ganz zu schweigen von Forderungen, wie sie nun in jüngster Zeit innerhalb der Volcker-Kommission gestellt wurden: Dort forderten einzelne Mitglieder, dass Guthaben von 1945 mit einem Faktor 70 zu multiplizieren seien (1'000 Franken damals sollen also heute plötzlich 70'000 Franken wert sein); vgl. *Neue Zürcher Zeitung* vom 16. September 1998.

dass schon nur die Klage von Rechtsanwalt Fagan eine Absurdität erster Güte darstellte.¹

b) Die tausendfache Übertreibung

Noch viel störender werden die Dimensionen, wenn die Forderungen nicht mit Bilanzsummen, sondern mit dem auf nachrichtenlosen Konten gefundenen Geld von jüdischen Kriegsoffern verglichen wird (vgl. Tabelle 1).

Bis Mitte 1997 war der schweizerische Bankenombudsman² Anlaufstelle für die Suchenden, danach setzte die extrem aufwendige Suche unter der Kontrolle der Volcker-Kommission ein (Chronologie 8). Schon die Suche des Ombudsman zeigte einen ausserordentlich tiefen Prozentsatz von Geldern, die jüdischen Naziopfern zugeschrieben werden können (vgl. Kapitel 7a2). Diese Tendenz bestätigt sich offenbar auch in der Suche seit Mitte 1997, auch wenn leider keine vernünftigen Zwischenergebnisse veröffentlicht werden. Es kommt einer Zumutung gleich, dass die Öffentlichkeit deshalb bei der entscheidenden Frage³ noch immer auf Schätzungen angewiesen ist.

Per Oktober 1997 wurden insgesamt 80'466'361 «nachrichtenlose» Franken registriert, 67'535'985 Franken davon von ausländischen Kontoinhabern.⁴ Seither wurden keine Statistiken mehr veröffentlicht, doch ist in Insiderkreisen zu hören, dass sich diese Summen noch um rund einen Viertel erhöhen dürften. Ausländische Guthaben könnten also bis zum Schluss auf gegen 80 Millionen anwachsen. Bei einem

¹ Geht man von einer Teuerung von 400 Prozent (also Faktor vier) zwischen 1945 und heute aus, so bedeutet dies, dass Rechtsanwalt Fagan mit seiner 20-Milliarden-Dollar-Klage faktisch behauptet, die gesamten 1945 auf Schweizer Banken liegenden Gelder (damals 18,4 Milliarden Franken, also nicht einmal 5 Milliarden Dollar) seien Gelder von jüdischen Naziopfern gewesen, und all dieses Geld liege heute noch auf nachrichtenlosen Konten auf Schweizer Banken (Faktor vier mal 5 Milliarden ergibt 20 Milliarden, die eingeklagt wurden). Das ist eine abstruse Vorstellung.

² Eigenartigerweise schreibt sich *Ombudsman* in der Tat nur mit einem n. Die Verantwortlichen wollten einen geschlechtsneutralen Ausdruck kreieren, sodass ein n gestrichen wurde.

³ Von allem Anfang an stand die Behauptung im Raum, auf Schweizer Banken befänden sich noch immer Gelder von jüdischen Holocaustopfern. Also wäre die entscheidende Frage, wie viel Vermögen von jüdischen Holocaustopfern in der aktuellen Suchaktion seit 1995 gefunden werden konnte.

⁴ Zusätzlich wurden nicht weniger als 63'621 nachrichtenlose Konten mit je einem Saldo von unter 100 Franken gefunden (zum Beispiel vergessene «Göttibatzen»). Auf diesen 63'621 Konten lagen durchschnittlich nur 18 Franken. Der tiefe Durchschnittswert ist vor allem darauf zurückzuführen, dass zahlreiche Bankkonten bis auf wenige Franken oder Rappen geleert wurden, die Kunden ihr Konto aber nicht gänzlich auflösen wollten.

Grossteil davon, vielleicht bei rund 80 Prozent, kann gemäss Insiderkreisen von vornherein ausgeschlossen werden, dass es sich um Konten jüdischer Weltkriegsopfer handelt.¹ Von den verbleibenden möglichen 20 Prozent wird sich wiederum nur ein Teil als Vermögen jüdischer Opfer herausstellen.² Die Namen der Kontoinhaber allein können oft keine Klarheit bringen.³ Es ist also durchaus möglich, dass schlussendlich nur rund 10 bis maximal 30 Millionen Franken jüdischen Weltkriegsopfern zugeordnet werden können.⁴ Zu einem ähnlichen Resultat gelangte ein bemerkenswerter Artikel in der *Thurgauer Zeitung* unter dem Titel *«Herrenlose Vermögen: Nur ein Bruchteil gehört Überlebenden des Holocaust»*, wo ebenfalls unter Berufung auf einen Insidertip von 15 bis 20 Millionen Franken die Rede ist, die von jüdischen Naziopfern stammen dürften.⁷⁴

10 Millionen Franken wären ziemlich genau ein Tausendstel der immer wieder genannten 7 Milliarden Dollar, die von Schweizer Banken «gestohlen» worden sein sollen (7 Milliarden Dollar gleich rund 10 Milliarden Franken). Aber selbst, wenn sich schliesslich 30 Millionen Franken finden lassen, so sind das immer noch 1'000-mal weniger als die von Rechtsanwalt Fagan eingereichte Sammelklage von 20 Milliarden Dollar (also rund 29 Milliarden Franken); ganz zu schweigen von den noch höheren Fantasiebeträgen, die genannt wurden. Es kann unter diesen Umständen mit gutem Gewissen gesagt werden, dass die gegenüber den Schweizer Banken erhobenen Forderungen von Anfang an mit einem vollen Faktor 1'000 übertrieben waren (vgl. Tabelle 1).

¹ Interessanterweise gibt es erstaunlich viele *«Franzosen, die während des Kriegs zur Sicherheit ein Konto in der Schweiz eröffneten und es dann vergassen»* (vgl. *Jüdische Rundschau* vom 16. Juli 1998). Auch in Frankreich bestand ein Devisenexportverbot, trotzdem versuchten die Franzosen angesichts der Kriegsgefahr, ihr Geld im Ausland in Sicherheit zu bringen.

² Charakteristisch ist in diesem Zusammenhang folgendes Beispiel: Die Suche der Banken förderte auch ein Konto der Mutter der jetzigen amerikanischen Botschafterin in der Schweiz, Madelaine Kunin, zu Tage, die in ihrer Jugend als Tochter einer jüdischen Familie in der Schweiz gelebt hatte. Obwohl es sich beim gefundenen Konto somit um ein «jüdisches Konto» handelt, kann es nicht als «Kriegsopfer-Konto» gelten. Botschafterin Kunin sagt heute: *«Meine Mutter war keine Überlebende des Holocausts. Das gefundene Konto stammt aus der Zeit, als sie noch in der Schweiz lebte.»* In: *Jüdische Rundschau* vom 27. August 1998.

³ Ein typisches Beispiel ist der Name «Blum», der sowohl deutschen wie jüdischen Ursprung haben kann. Existiert ein Konto auf diesen Namen, bei dem sich seit 1945 niemand mehr gemeldet hat, wird nie zuverlässig geklärt werden können, ob es sich beim Kontoinhaber um ein jüdisches Naziopfer handelt.

⁴ 10 Millionen Franken ist ein Betrag, der auch schon vom Ombudsman Mitte 1997 genannt wurde (vgl. Kapitel 7 a2).

Tabelle 1
Grössenordnungen der nachrichtenlosen Vermögen
in Schweizerfranken

Forderungen/Behauptungen

Forderungen ab 1995 mit der immer wiederkehrenden Behauptung, auf Schweizer Banken lägen 7 Milliarden Dollar (rund 10 Milliarden Franken)	10'000 Millionen
Forderung schon nur in der ersten Sammelklage (20 Milliarden Dollar)	29'000 Millionen
Zeitweise wurden noch höhere Summen genannt; bis zu 100 Milliarden Franken	100'000 Millionen

Gefundene Summen

Gefundene nachrichtenlose Vermögen vor Beginn der «Holoocaustkrise» (entspricht der Summe, die Edgar Bronfman 1995 angeboten wurde)	38,0 Millionen
Bis zur Veröffentlichung der Banklisten (Juli und Okt. 1997) gefunden	79,4 Millionen
davon inländische Guthaben (also Schweizer Kontoinhaber)	11,67 Millionen
davon ausländische Guthaben	67,37 Millionen
Seither (also zwischen Okt. 1997 und Okt. 1998) sind vielleicht noch 20 % zusätzlich gefunden worden. Das ergäbe geschätzte ausländische Guthaben	80 Millionen
Von diesen 80 Millionen kann beim überwiegenden Teil (nach internen Schätzungen rund 80 %) ausgeschlossen werden, dass es sich um Gelder von Weltkriegsopfern handelt. Diese restlichen 20 % entsprechen rund	16 Millionen
Von diesen 16 Millionen gehört wiederum nur ein Teil jüdischen Opfern (auch dieser Teil ist [z. B. nur auf Grund eines Namens] nicht zuverlässig erueierbar). Eine grobe Schätzung ergäbe	10 Millionen
Um allen Eventualitäten Rechnung zu tragen, sei diese Zahl verdreifacht	bis 30 Millionen
Veröffentlichte Schätzung der <i>Thurgauer Zeitung</i> vom 17. Sept. 1998	bis 20 Millionen

Bisherige Kosten/Auslagen

Bisheriger Aufwand der Banken (zur Mehrheit Suchaufwand)	über 1'000 Millionen
--	----------------------

Fazit:

Gefordert wurden zwischen 10'000 Millionen Franken (7 Milliarden Dollar) und 29'000 Millionen Franken (20 Milliarden Dollar) oder gar mehr.

An nachrichtenlosen Vermögen von jüdischen Weltkriegsopfern werden sich schliesslich vielleicht 10 bis 30 Millionen Franken finden lassen, also 1000-mal weniger. Davon ist erst noch ein Teil auf die Wertsteigerung von Wertpapieren in den letzten Jahren zurückzuführen.

Schon nur der den Banken verursachte Aufwand von über 1'000 Millionen Franken dürfte rund 100-mal höher sein als die gefundenen Summen von jüdischen Weltkriegsopfern.

c) Forderungen pro Kopf höher als alle Zahlungen Deutschlands

Wie unverhältnismässig die erhobenen Forderungen waren, zeigt sich vielleicht am besten, wenn man sie mit den Wiedergutmachungszahlungen Deutschlands vergleicht.

Deutschland bezahlte bis Ende 1996 knapp über 100 Milliarden Mark an individuellen Kriegsentschädigungen. Weitere 24 Milliarden Mark sollen noch folgen. Das Total sämtlicher Leistungen soll schlussendlich rund 130 Milliarden Mark betragen (vgl. Tabelle 2).¹ Diese Summen scheinen auf den ersten Blick hoch. Wie klein sie im Grunde genommen jedoch sind, wird ersichtlich, wenn sie in Relation zur Bevölkerung gesetzt werden: Unser Land zählt rund 12-mal weniger Einwohner als Deutschland. Die bezahlten 100 Milliarden Mark in Deutschland würden in Relation zur Bevölkerung 8 bis 9 Milliarden Mark in der Schweiz entsprechen, umgerechnet also rund 7 Milliarden Schweizerfranken. 130 Milliarden Mark entsprächen nur rund 10 Milliarden Schweizerfranken.

Wenn die Schweiz 7 Milliarden Franken für eine Solidaritätsstiftung aufwenden würde, entspräche dies also ziemlich genau den bisher bezahlten 100 Milliarden Mark Deutschlands. Illustrativ ist auch der Vergleich, der kürzlich von einem deutschen Fernsehprecher gezogen wurde: Für die Unterstützung der ehemaligen DDR gebe Deutschland Jahr für Jahr mehr Geld aus, als es insgesamt als Kriegswiedergutmachung bezahlt hat.⁷⁵

¹ Von 100,02 Milliarden zugunsten individueller Geschädigter wurde der Löwenanteil (76,99 Milliarden) gestützt auf das *Bundesentschädigungsgesetz* 1956 geleistet. Weitere kleinere Zahlungen folgten (vgl. Tabelle 2). Bei den noch zu zahlenden rund 24 Milliarden Mark (ab Januar 1997) handelt es sich um eine Schätzung. Möglich ist insbesondere, dass auf Grund eines jüngsten Musterprozesses, in dem in Bonn einer vormals polnischen Zwangsarbeiterin 15'000 Mark entgangener Lohn vom deutschen Staat zugesprochen wurden, weitere Zahlungspflichten ausgelöst werden können. Zu vermuten ist auch, dass deutsche Banken und Industrieunternehmen nach den Zahlungen der Schweizer Banken nun ebenfalls noch Zahlungen leisten werden (vgl. Kapitel 12c2).

Tabelle 2
Wiedergutmachungszahlungen Deutschlands, dargestellt in Relation zur Schweizer Bevölkerung

Wie viel	Empfänger	Grund
100,02 Mrd. Mark	individuelle Naziopfer	Bundesentschädigungsgesetz Bundesrückerstattungsgesetz Israel- Wiedergutmachungsabkommen 1952
3,5 Mrd. Mark	Staat Israel	Eingliederungshilfen/Vermögens- ausgleich Luxemburger Abkommen
0,975 Mrd. Mark	Jüdische Härtefälle in westl. Staaten	Abkommen mit der Jewish Claims Conference
0,5 Mrd. Mark	Polen	Naziopferstiftung (1991)
1 Mrd. Mark	Russland, Ukraine und Weissrussland	Naziopferstiftung (1993)
0,16 Mrd. Mark	Jugoslawien (8 Mio.) CSSR (7,5 Mio.) Ungarn (6,25 Mio.) Polen (140 Mio.)	Naziopferabkommen (1961) Naziopferabkommen (1969) Naziopferabkommen (1971) Naziopferabkommen (1972)

Weitere Zahlungen kommen laufend dazu. Die Leistungen an individuelle Opfer sollen von 100 Milliarden auf schätzungsweise total 124 Milliarden steigen.

Bevölkerung Deutschlands	rund 82 Millionen Einwohner
Bevölkerung der Schweiz (rund 12-mal weniger)	rund 7 Millionen Einwohner

Bisherige Wiedergutmachungszahlungen Deutschlands etwas über 100 Milliarden Mark Auf die Schweiz umgerechnet (12-mal weniger) annähernd 9 Milliarden Mark In Schweizerfranken umgerechnet rund 7 Milliarden Franken

Zum Vergleich:

Geplante Solidaritätsstiftung	7 Milliarden Franken
Arbeitslosenausgaben der Schweiz 1997	8,44 Milliarden Franken
Leistungen Deutschlands an die neuen Bundesländer pro Jahr	über 100 Milliarden Mark

Fazit:

Die gesamten bisherigen Wiedergutmachungszahlungen Deutschlands betragen in Relation zur Bevölkerung umgerechnet auf die Schweiz nur 7 Milliarden Franken. Selbst wenn die Leistungen Deutschlands bis zum Schluss auf rund 130 Milliarden Mark gesteigert werden, entspräche dies nur rund 10 Milliarden Franken.

Zu berücksichtigen ist in diesem Zusammenhang, dass Deutschland zu keinen «Reparationszahlungen» (Zahlungen an die überfallenen Länder, um verursachte Schäden zu «reparieren») verpflichtet wurde.¹ Es leistete praktisch nur Entschädigungen an individuelle Kriegsopter.² Auf Reparationszahlungen verzichteten damals die westlichen Siegermächte aus zwei Gründen: erstens wegen den schlechten Erfahrungen, die man nach dem Ersten Weltkrieg gemacht hatte, als die Zahlungspflicht Deutschlands aus dem Versailler Vertrag mitverantwortlich war für die Machtergreifung Hitlers und die verheerende Entwicklung der Dreissigerjahre. Zweitens wünschte man sich nach dem Zweiten Weltkrieg als Abwehr gegen den drohenden Kommunismus ein starkes Westdeutschland, das man nicht durch Auflagen belasten wollte.

Diverse zusätzliche Aspekte lassen die Zahlungen Deutschlands als tief erscheinen. Ungefähr 80 Prozent gingen an jüdische Empfänger im In- und Ausland, ein Teil davon als Renten an die eigene Bevölkerung. Das bedeutet gleichzeitig, dass nichtjüdische Geschädigte ausserhalb Deutschlands praktisch nichts erhielten. Die Ukraine, die besonders unter die Räder geraten war, erhielt von Deutschland 1993 nur gerade 400 Millionen Mark. Bei geschätzten 650'000 noch lebenden ukraini-

¹ Eine kleine Ausnahme stellen die mit *Projektförderung* bezeichneten Zahlungen von rund 150 Millionen Mark an andere Staaten dar. Zu berücksichtigen ist zudem, dass das in Deutschland gefundene Gold von den Alliierten beschlagnahmt und an geschädigte Staaten verteilt wurde, und dass Auslandguthaben von Deutschen nach dem Krieg beschlagnahmt wurden (auf Grund des Washingtoner Abkommens und des *Deutsch-Schweizerischen Abkommens* von 1951/52 flossen 121,5 Millionen Franken auch aus der Schweiz an die Alliierten; Chronologie 1). Nicht zu vergessen ist zudem, dass die Sowjetunion in der Nachkriegszeit die DDR ausbeutete, was in einem gewissen Sinne ebenfalls als kriegsbedingte Zahlungen Deutschlands betrachtet werden könnte. Schon nur für das zweite Halbjahr 1945 registrierten die sowjetischen Armeetagebücher den Wegtransport von 400'000 Waggonladungen der Deutschen Reichsbahn mit Lebensmitteln, 450'000 Radios, 60'000 Klavieren, rund einer Million «kapitalistischer» Möbelstücke (auch die Waggons wurden nie an Deutschland zurückgegeben). Schliesslich ist daran zu denken, dass ostdeutsche Gebiete wie Ostpreussen, Pommern und Schlesien an Polen und Russland angegliedert wurden. Plünderungen, Beschlagnahmungen und Annexionen sind jedoch keine Reparationszahlungen.

² Ein kleiner Teil dieser *Entschädigungen an individuelle Kriegsopter* wurde allerdings als Zahlungen an die betreffende Regierung zur Weiterleitung an individuelle Opfer geleistet. Mit einigen Staaten wurden solche «Wiedergutmachungs-Globalverträge» in der Höhe von total etwas mehr als 2 Milliarden Mark vereinbart (vgl. Tabelle 2). Auch dabei handelte es sich aber nicht um Entschädigungen an die Länder selbst.

schen Weltkriegsopfern entsprach dies bescheidenen 615 Mark pro Person.⁷⁶ An Jugoslawien flossen 1961 8 Millionen, 1969 an die Tschechoslowakei 7,5 Millionen, 1971 an Ungarn 6,25 Millionen Mark (6,25 Millionen von Deutschland entsprechen in Relation zur Bevölkerung nicht einmal einer Million Franken von der Schweiz!) und 1972 an Polen 140 Millionen Mark (vgl. Tabelle 2). Bei diesen vier Zahlungen ist nicht einmal sicher, ob sie von den betreffenden Staaten wirklich an die Berechtigten weitergeleitet wurden.

Wie bescheiden die Leistungen Deutschlands im Grunde genommen waren, zeigt sich auch darin, dass die Zahlungen an Opfer eine wirtschaftliche Notlage des Empfängers voraussetzten. Demgegenüber waren zum Beispiel die Renten für Mitglieder der Waffen-SS und ihre Hinterbliebenen einkommensunabhängig und unverjährbar, selbst im Ausland. So kamen noch nach 1990 Mitglieder der Waffen-SS aus Lettland zu Renten, während unzählige Opfer dort leer ausgingen. Auch die Witwen von Nazigrößen erhielten jahrzehntelang Pensionen ausbezahlt, ohne dass daran in Bonn jemand gerüttelt hätte.¹

Diese Darlegungen sollen in keiner Weise heissen, Deutschland sei heute noch zur Kasse zu bitten. Im Gegenteil; auch gegenüber den wahren Schuldigen des Zweiten Weltkriegs ist endlich einmal ein Schlussstrich zu ziehen (vgl. Kapitel 10a). Die Ausführung an dieser Stelle sollen nur aufzeigen, dass sich die Kritiker nicht einmal scheuten, von der Schweiz relativ gesehen mehr zu verlangen als von Deutschland. Erstaunlich ist, wie wenig die Medien diese Missverhältnisse aufgezeigt haben.

Der Vollständigkeit halber sei erwähnt, dass bei Zahlenvergleichen eigentlich die Inflationsproblematik mit zu berücksichtigen wäre. «Nominal» 7 Milliarden vor 30 oder 40 Jahren waren kaufkraftmässig («real») mehr wert als 7 Milliarden heute.² Aber selbst bei «realer» Betrachtungsweise, also in Berücksichtigung der Inflation,

¹ So z.B. die Witwen des berechtigten Volksgerichtshof-Vertreters Freisler oder des NS-Führers Heydrich in Prag (vgl. Friedrich-Wilhelm Schlomann, *Bei der Aufarbeitung* (der DDR) *Doppelmental noch und noch*; in: *Abendland* Nr. 3, 1997).

² Auf die Inflationsproblematik wurde soeben hingewiesen (vgl. Kapitel 6a). Da Deutschland Zahlungen über Jahrzehnte hinweg erbracht hat, vor allem auch schon während der Fünfzigerjahre, sind die realen Leistungen auf den heutigen Zeitpunkt bezogen höher als 100 Milliarden Mark.

kommt man zum Schluss, dass schon nur die 20 Milliarden Dollar der Sammelklage Fagan für die Schweiz in Relation zur Bevölkerung mehr Geld waren als alle bisherigen Wiedergutmachungszahlungen Deutschlands.

7. EIN PLÄDOYER FÜR DIE SCHWEIZ

Die vorgetragenen Angriffe gegen die Schweiz waren nicht nur generell völlig unverhältnismässig, sondern sie können auch in jedem einzelnen Sachbereich widerlegt werden.

Was heute gelegentlich «Holocaustkrise» genannt wird, begann mit dem Vorwurf, auf den Schweizer Banken lägen noch heute Milliarden von Franken, die jüdischen Naziopfern gehört hätten (im Nachfolgenden Ziffer a). Schon bald erkannten die Kreise, die hinter den Angriffen standen, wie unhaltbar ihre Behauptungen waren und wie kläglich und schäbig es in Anbetracht der ungesühnten Greueltaten des Zweiten Weltkriegs wirkte, nur vom Geld ihrer Klienten und Anhänger zu reden. Also wurde gegen Ende 1996 die Strategie gewechselt: Altbekannte Themen wie das *Raub gold*¹ (Ziffer b) und die *Flüchtlingspolitik*² (Ziffer c) wurden neu thematisiert. Dazu kamen neue Anschuldigungen, von der *Kriegsverlängerung durch die Schweiz* (Ziffer d) bis hin zum Vorwurf von *sklavenähnlicher Internierung der jüdischen Flüchtlinge in Arbeitslagern* (Ziffer e).

a) Nachrichtenlose Vermögen

Unter *nachrichtenlosen Vermögen* sind im vorliegenden Zusammenhang Gelder auf Bankkonten zu verstehen, die vor dem Ende des Zweiten Weltkriegs eröffnet wurden und seither von den Berechtigten nie mehr beansprucht worden sind.

¹ Aus den Parlamentsprotokollen 1946 betreffend die Diskussionen um das Washingtoner Abkommen ist ersichtlich, dass schon damals alle relevanten Tatsachen bekannt waren. Zudem wurde die Raubgoldproblematik gründlich aufgearbeitet, z.B. durch die Buchautoren Werner Rings, Robert Vogler, Linus von Castelmur und Gian Trepp (vgl. Literaturverzeichnis am Schluss des Buches). Besondere Verbreitung fand *Die Schweiz im Krieg, 1933-1945* von Werner Rings, 1985. Sein Werk wurde in 80'000 Exemplaren gedruckt, eine für die Schweiz extrem hohe Auflage. Es gelangte sogar über das Schul- und Volkskino in die Schulzimmer.

² Professor Carl Ludwig legte 1955 (1957 im Parlament behandelt und veröffentlicht) den vom Bundesrat in Auftrag gegebenen 376-seitigen Bericht *Die Flüchtlingspolitik der Schweiz seit 1933 bis zur Gegenwart* (den «Ludwig-Bericht») vor, welcher die damals verfolgte Politik schonungslos offen legte und dramatische Einzelbeispiele schilderte. 1970 wurde der 1962 vom Bundesrat veranlasste Bericht von Professor Edgar Bonjour vorgelegt, die *Geschichte der Schweizer Neutralität im Zweiten Weltkrieg* (der «Bonjour-Bericht»), eine umfassende Darstellung der Aussenpolitik (Neutralitätspolitik). Breitere Kreise der Öffentlichkeit nahmen die Flüchtlingspolitik vor allem über das Buch von Alfred Häslar *Das Boot ist voll*, 1967, zur Kenntnis, welches später verfilmt wurde.

Zwei Vorbemerkungen drängen sich dazu auf. Die erste betrifft das Verhältnis zwischen den Schweizer Banken und der Schweiz als Ganzem. Verschiedentlich wird die Meinung laut, es sei nicht Aufgabe der offiziellen Schweiz, für die Banken die Kohlen aus dem Feuer zu holen. Diese sollen die Suppe, welche sie unserem Land eingebrockt haben, selbst auslöffeln. Diese Argumentation lässt äusser Acht, dass aus der ausländischen Optik unser Land und die Banken nicht trennbar sind. Was von Banken zu vertreten ist, was von ihnen gesagt oder von ihnen bezahlt wird, wird undifferenziert unserem Land als Ganzem zugeschrieben. In geradezu klassischer Weise wurde dies sichtbar bei der Reaktion von Israel Singer, nachdem sich die Banken am 12. August 1998 zu einer Zahlung von 1,8 Milliarden Franken verpflichtet hatten (Chronologie 43). Er bezeichnete diesen Schritt als *«historischen nationalen Kniefall»*. Mit anderen Worten wurde die Zahlungsbereitschaft automatisch nicht nur als Schuldanerkennung der Banken, sondern der ganzen Schweiz verstanden (vgl. Kapitel 12c2). Unsere politischen Behörden sitzen deshalb gezwungenermassen zumindest teilweise im selben Boot wie die Banken.¹

Zweitens ist vorweg festzuhalten, dass es nicht darum gehen kann, sich kritiklos schützend vor die Banken zu stellen. Es kann und soll nicht bestritten werden, dass von Banken bis in jüngster Zeit auch Fehler begangen wurden, wodurch unserem Land beträchtlicher Schaden zugefügt wurde. Auf die Nöte der Holocaustopfer und deren Erben wurde zu wenig sensibel eingegangen. Dazu kamen Kommunikationsfehler (vgl. Kapitel Hf) und Fehlleistungen wie im *Fall Meili* (Chronologie 13), welcher der Schweiz wohl mehr geschadet hat als alle anderen Angriffe der letzten zwei Jahre.²

¹ Abgesehen davon ist das Verhalten der Banken selbstverständlich von den politischen Rahmenbedingungen abhängig, welche ihnen gesetzt werden. So gesehen ist die Politik (zumindest mit-) verantwortlich für das Verhalten der Banken. Ob und wie gründlich die Banken in den Sechzigerjahren nach nachrichtenlosen Konten suchten, war ein politischer Entscheid. Ebenso ist natürlich die Ausgestaltung des Bankgeheimnisses politisch determiniert.

² Der Fall ist deshalb besonders schädlich, weil er sich eignete, einer breiten Öffentlichkeit präsentiert zu werden, die sich sonst nicht um Politik kümmert. So erhielt Meili zum Beispiel einen publikumswirksamen Auftritt in der populären Fernseh-Talkshow von Oprah Winfrey (Name der Talkshow-Gastgeberin), die angeblich in den USA jeweils von 14 Millionen Zuschauern verfolgt wird und in 132 Ländern empfangen werden kann (vgl. *SonntagsZeitung* vom 2. August 1998). Es ist auch zu befürchten, dass sich die Filmindustrie des Themas annehmen wird. Meili wurde unter anderem vom bekannten Regisseur Steven Spielberg zu einem Besuch empfangen.

Aber auch wenn die Vorwürfe gegen unser Land durch Fehlverhalten von einzelnen Bankenvertretern mit ausgelöst worden sind, so erstaunt doch, wie es den Kritikern mit ihrer Propaganda gelungen ist, die Schweizer Banken in einem derart schlechten Licht erscheinen zu lassen. Die heutigen Vorwürfe stehen in einem auffallenden Gegensatz zur Aussage von Walter Rockler, der damals als der für deutsche Bankiers zuständige US-Ankläger am Nürnberger Kriegsverbrecherprozess teilnahm, der also die Materie kennt: *«Die Schweizer als eigentliche Kollaborateure der Nazis zu diffamieren, ist falsch. Ich habe zwei Jahre meines Lebens damit verbracht, Fälle von Kriegsverbrechen seitens deutscher Banker zu verfolgen. Dabei ergaben sich keinerlei Verbindungen zu Schweizer Banken.»*⁷⁷

a1) Kaum in erster Linie auf den Schweizer Banken

Vorerst ist zu bedenken, dass Geld vor und während des Krieges wohl kaum in erster Linie in die Schweiz in Sicherheit gebracht wurde.

Lange vor dem Krieg wusste man, dass unser Land im Kriegsfall als unmittelbarer Nachbar von Deutschland besonders gefährdet sein würde. Also floss gemäss gesundem Menschenverstand Geld wohl eher nach Übersee als in die Schweiz. Laut Statistiken der Federal Reserve Bank nahmen die USA von 1935 bis 1940 insgesamt 7,6 Milliarden Dollar an europäischen Fluchtgeldern auf,⁷⁸ ein immenser Betrag im Vergleich zu den kleinen Summen, die in der Schweiz lagen (die gesamte Bilanzsumme aller Banken in der Schweiz betrug wie gesagt 1945 nicht einmal 5 Milliarden Dollar). Nach Kriegsbeginn setzte eine eigentliche Kapitalflucht nach Übersee ein. Allein im Jahr 1940 wurden gemäss Angaben der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich 21 Milliarden Franken von Europa in die USA transferiert.⁷⁹ Solche Zahlen lassen erahnen, dass andernorts weit mehr nachrichtenlose Vermögen liegen müssen als in der Schweiz. Tönt unter diesen Umständen eine Aussage wie die folgende nicht überzeugend? *«Mein Vater wurde Buchhalter einer jüdischen Firma in Zürich, die mit Diamanten und Juwelen handelte und eine Filiale in München betrieb. In den Jahren 1933 bis 1939 pendelte er zwischen München und Zürich hin und her, schmuggelte Steine und Papiere und sorgte für ihren*

Transfer in die USA. (...) Nachdem 1938 Österreich ins Reich ‚heimgeholt‘ worden war, war jedermann klar, was der Schweiz in Zukunft blühen würde. (...) Wer sein Geld in die Schweiz transferierte und es da liegen liess, war entweder ein Dummkopf, oder die Möglichkeit zum Weitertransfer war ihm genommen worden (Verhaftung, Tod). Es ist schon ironisch, dass die amerikanischen Banken all diese Konten, die ohne Meldung blieben, einsteckten und nun schreien, wir hätten das Geld.»⁸⁰

Aber auch in den Fällen, in denen Geld tatsächlich in der Schweiz verloren ging, sind mit einiger Wahrscheinlichkeit nicht die Banken schuld. Es war lebensgefährlich, Geld aus dem Dritten Reich ins Ausland zu transferieren. Ab 1. Dezember 1936 stand auf Kapitalflucht die Todesstrafe.⁸¹ Dementsprechend war es naheliegend, mit Nummernkonten zu agieren oder Strohmänner, Agenten und ihre Freunde in der Schweiz einzuspinnen, um das Geld zu retten. Möglich ist unter diesen Umständen, dass jüdische Opfer von ihren «Freunden» betrogen wurden, dass die «treue Hand» eines Treuhänders untreu wurde, dass das Geld absprachewidrig gar nie auf einer Bank eingezahlt wurde. Sicher kam auch vor, dass diejenigen, denen das Geld anvertraut worden war, die Gunst der Stunde nutzten, als sie hörten, dass die Eigentümer den Tod gefunden hatten. Sodann gibt es wahrscheinlich zahlreiche Fälle, bei denen die Beauftragten die Opfer oder deren Nachkommen nach dem Krieg beim besten Willen nicht mehr finden konnten, obwohl sie ehrlich nach ihnen suchten. Wie sollen all diese Fälle nach einem halben Jahrhundert noch rekonstruiert und aufgedeckt werden? Wie lassen sich unter diesen Umständen pauschale Vorwürfe gegenüber den Schweizer Banken aufrechterhalten?

Gerade in Fällen, in welchen nur vorübergehend ein Konto auf einer Schweizer Bank existiert hatte (sozusagen «im Transit»), ist denkbar, dass Eltern ihren Kindern oder Verwandten von Guthaben in der Schweiz erzählt hatten oder dass Nachkommen später Belege fanden von Konten, die längst nicht mehr existierten. Pauschale Kritik an der Schweiz, das Geld müsse noch hier liegen, ist unter solchen Umständen verfehlt. Wie unseriös diesbezüglich Kritiker Aussagen machen, zeigt sich nicht zuletzt bei Senator D'Amato. Als er bei seinem ersten Hearing in Washington (Chronologie 7) die Angaben der Schweizer Banken als falsch be-

zeichnete, wusste er nichts Gescheiteres zu sagen, als «*es hat mehr Geld, es muss ganz einfach mehr haben*». ⁸²

a2) Dementsprechend wird wenig gefunden

Da das meiste Geld nach Übersee floss, ist bei uns entsprechend wenig zu finden, wobei zu betonen ist, dass von den Banken und der Volcker-Kommission bei den gefundenen Geldern unbegreiflicherweise nicht über den Anteil von jüdischen Kriegsoptionen informiert wird (vgl. auch Kapitel 6b). Ausgerechnet in diesem brennenden Thema ist man somit auf Spekulationen angewiesen.

Ein Indiz stellen die Angaben des schweizerischen Bankenombudsmans dar, der bis Mitte 1997 zuständig war. Am 12. November 1996 hatte er als Zwischenresultat gemeldet, 1,6 Millionen Franken nachrichtenlose Vermögen seien gefunden worden, davon aber nur rund 11'000 Franken von Naziopfern. Im Jahresbericht 1997 des Bankenombudsmans wurde dann von einer «*Erfolgsquote von 0,8 Prozent derjenigen, die sich an vor 1945 deponierten Werten anspruchsberechtigt wähnten*» gesprochen. Nur gerade in neun Fällen waren Gelder gefunden worden, deren Besitzer Opfer des Naziterrors geworden waren.¹ In mehr als 99 Prozent der Fälle waren erfolglos Ansprüche erhoben worden.

Die geringe Erfolgsquote des Ombudsmans lässt auch etwas verständlicher erscheinen, weshalb die Schweizer Banken in den letzten dreissig Jahren auf Anfragen hin keinen grösseren Suchaufwand auf sich nahmen. Zu einem gewissen Grad ist verständlich, dass sie dachten, mit der Suchaktion 1962 sei das Problem aus der Welt geschafft (Chronologie 2). Zudem waren die nachrichtenlosen Vermögen noch im Mai 1995 (Feier 50 Jahre Kriegsende) auch bei den Betroffenen kaum ein Thema,²

¹ Vgl. *Jahresbericht 1997* des schweizerischen Bankenombudsmans. In den genannten neun Fällen wurde allerdings die beträchtliche Totalsumme von zehn Millionen Franken gefunden, wie in Kapitel 6 festgehalten ist. Wenn man diese Angaben mit dem Zwischenbericht vom 12. November 1996 vergleicht, drängt sich der Schluss auf, dass hohe Summen nur gerade auf zwei, drei Konten gefunden wurden, daneben praktisch nichts. Bei diesen gut dotierten Konten könnte es sich um gut verwaltete Wertschriftendepots handeln.

² Der Bundesrat besuchte damals auch jüdische Feierlichkeiten. Nirgends wurde er zum Thema der nachrichtenlosen Vermögen angesprochen.

selbst bei jüdischen Beteiligten herrschte gelegentlich «*totale Interessenlosigkeit*».¹ Wer hätte denken können, dass wegen Bankkonten nach mehr als 50 Jahren ein derartiger Wirbel verursacht wird, wenn man sieht, wie gleichgültig sich die Welt gegenüber Greueln der Gegenwart verhält?

Den Banken ist auch zugute zu halten, dass die Suche objektiv gesehen schwieriger ist, als man im Computerzeitalter vermuten mag. Nicht nur, weil damals wie erwähnt Decknamen verwendet oder Bankkonten auf den Namen von Strohmännern eröffnet worden waren.² Die Frist für die Aktenaufbewahrung ist wie überall auch in der Schweiz beschränkt. Da bei uns zehn Jahre gelten, ist bei Konten, die vor mehr als zehn Jahren durch den Berechtigten wieder aufgehoben worden sind, oft überhaupt nichts mehr zu finden. Erschwerend fällt ins Gewicht, dass in Banken häufig zentrale Register fehlten, weil – nicht zuletzt als Geheimnisschutz für die Kunden – die Bankkarteien nicht zentral, sondern in einzelnen Filialen separat verwaltet wurden. Die Datenaufarbeitung bedingt entsprechend aufwendige Handarbeit.

Das Verständnis der Schweizer Medien für die Situation der Banken verbesserte sich etwas, nachdem die Credit Suisse Gelegenheit gegeben hatte, das Lagerhaus zu besichtigen, in dem die aus allen Filialen zusammengetragenen jahrzehntealten Akten auf 11'000 Metern Gestellfläche zum Sortieren ausgelegt waren. Wer dies sah, konnte erahnen, welch immense Arbeit die Suche verursacht.

Ein besonderes Problem wurde durch Bankfusionen³ und Einführung der elektronischen Datenverarbeitung (EDV) geschaffen. Es bestand keine Veranlassung, dabei die Eröffnungsdaten von Konten auf die neue Bank zu transferieren. Oft wur-

¹ Interessant ist die Stellungnahme des ehemaligen Sachbearbeiters der Zürcher Kantonalbank, Karl Engler, der die Erben eines verstorbenen jüdischen Apothekeninhabers aus Wien ausfindig machen wollte. Im November 1976 begab er sich nach Wien zur Israelitischen Cultusgemeinde. Dort stiess er auf «*totale Interessenlosigkeit und Schnellabfertigung*». Niemand war an einer Suche interessiert, sodass er unverrichteter Dinge wieder heimkehrte (*Neue Zürcher Zeitung* vom 10. Dezember 1996).

² Bis Anfang der Achtzigerjahre war die Eröffnung von Konten in der Schweiz ohne ein Identitätspapier und ohne Angabe des richtigen Namens problemlos möglich.

³ So übernahm z.B. allein der Schweizerische Bankverein in den letzten Jahren mehr als 40 Bankinstitute, darunter zahlreiche Regionalbanken. Die Zahl seiner Archive belief sich auf mehr als 1'500.

de einfach das Datum der Bankübernahme oder der EDV-Einführung festgehalten, womit nicht mehr ersichtlich war, wann das Konto ursprünglich eröffnet worden war. Eigentliche Detektivarbeit ist notwendig, um herauszufinden, ob solche Konten vor 1945 eröffnet worden sind.

a3) Widersprüchliche Zahlen sind weitgehend erklärbar

Gerade der letzterwähnte Punkt ist mitverantwortlich dafür, dass die Banken mit erhöhtem Suchaufwand immer wieder Konten fanden. Der Vorwurf, die Banken hätten die Zahlen immer wieder nach oben korrigiert, ist zu relativieren, denn die scheinbaren Widersprüche können teilweise erklärt werden.

In der Suchaktion ab 1962 förderten die Banken 9,47 Millionen Franken zu Tage, während im Herbst 1995/Frühling 1996 38,7 Millionen präsentiert wurden (Chronologie 2 und 4). Diese Differenz ist darauf zurückzuführen, dass in den Sechzigerjahren lediglich nach Vermögen von «rassistisch, religiös oder politisch verfolgten Naziopfern» gesucht wurde. 1995 wurde dagegen allgemein nach Konten geforscht, auf welchen seit 1945 keine Bewegungen mehr stattgefunden hatten. Die 38,7 Millionen beinhalteten also auch die Gelder, die offensichtlich nichts mit den Kriegswirren zu tun haben, weil sie beispielsweise aus der Zeit vor 1930 stammten.

Richtig ist, dass später auch diese 38,7 Millionen nach oben korrigiert werden mussten. Neben dem gesteigerten Suchaufwand war jedoch dafür auch verantwortlich, dass der Kontostand von nachrichtenlosen Vermögen variiert, wenn das Vermögen in Wertpapieren angelegt ist. Die Schweizerische Bankgesellschaft meldete einen Fall, bei dem ein nachrichtenloses Konto bei der Suchaktion in den Sechzigerjahren zwar zugeordnet werden konnte, aus Sicherheitsgründen war aber der im Ostblock wohnende Berechtigte nicht benachrichtigt worden. Der ihm zustehende Betrag war 1997 mehr als acht Mal so hoch wie 1964, weil er bei Eröffnung des Kontos die Instruktion erteilt hatte, das Geld in erstklassigen Wertpapieren anzulegen.

a4) Vor Beginn der Hetzkampagne 38 Millionen angeboten

Die von Edgar Bronfman ausgelöste Hetzkampagne ist umso unbegreiflicher, als er selbst sagt, die eben erwähnten 38 Millionen Franken schon vor Beginn der Auseinandersetzungen angeboten erhalten zu haben: *«Alles begann am 12. September 1995. Wir trafen in Bern Vertreter der Schweizerischen Bankiervereinigung. Sie machten uns ein Angebot. Sie sagten, sie hätten 774 Konten gefunden und offerierten uns 38 Millionen Schweizerfranken. Ungefähr so: Vor vielen Jahren hatten wir ein Problem, jetzt bezahlen wir eine gewisse Summe, und die Sache ist erledigt. (...) Das ist passiert und jetzt will ich Wiedergutmachung.»*¹ Diese 38 Millionen waren mehr, als sich aller Voraussicht nach an Vermögen von jüdischen Kriegsoffern auf Bankkonten wird finden lassen. Bronfman muss sich die Frage gefallen lassen, weshalb er das Angebot nicht akzeptierte.² Suchte er von allem Anfang an nur Streit und Publizität und war gar nicht an einer gütlichen Einigung interessiert?

a5) Die Schweiz schützte und suchte, die Alliierten enteigneten

Erstaunlich ist auch, dass ausgerechnet die Schweizer Banken ins Schussfeld der Kritik gerieten, obwohl ihre Kunden wesentlich besser geschützt sind als anderswo.

In der Schweiz kann jedermann am Bankschalter jederzeit über sein Guthaben inklusive Zins und Zinseszins verfügen, auch wenn das Konto seit Jahrzehnten nie mehr berührt worden ist. Er muss sich nur ausweisen können. Andernorts hingegen werden Bankguthaben nach relativ kurzer Zeit durch den Staat eingezogen. So gilt zum Beispiel ausgerechnet in New York die Regelung, dass nachrichtenlose Vermögen bereits nach fünf Jahren an den Staat fallen.² Erstaunlich ist, dass diese Geld-

¹ Interessant ist, dass aus Schweizer Bankenkreisen geltend gemacht wird, dieses Angebot sei Bronfman gar nie gemacht worden.

² Zwar haftet der Staat, wenn sich später der rechtmässige Eigentümer noch meldet. Das würde dem Betroffenen jedoch meist nur dann etwas nützen, wenn nach ihm gesucht und eine Aktenaufbewahrungspflicht existieren würde. Massgebend sind im Staat New York *McKinney's State Statutes* (Chapter 697, Article III, par. 300 ff.). Faktisch übertragen die Banken die Verantwortlichkeit der nachrichtenlosen Konten auf die staatliche Behörde, diese macht aber keinerlei Nachforschungen.

ströme nicht schon längst systematisch untersucht werden.¹ Die Zeitschrift *Facts* meldete, seit 1953 habe «*allein der Staat New York nicht weniger als 3,6 Milliarden Dollar an nachrichtenlosen Guthaben entgegengenommen*».⁸⁴ Sollte dies stimmen, so wären die in der Schweiz gefundenen Beträge im Vergleich dazu völlig unbedeutend.

Vor allem auch unmittelbar nach dem Krieg bot die Schweiz den Bankkunden und somit auch jüdischen Opfern viel mehr Schutz als anderswo. Die Siegermächte beschlossen damals, die deutschen Vermögen im Ausland unter ihre Kontrolle zu bringen und sie für Reparationszahlungen zu verwenden. Blockiert wurden damit automatisch auch Gelder von lebenden und toten jüdischen Opfern, die ihr Geld ausserhalb Deutschlands in Sicherheit hatten bringen wollen. Dies wurde von Unterstaatssekretär Eizenstat auch offen zugegeben.² Diese Summen könnten ohne weiteres weit höher sein als die nachrichtenlosen Vermögen in der Schweiz. Auch England, das via Aussenminister Rifkind ebenfalls massive Kritik gegen die Schweiz erhoben hatte (vgl. Kapitel 4b1), hat jüdisches Vermögen aus Deutschland einkassiert, um die von den Nazis beschlagnahmten britischen Guthaben zu kompensieren. Bewusst wurde später die Rückgabe an die berechtigten jüdischen Erben verweigert.³ Weder die Schweiz noch die Schweizer Banken hätten es sich erlaubt, eine solche Politik zu verfolgen. Die Schweiz setzte sich im Gegenteil zugunsten der individuell Berechtigten zur Wehr und versuchte, deren Rechte zu schützen,⁴

¹ Man würde denken, dass es statistisch sehr einfach wäre, nachzuprüfen, wie viel Geld jährlich auf diese Weise in den USA an den Staat fiel. Trotzdem wurden bisher keine Informationen zugänglich gemacht. Am 1. Februar 1998 kündigte Unterstaatssekretär Eizenstat nun endlich Untersuchungen über den Verbleib von Vermögenswerten aus der Holocaustzeit in den USA an. Mit Senatsbeschluss vom 1. April 1998 wurde die Formierung einer 21-köpfigen Arbeitsgruppe an die Hand genommen (*US Holocaust Assets Commission Act of 1998*).

² Unterstaatssekretär Eizenstat sagte am 25. Juni 1997 vor der zuständigen Kommission des US- Repräsentantenhauses: «*Es war unvermeidlich, dass ein Teil des gewichtigen Betrags von beschlagnahmten deutschen Vermögen Holocaustopfern gehört hat.*»

³ Bekannt ist der Fall des ungarischen Juden *Gabor Bedo*. Er versucht vergeblich, die von seinem Vater in England deponierten Kunstgegenstände und Konten zurückzuerhalten. Die Kunstgegenstände wurden 1955 auf einer Auktion für 4'500 Pfund zu Gunsten des Staates verkauft. Die Erbberechtigung von Gabor Bedo wird nicht angezweifelt, trotzdem verweigerte England bisher die Rückgabe respektive eine Entschädigung.

⁴ Der damalige Unterhändler der Schweiz, Minister Walter Stucki, sagte zu Recht: «*Für die Übereignung deutscher Vermögenswerte an die USA fehlt die rechtliche Grundlage, denn der amerikanische Befehl, deutsches Eigentum auszuliefern, kann ein unabhängiges Land wie die Schweiz nicht binden.*» Die Schweiz verpflichtete sich schliesslich gezwungenermassen, 50 Prozent der deutschen Guthaben in der Schweiz den Alliierten abzuliefern (vgl. Chronologie 1).

als die Alliierten am 30. Oktober 1945 auch von der Schweiz eine Beschlagnahme sämtlicher deutscher Guthaben in unserem Land verlangten. Wie kann unter diesen Umständen ausgerechnet ein amerikanischer Staatssekretär Vorwürfe erheben?

a6) Böswilliger Vorwurf des «Diebstahls»

Erstaunlich ist, wie verbreitet die Meinung ist, die Schweizer Banken hätten Gelder «gestohlen», «veruntreut» oder «ihre Kunden betrogen». ¹ Den Kritikern ist es gelungen, den Anschein zu erwecken, die Banken hätten Bankkonten verschwiegen, um Gelder selbst einkassieren zu können. Das ist eine nicht belegte Unterstellung, auch wenn selbstverständlich nie ausgeschlossen werden kann, dass vereinzelt Veruntreuungen vorgekommen sind. ²

Typisch für die nachrichtenlosen Vermögen ist nicht das unrechtmässige Einkassieren von fremden Vermögen ³ durch die Banken, sondern ein anderer Sachverhalt:

¹ Wobei es so oder so nicht zulässig ist, verallgemeinernd von «den Banken» zu sprechen. Denn selbst wenn Leute «betrogen» wurden, so waren die Täter immer einzelne Kriminelle, zum Beispiel Bankangestellte. Eine Verallgemeinerung oder Kollektivschuld ist auch hier fehl am Platz.

² Dass vereinzelt Veruntreuungen vorgekommen sind, ist sogar anzunehmen. Auf Grund der statistischen Wahrscheinlichkeit ist davon auszugehen, dass es auch unter Bankangestellten Kriminelle gibt. Auch das Parlament hat kein Einsichtsrecht in die Suche, weder die Banken noch die Volcker-Kommission haben eine Auskunftspflicht. Es ist unter diesen Umständen nicht auszuschliessen, dass in Insiderkreisen bereits Fälle bekannt geworden sind, bei denen verwerflich oder gar kriminell gehandelt worden ist, ohne dass dies dem Autor bekannt ist. Das können aber nur Einzelfälle sein, die an den grundsätzlichen Erkenntnissen nichts ändern würden. Es spricht für sich, dass selbst der Generalsekretär des Jüdischen Weltkongresses im Februar 1996 kein Beispiel nennen konnte (Chronologie 6), bei dem eine Bank die Existenz eines Kontos bestritten hätte, sich aber nachträglich herausstellte, dass die Bank gelogen hat. Zumindest im damaligen Zeitpunkt basierten also entsprechende Anschuldigungen nur auf Vermutungen. Selbst im «Fall Sapir» (Chronologie 33), in welchem die Credit Suisse freiwillig eine Zahlung leistete, konnte der Bank weder Veruntreuung noch Betrug vorgeworfen werden, auch wenn dieser Fall weltweit als Musterbeispiel des angeblich verwerflichen Verhaltens einer Bank vermarktet worden ist.

³ Die beiden Historiker Peter Hug und Marc Perrenoud haben im Rahmen ihrer Studie *In der Schweiz liegende Vermögenswerte von Naziopfern und Entschädigungsabkommen mit Oststaaten* (publiziert am 19. Dezember 1996) einen Fall gefunden, bei welchem eine Bank nachrichtenloses Vermögen nach einer gewissen Dauer dem eigenen Vermögen einverleibte. Aber selbst bei diesem Fall der Amtersparniskasse Obersimmental ist keine Irreführung oder Schädigung eines Bankkunden dokumentiert. Im Fall des Kontos von Otto Trachsel, einem nach Ostdeutschland ausgewanderten Schweizer, dessen Konto (3430 Franken) nach 30 Jahren Nachrichtenlosigkeit 1943 dem Bankvermögen einverleibt wurde, wurde das Guthaben ausbezahlt, nachdem dessen Sohn 1953 zufällig das Sparbüchlein gefunden hatte.

Auf Bankkonten haben sich Vermögenswerte aufgehäuft, weil sich die Berechtigten einfach nie mehr gemeldet haben. Sie mögen tot sein und keine Erben hinterlassen haben; oder ihre Erben mögen ohne Erfolg gesucht haben, zum Beispiel weil die Konten unter fremdem Namen existierten. Vorwürfe bezüglich nachrichtenloser Konten beinhalten also in aller Regel «nur», die Banken hätten nicht mit genügendem Ernst und Aufwand nach den Berechtigten gesucht.¹ Unterlassene Nachforschungen und kaltherzige Abfertigungen am Bankschalter sind bedauerlich genug. Aber sie sind betreffend Verwerflichkeit nicht annähernd mit Diebstahl, Veruntreuung und Betrug vergleichbar, und schon gar nicht mit den Kriegsverbrechen, mit denen das angebliche Fehlverhalten der Schweizer Banken in den letzten zwei Jahren faktisch gleichgestellt wurde.

Es ist in diesem Zusammenhang erstaunlich, wie selbst in der Schweizer Öffentlichkeit oft gedacht wird, die erhobenen Forderungen seien legitim, weil von der Schweiz *«nur das zurückgefordert wird, was unrechtmässig in der Schweiz zurückbehalten worden ist»*.² Diese Auffassung ist nicht korrekt. Unrechtmässiges Zurückhalten von Geldern durch die Banken ist eben gerade nicht nachgewiesen. Vielmehr haben die Banken die Gelder (rechtlich gesehen korrekt) einfach immer auf den Konten belassen, wo sie noch heute ruhen.

Wenn also der Jüdische Weltkongress eine Milliardensumme von den Banken forderte, so ging es somit – abgesehen davon, dass die Ansprüche eintausendfach übertrieben waren – grundsätzlich nicht um «rechtmässige» Ansprüche. Im Ernst kann wohl niemand behaupten, dass eine religiöse Organisation rechtlich gesehen einen Anspruch auf Gelder hat, von denen der ehemalige Eigentümer nicht mehr gefunden werden kann. Es käme jedenfalls kaum jemand auf die Idee, Vermögen eines verschollenen Katholiken an die katholische Kirche fallen zu lassen. Noch frag-

¹ Wobei klar bleiben muss, dass sich im Normalfalle nicht die Banken bei Kontoinhabern melden müssen, sondern umgekehrt. Aus Bankenkreisen wird darauf hingewiesen, dass aus Gründen des Bankgeheimnisses von den Kunden sogar oft ablehnend reagiert wird, wenn eine Bank von sich aus Suchaktionen durchführt.

² Stellvertretend für diese Auffassung ist hier die Meinung des Filmemachers und mehrfachen Oscarpreisträgers Arthur Cohn zitiert; in: *Jüdische Rundschau* vom 28. Mai 1998.

würdiger ist, wenn tausende von schwer zu definierenden «Holocaustopfern»^{*1} geltend machen, sie hätten einen «rechtmässigen» Anspruch gegenüber der Schweiz, obwohl ihre Familien mit der Schweiz damals nicht das Geringste zu tun hatten.

Schon an dieser Stelle sei erwähnt, dass auch beim Thema Raubgold das (internationale) Recht auf der Seite der Schweiz steht (vgl. Kapitel 7b2, 4. Punkt). Auch diesbezüglich stimmt also der Satz nicht, es gehe darum, «zurückzufordern, was von der Schweiz unrechtmässig zurückbehalten worden ist».

a7) Auszahlung ohne Belege?

Keine Bank der Welt kann und wird eine Auszahlung machen, falls eine unbekannte Person am Bankschalter eine Auszahlung fordert, obwohl sie weder den Namen der Bank noch eine Kontonummer, noch die Ortschaft, wo die Einzahlung erfolgte, kennt. Heute wird so getan, als wäre es ein Verbrechen gewesen, wenn Banken nach einem Totenschein fragten, also nach einer Bestätigung, dass der Kontoinhaber auch wirklich verstorben war. Dabei wird den Schweizer Banken eine Art von zynischem Bürokratismus unterstellt, sie hätten von den Nachkommen der Holocaustopfer einen Totenschein verlangt, wohl wissend, dass die Nazi Verbrecher keinen solchen ausstellten.

Dazu ist zu sagen, dass in Deutschland 1951 ein besonderes Gesetz geschaffen wurde mit Sondervorschriften für Verschollenenfälle infolge des Krieges. Wer Angehörige im Konzentrationslager verloren hatte, konnte dies in einem erleichterten Verfahren feststellen lassen. Familienangehörige waren wohl in erster Linie selbst daran interessiert, gründlich und amtlich nachforschen zu lassen, ob ihre Eltern und Verwandten auch wirklich tot sind, bevor sie an mögliche Bankkonten in der Schweiz dachten. Ein gründliches Abklären und ein Einholen von Totenscheinen lag somit ja wohl auch in erster Linie im Interesse der Erben.

¹ «Holocaustopfer» ist hier in Anführungszeichen gesetzt, weil im Rahmen einer gerichtlichen Klage natürlich definiert werden müsste, was ein Holocaustopfer ist. Sind es nur Personen, die in einem Konzentrationslager eingesperrt waren, sind es solche, die nahe Angehörige verloren, oder genügt es bereits, zur jüdischen Religionsgemeinschaft zu gehören, die damals verfolgt wurde?

Zudem ist an die grossen Probleme zu denken, die für die wirklich Berechtigten bei falschen Auszahlungen entstehen. Wer sieht, wie kompliziert Erbschaftsstreitigkeiten vor Gericht sein können, kann ein Lied davon singen. Hatten die Banken nicht Grund, gerade in der Nachkriegszeit besonders sorgfältig zu sein? Ist nicht nahe liegend und sogar verständlich, dass oft ins Blaue hinaus behauptet wurde, es lägen noch Gelder von vermissten Verwandten auf Schweizer Bankkonten? Musste nicht gerade in den Nachkriegswirren besonders damit gerechnet werden, dass Betrüger falsche Behauptungen oder falsche Dokumente präsentierten?

a8) Falsche Kronzeugen?

Der Jüdische Weltkongress und die Sammelklagenanwälte hatten zu Beginn ihrer Angriffe der Weltöffentlichkeit vor allem die beiden Fälle Greta Beer¹ und Gizella Weissshaus präsentiert. Publikumswirksam wurden die beiden älteren Damen als «Kronzeuginnen» für das angeblich katastrophale Verhalten der Schweizer Banken dargestellt. Im Namen von Gizella Weissshaus reichte Rechtsanwalt Edward Fagan seine erwähnte 20-Milliarden-Dollar-Klage ein.

Im Falle Greta Beer fand das Protokoll einer Pressekonferenz vom 23. Oktober 1996 den Weg in die Rechtskommission des Nationalrats. Gemäss diesem Dokument erklärte Edgar Bronfman vor Publikum und unter allgemeinem Gelächter, das gesuchte Konto sei durch einen Onkel von Greta Beer saldiert und das Geld längst abgehoben worden.²

Kaum weniger erstaunlich ist ein Bericht aus der *Weltwoche* betreffend Gizella Weissshaus: *«Zu behaupten, dass Gizella Weissshaus sich an Details (...) erinnert, wäre – gelinde gesagt – übertrieben. Sie weiss weder die Stadt noch den Namen der*

¹ Bei Frau Greta Beer handelt es sich eigentlich nicht um ein Opfer nationalsozialistischer Verfolgung. Ihr ehemals wohlhabender Vater starb nicht durch die Judenverfolgung, sondern an Krankheit in einem Spital.

² Im Protokoll ist im Wortlaut festgehalten: *«Frau Beer sagte, (...) dass sie von ihrem Vater wisse, dass dieser Geld in die Schweiz geschafft hatte. (...) Hans Bär (der Schweizer Bankier Hans J. Bär, Ehrenpräsident der Julius Bär Holding) machte ein Angebot. Er werde auf eigene Kosten Frau Beer in die Schweiz nehmen und die Wahrheit herausfinden. (...) Sie fanden heraus, dass es ihr Onkel war, der das Geld genommen hatte, der Bruder ihres Vaters.»* Dann folgt gemäss Protokoll unter den Anwesenden allgemeines Gelächter.

Bank: weder eine Kontonummer noch, ob vielleicht ein Mittelsmann das Geld (...) deponierte. (...). Nach fast zwanzig Jahren (kommt sie) in die Schweiz. In Zürich lebt zu dieser Zeit noch Fischl Holpert, ein in Geldangelegenheiten erfahrener Verwandter ihrer Mutter. Er soll ihr bei der Suche nach dem Geld des Vaters helfen. Holpert bringt sie mit Leuten zusammen, die etwas von Schweizer Banken und ihren Regeln verstehen. Und von ihnen erfährt Gizella Weisshaus, dass sie auf der Grundlage ihrer Informationen keine Chance hat, an das väterliche Erbe heranzukommen. Enttäuscht kehrt sie nach New York zurück, ohne auch nur einen Fuss in eine Schweizer Bank gesetzt zu haben. Noch zweimal in den nächsten acht Jahren kehrt Gizella Weisshaus in die Schweiz zurück, (...) zu Freunden ins Tessin. Zweimal wird ihr die Aussichtslosigkeit ihres Ansinnens erklärt. Zweimal reist sie ab, ohne auch nur mit einem Bankangestellten gesprochen zu haben.»⁸⁵

Es muss bereits zu denken geben, wenn ausgerechnet in den publizitätsträchtigsten Fällen das fragliche Konto eventuell längst durch einen Verwandten aufgelöst und das Geld bezogen wurde oder wenn gar nie mit einer Bank oder einem Bankangestellten Kontakt aufgenommen wurde. Noch weit alarmierender ist jedoch die Erfahrung, welche die Winterthur-Versicherung im Zusammenhang mit der gegen sie eingereichten Sammelklage (Chronologie 19) machen musste.

Sammelklagen werden im Namen eines Hauptklägers eingereicht, auch wenn sich nachher eine Vielzahl von Klägern anschliessen können. Im Prozess *Rosenberg gegen Winterthur-Versicherung* trat Rudy Rosenberg, ein ehemals belgischer Jude, der heute in den USA lebt, als Kläger auf. Er machte geltend, seinen Eltern seien Versicherungsgelder vorenthalten worden. Obwohl die Aktenaufbewahrungsfrist längst abgelaufen war, hatte die Winterthur-Versicherung das Glück, das Dossier Rosenberg noch zu finden. Die dabei gewonnenen Erkenntnisse sind erstaunlich. Zwei Policen hatten existiert, eine lautete auf den Vater Rosenberg senior, eine auf die Mutter. Als die Eltern ihre Ehe durch Scheidung auflösten, übertrug der Vater seine Police auf die Mutter. Die Winterthur-Versicherung zahlte später ordnungsgemäss in beiden Policen Frau Rosenberg das ihr zustehende Geld aus. Mit anderen Worten hatten die Kläger die Unverfrorenheit, ausgerechnet einen Mann an die

Spitze ihrer Klage zu stellen, der unehrlich zu Geld kommen wollte. Offensichtlich wurde damit spekuliert, dass es der Versicherung nach so vielen Jahren nicht mehr gelingen werde, ihre Auszahlungen zu belegen.

b) Das Raubgold

Wer von «Raubgold» redet, spricht in erster Linie vom Gold, das von den Nationalbanken der überfallenen Staaten an Nazideutschland fiel («monetäres Gold»). Mit einbezogen werden kann auch das Gold, das die Nazis den Privaten abnahmen («nicht monetäres Gold»), unter anderem auch das Zahn-, Opfer- oder Totengold (vgl. nachfolgend Kapitel 7b3). Bei diesem ist allerdings die Menge unklar.¹ Sicher ist nur, dass es sich dabei im Vergleich zum gesamten Raubgold mit rund 0,5 Prozent um eine fast vernachlässigbar kleine Menge handelt.²

Während des Krieges kaufte die Schweiz vom Dritten Reich Gold respektive nahm Gold als Zahlungsmittel entgegen.³ Nach dem Krieg wurde für die Weltöffentlichkeit ersichtlich, dass ein Teil davon (monetäres) Raubgold von Zentralbanken gewesen war, in überwiegender Menge von Belgien und Holland. Heute wird der Schweiz wieder vorgeworfen, die damaligen Verantwortlichen hätten die Herkunft dieses Goldes schon während des Krieges kennen müssen oder gar gekannt.

Es bestehe deshalb noch heute eine Rückzahlungspflicht.

Dieselben Diskussionen wurden bereits unmittelbar nach dem Krieg geführt, nicht zuletzt deshalb, weil die Alliierten die neutralen Staaten in der zweiten Kriegshälfte

¹ Selbst die jüngsten Untersuchungen ergaben verschiedene Zahlen. Der Eizenstat-Bericht spricht von 4,6 Millionen Dollar, die Bergier-Kommission von 2,9 Millionen. Weitere Untersuchungen existieren (Fischler 3 Millionen; Zablotoff 4 Millionen). Die Autoren des Eizenstat-Berichts griffen auf die Zusammenstellung des damaligen Reichsbankbeamten Albert Thoms zurück, die vom Wiener Herzog in den Fünfzigerjahren kopiert wurde. Der Bergier-Bericht basiert auf Dokumenten der amerikanischen Militärregierung, die auf verschollenen Originalunterlagen beruhen.

² Die Gesamtsumme des Raubgolds beträgt rund 565 Millionen Dollar. Davon sind (gemäss Bergier-Kommission) 2,9 Millionen Dollar «Totengold». Es kann zwischen «Gold anderer Zentralbanken» (483 Millionen Dollar) und «Gold Privater» (82 Millionen Dollar) unterschieden werden. Beim «Gold Privater» handelt es sich weit überwiegend um Gold, das in den überfallenen Ländern der Bevölkerung abgenommen wurde, teilweise stellten die deutschen «Devisenschutzkommandos» dafür sogar Quittungen aus. Nur ein kleiner Teil von diesem «Gold Privater» stammt von Konzentrationslageropfern, eben die erwähnten 2,9 Millionen Dollar.

³ Nazideutschland hatte aus der Schweiz einen Milliardenkredit herausgepresst, die sogenannte *Clearingmilliarde*, um damit unter anderem Kriegsmaterial in der Schweiz zu kaufen. Als der Bundesrat sich gegen weitere Kredite sperrte, fand Nazideutschland ein anderes Mittel, um zu den begehrten Schweizerfranken zu kommen. Es begann, die Schweizer Nationalbank mit Gold zu beliefern. Insgesamt floss von der Reichsbank für 1,716 Milliarden Franken Gold in die Schweiz, davon rund 1,25 Milliarden an unsere Nationalbank und 0,428 Milliarden zur direkten Weiterleitung an andere Nationalbanken und an die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ). Von den 1,25 Milliarden wurden 0,8 Milliarden weiterverkauft, vor allem an Portugal, Spanien und Rumänien.

ausdrücklich darauf aufmerksam gemacht hatten, das Gold Hitlerdeutschlands sei teilweise gestohlen. Die Schweiz erklärte sich deshalb im Rahmen des Washingtoner Abkommens 1946 bereit, den Alliierten 250 Millionen Franken in Gold an ihre «Tripartite-Kommission»¹ zu bezahlen.² Wer heute verlangt, die Schweiz müsse auf Grund der Raubgoldproblematik Geld bezahlen, fordert also im Grunde genommen, dass das Washingtoner Abkommen neu diskutiert werde.

b1) Die Schweiz bezahlt, die damaligen Aggressoren nicht?

Im Zuge der jüngsten Diskussionen wurde allgemein bekannt, dass bisher gar nicht alles Gold, das am Ende des Krieges von den Alliierten wiederbeschafft werden konnte, verteilt worden war. Nachdem vorgängig vom seinerzeitigen stellvertretenden Chef der US-Delegation gesagt worden war, es sei «*selbstverständlich alles verteilt*» worden,³ wurde in der Folge gemeldet, dass noch 5,6 Tonnen bei der *Federal Reserve Bank* in New York und bei der *Bank of England* in London liegen. Noch viel erstaunlicher mutet an, dass ein Teil des damals gefundenen und gesammelten Goldes an Italien und Österreich ausgehändigt wurde, also an die damaligen Waffenbrüder des Dritten Reichs. Mit anderen Worten hat Österreich trotz seinem begeisterten Anschluss an Nazideutschland, trotz seiner Kooperation mit Hitlerdeutschland – von der Judenverfolgung bis zur Errichtung des Konzentrationslagers Mauthausen – keine Wiedergutmachung bezahlen müssen, sondern es erhielt im Gegenteil 34 Tonnen Gold ausbezahlt. Ebenso wenig wurde Italien zur Kasse gebeten, sondern erhielt nach dem Krieg Gold ausgehändigt, trotz seiner traurigen Rolle unter Mussolini. Die Schweiz hingegen soll heute nach 1946 ein zweites Mal

¹ Diese Kommission hatte zur Aufgabe, die von Deutschland geraubten Vermögenswerte zu sammeln und zu verteilen.

² Formal bezahlte die Schweiz diese 250 Millionen (1947) als Wiederaufbauhilfe, faktisch handelte es sich um eine Rückgabe von Raubgold, um den Diskussionen um eine allfällige Rückzahlungspflicht ein Ende zu setzen (vgl. im übrigen zum Washingtoner-Abkommen Chronologie 1).

³ Der seinerzeitige stellvertretende Chef der US-Delegation von 1946, Seymour Rubin, hatte gegenüber dem SF DRS-Korrespondenten Hanspeter Stalder versichert, das Gold sei damals «*selbstverständlich alles verteilt*» worden. Der US-Beamte James Deslar erklärte dann (ebenfalls gegenüber Hanspeter Stalder), man habe dieses Gold «*für Eventualitäten und Verwaltungskosten zurückbehalten*». Staatssekretär Stuart Eizenstat beschrieb im Vorwort des *Eizenstat-I-Berichts*, es handle sich um lediglich 70 Millionen Dollar.

für Fehlverhalten während des Zweiten Weltkriegs Zahlungen leisten? Schon das ist absurd.

Noch unhaltbarer ist jedoch, dass von der Schweiz nach mehr als 50 Jahren nun plötzlich dort Zahlungen gefordert wurden, wo nicht einmal Deutschland je zur Kasse gebeten worden war. Wie bereits betont, wurde auf Grund der weltpolitischen Interessen nach dem Krieg auf Reparationszahlungen Deutschlands verzichtet wurde. Das bedeutet, dass auch die beiden Länder Belgien und Holland, deren Gold schliesslich den Weg in die Schweiz fand, von Deutschland nach dem Krieg für das Gold nicht entschädigt wurden.

Wer Bilder des zerbombten Rotterdam gesehen hat, kann sich eine Vorstellung davon machen, was hinter dem harmlos tönenden Ausdruck «Raubgold aus Holland und Belgien» steht. Nach den Moralvorstellungen der heutigen Kritiker muss aber offenbar nicht derjenige Gold zurückgeben, dem es via Zerstörung, Mord und Totschlag in die Hände gefallen ist. Vielmehr soll derjenige bezahlen, der damals durch eine hoffnungslose Zwangslage zum Handel mit Nazideutschland gezwungen war. Diese Umkehrung der Wertvorstellungen ist skandalös.

Zu erwähnen bleibt, dass noch vor dem Krieg der Bundesrat die Ausfuhr von Waffen und Munition verbieten wollte. Ausgerechnet Frankreich und England stimmten ihn aber um, weil sie aus der Schweiz Kriegsmaterial beziehen wollten. Und damit blieb, Ironie der Geschichte, auch der Waffenexport nach Deutschland möglich. Zudem wurde die Schweizer Zwangslage durch die Goldblockade in den USA mitverursacht (vgl. die folgende Seite).

b2) Weitere Zahlungen kommen nicht in Frage

Im Detail gibt es eine ganze Reihe von Gründen, die zeigen, dass es nicht in Frage kommen kann, das 1946 vereinbarte Washingtoner Abkommen neu zur Diskussion zu stellen und heute noch einmal Zahlungen zu leisten.

Handel in hoffnungsloser Zwangslage

Unser Land war zwischen Juni 1940 und September 1944 von den Achsenmächten eingekesselt. Ohne Import der lebenswichtigen Güter wie Kohle, Metalle, Treib-

stoffe, Saatgut, Düngemittel und Lebensmittel wäre es eine Frage der Zeit gewesen, bis die Schweiz nicht mehr lebensfähig gewesen und Hitler in die Hände gefallen wäre.¹ Schon nur eine Kohlensperre hätte der Schweiz selbstverständlich den Todesstoss versetzt.

Heute ist wohl kaum mehr vorstellbar, was es bedeutet, wenn das eigene Land von einem Tag auf den andern von Lebensmitteln und Rohstoffen abgeschnitten werden kann. War eine verantwortungsbewusste Regierung nicht verpflichtet, unbedingt dafür zu sorgen, dass im Kampf um das Überleben das damals einzig sichere Zahlungsmittel (nämlich Gold) in möglichst grosser Menge vorhanden war? Was haben sich denn die heutigen Kritiker gedacht? Sie können ja nicht im Ernst geglaubt haben, die Schweiz habe die lebensnotwendigen Güter von den Achsenmächten erhalten, «nur» weil unsere Väter an der Grenze standen.² Sie können auch nicht geglaubt haben, die Deutschen hätten uns ohne Gegenleistung ausgerechnet diejenigen Dinge geliefert, die sie für Rüstungsindustrie und Kriegsführung selbst dringend benötigten. Dass unsere Behörden – inklusive der Spitze der Nationalbank – gezwungen waren, Kompromisse einzugehen, die ohne politische Zwangslage nie gemacht worden wären, ist selbstverständlich.

Finanzielle Zwangslage ausgerechnet durch die USA mit verursacht

Zu berücksichtigen ist, dass die damalige Zwangslage der Schweiz ausgerechnet durch die USA mit verursacht worden war. Angesichts der damaligen Bedrohung waren grosse Geldmittel von der Schweiz in die USA transferiert worden. Am 14. Juni 1941 wurde das in den USA gelegene schweizerische Vermögen in der Grössenordnung von 6,3 Milliarden Franken von der amerikanischen Regierung handstreichartig und ohne völkerrechtliche

¹ Ein «währungstechnisches» Element kam dazu: Wenn es den Verantwortlichen nicht gelungen wäre, im Inland stabile WährungsVerhältnisse zu schaffen, hätten die zwangsläufig entstehenden sozialen Spannungen mit Sicherheit den Wehrwillen untergraben.

² Es kann denn auch kaum erstaunen, wenn Emil Puhl, der damalige Chef der Reichsbank, während des Krieges sagte: «Dass die Schweiz keine Tauschrestriktionen einführt, ist auch aus politischer Sicht wichtig, denn es trägt bei, die Schweiz frei zu lassen.» (Bericht des Ökonomen Jacobsson, damaliger Mitarbeiter der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich.)

Grundlage «als Vermögensschutz» blockiert.¹ Wie gross diese Summe war, lässt sich daran messen, dass 6,3 Milliarden Franken weit mehr waren, als Nazideutschland in allen Ländern zusammen an Raubgold erobert hatte («nur» rund 565 Millionen Dollar). Der blockierte Betrag war zugleich fast das Dreifache der damals noch vorhandenen schweizerischen Reserven. Zur Zeit der grössten deutschen Bedrohung besass die Schweiz Goldbestände von nicht einmal mehr 150 Millionen Dollar.⁸⁶

Diese Blockierung durch die USA entsprang der an und für sich verständlichen Absicht, zu verhindern, dass bei einer Eroberung der Schweiz das Gold in die Hände der Deutschen falle. Für die umzingelte Schweiz war diese Blockierung jedoch ein schwerer Schlag, indem sie in eine noch erpressbarere Situation geriet und noch extremer von der Gunst Nazideutschlands abhing. Es blieb gar nichts anderes übrig, als Gold von den Deutschen entgegenzunehmen.² Der Lausanner Universitätsprofessor Jean-Christian Lambelet meinte dazu pointiert, «*die Amerikaner haben die Nationalbank in die Arme der Reichsbank getrieben*».⁸⁷ Der Schweiz nützte es auch nichts, von den Alliierten massiv Gold zu kaufen, solange blockiertes Gold nicht in die Schweiz transferiert werden konnte.³

Wenn heute ausgerechnet der amerikanische Staatssekretär Eizenstat das Argument auftritt, nach der Niederlage Deutschlands in Stalingrad (1943) habe für die Schweiz keine Gefahr mehr bestanden, folglich hätte sie den Handel mit Deutschland einstellen müssen, so muss er sich in aller Schärfe die Frage stellen lassen, weshalb denn nicht ab 1943 die in den USA blockierten schweizerischen Vermögenswerte freigegeben worden sind.

¹ Gestützt auf den *Trading with the Enemy Act* von der Präsident der Vereinigten Staaten am 14. Juni 1941 die Guthaben der kontinentaleuropäischen Staaten und ihrer Staatsangehörigen ein. Die Guthaben konnten erst in den Jahren 1947/48 nach einem langwierigen Zertifizierungsverfahren wieder frei gemacht werden. Rund zehn Prozent, also rund 400 Millionen Franken, konnten nicht mehr als schweizerisch zertifiziert werden und wurden von den USA beschlagnahmt.

² Nur am Rande sei erwähnt, dass sogar eine gesetzliche Pflicht bestand, irgendwo Gold zu kaufen, da für die Schweizerische Nationalbank eine Mindestdeckung von 40 Prozent vorgeschrieben war.

³ Unser Land kaufte während des Krieges von den Alliierten Gold im Wert von 1,8 Milliarden Franken, mehr als von den Achsenmächten, ohne es aber in die Schweiz transportieren zu können. Von den Achsenmächten bezog die Schweiz im gleichen Zeitraum Gold im Wert von 1,5 Milliarden Franken, davon rund 1,2 Milliarden von Deutschland.

Geschichtliche Argumente zugunsten der Schweiz

Wie gesagt stammte das weitaus meiste Raubgold aus Belgien (226 Millionen Dollar) und aus Holland (137 Millionen Dollar).

Belgien hatte im November 1939 sein Gold Frankreich anvertraut.⁸⁸ Durch Frankreich wurde es in Afrika «in Sicherheit» gebracht. Nachdem Frankreich geschlagen war und sich gegenüber Deutschland verpflichtet hatte, die Besetzungskosten und die Ausgaben für französische Kriegsgefangene zu tragen, bezahlte es mit dem belgischen Gold. Dieses wurde von den Franzosen aus Dakkar (Senegal) nach Berlin transportiert. Dabei wählte Frankreich sogar den komplizierten Landweg, teilweise auf Kamelrücken, um zu verhindern, dass das Gold bei einem Seetransport eventuell den Alliierten in die Hände fallen könnte. Das belgische Gold fand also via offizielle Zahlung Frankreichs den Weg nach Berlin, nicht via direkten, deutschen Raub in Belgien. Dieser Sachverhalt war bereits 1943 allgemein bekannt, auch der Schweizerischen Nationalbank. Es kommt dazu, dass Belgien das Gold nach dem Krieg in vollem Umfang von Frankreich zurückerhielt und somit betreffend des Goldes gar nicht geschädigt blieb. Frankreich erhielt seinerseits zwei Drittel davon von den Alliierten aus dem rekuperierten Gold zurückerstattet. Im Übrigen verzichtete Frankreich gegenüber den Deutschen wie erwähnt auf Rückerstattungen.

Etwas anders liegen die Dinge im Fall von Holland. Aber auch hier ist bemerkenswert, dass der alteingesessene (seit 1931) Präsident *der Nederlandschen Bank* (Hollands Zentralbank), Leonardus Trip, der nach der Besetzung Deutschlands im Amt blieb, das holländische Gold gegen Reichsmark freiwillig nach Berlin verkaufte. Nach seiner Entlassung 1941 blieb Trip im Verwaltungsrat der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) in Basel. Dort hätte er Gelegenheit gehabt, die Schweizer zu warnen oder zu protestieren, Holland sei Gold gestohlen worden. Er hat es offensichtlich nie getan. Nach dem Krieg wurde Leonardus Trip von der holländischen Regierung zusammen mit dem alten Zentralbankdirektorium in allen Ehren wieder in sein Amt eingesetzt. Holland hat sich bei dieser Sachlage 1945/46 vor dem Washingtoner Abkommen denn auch gar nicht mit Ansprüchen gemeldet. Auch wenn später in dieser Frage noch zweimal Kontakt mit den Schweizern aufgenommen wurde, verzichtete Holland in der Folge auf eine weitere Ver-

folgung allfälliger Ansprüche, wissend, dass eine Prüfung der Ansprüche nur wieder Diskussionen betreffend eine unangemessene Kooperation Hollands mit Nazi-Deutschland¹ ausgelöst hätte.⁸⁹

Bereits dieser kurz geschilderte geschichtliche Ablauf zeigt, dass es unzulässig ist, einfach von Hehlerei der Schweiz zu sprechen, und dass den damaligen Schweizer Verantwortlichen nicht einfach vorgeworfen werden kann, sie hätten geraubtes Gold entgegengenommen. Dies selbst dann nicht, wenn sie die Herkunft des Goldes erahnten oder sogar kannten.

Juristische Argumente kommen dazu

Aber auch die rein juristischen Argumente sprechen zu Gunsten der Schweiz. Da das vorliegende Buch keine juristische Abhandlung sein soll, sei nur ein Punkt kurz angesprochen.²

Nach dem damaligen Völkerrecht/Kriegsrecht (der Haager Landkriegsordnung, § 52) war einer Siegermacht erlaubt, über das Eigentum eines besiegten Staates zu verfügen. Juristisch betrachtet bedeutete dies, dass das holländische Nationalbankgold nach den damaligen Vorstellungen so oder so als Kriegsbeute legal in deutsches Eigentum übergegangen war.³ Folglich war die Übernahme des Goldes durch die Schweiz im damaligen Rechtsverständnis selbst dann legal, wenn die Nationalbankspitze sämtliche Hintergründe gekannt hätte. Die Übernahme wäre sogar legal gewesen, wenn keine «freiwilligen» Zahlungen vorgelegen hätten, selbst, wenn al-

¹ Problematisch für Holland ist vor allem die Tatsache, dass 35 der insgesamt 145 Tonnen Gold, welche an Nazideutschland übergeben wurden, aus der eigenen Bevölkerung herausgepresst worden waren. Der Präsident der Niederländischen Bank, Leonardus Trip, hatte eine «Goldandienungspflicht» eingeführt, wonach Private ihren Goldbesitz zwangsweise gegen Papiergeld abtreten mussten, das sich in der Folge schnell entwertete. Dieses Vorgehen kam einer Ausplünderung der eigenen Bevölkerung zugunsten Nazideutschlands durch die holländische Nationalbank gleich.

² Wie schwierig die Grenze zwischen legal und illegal zu ziehen ist, zeigen Beispiele wie das folgende: Das Gold, welches die deutschen Devisenschutzkommandos bei Privaten erbeuteten, wurde oft nicht via Enteignung in deutsches Eigentum umgewandelt. Es wurde vielmehr den Eigentümern (oft zwangsweise) abgekauft, sogar zu Preisen, die zum Beispiel in Frankreich um ungefähr 15 Prozent über den Marktpreisen lagen. Das Problem lag «nur» darin, dass in einer Währung bezahlt wurde, für die es in der Folge immer weniger zu erwerben gab.

³ Somit ist der Ausdruck «Raub»-Gold bezüglich Nationalbankgold (monetärem Gold) juristisch gesehen eigentlich a priori falsch. «Raub» ist illegal, die Übernahme des Goldes von besiegten Staaten war aber gemäss Völkerrecht korrekt, also «legal».

so die Deutschen das Gold damals mit Waffengewalt direkt aus den überfallenen Ländern Belgien und Holland wegtransportiert hätten.

Solche Argumentationen werden zwar heute mit Hinweis auf eine angeblich allgemein gültige Moral beiseite gewischt. Wer das tut, darf jedoch nicht vergessen, wie gefährlich es ist, den Weg des ausdrücklich statuierten Rechts zu verlassen. Wer das tut, öffnet immer auch der Willkür Tür und Tor. Gerade für den Kleinstaat Schweiz bestand damals nur mit pedantischem Einhalten der internationalen Regeln überhaupt eine Chance, auf einigermassen verlässliche Art den lebensnotwendigen Handel mit den feindlichen Achsenmächten aufrecht erhalten zu können. Das mag in der heutigen Zeit, in der Recht und Rechtstreue für viele keinen hohen Stellenwert mehr haben, nur noch schwer zu verstehen sein. Damals hingegen war das Einhalten des Rechts überlebensnotwendig.

Grossmachtpolitik gab den Ausschlag

Die Vereinbarungen und Entscheidungen von 1946 waren ein bewusster Teil der damaligen Grossmachtpolitik. Umso weniger gibt es Grund, darauf zurückzukommen. Die Interessenlage der Grossmächte prägte die damalige Geschichte, auch in der Zeit nach dem Krieg. Wie erwähnt wurde nicht einmal Deutschland zu Reparationszahlungen verpflichtet. Im Falle von Portugal genügte es bereits, dass man der amerikanischen Luftwaffe Landrechte auf den Azoren sichern wollte, um gegenüber diesem Land «Rücksicht» walten zu lassen und auf die Rückerstattung des portugiesischen Raubgolds weitgehend zu verzichten.¹ Wieso hätte bei diesen weltweiten strategischen Überlegungen nach 1945 ausgerechnet unser Land noch mehr als die 250 Millionen Franken bezahlen müssen?

Die USA wussten besser Bescheid als die Schweiz

Von entscheidender Bedeutung ist schliesslich, dass das Washingtoner Abkommen in Kenntnis aller wesentlichen Tatsachen ausgehandelt wurde und dass es abge-

¹ Portugal musste nur fünf Millionen Dollar bezahlen, obwohl es grosse Goldmengen entgegengenommen hatte. Wo der Grund lag, fasste US-Staatssekretär Stuart Eizenstat in seinem Vorwort zum *Eizenstat-1-Bericht* folgendermassen zusammen: *«Im Falle Portugals gab man sich mit einer symbolischen Zahlung zufrieden, um Zugang zu der wichtigen Luftwaffenbasis auf den Azoren zu erhalten.»*

geschlossen wurde, um spätere Diskussionen ein für alle Mal aus der Welt zu schaffen. Die Schweiz konnte die Alliierten damals nicht hintergehen, wie dies heute verschiedentlich behauptet wird. Diese wussten nämlich damals viel besser über die Hintergründe des Raubgolds Bescheid als unser Land.

Am 7. April 1945 fanden Truppen des US-Generals George Patton in einem Salzbergwerk in Thüringen das versteckte Gold der Deutschen Reichsbank, dazu einen grossen Teil des «Zahn-, Toten- oder Opfergoldes» im Originalzustand.¹ Dabei fiel ihnen auch die Buchhaltung der Reichsbank in die Hände. Hauptbücher, Kontrollbücher und Goldbücher waren zusammen mit dem Gold aus Berlin in das aufgefundene Versteck in Thüringen evakuiert worden. Zusammen mit Überläufern wie dem Reichsbank-Chefkassier Albert Thoms wurde der Reichsbank-Goldverkehr analysiert. Bis zum Jahresende wussten die rund 150 Mitarbeiter der amerikanischen US Finance Division über die Goldtransaktionen im Detail Bescheid. Die gewonnenen Erkenntnisse wurden in den Washingtoner Verhandlungen den Schweizern vollständig vorenthalten.

Dazu kam, dass der amerikanische Geheimdienst OSS, der Vorgänger des CIA, die geheimen diplomatischen Depeschen der Schweiz dechiffrierte und somit auch über die Anweisungen aus Bern an die schweizerische Verhandlungsdelegation in Washington offenbar im Detail informiert war. Es soll sogar ein alliierter Spion in der Nähe von Bundesrat Max Petitpierre tätig gewesen sein.⁹⁰ Den Amerikanern war so insbesondere bekannt, inwiefern einzelne Schweizer wie Nationalbankpräsident Alfred Hirs Kenntnis über die Herkunft des Goldes aus anderen Staaten gehabt hatten.²

Allgemein ist zu sagen, dass die Amerikaner nach dem Krieg in jeder Beziehung am längeren Hebel sassen. Das wussten auch die Schweizer, wie aus dem Kom-

¹ In einem Bergwerk im thüringischen Merkers fanden die alliierten Truppen 250 Tonnen Gold, 400 Tonnen Kunstschatze und Kisten voll Schmuck, Goldfüllungen von Zähnen, Brillengläsern sowie Rahmen aus Gold und Silber. Allein das Gold hatte einen Wert von 238,5 Millionen Dollar, also nach damaligem Wechselkurs rund einer Milliarde Franken. General Patton liess sofort ein Inventar aufnehmen. Das Material wurde ins alliierte Hauptquartier in Frankfurt transportiert.

² Bei der moralischen Würdigung ist übrigens nicht zu vergessen, dass es sich bei der Nationalbank nicht um eine Geschäftsbank, sondern um eine Notenbank handelt. Die Direktoren der Nationalbank zogen als fix besoldete Angestellte keinen persönlichen Nutzen aus ihren Dispositionen. Gewinn machte die Nationalbank nur in geringem Ausmasse, wenn sie für fremde Nationalbanken tätig war (aus dem deutschen Raubgold nur rund 20 Millionen Franken).

mentar des Zeitzeugen und späteren Bundesrats Hans Schaffner hervorgeht: «Das Abkommen musste durch die Schweiz damals unter sehr ungünstigen Bedingungen ausgehandelt werden. Mehr als sechs Milliarden schweizerischer Goldguthaben waren in den USA blockiert. Zeitweise drohte die Gefahr, die USA könnten die Blockade in eine endgültige Beschlagnahmung umwandeln.»⁹¹ Da die Amerikaner damals umfassend Bescheid wussten und ihr Wissen den Schweizern vorenthielten, hätten – wenn schon – die Schweizer heute Veranlassung, sich zu beklagen, sie hätten ihre Unterschrift in Unkenntnis der wahren Umstände unter das Washingtoner Abkommen setzen müssen.

Zahlungen zugunsten Stalins oder der Achsenmächte?

Selbst wenn der Vorwurf berechtigt wäre, die Schweiz habe gegen Kriegsende zu lange Gold von Deutschland entgegengenommen, ist an zwei Punkte zu denken, die in den jüngsten Diskussionen kaum je erwähnt wurden:

Erstens war während des Krieges nicht bekannt, was nach einer Niederlage Deutschlands mit gefundenem Gold geschehen werde. So lange zum Beispiel zu befürchten war, dass Stalin einen Teil davon erhalte, war es für die Schweiz ratsam, deutsches Gold unabhängig von seiner Herkunft auf jeden Fall entgegenzunehmen. Stalin war einer der grössten Mörder der Geschichte, auch wenn er mithalf, die noch traurigere Figur Hitler zu besiegen.

Als nach dem Krieg klar wurde, dass Russland nichts von dem Gold erhalten werde,¹ gab es zweitens selbst bei den Nachkriegsverhandlungen noch Grund, das Gold im Zweifelsfall zu behalten. Die spätere Verteilung zeigt (vgl. Kapitel 7 b 1), dass in den Verhandlungen rund um das Washingtoner Abkommen zu befürchten war, dass Gold auch an die Regierungen von Ländern fließen werde, die mit Hitlerdeutschland kollaboriert hatten. Umso verständlicher war, wenn sich die Schweiz im Rahmen des Washingtoner Abkommens gegen eine Ablieferung von zu viel Gold zur Wehr setzte und stattdessen bevorzugte, nach dem Krieg in grosszügigen Aktionen der kriegsgeschädigten Bevölkerung im Ausland direkt zu helfen (vgl. Kapitel 12f).

¹ Russland wurde stattdessen faktisch grünes Licht gegeben, die Ostzone auszuplündern und Gebiete zu annektieren.

Dass sich die Schweiz nicht einfach unkooperativ verhielt, zeigt auch folgendes Detail: Die Schweizer Nationalbank händigte das zu ihr transferierte Gold Kroatiens dem wieder erstandenen Jugoslawien aus. Selbst die Alliierten hatten sich nicht immer so kulant verhalten. Der Tschechoslowakei erging es weniger gut als Jugoslawien. Nach der Besetzung durch die Nazis hatte England die in London eingelagerten tschechischen Goldreserven einfach der eingesetzten tschechischen Marionettenregierung und somit faktisch den Deutschen ausgeliefert. Für die Tschechoslowakei war das Gold somit definitiv verloren. Dass von offizieller englischer Seite Kritik an der Schweiz erhoben wurde, ist umso unverständlicher.

Nicht nur 250 Millionen, sondern 650 Millionen bezahlt

Als wichtiger Punkt kommt dazu, dass die Schweiz nach 1945 im Grunde genommen nicht nur 250 Millionen Franken bezahlt hat, sondern deren 650 Millionen. Die in den USA blockierten 6,3 Milliarden Franken konnten nur dann wieder herausgelöst («zertifiziert») werden, wenn der Nachweis gelang, dass Schweizer Gläubiger dahinterstanden. Andernfalls wurden diese Guthaben dem «Feindgut» zugeschlagen. Dann galt mit anderen Worten die Vermutung, dass hinter dem Schweizer Gläubiger (zum Beispiel einer Schweizer Bank) ein «Feind» (zum Beispiel ein deutscher Kontoinhaber) stand. So blieben schliesslich rund 400 Millionen Franken definitiv in den USA, weil sie nicht zertifiziert werden konnten. Im Ergebnis bedeutet dies, dass den USA respektive den Alliierten insgesamt 650 Millionen aus der Schweiz zufielen, die zum Verteilen zur Verfügung standen.

Zusammengefasst: Selbst, wenn einige Schweizer – zum Beispiel die damalige Spitze der Nationalbank – die Herkunft des Goldes erahnten oder sogar kannten,¹ so ist in Anbetracht der aufgeführten Argumente dieses «Verschulden» mit den im

¹ Diese Umstände waren bereits vor der Publikation des Bergier-Zwischenberichts bekannt. Das Dreierdirektorium der Nationalbank (die Generaldirektoren Ernst Weber, Paul Rossy, Fritz Schnorf [bis 1942] und Alfred Hirs [ab 1942]) musste ab 1941/1942 zumindest ahnen, dass das Gold nicht aus deutschen Vorkriegsbeständen stammen konnte. Am 5. Januar 1943 richteten die Alliierten eine erste Warnung an die neutralen Staaten, das von Deutschland angebotene Gold sei wahrscheinlich gestohlen. Im Februar 1944 folgte eine entsprechende Warnung an die Schweiz. Das alles war schon lange vor Beginn der Arbeiten der Bergier-Kommission bekannt (vgl. u.a. Michel Fior, *Das Gold der Reichsbank. Was wusste die Schweizerische Nationalbank?* 1997).

Rahmen des Washingtoner Abkommens bezahlten 250 Millionen Franken, die damals vollen 8 Prozent des schweizerischen Staatsbudgets entsprachen, längst abgegolten. Es besteht also kein Grund, irgendetwas «nachzuverhandeln» oder «nachzubezahlen». Sogar der damalige amerikanische Chefunterhändler Seymour Rubin attestiert der Schweiz eine faire Verhandlungsweise. Besonders interessant ist, dass auch er eine gewisse Fragwürdigkeit der damaligen Forderungen zugibt, weil die Alliierten damals *«Recht anwendeten, das wir angesichts der Einmaligkeit der Lage damals laufend formulierten».*⁹²

b3) Das «Zahn-, Opfer- oder Totengold»

Nach dem Krieg musste die schockierte Weltöffentlichkeit zur Kenntnis nehmen, auf welche Art die Konzentrationslagerinsassen umgebracht und wie ihnen die Wertsachen geraubt worden waren. Besondere Emotionen weckte die Tatsache, dass den in den Gaskammern Ermordeten auch noch pietätlos das Gold aus den Zähnen gebrochen wurde. Das den Opfern abgenommene Gold wird heute Zahn-, Opfer- oder Totengold genannt.

Das Thema «Raubgold» ist vor allem in den USA zum zentralen Angriffspunkt gegen die Schweiz hochgespielt worden, weil Leute wie Edgar Bronfman wider besseres Wissen die beiden Themen «Raubgold von Zentralbanken» einerseits und «Zahn-, Opfer- oder Totengold» andererseits bewusst vermischen. Bronfman sprach davon, dass unser Land *«heimlich Goldbarren annahm, welche aus Eheringen und Zahnfüllungen der Opfer von Todeslagern gegossen wurden».*¹ Die zitierten Leserbriefe (vgl. Kapitel 2) zeigen, dass zumindest ein Teil der amerikanischen Öffentlichkeit auf Grund solcher Äusserungen davon ausgeht, die Schweiz habe bewusst tonnenweise Zahngold entgegengenommen.

¹ Man beachte, wie subtil Edgar Bronfman im Spenden-Bettelbrief des Jüdischen Weltkongresses Ende 1997 formuliert: *«Im übrigen wollen wir Klarheit darüber, weshalb die Schweiz heimlich Milliarden von Gold annahm, darunter auch Goldbarren, welche aus Eheringen und Zahnfüllungen der Opfer von Todeslagern gegossen wurden.»* Der erste Teil des Satzes bezieht sich auf monetäres Nationalbankgold, dann hängt er den zweiten Teil an, um beim Leser den Eindruck zu erwecken, die Schweiz habe vorsätzlich Totengold entgegengenommen. Abgesehen davon spricht Bronfman auch hier wiederum von Milliarden, also von weit übertriebenen Beträgen, ohne dafür je Beweise vorlegen zu können.

Diese Vorwürfe sind deshalb besonders verwerflich, weil es überhaupt keine Indizien gibt, der Schweiz sei bekannt gewesen, dass solches Gold in unser Land floss. Sogar Staatssekretär Eizenstat attestierte unserem Land in seinem anklägerischen Vorwort zum *Eizenstat-I-Bericht*, nichts deute daraufhin, dass die Schweiz diesbezüglich Bescheid wusste.¹ Das Gleiche stellte die Bergier-Kommission fest, die in ihrem Gold-Zwischenbericht vom Mai 1998 zu Tage förderte, dass 119,5 Kilogramm Totengold im damaligen Wert von 581'899 Franken unerkannt und unidentifiziert in die Schweiz gelangten. Vorwürfe gegenüber der Schweiz sind unter diesen Umständen ungerechtfertigt, vor allem auch deshalb, weil die Schweiz im Gegensatz zu den Alliierten mit diesem Gold ausdrücklich nichts zu tun haben wollte (vgl. Kapitel 11c).

b4) Weshalb jüdische Organisationen?

Abgesehen von allen bisherigen Überlegungen stellt sich die Frage der Legitimation einer jüdischen Organisation, sich in die Diskussionen betreffend Raubgold überhaupt einzuschalten.

Das Washingtoner Abkommen wurde zwischen der Schweiz und den Alliierten geschlossen. Diese verteilten das gefundene und auch das von der Schweiz bezahlte Gold. Wer das Gefühl hat, er sei beim Verteilen des Goldes durch die Alliierten (respektive deren «Tripartite-Kommission») zu kurz gekommen, z.B. weil das Geld an Italien und Österreich verteilt wurde, soll sich an die damaligen Alliierten halten. Wenn man sich den geschichtlichen Ablauf vor Augen hält (vgl. Artikel 7 b2), wäre vielleicht noch denkbar, dass ein Land wie Holland, das nicht alles Gold zurückerhalten hat, heute noch Ansprüche geltend machen würde.² Aber was

¹ Eizenstat schreibt in seinem Vorwort, dass «*es keine Beweise dafür gibt, dass die Schweiz (...) wissentlich Totengold angenommen hat*». Allerdings formuliert auch er in unakzeptabler Weise, dass «*die Studie eindeutig beweist, dass mindestens ein kleiner Teil des Goldes, das in die Schweiz gelangte, (...) von einzelnen Zivilpersonen in den besetzten Ländern und von KZ-Opfern stammte*». Mit dieser Formulierung unterschiebt er der Schweiz verwerfliches Verhalten. Wo keine Kenntnis der Herkunft gegeben ist, kann jedoch auch nichts vorgeworfen werden.

² Vgl. Artikel *Niederländische Ansprüche auf Nazigold* in der *Neuen Zürcher Zeitung* vom 7. Februar 1997. Näherliegend wäre selbstverständlich, dass sich ein Land wie Holland – wenn schon – wie erwähnt an Deutschland halten würde.

eine Organisation wie der Jüdische Weltkongress bei der Frage von bestohlenen Nationalbanken mitzureden hat, bleibt schleierhaft. Nichtsdestotrotz traten Edgar Bronfman und seine Leute in den letzten zwei Jahren so auf, als hätte damals die Schweiz dem Jüdischen Weltkongress Gold gestohlen, das nun zurückgegeben werden müsse.

Höchstens im Bereich des Totengoldes wäre ein Auftreten einer jüdischen Organisation verständlich. Dabei ist aber an zwei Dinge zu denken: Erstens geht es beim Totengold um Summen, die im Vergleich zum gesamten Raubgold praktisch vernachlässigbar sind. Die unerkant in die Schweiz geflossene Menge von 119 kg ist gemäss heutigem Goldpreis rund 1,5 Millionen Franken wert, eine geradezu lächerlich kleine Summe verglichen mit den Forderungen, die von Bronfman und Konsorten gegenüber unserem Land immer wieder gestellt wurden. Zweitens stammte das Gold der Getöteten nicht nur von Juden. Schon nur deshalb wäre es nicht korrekt, gefundenes Totengold einfach einer jüdischen Organisation zukommen zu lassen.

Zusammenfassend kann mit den Worten des jüdischen Journalisten und Schriftstellers Tom Segev kurz und bündig gesagt werden: *«Das meiste von den Nazis auf Schweizer Banken deponierte Gold gehörte nicht den Juden, sondern den von den Deutschen besetzten Ländern.»*⁹³

c) Die Flüchtlingspolitik

Wenn es einen Bereich gibt, in dem der Schweiz rückblickend tragische Fehleinschätzungen unterlaufen sind, so ist es die damalige Flüchtlingspolitik. In diesem Bereich ging es nicht um Geld, sondern um Menschenleben.

Zwar wurden rund 300'000 Flüchtlinge aufgenommen und gerettet. Rund 30'000 wurden jedoch nach heutigen Darstellungen¹ an der Grenze zurückgewiesen, davon wahrscheinlich rund 18'000 Juden. Heute ist bekannt, dass ein Teil dieser zurückgewiesenen Menschen in Vernichtungslager gebracht wurde und dort umkam.

Aber auch im Bereich der Flüchtlingspolitik gibt es entlastende Argumente zugunsten der Schweiz, die als Antwort auf die Angriffe ins Feld geführt werden müssen, in erster Linie selbstverständlich das Argument, dass die Schweiz massiv Hilfe leistete, während die meisten Staaten keine oder praktisch keine Flüchtlinge aufnahmen.

c1) Selbstbezeichnungen sogar des Bundesrats

Anlässlich seiner Rede vom 8. Mai 1995 zum 50-jährigen Kriegsende entschuldigte sich der damalige Bundespräsident Kaspar Villiger für das Verhalten der Schweiz im Zweiten Weltkrieg.

Worte des Bedauerns waren in Ordnung, wenn damit gemeint war: «Wir entschuldigen uns. Wenn die ganzen Umstände bekannt gewesen wären, hätte die Schweiz natürlich anders gehandelt.» Die sogenannten «Entschuldigungen» aber, wie sie in den letzten Jahren von schweizerischen Persönlichkeiten im In- und Ausland vorgebracht wurden, gingen weit über das hinaus. Sie waren oft eigentliche Selbstbezeichnungen, bedauerlicherweise auch von hohen Behördemitgliedern.

¹ Die Zahl von 30'000 wurde 1997 vom Direktor des Schweizerischen Bundesarchivs, Professor Dr. Christoph Graf, genannt. Bis anhin war von rund 10'000 die Rede gewesen, da im *Ludwig-Bericht* von 9'751 zurückgewiesenen Flüchtlingen gesprochen wurde. Diese Zahl beinhaltet jedoch nur die namentlich registrierten Rückweisungen. Die Statistiken sind unvollständig, die Anzahl der jüdischen Zurückgewiesenen ist nicht zuletzt deshalb unklar, weil die Polizeiabteilung die Grenzorgane erst am 29. Dezember 1942 anwies, bei Rückweisungen auch die Konfession zu registrieren. Der demnächst zu erwartende Flüchtlingsbericht der Bergier-Kommission wird vielleicht vermehrte Klarheit bringen.

In seiner Rede vom 5. März 1997 erklärte Bundespräsident Arnold Koller im Nationalrat, in einem Zeitpunkt, als die Weltöffentlichkeit wegen der Nazigoldaffäre ihre Augen auf die Schweiz gerichtet hatte: *«Wir kommen nicht umhin festzuhalten, dass Menschen, die in äusserster Notlage an unseren Grenzen standen, kleinmütig in den sicheren Tod geschickt wurden.»*⁹⁴ Noch klarer hatte sich Bundesrätin Ruth Dreifuss bereits zwei Jahre zuvor ausgedrückt: *«Der damalige Bundesrat wusste, dass die Juden ausgerottet wurden.»*⁹⁵ Im Mai 1997 erklärte sie in einer Rede in Basel: *«Bundespräsident Kaspar Villiger hat zugegeben, dass unser Land von den Nazis verlangt hatte, die Reisepässe der Juden zu kennzeichnen, womit es die schreckliche Logik des gelben Sterns verfolgte (also des Judensterns, den Juden in Nazideutschland tragen mussten). Die Schweiz hat so zahlreiche jüdische Flüchtlinge zurückgewiesen und sie der Vernichtung überlassen.»*⁹⁶ In der Tat hatte der damalige Bundespräsident Kaspar Villiger anlässlich seiner Rede vom 7. Mai 1995 gesagt: *«Mit der Einführung des Judenstempels kam Deutschland einem Anliegen der Schweiz entgegen.»* Besonders verheerend war, dass Äusserungen dieser Art auch durch die offizielle Schweizer Botschaft in den USA verbreitet wurden (vgl. Kapitel 11b und c). Sie sind sachlich nicht haltbar, sie kommen einer Zumutung gegenüber den damaligen Verantwortlichen gleich und sie fügen unserem Land enormen Schaden zu.

c2) Der J-Stempel – 45 Jahre falsche Anschuldigungen

Seit mehr als vier Jahrzehnten wird der Schweiz immer wieder fälschlicherweise vorgehalten, sie sei verantwortlich dafür, dass Nazideutschland die Pässe der deutschen Juden mit einem J-Stempel markiert hatte. Die Schweiz habe also zur Identifizierung, zur Ausgrenzung und damit zur Vernichtung der Juden einen wichtigen Beitrag geleistet. Typischerweise waren es nicht die Deutschen, welche die Einführung des J-Stempels der Schweiz anlasteten, auch wenn sie ein offensichtliches Interesse daran gehabt hätten, ihre Rassendiskriminierungen auf andere abzuwälzen. Vielmehr handelt es sich auch hier um eine schweizerische Selbstbezeichnung, die allerdings 45 Jahre zurückliegt. Die Vorwürfe tauchten erst in einem Artikel des *Schweizerischen Beobachters* vom 31. März 1954 auf, wo unter dem Titel *«Eine unglaubliche Affäre»* der Schweiz massive Vorwürfe gemacht wurden.

Unter anderem wurde gegen den damaligen Direktor der eidgenössischen Polizeibehörde, Heinrich Rothmund, in einem sperrgedruckten Satz der schwere Vorwurf erhoben: *«Dem Schweizer Rothmund kommt das schreckliche Verdienst zu, den Nationalsozialisten den Weg zur amtlichen Kennzeichnung der Juden gebahnt zu haben.»*

Selbstbezeichnungen haben eine grosse Wirkung, weil sie von niemandem mehr in Frage gestellt werden. So gehen seit vier Jahrzehnten breite Kreise in aller Selbstverständlichkeit davon aus, dass der J-Stempel von Heinrich Rothmund respektive der Schweiz erfunden worden sei. Im Zuge der jüngsten Angriffe gegen die Schweiz wurde dieser alte Vorwurf denn auch von zahlreichen Kritikern wieder aufgewärmt, im In- und Ausland, von Unterstaatssekretär Stuart Eizenstat, die Schweiz habe *«die Nazis von der Notwendigkeit des J-Stempels in jüdischen Pässen überzeugt»*⁹⁷, bis hin zu Adolf Muschg: *«Herr Heinrich Rothmund, des Justiz- und Polizeidepartements ehrbarer Schreibtischtäter in den Diensten Bundesrats von Steigers, war bekanntlich der Erfinder des J-Stempels.»*⁹⁸

Der damalige *Beobachter*-Artikel hatte schon 1954 grossen Staub aufgewirbelt. Im Parlament reichte Nationalrat Hans Oprecht eine Interpellation ein. Die Beantwortung durch Bundesrat Markus Feldmann lautete im Ergebnis, dass *«die besondere Kennzeichnung der Judenpässe durch das nationalsozialistische Deutsche Reich nicht auf eine Anregung des Chefs der eidgenössischen Polizeibehörde, Dr. Rothmund, sondern auf einen deutschen (...) Vorschlag zurückzuführen»* sei.¹ Auf Grund des erhobenen Vorwurfs wurde zudem Professor Carl Ludwig beauftragt, einen Bericht über die Flüchtlingspolitik zu verfassen. Entsprechend gründlich untersuchte dieser die Problematik des J-Stempels. Wie Bundesrat Feldmann kam er zum Resultat, dass die Anschuldigung des *Schweizerischen Beobachters* im entscheidenden Punkt nicht korrekt war: Der Vorschlag sei in der Tat vom deutschen Auswärtigen Amt in Berlin der schweizerischen Gesandtschaft vorgeschlagen worden. Rothmund habe den Vorschlag sogar abgelehnt.⁹⁹ Letzteres stimmt überein mit der Erkenntnis, zu welcher 1994 der Historiker Jacques Picard, heutiges Mit-

¹ Auszug aus dem stenografischen Protokoll der Nationalratssitzung vom 16. Juni 1954, S. 380. Bundesrat Feldmann unterstrich dabei, dass auf Grund des deutschen Erlasses vom 17. August 1938 ab 1. Januar 1939 alle Juden durch ihre Vornamen Israel oder Sara ohnehin erkenntlich waren, womit er sagen wollte, dass es sich habe vertreten lassen, auf den deutschen Vorschlag einzugehen, die Juden mit gekennzeichneten Pässen der Visumpflicht zu unterstellen.

glied der Bergier-Kommission, gelangte: «*Rothmund sperrte sich daher entschieden gegen die besondere Kennzeichnung (der Reisepässe deutscher Juden mit dem J-Stempel).*»¹⁰⁰

Sogar der damalige Verfasser des *Beobachter*-Artikels, der heute in Basel lebende Peter Rippmann, räumte im Sommer 1998 ein, es sei «*tatsächlich eine Beobachter-Panne einzugestehen: Die Rollen des deutschen Gesandten Köcher und Rothmunds sind fatalerweise vertauscht worden.*»¹⁰¹ Das bedeutet im Klartext, dass Rippmann aus der Frage des deutschen Gesandten Köcher einen angeblichen Vorschlag des Schweizer Rothmund machte. In der Tat war dieser irrtümliche Rollentausch für die Schweiz fatal. Der daraus entstandene Mythos schadete der Schweiz enorm, weltweit und noch heute. Dank Max Keller (Fussnote, Seite 217) sah sich im September 1998 endlich auch der *Beobachter* selbst veranlasst, seinen Vorwurf mit einem an Klarheit nicht zu überbietenden Satz zu korrigieren: «*Damit ist klar; beim Judenstempel handelt es sich um einen deutschen Vorstoss.*»¹⁰²

c3) Ankläger statt Verteidiger

Ein amerikanischer Journalist stellte kopfschüttelnd fest, dass Schweizer Persönlichkeiten, welche die Schweiz verteidigen müssten, stattdessen gegen das eigene Land Stellung nehmen: «*Die Leute, die als Verteidigungsanwälte für die Schweiz auftreten sollten, amtieren stattdessen als Ankläger.*»¹⁰³ Gerade die Vorwürfe im Zusammenhang mit dem J-Stempel belegen, dass diese Aussage etwas Wahres an sich hat.

Nach dem Anschluss Österreichs an das Deutsche Reich im März 1938 setzte in Österreich eine Judenverfolgung ein, die alles Bisherige in den Schatten stellte. Immer mehr Flüchtlinge erschienen an der Schweizer Grenze. Die Österreicher wurden deshalb der Visumpflicht unterstellt. Als sie im Sommer 1938 reichsdeutsche Pässe erhielten, reichte diese Massnahme nicht mehr aus. Nazideutschland verfolgte damals noch «*die perfide Taktik, die Juden auszuplündern und sie mittellos aus dem Land zu jagen*». ¹⁰⁴ Im Juli 1938 ergab die Flüchtlingskonferenz von Evian (vgl. Kapitel 7 c6), dass kaum ein anderes Land bereit war, Flüchtlinge aufzunehmen. Also war klar, dass alle Flüchtlinge, die aus Deutschland (respektive Österreich) über die Grenze kamen, langfristig in unserem Land bleiben würden.

Wollte die Schweiz vermeiden, hoffnungslos von Flüchtlingen überschwemmt zu werden, musste sie unterscheiden können, wer die Schweiz nur als Tourist besuchen wollte und wer einreisen wollte, um als Flüchtling hier zu bleiben. Die Schweiz forderte deshalb von der deutschen Regierung die Einführung der Visumpflicht, mindestens für alle «Emigranten», also für die «Auswanderer». Darunter fielen neben den Juden auch andere Gruppierungen wie Regimegegner, Sozialisten, Gewerkschafter, bekennende Christen, Kommunisten, Zigeuner, Freimaurer und Homosexuelle, also alle Gruppen, die in der Ideologie der Nazis als Gegner oder als «Untermenschen» galten und die nicht mehr nach Deutschland zurückkehren konnten oder wollten.

Nachdem die deutsch-schweizerischen Verhandlungen kein Ergebnis gebracht hatten, kündigte die Schweiz am 31. August 1938 vorsorglich das Visumsabkommen mit Deutschland, was bedeutete, dass künftig alle Deutschen ein Visum für die Schweiz benötigen würden. Danach kam es zu Gesprächen zwischen dem deutschen Gesandten in der Schweiz, Minister Köcher, und dem Schweizer Polizeidirektor Rothmund (bezüglich des Gesprächs vom 2. September 1938 vertauschte der *Schweizerische Beobachter* irrtümlich die Rollen). Es war Köcher, der erklärte, Deutschland könne die Pässe seiner jüdischen Emigranten kennzeichnen, damit eine generelle Visumpflicht vermieden werden könne.

Die Schweiz hat unbestrittenerweise einen grossen Fehler begangen, diesen deutschen Vorschlag zu akzeptieren, statt auf einer Visumpflicht für alle Deutschen zu beharren. Man mag unserem Land entgegenhalten, seine legitime Forderung, alle Auswanderer (von der Schweiz aus gesehen die Einwanderer) erkennen zu können, sei faktisch auf eine Forderung nach Identifizierbarkeit und Kennzeichnung vor allem der Juden hinausgelaufen, weil damals der weitaus grösste Teil der Emigranten, die aus Deutschland auswandern wollten, jüdisch waren. Man könnte argumentieren, dass das Anliegen der Schweiz, alle Einwanderungswilligen kontrollieren zu können, die Diskussion ausgelöst hat, die zum Vorschlag und zur Einführung des J-Stempels durch die Deutschen führte. Aber wie kann eine Bundesrätin, welche die Interessen der Schweiz zu wahren hätte, bei der gegebenen Faktenlage (und ausgerechnet in einem Zeitpunkt, in welchem die Schweiz im Zentrum

scharfer, internationaler Kritik stand) allen Ernstes öffentlich erklären, mit der angeblichen Forderung der Kennzeichnung der Reisepässe der Juden habe *«unser Land die schreckliche Logik des gelben Sterns verfolgt und so jüdische Flüchtlinge der Vernichtung überlassen»* (vgl. oben Kapitel 7c 1)? Wie kann der Schweizer Botschafter in den USA in Anbetracht der Seiten 94 bis 130 des Ludwig-Berichts betreffend Heinrich Rothmund sagen, *«zudem war es ein hoher Schweizer Beamter, der den Deutschen vorschlug, den schrecklichen Judenstempel in die Reisepässe jüdischer Bürger zu stempeln»* (vgl. Kapitel 11c)?

Solche Sätze sind in der Tat falsche Anklagen gegen unser Land von Leuten, deren Aufgabe es wäre, als Verteidiger der Interessen unseres Landes aufzutreten. Wer der Schweiz wohlgesinnt ist, äussert sich anders. Wer sich für unser Land einsetzen will, wird in Diskussionen um den J-Stempel insbesondere darauf hinweisen, dass eine Forderung nach Identifizierbarkeit der deutschen Auswanderer damals verständlich, ja zur Vermeidung einer unkontrollierbaren Masseneinwanderung sogar unerlässlich war. Er wird unterstreichen, dass der deutschen Einführung dieses Stempels zu einem Zeitpunkt zugestimmt wurde, als (im Herbst 1938) systematische Judenvernichtungen noch kein Thema waren und selbst bestinformierte Leute keine Ahnung haben konnten, in welcher schrecklichen Richtung sich die Judenverfolgung im Dritten Reich entwickeln werde. Zugunsten der Schweiz könnte gar ins Feld geführt werden, dass sich der J-Stempel in Einzelfällen paradoxerweise und erfreulicherweise lebensrettend auswirkte, indem deren Inhaber von Schweizer Grenzbeamten später verschiedentlich privilegiert behandelt wurden.¹

¹ In einem Brief an Nationalrat François Loeb schrieb ein Zeitzeuge: *«Ich weiss von einem Zöllner, der den ‚J‘ immer oder meistens übersehen hat. (...) Die meisten tauchten unter. Diese sind nirgends registriert. Es war nicht schwer, jemanden schwarz über die Grenze zu bringen»*; in: *Pressedienst der FDP Schweiz* vom 5. Februar 1998. Vgl. auch den Leserbrief von Max Schlegel, Wädenswil, der damals miterlebte, wie sein für den Zoll verantwortlicher Vater sechs Personen illegal einreisen liess, weil dieser den J-Stempel erkannte: *«Mein Vater war ganz aufgeregt. Er sagte, ich solle mit diesen Leuten (...) verschwinden und in Schleithelm Billete über Winterthur nach Zug kaufen. (...) Er musste noch den Tagesbericht erstellen. Diese sechs jüdischen Flüchtlinge waren längst unterwegs Richtung Innerschweiz. Er hat sich dann zu folgendem Text durchgerungen: Sechs Flüchtlinge abgeschoben»*; in: *Leuchtturm in der Wüste*, Leserbriefsammlung von Paul Rothenhäusler, 1997. Vgl. schliesslich den Leserbrief von Rudolf Fischer, Flawil: *«Wer sich an der Grenze mit dem Judenstempel eindeutig jüdischen Glaubens ausweisen konnte, hatte zumindest grössere Chancen, die Grenze überschreiten zu können. Ich kann mich an diesbezügliche Diskussionen unter den Soldaten gut erinnern. Der heute so stark kritisierte Judenstempel hatte offenbar nicht durchwegs nachteilige Folgen»*; in: *Volksfreund* vom 24. Mai 1997.

Wer der Schweiz wohlgesinnt ist, müsste ferner darauf hinweisen, dass der Fehler der Schweiz, die deutsche Einführung des J-Stempels zu akzeptieren, klar deplatziert, aber zum Glück praktisch bedeutungslos war. Am 17. August 1938, also noch vor Einführung des J-Stempels, hatte Deutschland nämlich im Zuge seiner Rassen-gesetze verfügt, dass alle jüdischen Personen als zweiten Vornamen Sara oder Is-rael annehmen mussten.¹ Somit konnte schon bald jedermann anhand der im Pass eingetragenen Vornamen ohnehin feststellen, dass der Passinhaber nach der natio-nalsozialistischen Gesetzgebung als Jude galt.

Vor allem aber sollte jeder, der wirklich die Interessen der Schweiz vertreten will, die Tatsache hervorheben, dass die Schweiz trotz zeitweiliger Schliessung der Grenze zahlreiche jüdische Flüchtlinge aufnahm, wogegen praktisch die ganze Welt ihre Tore für Juden verschloss.

c4) In den sicheren Tod geschickt – eine ungeheuerliche Unterstellung

Heute weiss die Welt, dass während des Zweiten Weltkriegs Millionen von Men-schen, darunter rund sechs Millionen Juden, abseits der Kriegsschauplätze auf ab-scheuliche Weise zu Tode gequält, vergast, exekutiert wurden. Heute wissen wir, dass einige der Konzentrationslager als Vernichtungslager² mit systematischen Tö-tungsmaschinerien aufgebaut worden waren.

Wenn nun von einem Bundesrat gesagt wird, die Schweiz habe Flüchtlinge «klein-mütig in den sicheren Tod geschickt» (vgl. Kapitel 7c 1), so wird dies von der Welt-öffentlichkeit mit ihrem heutigen Sachwissen zwangsläufig so verstanden, dass die Schweiz Hilfe suchende Flüchtlinge bewusst sadistischen Henkern in den Vernich-tungslagern ausgeliefert habe. Eine solche Unterstellung gegenüber den damaligen Verantwortlichen ist nicht akzeptabel. Vielmehr ist davon auszugehen, dass die

¹ Mit diesem zweiten Vornamen mussten sich alle Juden im Rechts- und Geschäftsverkehr zu erkennen geben. Selbst in Telefonbüchern wurden so die Juden gekennzeichnet. Jeder Jude erhielt zudem eine besondere Kennkarte mit einem grossen roten J, die er tragen musste.

² Vernichtungslager waren von vornherein für die Massentötung bestimmt. Aus Geheimhaltungsgründen wur-den sie im besetzten Polen eingerichtet (Chelmno, Belzec, Sobibor, Treblinka, Auschwitz-Birkenau, Lublin-Majdanek).

Verantwortlichen damals meinten, die Zurückgewiesenen würden schlimmstenfalls in Ghettos oder Arbeitslagern landen, wo sie zwar zu sklavenartiger Arbeit gezwungen, nicht aber getötet würden. Zumindest hofften die Verantwortlichen, dass sich für die Abgewiesenen doch noch irgendwo eine Türe öffnen werde. Es ist ja auch unbestritten, dass zahlreiche von der Schweiz Abgewiesene überlebt haben, weil sie nicht in die Fänge der Verfolger gerieten oder die Gefangenschaft überlebten. Von einem «sicheren Tod» zu reden, ist in dieser verallgemeinernden Form somit ohnehin unzulässig.

Ein wichtiger Punkt liegt in der Unterscheidung zwischen «Konzentrationslager» und «Vernichtungslager». Allgemein war damals bekannt, dass es in Deutschland Konzentrationslager gab. Grosse Verbreitung hatte 1935 in der Schweiz das Buch *«Die Moorsoldaten»* gefunden, ein Bericht des in Deutschland inhaftierten Wolfgang Langhoff, dem es gelungen war, in die Schweiz zu fliehen. Man las von der unmenschlichen Behandlung der dortigen Gefangenen, von erbarmungslosen Prügeleien für kleine Verstösse, von der praktisch nicht existenten ärztlichen Fürsorge und einer entsprechend hohen Sterbensrate durch Erschöpfung, Unterernährung und Seuchen. Aber das war trotz aller Brutalität etwas ganz anderes als die organisierte Ausrottung von Menschen in Vernichtungslagern. Wenn gesagt wird, die Schweizer hätten «von den Lagern gewusst», so ist das richtig, wenn man Konzentrationslager im vor dem Krieg bekannten Sinne meint. Es ist aber falsch, wenn man die Vernichtungslager meint. All meine persönlichen Erfahrungen sprechen dafür, dass in unserem Land die systematische Verfolgung und Ausrottung der Juden in Vernichtungslagern damals nicht bekannt war.

* Ich denke an ein Fernsehinterview mit einem welschen Grenzbeamten, der händeringend beteuerte, er hätte nie und nimmer Flüchtlinge zurückgewiesen, wenn er nur im Entferntesten geahnt hätte, dass diese Menschen via französische Kollaborateure in Auschwitz landen würden, wo sie ein schreckliches Vernichtungs-

¹ Es mag sein, dass es in der Schweiz einzelne Personen oder Stellen gab, die Informationen zugespielt erhalten hatten. Es ist aber unzulässig, daraus zu schliessen, z.B. ein Bundesrat oder ein Grenzzoffizier habe von Vernichtungslagern Kenntnis gehabt.

schicksal erwartete; oder ich denke an die Aussagen von Soldaten bis hin zu hohen Offizieren, die damals an der Grenze standen und noch heute beteuern, keine Ahnung von Vernichtungslagern gehabt zu haben.¹⁰⁵

- Ich denke an Gespräche mit älteren jüdischen Personen, die damals in der Schweiz wohnten und vor dem 8. Mai 1945 (Kriegsende) nicht wussten, dass die Juden in Deutschland systematisch vernichtet wurden, nicht einmal durch Nachrichten ihrer Familienmitglieder in Deutschland, die ebenfalls den Tod fanden.¹
- Ich denke an ein Fernsehinterview mit dem bekannten jüdisch-deutschen Fernsehquizmaster Hans Rosenthal,¹⁰⁶ woraus hervorging, dass tatsächlich zumindest teilweise nicht einmal die Juden in Deutschland die Tragödie erkannten. Rosenthal schilderte in beeindruckender Art und Weise, wie er zwar miterlebte, dass seine Schulkollegen und später seine Arbeitskollegen deportiert wurden, dass er aber bis zum Kriegsende nicht ahnte, dass diese getötet worden waren. Überall wurde von «umsiedeln» statt umbringen gesprochen.
- Ich denke an den Kommentar eines damals 16-Jährigen, der seine Eltern am 26. Juni 1942 auf dem Sammelplatz im Ghetto zum letzten Mal gesehen hatte und offen eingestand: «Ich hatte damals keine Ahnung, was auf uns zukommen würde.»¹⁰⁷ Seine Eltern verschwanden für immer, sie wurden an einem unbekanntem Ort umgebracht.
- Ich denke an meine Gespräche mit alt Botschafter Max König, der ab 1. Mai 1939 als junger Mitarbeiter in Berlin in der Schweizer Gesandtschaft tätig war und bis wenige Wochen vor der Kapitulation am 8. Mai 1945 dort ausharrte. Er schilderte in überzeugender Weise, wie ausländische Botschafter und Vertreter des Internationalen Roten Kreuzes von den Deutschen sogar nach Auschwitz geführt wurden und in der Überzeugung heimkehrten, ein «normales» Arbeitslager gesehen zu haben.

¹ Ich denke unter anderem an mein Gespräch mit Josef Wyler, Wettingen (vgl. auch dessen Interview im *Badener Tagblatt* vom 8. Mai 1995). Josef Wylers Mutter war durch Heirat in die Schweiz gezogen. Ihre Verwandten lebten bei München und wurden während des Krieges ermordet. Noch 1942 erhielten die Wylers in der Schweiz eine Postkarte aus München mit beruhigendem Inhalt. Erst nach dem Krieg realisierte Josef Wyler, dass die Juden in Deutschland systematisch verfolgt und umgebracht worden waren.

Somit hätten sogar Botschaftsangestellte in Berlin die Gerüchte von Vernichtungslagern für erfunden gehalten.

- Ich denke vor allem an die Tatsache, dass selbst die renommierten und ideologisch über alle Zweifel erhabenen Geschichtswissenschaftler Edgar Bonjour und Jean-Rodolphe von Salis erklärten, dass sie erst Anfang 1945 vom Holocaust erfuhr. Zusammen mit seinen Kollegen hatte Bonjour entsprechende frühere Meldungen «für die Lüge eines irren Fanatikers» gehalten.¹
- Ich denke an die Worte des berühmtesten Holocaustforschers, Raul Hilberg,² der am 12. Mai 1997 anlässlich seines Besuchs in der Schweiz im überfüllten Auditorium der ETH Zürich in ergreifender Art und Weise darauf hinwies, wie problematisch es ist, zwischen Gehörhaben, Glauben und Wissen zu unterscheiden.

Ist nicht gerade der letztgenannte Punkt entscheidend? Wird der Unterschied zwischen «davon gehört haben» und «tatsächlich wissen» nicht gerade am besten durch das Verhalten der deutschen Juden aufgezeigt? Der Schriftsteller Golo Mann hielt fest, dass sie die Gefahr in tragischer Fehleinschätzung der Lage zu wenig ernst nahmen, weil sie «gute Patrioten waren, die das ihnen drohende Unheil nicht glauben konnten»³ Klar ist, dass Horrormeldungen auch in die Schweiz drangen.

¹ Edgar Bonjour in einem Brief vom 20. September 1988: «Etwa im Februar 1945 fand ich in meinem Briefkasten den schlechten Durchschlag eines schwer lesbaren und nicht frankierten maschinengeschriebenen Briefes mit der Mitteilung, es existieren in Deutschland Gaskammern zur Vernichtung von missliebigen Personen. Ich besprach das mit meinen Kollegen. Wir hielten diese Meldungen übereinstimmend für die Lüge eines irren Fanatikers. Erst nach Schluss des Krieges erfuhr ich die schreckliche Wahrheit.» Jean-Rodolphe von Salis sagte auf Schloss Brunegg gemäss Protokoll vom 5. Juli 1988: «Die Öffentlichkeit hat vom Holocaust, der Massentötung von Juden in Gaskammern, bis zum April 1945 nichts erfahren. Erst im April 1945, mit der Besetzung der Konzentrationslager durch die vormarschierenden Alliierten, wurden die furchtbaren Verbrechen der Öffentlichkeit langsam bekannt.»

² Raul Hilberg (71) stammt aus einer jüdischen Wiener Kaufmannsfamilie und wanderte mit seinen Eltern 1939 über Kuba in die USA aus. Seine Glaubwürdigkeit ist nicht anzuzweifeln. Er gehörte 1945 zu den US-Soldaten, die das Konzentrationslager Dachau erreichten. Er erlebte mit, wie völlig unvorbereitet die Amerikaner reagierten, obwohl ihnen oft unterschoben wird, sie seien schon längst über die Greuelthaten der Deutschen informiert gewesen. Hilberg veröffentlichte 1961 in den USA das Standardwerk *Die Vernichtung der europäischen Juden*. Heute lehrt er Politologie an der Universität von Vermont.

³ Zitat der Aussage von Golo Mann im Artikel *Die Mitverantwortung der USA am Holocaust*; in: *Schweizer Zeit* vom 30. Mai 1997. Die Feststellung von Golo Mann entspricht meinen persönlichen Erfahrungen: Die später umgebrachten beiden Schwestern und der Bruder von Josef Wylers Mutter (vgl. Fussnote Seite 102) hatten noch kurz vor Kriegsbeginn abgelehnt, in die Schweiz zu kommen, weil sie sich in Deutschland nicht als gefährdet betrachteten.

Aber ist nicht verständlich, dass auch in der Schweiz solche Schreckensmeldungen ganz einfach nicht geglaubt wurden, weil sie das für einen humanen Menschen Glaubhafte überstiegen und es unglaublich schien, dass Deutschland als «Land der Dichter und Denker» zu einer solchen Vernichtungsaktion fähig war?

Nicht zu vergessen ist, dass die gezielte Verbreitung von Falschmeldungen schon immer zur Kriegsführung gehörte. Sogar heute ist es trotz hervorragender Kommunikationsmittel manchmal schwierig, zwischen Kriegspropaganda und Wahrheit zu unterscheiden. So erfuhr zum Beispiel die Welt während des jüngsten Jugoslawienkriegs, es gebe dort Konzentrationslager wie im Zweiten Weltkrieg. Später wurde dargelegt, dass ausgerechnet das «Symbolbild des Bosnienkriegs» mit abgemagerten Insassen eines jugoslawischen Konzentrationslagers eine Manipulation war.¹⁰⁸ In der kürzlichen Somaliakrise machte weltweit der Vorwurf die Runde, italienische Angehörige der Uno-Friedenstruppen hätten unbewaffnete Zivilisten ermordet. Der Kronzeuge, ein italienischer Soldat, gab später zu, er habe falsch ausgesagt, um Geld dafür zu bekommen.¹⁰⁹ Vor mehr als 50 Jahren war das Erkennen der Wahrheit ungleich schwieriger. Es ist heute schwer vorstellbar, was es bedeutete, dass es mit Deutschland keinen freien Telefonkontakt, keinen regulären Postdienst, keine normalen Reisemöglichkeiten und strikte Zeitungs- und Radiozensur gab.

c5) Auch jüdische Kreise kannten die Wahrheit nicht

Es wird immer wieder behauptet, die Alliierten hätten gewusst, was sich in Auschwitz abspielte. Trotzdem hätten sie es unterlassen, die Zufahrts- Eisenbahnlinien zu bombardieren. Dazu ist vorerst zu unterstreichen, dass – selbst wenn die Alliierten wirklich Bescheid gewusst hätten – dies noch lange nicht heisst, dass auch die Schweiz informiert war. Die Alliierten hätten ja wohl kaum die Schweiz informiert und wären gleichzeitig untätig geblieben.

Vieles spricht aber dafür, dass wohl auch die Alliierten nicht Bescheid wussten. Richtig ist zwar rückblickend, dass zahlreiche Meldungen über die Massenvernichtungen des Hitlerregimes ins Ausland drangen. Berühmt geworden sind die ver-

weifelten Meldungen von Jan Karski, von den beiden Auschwitz-Flüchtlingen Walter Rosenberg (alias Rudolf Vrba) und Alfred Wetzler, sowie von Eduard Schulte.¹ Aber ist es wirklich erstaunlich, dass Karski in England von höchster Stelle zu hören bekam, es sei aus dem Ersten Weltkrieg bekannt, dass bewusst falsche Tatsachen als Kriegspropaganda verbreitet worden waren? Kann es erstaunen, dass US-Präsident Franklin D. Roosevelt nicht reagierte, obwohl er persönlich von Karski informiert worden war und obwohl höchste Berater von Roosevelt jüdisch waren? Ist nicht irgendwie verständlich, dass Karski auch in Washington wörtlich zu hören bekam: *«Ich bin unfähig zu glauben, was Sie mir erzählen.»*¹¹⁰

Am weitaus aussagekräftigsten ist jedoch der Umstand, dass sogar die jüdischen Kreise ausserhalb Nazideutschlands die nach aussen dringenden Meldungen nicht glauben konnten. Sie waren ohne Zweifel am besten informiert, denn die in ärgster Bedrängnis stehenden Juden informierten natürlich in erster Linie ihre Glaubensgenossen im Ausland.

Jüdisch unterstützte Schweizer Flüchtlingspolitik

Es muss an dieser Stelle in Erinnerung gerufen werden, dass die Flüchtlingspolitik der Schweiz damals den Rückhalt der jüdischen Organisationen in der Schweiz genoss. Exponenten jüdischer Organisationen arbeiteten eng mit dem damaligen Chef der eidgenössischen Polizeibehörde, Heinrich Rothmund, zusammen.¹¹¹ Nachdem die Flüchtlingskonferenz in Evian 1938 (vgl. Kapitel 7c6) jede Hoffnung auf eine geregelte Weiterwanderung von Flüchtlingen zerstört hatte, billigte der *Verband Schweizerischer Jüdischer Flüchtlingshilfen* die Politik unseres Landes,

¹ Als Kurier der polnischen Untergrundbewegung hatte Jan Karski 1942/43 den britischen und amerikanischen Regierungsstellen Meldungen über Stalins und Hitlers Verbrechen überbracht. Unter anderem hatte er sich Zugang zum Konzentrationslager Lublin verschaffen können. Ebenfalls ins Jahr 1942 fielen die Meldungen des Unternehmers Eduard Schulte, Generaldirektor einer Bergwerksgesellschaft in Breslau, dessen Mitteilung via verschiedene Personen an den jungen Anwalt Gerhart Riegner, Vertreter und späterer Generalsekretär des Jüdischen Weltkongresses in Genf, ging. Weitere beeindruckende – rückblickend leider zutreffende – Meldungen kamen von den beiden slowakischen Häftlingen Walter Rosenberg und Alfred Wetzler, die am 7. Mai 1944 aus Auschwitz-Birkenau hatten flüchten können. Deren Warnungen wurden von den ungarischen Judenräten zu wenig weiterverfolgt. Erst anderthalb Monate später (bereits waren innert sechs Wochen 437'000 Menschen aus Ungarn vergast worden) erhielt Gerhard Riegner in Genf den Bericht der Auschwitz-Flüchtlinge.

ausdrücklich sogar noch im März 1944.¹ *Die Schweizerischen Jüdischen Fürsorgen* forderten im August 1938 ihre Schwesterorganisation in Wien in einem Telegramm auf, «*unter allen Umständen jeden Versuch illegalen Grenzübertrittes*» zu verhindern.¹¹² Deren Präsident einigte sich mit Heinrich Rothmund, dass es wegen der jüdischen Emigranten «*keine andere Möglichkeit als Sperrung der Einreise*» gebe.¹¹³ Saly Mayer, als damaliger Präsident des Schweizerischen Israelitischen Gemeindebundes höchster Vertreter der Juden in der Schweiz, hatte sogar von einer «*untragbaren Emigrantenschwemme*» gesprochen.¹¹⁴ Bekannt geworden ist im Zusammenhang mit dem berühmten Fall des Polizeihauptmanns Paul Grüninger, der Flüchtlingen illegal Einlass gewährte, dass jüdische Persönlichkeiten bei dessen Verfolgung eine Rolle spielten.¹¹⁵ Der Leiter der *Israelitischen Flüchtlingshilfe St. Gallen* sprach von «*unerwünschten Elementen*» unter den Flüchtlingen und von einer Polizei, die «*eher zu entgekomend*» sei.¹¹⁶

Die Reaktion von internationalen jüdischen Persönlichkeiten

Ein noch deutlicheres Indiz, dass die Juden ebenso wenig wie die Schweizer Bescheid wussten, sind die Reaktionen von jüdischen Persönlichkeiten auf internationaler Ebene. Selbst in Palästina wurde Flüchtlingen die Einreise verweigert. Schlagzeilen machte der Untergang des zurückgewiesenen Flüchtlingsschiffs *Struma* in der Nähe von Istanbul mit über 750 Passagieren. Der israelische Journalist Tom Segev sah sich in diesem Zusammenhang zu folgendem Kommentar veranlasst: «*Wie vor dem Krieg beharrte die Jewish-Agency-Führung auf ihrem Recht, die Einwanderer nach den Bedürfnissen des Landes auszuwählen. Bei der illegalen Immigration (nach Palästina) hatte die Führung keine Kontrolle mehr darüber, wer ins Land kam. Das beklagte auch (der spätere israelische Ministerpräsident) Mosche Sharett¹¹⁷ in seinem Tagebuch. (...) Selbst auf dem Höhepunkt der Vernich-*

¹ Aus dem *Rechenschaftsbericht des Verbandes Schweizerischer Jüdischer Flüchtlingshilfen über die Betreuung der jüdischen Flüchtlinge ab 1933*, verfasst im März 1944: «*Wir verschliessen unsere Augen nicht vor den (...) Schwierigkeiten und Sorgen unserer Behörden. An ihrem guten Willen und ihrer Bereitschaft, nach Kräften zu helfen, besteht kein Zweifel, und wir dürfen zusammenfassend dankbar anerkennen, dass wir bei unseren Behörden in den meisten Fragen ein offenes Ohr und weitgehendes Verständnis für unsere Anliegen gefunden haben und dass wir, wenn wir diese zehn Jahre überblicken, allen Grund haben, dieses Positive stark zu unterstreichen.*»

tung der Juden beanstandete er noch, dass (die zuständigen Leute in Palästina) nicht genug darauf achteten, wünschenswertes Menschenmaterial ins Land zu bringen. Kurz nach Kriegsbeginn formulierte er (also Mosche Sharett) völlig unberührt von den Ereignissen sein Einwanderungsprinzip: *Bringt die Guten und lasst den Pöbel da.*»¹¹⁸ Man stelle sich einmal die heutige Kritik vor, wenn ein Schweizer Politiker damals von «wünschenswertem Menschenmaterial» und von «Pöbel» gesprochen hätte.

Verschiedentlich wird sogar geltend gemacht, damals hätten jüdische Persönlichkeiten bis hin zu David Ben Gurion (erster Ministerpräsident Israels) lieber darauf verzichtet, die jüdischen Flüchtlinge zu retten, als die Schaffung des Staates Israel zu gefährden,¹ dies auf Grund der Überlegung, dass das Flüchtlingselend entsprechend grossen Druck für die Schaffung des Staates Israel erzeugte. Selbst nach Schilderung von jüdischen Kreisen herrschte damals ein heftiger, innerjüdischer Streit zwischen den «Nicht-Zionisten» und den «Zionisten», die *«die Auswanderung nach Palästina forcierten und fürchteten, unter Alternativprojekten könnte ihr Ziel leiden»*.² Chaim Weizmann, der spätere erste Staatspräsident Israels, sagte gar ausdrücklich: *«Eher will ich den Untergang der deutschen Juden sehen, als den Untergang des Landes Israel für die Juden.»*³

¹ Gemäss der Sendung *Doppelpunkt* am Schweizer Radio DRS vom 11. Januar 1998 (Autoren Hanspeter Gschwend und Shraga Elam) hatte David Ben Gurion anlässlich einer Rede vor der zionistischen Exekutive im Dezember 1938 gesagt: *«Wenn wir eine Trennung des Flüchtlings- vom Palästina-Problem zulassen, riskieren wir die Existenz des Zionismus.»* Diese Bemerkung brachte seinen Biographen Shabtai Teveth gemäss *Doppelpunkt* dazu, Ben Gurions Haltung folgendermassen zu rechtfertigen: *«Bei Ben Gurion entwickelte sich die Auffassung, dass die Not der Juden eine Quelle der Macht sei. Man müsse die jüdische Katastrophe ausnützen, um einen Vorteil für den Zionismus zu erzielen.»*

² Das Zitat stammt aus *Inside* 26/98, einem Magazin, welches der Zeitschrift *Jüdische Rundschau* beigelegt wird. Im Artikel der Journalistin Gisela Blau über die Flüchtlingskonferenz in Evian ist festgehalten: *«Nicht weniger als 39 jüdische Vertreter von Organisationen waren anwesend (...). Leider konnten sie sich nicht auf eine gemeinsame Strategie einigen. Am meisten stritten sich, wie es zu jener Zeit üblich war, die Zionisten und die Nicht-Zionisten. Die Zionisten forcierten von jeher die Auswanderung nach Palästina und fürchteten, unter Alternativprojekten könnte ihr Ziel leiden.»*

³ Gemäss dem Buch von Josef Burg *Schuld und Schicksal, Europas Juden zwischen Henkern und Heuchlern* sprach der langjährige politische Ratgeber des britischen Generals Allenby, Colonel Meinertzhagen, bei Hitler vor. In Anwesenheit von Ribbentrop und Hess sei ihm das Angebot unterbreitet worden, jüdische Einwohner gegen Geld auswandern zu lassen. Als dieses Angebot Chaim Weizmann unterbreitet wurde, soll er mit dem zitierten Satz reagiert haben. Weizmann hatte 1919 die sogenannte Balfour-Erklärung erwirkt, wonach Grossbritannien den Juden das Recht auf die Errichtung eines jüdischen Staates in Palästina zusagte. Er war Präsident des Jüdischen Weltkongresses, ab 1929 Präsident der Jewish Agency und später erster Staatspräsident Israels.

Wenn jüdische Führer tatsächlich eine solche Haltung eingenommen haben, so ohne Zweifel nur deshalb, weil auch sie – und das ist im vorliegenden Zusammenhang der entscheidende Punkt – in keiner Art und Weise realisierten, was sich in Deutschland wirklich abspielte. Oder wie sonst sind erschütternde Hilferufe wie derjenige des verzweifelten Rabbiners Weissmandel an seine Glaubensgenossen im Ausland zu verstehen: *«Brüder, seid ihr verrückt geworden? Wisst ihr denn nicht, in welcher Hölle wir leben? Für wen haltet Ihr das Geld zurück? (...) alle unsere Bitten wirken nicht (...) Ihr schleudert uns einige Groschen und einige Rückfragen entgegen.»*¹¹⁹ Weissmandel hatte um Geld gebeten, damit Juden ausreisen konnten, aber niemand half, als sich die Möglichkeit abzuzeichnen schien, Juden gegen Geld ausreisen zu lassen, auch nicht die jüdischen Kreise im Westen.¹ Nach dem Krieg gab es denn auch eine *«grosse, immer noch wachsende Zahl von Büchern und Artikeln mit bitteren Anklagen gegen die damalige jüdische Führung»*.¹²⁰

Will man im Ernst behaupten, ausgerechnet Schweizer Beamte und Grenzsoldaten hätten Bescheid wissen müssen, wenn offenbar nicht einmal höchste jüdische Persönlichkeiten die vermeintlichen Gerüchte glauben konnten?

c6) Die Schweiz hat viel mehr Flüchtlinge gerettet als die anderen

1938 riefen die USA die Flüchtlingskonferenz im französischen Evian am Genfersee zusammen, an welcher vom 6. bis zum 15. Juli angesichts der zunehmenden deutschen Repressionen die Aufnahme von Flüchtlingen international diskutiert wurde. Keiner der (neben der Schweiz) anwesenden 31 Staaten erklärte sich bereit,

¹ Wie ernst gemeint solche Angebote «Waren gegen Blut», von denen immer wieder die Rede war, gewesen sind, ist schwer zu beurteilen (vgl. Hanspeter Gschwend und Shraga Elam, *Staatsraison und Moral*, Beitrag in der Sendung *Doppelpunkt* auf Radio DRS vom 11. Januar 1998). Vgl. auch Hans Habe mit seinem Buch *Die Mission*, 1965, über die Evian-Konferenz. Am Rande der Flüchtlingskonferenz hatte Hjalmar Schacht, der Reichsbankminister Deutschlands, ein Angebot gemacht, wonach nach einem komplizierten Finanzierungssystem die Juden Deutschlands hätten auswandern können, was auf eine angebliche «Verkaufsofferte für Juden, 250 Dollar pro Kopf» hinauslief. Auf das Angebot wurde nicht eingetreten, unter anderem deshalb, weil mit einem Freikauf dem Dritten Reich ausländische Währungsreserven verschafft worden wären (vgl. *Neue Zürcher Zeitung* vom 6. Juli 1998; Artikel *Ein Plan von Hjalmar Schacht*).

die Grenzen für Flüchtlinge zu öffnen, selbst Länder nicht, die keine Kriegsgefahr kannten und sich in einer viel günstigeren geographischen und politischen Lage als die Schweiz befanden.¹ Diverse Länder leisteten nicht einmal der Einladung Folge, zum Beispiel mit der Begründung, innerhalb ihrer Grenzen lebten bereits zahlreiche Flüchtlinge.²

Der Vertreter Australiens begründete seine Ablehnung mit dem Argument, sein Land habe bisher keine Rassenprobleme gekannt und denke nicht daran, solche zu importieren. Einige lateinamerikanische Staaten wie Paraguay wünschten nur die Einwanderung von Landwirten, was einer verkappten Ablehnung von Juden gleichkam. Der bolivianische Gesandte informierte über ein Abkommen seines Landes mit dem Deutschen Reich von 1937, wonach man die Einwanderung von 3'000 Deutschen gestattet hatte, *«sofern diese Arier sind»*. Die Argentinier erinnerten daran, dass schon 270'000 Juden in ihrem Lande lebten. Auch die USA vertraten lange Zeit eine sehr restriktive Haltung.¹²¹ Traurige Berühmtheit erlangte der Vorfall, bei dem im Mai 1939 das Schiff «St. Louis» mit vorwiegend jüdischen Flüchtlingen an Bord von der Küsten wache in Florida am Anlegen gehindert und nach Europa zurückgeschickt wurde, wo viele von ihnen später von den Nazis umgebracht wurden.¹²² Paradoxerweise führte die Konferenz von Evian vielerorts zu einer verschärften Ablehnung von Flüchtlingen, weil die Staaten teilweise erst in Evian erkannten, was auf sie zukommen könnte.

Der Zeitgeist von damals ist kaum mehr nachvollziehbar. Vielleicht war nicht nur Antisemitismus im Spiel, wie die Rückweisung von Flüchtlingsbooten selbst vor Palästina zeigt. Im Falle der USA spielte ohne Zweifel auch eine übertriebene Angst vor dem Bolschewismus eine Rolle. Es wurde die Angst geweckt, dass mit der Aufnahme von jüdischen Intellektuellen aus dem Osten revolutionäres Gedankengut importiert werde. Der amerikanische Justizminister Mitchell Palmer ver-

¹ Zwischen 1940 und Sommer 1942 konnten nur 38 Flüchtlinge aus der Schweiz in die USA überführt werden, obwohl via Vichy-Frankreich in diesem Zeitraum noch Fluchtwege bestanden hätten; vgl. Christoph Blocher *Die Schweiz und der Eisenstat-Bericht* vom 21. Juni 1997.

² Länder wie Südafrika und Island, wo vielleicht genügend Raum für Flüchtlinge bestanden hätte, fehlten.

breitete in einer paranoiden Haltung, vergleichbar mit der Kommunistenjagd in den USA in den Fünfzigerjahren, die Meldung, dass von 31 Sowjetführern mit Ausnahme von Lenin alle Juden seien, die russische Namen angenommen hatten (Trotzki hiess ehemals Bronstein, Chernow hiess Von Gutmann, Sinowiew hiess Apfelbaum etc.). *«Trotzki wurde mehr als irgendein anderer Mensch zum Symbol der Gewalt und der dämonischen Macht des Bolschewismus und dessen Entschlossenheit, die Welt in Flammen zu setzen.»*¹²³

Unser Land nahm damals trotz seiner strategisch hoffnungslosen Lage pro Kopf der Bevölkerung von allen Staaten am meisten Flüchtlinge auf, mindestens 230'000.¹ Edgar Bonjour schrieb zu diesem Thema: *«Während der Kriegszeit lebten für kürzere oder längere Dauer auf dem schützenden Schweizer Boden 395'381 Flüchtlinge. Dazu kamen noch die zahlreichen Emigranten, welche die Grenze schwarz passierten, sich bei der Polizei nicht meldeten und von Privaten beherbergt wurden, worunter mehr als die Hälfte Juden waren² erst gegen Ende des Krieges gerieten sie gegen die Nichtjuden in Minderheit.»*¹²⁴ Zu berücksichtigen ist zudem, was Professor Ernst Leisi schreibt: *«Wer 1933 bis 1939 flüchtete, kam herein, und das waren Zehntausende, die in den Statistiken nicht als Flüchtlinge figurieren.»*¹²⁵ Rückblickend trifft zwar zu, dass die Schweiz noch mehr für Flüchtlinge hätte tun können. Aber wie viel Menschen die Schweiz auch aufgenommen hätte, irgendwo wäre bei den Millionen von Verfolgten der Punkt gekommen, bei welchem die Aufnahme hätte eingeschränkt werden müssen. Die grundsätzliche Tragik einer Rückweisung an der Grenze war wohl so oder so unvermeidbar, denn jede ungehinderte Aufnahme hätte eine Sogwirkung zur Folge gehabt, deren Ausmass die Schweiz nie hätte bewältigen können.

¹ Diese immer wieder genannte Zahl stammt aus dem *Ludwig-Bericht*, in dem eine Gesamtzahl von 295'785 Flüchtlingen statuiert ist. Davon sind 59'785 *«betreute ausländische Kinder, die (...) zu einem mehrmonatigen Erholungsaufenthalt (...) zu uns gekommen waren»*, die nicht Flüchtlinge im engeren Sinne waren; zudem sind rund 5'000 der genannten 295'000 erst nach dem Krieg eingereist. Wie die Zahl von 395'381 im *Bonjour-Bericht* zustande kam (vgl. den folgenden Satz im Text), ist unklar. Es wird interessant sein, zu sehen, was die Kommission Bergier zum Thema Flüchtlingspolitik publiziert.

² Auch der heutige israelische Botschafter in der Schweiz, Erwin (später Yitzhak) Mayer, wurde 1943 als jüdisches Flüchtlingskind in der Schweiz aufgenommen. Er kam mit seiner Mutter über die Grenze und fand in Eglisau Aufnahme. 1946 wanderte er nach Israel aus.

Unter Berücksichtigung aller Fakten ist auch bei der Flüchtlingspolitik nicht zu verstehen, weshalb ausgerechnet gegen unser Land Kritik erhoben wird. Soll die Schweiz, die trotz akuter Gefahr, selbst in den Strudel des Krieges zu geraten, als wahrer Helfer auf die Anklagebank gesetzt werden, weil sie angeblich nicht genug geholfen hat? Diejenigen hingegen, die ohne Zwangslage Hilfe verweigert haben, spielen sich als Ankläger auf? Warum nahmen die grosszügigen USA während der Kriegszeit mit 21'000 jüdischen Flüchtlingen weniger auf als die Schweiz mit 22'000.¹²⁶ Das bedeutet, dass die Schweiz in Relation zur Bevölkerung rund vierzigmal mehr jüdische Flüchtlinge als die USA aufnahm (dazu kommen die unregistrierten, untergetauchten Flüchtlinge). Hätten die USA pro Kopf gleich viele Flüchtlinge (jüdische und nichtjüdische) wie unser Land einreisen lassen, wären dies gegen zehn Millionen Menschen gewesen.¹

¹ Die Schweiz zählte damals rund 4,2 Millionen Einwohner, die USA rund 135 Millionen. 300'000 Flüchtlinge in der Schweiz würden rund zehn Millionen in den USA entsprechen.

d) Kriegsverlängerung durch die Schweiz?

Die Behauptung, die Schweiz habe durch den Handel mit Nazideutschland den Krieg verlängert, gewann schlagartig an Gewicht, als der amerikanische Unterstaatssekretär Stuart Eizenstat sie im Vorwort des *Eizenstat-I-Berichts* in die Welt setzte (Chronologie 17). Er machte geltend, nach der Niederlage der deutschen Wehrmacht in Stalingrad hätte die Schweiz wissen müssen, dass der Krieg für die Deutschen verloren sei, folglich hätte sie den Handel mit Nazideutschland ab Frühjahr 1943 abbrechen sollen.

d1) Elementare geschichtliche Kenntnisse äusser Acht gelassen

Erstens lässt diese Aussage von Eizenstat *«elementare Kenntnisse der historischen Zusammenhänge vermissen»*, wie dies alt Bundesrat Hans Schaffner ausdrückte, der auf Grund seiner damaligen Tätigkeit hervorragendes Sachwissen aufweist.¹ Wer meint, nach dem Fall von Stalingrad habe für die Schweiz keine Kriegsgefahr mehr bestanden, hat sich nicht ernsthaft mit der Geschichte des Zweiten Weltkriegs beschäftigt. Die Deutschen waren noch lange nach Stalingrad zu äusserst wirkungsvollen militärischen Aktionen fähig. Mit dem unberechenbaren Psychopaten Hitler an der Spitze war alles möglich, auch ein Angriff entgegen jeglicher strategischer Vernunft. Vor allem mit dem Vorrücken der Alliierten in Nordafrika und Italien war die Schweiz ab März 1943 wieder akut gefährdet, als es für die Deutschen darum ging, eine neue Abwehrfront gegen Süden aufzubauen und den Nachschub für ihre Truppen sicherzustellen. Die Ungarn, welche 1944 glaubten, nun sei der Zeitpunkt gekommen, die Fronten zu wechseln und sich von Deutschland loszusagen, mussten für diese falsche Einschätzung bitter bezahlen. Hunderttausende wurden verschleppt, in Konzentrationslager gesteckt und umgebracht. Sogar noch im Dezember 1944 hatten die Deutschen an der Westfront die Kraft für die Ardennenoffensive.

¹ Interview vom 14. November 1997 mit alt Bundesrat Hans Schaffner, in: *Auswahl von Hintergrundberichten und Kommentaren* im Buch *Schweizerische Selbstbehauptung während des Zweiten Weltkriegs*, 1998, S. 252. Der spätere Bundesrat Hans Schaffner war während des Krieges Leiter der Zentralstelle für Kriegswirtschaft, 1946 verfasste er eine Dokumentation zur Aussenhandelspolitik. Er nannte die Schlussfolgerung von Eizenstat *«hanebüchen»*, d.h. unverschäm.

d2) Den Krieg nicht verlängert, sondern sogar verkürzt?

Zweitens könnte ebenso gut argumentiert werden, die Schweiz habe den Krieg nicht verlängert, sondern verkürzt. Dafür könnten sogar ökonomische «Beweise» aufgeführt werden. Der Warenimport der Schweiz war grösser als der Export, womit deutsche Produktionsmittel gebunden wurden, die sonst für die Kriegsmaschinerie hätten verwendet werden können.¹ Angesichts der relativ geringen Menge von Gütern und Dienstleistungen, die Nazideutschland von der Schweiz bezogen hat, kann eine kriegsverlängernde Rolle ohnehin nicht begründet werden, denn von der Schweiz stammten weniger als 0,3 Prozent der Mittel, welche für die deutsche Rüstung benötigt wurden.² Auch der Tatsache, dass die alliierten Geheimdienste von schweizerischem Gebiet aus operieren konnten, könnte kriegsverkürzende, ja sogar kriegsentscheidende Wirkung zugeschrieben werden.³ Vor allem Russland erhielt auf diese Weise wichtige Hilfe, um die Wehrmacht besiegen zu können. Erwähnenswert sind schliesslich die Leistungen von einzelnen Schweizer Persönlichkeiten in den letzten Kriegswochen, die sich kriegsverkürzend ausgewirkt haben. Allein durch den Schweizer Major Max Waibel, der für die oberitalienischen Grossstädte den vorzeitigen Abzug der Deutschen ohne jede Zerstörung erreichte

¹ Die Schweiz hat während des Krieges wesentlich mehr Waren aus Deutschland importiert (im Wert von 3,33 Milliarden Franken) als exportiert (2,60 Milliarden); (vgl. *Historische Statistik der Schweiz*, Zürich 1996, S. 672 ff). Sie war also betreffend realen Lieferungen der nehmende Teil, nicht der gebende.

² Die gesamten Kriegskosten Deutschlands werden auf 1'200 Milliarden Franken geschätzt, Deutschland hat von der Schweiz Rüstungsgüter im weiteren Sinne für 1,35 Milliarden Franken gekauft. Von der Schweiz stammten somit höchstens 0,3 Prozent der Mittel, welche für die deutsche Kriegsmaschinerie benötigt wurden. Legt man diese Prozentzahl auf Tage um, könnte man – auch wenn eine solche «mathematische» Berechnung kaum seriös ist – in Anbetracht der fünfeinhalbjährigen Kriegsdauer allenfalls sagen, die Schweiz habe den Krieg um maximal fünf Tage verlängert (vgl. Christoph Blocher *Die Schweiz und der Eisenstat-Bericht* vom 21. Juni 1997 mit den dortigen Verweisen).

³ Mitte der Sechzigerjahre sorgten die beiden Franzosen Accoce und Quet für Aufsehen, welche diese These in einem Buch vertraten mit dem für sich selbst sprechenden Titel *Der Krieg wurde in der Schweiz gewonnen*. Vor allem der Emigrant Rudolf Roessler hatte aus Luzern mit seiner Nachrichtentätigkeit das nationalsozialistische Deutschland bekämpft. Intensive Nachrichtenströme liefen aus Deutschland über Luzern zu den Alliierten und insbesondere in die Sowjetunion (der deutsche Titel des Buchs von Accoce/Quet lautet *Moskau wusste alles*).

(Hitler hatte die Zerstörung befohlen), wurde «nach dem Urteil alliierter Sachverständiger der Krieg in Europa um sechs bis acht Wochen abgekürzt».¹

d3) Die Strategie der Grossmächte war ausschlaggebend

Massgebend für die Dauer des Krieges waren die Dispositionen der Grossmächte, nicht der Handel Nazideutschlands mit der Schweiz und Goldtransfers in die Schweiz. Entscheidend war zum Beispiel das Datum der Invasion, massgebend waren aber auch Fehlentscheide der Alliierten,² sowohl in Italien,³ wie auch in Deutschland.⁴ Grossbritannien, Frankreich und die USA als Schutzmächte des Versailler Vertrags nahmen die Vertragsbrüche der Deutschen hin und griffen nicht ein, als Hitler das Rheinland besetzte oder die Tschechoslowakei überfiel. Russland half Deutschland, sich aufzurüsten und so den Versailler Vertrag zu umgehen. Stalin vereinbarte mit Hitler die Aufteilung Polens, belieferte selbst nach Beginn des Krieges Deutschland in krasser Fehleinschätzung der Lage mit kriegswichtigen Gütern und hielt Deutschland den Rücken für dessen Operationen im Westen frei. Die USA blieben lange neutral, trieben ohne Zwangslage Handel mit Deutschland und traten erst nach Japans Überfall auf Pearl Harbour infolge der Kriegserklärung Deutschlands vom 11. Dezember 1941 in Europa in den Krieg ein.

¹ Vgl. Edgar Bonjour, *Geschichte der Schweizer Neutralität im Zweiten Weltkrieg*. Es gab weitere kriegsverkürzende Aktionen von Schweizer Persönlichkeiten. So kam zum Beispiel der Vermittlung des Schweizer Gesandten in Vichy-Frankreich, Walter Stucki, bei der kampfflosen Übergabe Vichys an die Alliierten wichtige Bedeutung zu.

² Wer wollte im Ernst den Alliierten Vorwürfe machen, nachdem sie unter grössten Opfern Nazideutschland in die Knie gezwungen haben? Die Beispiele sind an dieser Stelle nur aufgeführt, um zu zeigen, dass das Verhalten der Schweiz für die Dauer des Krieges keine nennenswerte Bedeutung hatte.

³ Als Mussolini im Juli 1943 gestürzt wurde, bot die alliiertenfreundliche Nachfolgeregierung Badoglio Hand, Italien von den Alliierten kampfflos besetzen zu lassen. Weil die Alliierten auf einer «bedingungslosen Kapitulation» beharrten, ging wertvolle Zeit verloren. Diese nutzte Hitler und rückte in Oberitalien ein.

⁴ So z.B. rückblickend der Entscheid des übergeordneten alliierten Kommandos, die rasch nach Osten vorstossende dritte US-Armee unter General George Patton am weiteren Vorrücken zu hindern.

d4) Die Gründe der «Kooperation» sind entscheidend

Sollte man gar den Polen vorwerfen, sie hätten den Krieg verlängert, weil sie als Zwangsarbeiter die Produktion in Deutschland aufrechterhielten und sich als Soldaten zwangsrekrutieren liessen.¹ Das wäre absurd. Diese zynische Frage soll nur aufzeigen, dass – als vierter und wichtigster Punkt – natürlich entscheidend ist, wo die Gründe lagen, weshalb jemand mit Nazideutschland «kooperierte». Polen hatte keine Wahl, aber auch die Schweiz befand sich in einer hoffnungslosen Zwangslage. Es braucht nicht viel Mut, einem eingekesselten Kleinstaat, der für sein Überleben eine Gratwanderung zwischen Konzessionen und Widerstand machen musste, mit dem heutigen Wissen, wie der Krieg schliesslich ausging, Vorwürfe zu machen.

d5) Das verantwortungslose Vorwort von Eizenstat

Es ist klar, dass die Behauptung der Kriegsverlängerung letztlich weder belegbar noch widerlegbar ist. Umso bösser ist es, wenn Stuart Eizenstat an dieser Behauptung festhält, genau wissend, dass sich die Schweiz zwar gegen falsche Tatsachendarstellungen zur Wehr setzen kann, nicht aber gegen eine Stimmungsmache, gegen die man sich mit sachlichen Argumenten gar nicht verteidigen kann.

Bemerkenswert ist übrigens, wie der *Eizenstat-I-Bericht* von unvoreingenommenen Zeugen beurteilt wird. So bezeichnete die ehemalige US-Botschafterin in der Schweiz, Frau Faith Whittlesey, das von Staatssekretär Eizenstat geschriebene Vorwort als «*auführerisch, irreführend und verantwortungslos. (...) Ich zucke richtig zusammen, wenn Sie vom Bericht einer hohen amerikanischen Regierungsstelle sprechen. Es ist mir peinlich, dass meine Regierung einen so schludrigen Bericht herausgibt.*»² Negativ ist auch die Einschätzung des deutschen Historikers

¹ Als die Alliierten bei der Invasion die Normandie stürmten, trafen sie unter anderem auch auf polnische Soldaten, welche zum Dienst in deutschen Truppenverbänden gezwungen worden waren.

² *Facts* Nr. 44, Jahrgang 1997. Die «Schludrigkeit» betrifft das Vorwort, welches kaum auf den Hauptbericht Bezug nimmt. Es erstaunt denn auch nicht, dass sich sogar der Verfasser des eigentlichen Berichts, Prof. Dr. William Slany, Historiker des US-Aussenministeriums, vom Vorwort distanzierte, indem er am 20. Juni 1997 an einem Informationsseminar in Bern zwar diplomatisch, in der Sache aber unmissverständlich erklärte: «*das ist sein (...) Vorwort und mein Bericht*».

Hersch Fischler: *«Ich bin kein Anti-Amerikaner, aber auf Grund der verfügbaren Quellen wird deutlich, dass der Eizenstat-Bericht seine Leser irreführt. Er enthält eindeutig propagandistische Elemente gegen die Schweiz und für Amerika.»*¹²⁶

Diesen Feststellungen kann nur beigepflichtet werden. In seinem Vorwort behauptete Eizenstat nicht nur, unser Land habe eine Verlängerung des Krieges zu verantworten. Vielmehr zog er Motive und angebliche Tatsachen an den Haaren herbei, von der Behauptung, unser Land sei «auch aus Gewinnsucht» neutral geblieben, bis hin zur völlig haltlosen Darstellung, Deutschland habe «wegen der Bombardements einen Teil der Waffenfabriken in die Sicherheit des schweizerischen Territoriums verlegt».¹²⁷

e) Sklavenhaltung in Schweizer Zwangsarbeitslagern?

Als weiterer Höhepunkt der Kampagne gegen unser Land ging in der ersten Janu-
arwoche 1998 die Meldung durch die internationalen Medien, in der Schweiz seien
Flüchtlinge in «Sklaven- und Zwangsarbeitslagern» gehalten worden. In einer or-
chestrierten Propagandaaktion warf das *Simon Wiesenthal Center* in Los Angeles
in Zusammenarbeit mit dem New-Yorker Sammelklagen-Anwalt Edward Fagan
und dem britischen Privat-Fernsehsender *Channel 4* der Schweiz vor, Tausende
jüdischer Flüchtlinge seien wie Verbrecher behandelt und wie Sklaven zu Zwangs-
arbeit hinter Stacheldraht verpflichtet worden (Chronologie 28). Der Autor dieser
Wiesenthal-Studie, Alan Schorn, behauptete, dieses Verhalten der Schweizer sei
auf «ihren virulenten Antisemitismus» zurückzuführen und führte aus:

«Die Schweizer waren sadistisch. Sie wollten die Juden absichtlich verletzen.»¹²⁸

Die bekannte Zeitschrift *Time Magazine* doppelte nach und warf der Schweiz bei
der Internierung der Flüchtlinge Sadismus vor, wobei der verantwortliche Redaktor
Christopher Redman noch am 14. Oktober 1998 ausdrücklich an den erhobenen
Vorwürfen festhielt.¹²⁹

Richtig ist, dass in der Schweiz Arbeitslager existierten.¹ Zutreffend ist auch, dass
der Bundesrat den Entscheid traf, Flüchtlinge seien zur Arbeitsleistung beizuzie-
hen. Ein Grossteil unserer männlichen Bevölkerung war damals zum Dienst in der
Armee eingezogen.² Seit dem 2. September 1939 unterstand jeder Schweizer und
jede Schweizerin im Alter von 16 bis 60 Jahren der Arbeitsdienstpflicht. Die
Frauen waren wohl oder übel gezwungen, die Arbeit zu Hause und auf dem Feld
zu erledigen, unabhängig davon, ob die Arbeit körperlich hart war oder nicht. Was
hätten denn die Flüchtlinge unter diesen Umständen in den Lagern tun sollen? Zu-
schauen, wie die Schweizer Bevölkerung auf den Feldern arbeitete?

¹ Am Ende des Krieges gab es in der Schweiz 104 Arbeitslager und Heime. Richtig ist, dass sogar ein «Con-
zentrationslager» existierte; allerdings nicht für jüdische Flüchtlinge: In Büren an der Aare war ein Lager mit
117 Baracken für 6'000 Mann errichtet worden. Da eine «Konzentration» von polnischen Flüchtlingen an
einem zentralen Ort vorgenommen wurde, verwendete man den damals übliche Ausdruck *Conzentrations-
lager*.

² Auf dem Höhepunkt der Mobilmachung hatte die Schweiz bis zu 850'000 Mann unter Waffen oder in den
militärischen Hilfsdiensten, was bei einer damaligen Bevölkerung von rund 4,2 Millionen bedeutete, dass
beinahe jeder Fünfte (Kinder und Senioren mitgezählt) im Aktivdienst war.

Am 19. Januar 1998 trat ein damaliger Flüchtling in einer Diskussionssendung des Schweizer Fernsehens auf. Er schilderte, wie er – nachdem er sich schwimmend mit letzter Kraft über den Genfersee hatte retten können – aufgegriffen wurde und wie er über die Grenze ausgeschafft werden sollte. Die Behörden liessen sich durch sein verzweifelt Bitten umstimmen, sodass er in der Schweiz bleiben durfte. Er kam in das bernische Arbeitslager Witzwil. In der Diskussion beklagte er sich, wie unangemessen er behandelt worden sei. Er sei gar körperlich zusammengebrochen, weil er – nota bene im besten jugendlichen Alter stehend (geb. 1911) – Kartoffelsäcke habe auflesen müssen. Die Absurdität der heutigen Angriffe gegen die Schweiz wird geradezu symbolisch dokumentiert, wenn ein Mann, welcher der Flüchtlingspolitik der Schweiz sein Leben zu verdanken hat, sich bemüssigt fühlt, öffentlich zu lamentieren, er habe in Kriegszeiten in unzumutbarer Weise Kartoffelsäcke tragen müssen.

Die richtige Antwort auf die Angriffe des *Simon Wiesenthal Centers* gab in einem amerikanischen Leserbrief der damals in der Schweiz internierte jüdische Flüchtling Peter Munk: *«Die Anschuldigung (gegen die Schweiz) ist monströs. (...) Die Schweizer Arbeitslager waren gleichbedeutend mit dem Himmel auf Erden für die Juden in Europa. Ich traf dort hunderte von jüdischen Flüchtlingen aus ganz Europa, die ihr Leben der extremen Grosszügigkeit der Schweizer verdankten. (...) Wenn die Amerikaner dieselbe Grosszügigkeit gezeigt hätten, wären im Holocaust nicht 6 Millionen jüdische Opfer zugrunde gegangen. (...) Bevor wir mit dieser Orgie von Anschuldigungen gegen dieses kleine Land fortfahren, sollten wir uns an seine Taten erinnern. Die Tatsache, dass die Schweiz angesichts der damaligen ungeheuren Gefahr diese Haltung zeigte, scheint heute in diesem antischweizerischen Wahnsinn vergessen zu sein.»*¹³⁰

Zweiter Teil

DESTRUKTIVE KRITIK AUS DEM INLAND

8. ANGRIFFE AUS DEM EIGENEN LAGER

Trotz aller Argumente, die zugunsten der Schweiz sprechen, stimmten inländische Kreise derart zahlreich in das Konzert der ausländischen Kritik mit ein, dass sich die *Aargauer Zeitung* zu folgendem Kommentar veranlasst sah: «*Unser Land braucht Herrn D'Amatos Anklagen gar nicht mehr Wir sind in der Lage, uns voll- auf mit uns selbst zu beschäftigen, uns gegenseitig Fallstricke zu legen und das Land in seine grösste Krise seit dem Zweiten Weltkrieg zu stürzen.*»¹³¹ Auch aus Bankenkreisen kam die Klage: «*Das Schädliche an der heutigen Diskussion ist, dass wir die Schlagzeilen selbst verursachen.*»¹³² Bis nach Israel wurde mit Kopfschütteln konstatiert, welch ein Bild des Jammers die Verteidigung der Schweiz bot: «*Die Schweizer haben sich so verhalten, dass man sich fragen muss: Sind das die Leute, die weltberühmte Präzisionsuhren herstellen?*»¹³³

a) Teilweise böswilliger als die Angriffe von aussen

Mangelhafte Verteidigung ist das eine. Weit schlimmer ist jedoch, dass sich Schweizer Persönlichkeiten in unglaublichem Ausmass für die ausländischen Angriffe einspannen liessen. An Boshaftigkeit übertrafen die Attacken aus dem eigenen Lager teilweise gar diejenigen aus dem Ausland. Dabei ging es zumindest teilweise offensichtlich nicht um ein «Nicht-verteidigen-Können», sondern um ein «Nicht-verteidigen-Wollen».

Jedermann, der Zeitung liest, Radio hört und Fernsehen schaut, kennt die zahlreichen Attacken aus den Medien. Jedermann kennt Angriffe von Politikern wie Nationalrat Jean Ziegler.¹ Auf Zitate von Politikern und Medienvertretern wird deshalb an dieser Stelle weitgehend verzichtet. Immerhin sei auch hier auf die erstaunliche Tatsache hingewiesen, dass sich oft ausgerechnet solche Leute aus der Politik

¹ Die Angriffe von Nationalrat Ziegler sind deshalb besonders schädlich, weil er im Ausland grosses Ansehen geniesst und sich somit sein Buch *Die Schweiz, das Gold und die Toten* vor allem im Ausland erfolgreich verkauft hat. Alt Nationalrat Felix Auer hat das Buch *Das Schlachtfeld von Thun, Dichtung und Wahrheit bei Jean Ziegler* verfasst, um die Widersprüche in Jean Zieglers Buch aufzudecken. Folgendes ist betreffend Nationalrat Ziegler allerdings zu berücksichtigen: Wenn die Bevölkerung jemanden in ein Parlament wählt, der massive Kritik gegen das eigene Land erhebt, so kann dies noch hingenommen werden, denn offenbar entspricht diese Haltung der (teilweisen) Volksmeinung. Weit schlimmer ist, wenn Mitglieder der Verwaltung, die sich beruflich für die Schweiz einsetzen müssten, fundamentale Kritik am eigenen Land üben oder fundamentale Kritiker unterstützen.

und der Medienlandschaft mit den Forderungen aus dem Umkreis Edgar Bronfmans identifizierten, die normalerweise Machtkonzentrationen und Geld kritisch gegenüberstehen. Zwar mokierte sich zum Beispiel die Zeitschrift *Facts*, als die Schweizer Banken am 12. August 1998 gegenüber dem übermächtigen Gegner in die Knie gingen und sich bereit erklärten, 1,8 Milliarden Franken zu bezahlen (Chronologie 43): «*Der Zwerg macht, was der Riese will. (...) Die Schweizer Banken kuschen und zahlen, Uncle Sam brauchte kaum mit den Muskeln zu spielen.*»¹³⁴ Vorher hatte dieselbe Zeitschrift jedoch mit ihrer Berichterstattung immer wieder Wasser auf die Mühlen dieses mächtigen und finanzkräftigen «Riesen» geleitet, bis der «Zwerg» schliesslich bezahlte.

Auffallend ist, dass lange Zeit in manchen Medien kaum jemand zu Wort kam, der sich zugunsten der Schweiz äussern wollte. Es spricht Bände, dass der oben zitierte Leserbrief eines jüdischen Arztes (vgl. Kapitel 4 a), der sich bei der Schweiz für deren Verhalten während des Zweiten Weltkriegs bedanken wollte, nicht einmal von der *Neuen Zürcher Zeitung* entgegengenommen wurde.¹

Die Angriffe gegen das eigene Land erfolgten aber bei weitem nicht nur aus Kreisen von Politikern und Medienvertretern. Sie kamen von Künstlern (Gottfried Honnegger: «*Diese Hypokrisie (d.h. Heuchelei), dieses sklerotische Land (d.h. geisteschwache Schweiz); wir waren eine Fötzelgesellschaft, wir waren Feiglinge.*»¹³⁵). Sie kamen von Schriftstellern (Thomas Hürlimann: «*Unsere Armee verteidigte keine Grenze, sondern einen randvoll gefüllten Tresor.*»¹³⁶). Sie kamen von Universitätsprofessoren (Peter von Matt, Literaturprofessor der Universität Zürich, der von unserem «*Land mit seinem Gehalt an Bosheit, Schlechtigkeit und Lumpereien*» sprach und der gleich noch die angebliche historische Erklärung für diese Bosheit lieferte: «*Die Verklärung der brutalen Schlachten der alten Eidgenossen in der*

¹ Der Arzt gab denselben Artikel in der Folge als Inserat auf. Selbst im Inserateteil wurde der Text von der *Neuen Zürcher Zeitung* erst nach einer Diskussion in der Redaktorenkonferenz akzeptiert. Diese Haltung der *Neuen Zürcher Zeitung* ist umso erstaunlicher, als sie vor allem mit ihrem Chefredaktor Hugo Bütler und dem (jüdischen) Redaktor Max Frenkel Persönlichkeiten in ihren Reihen hat, die sich, entgegen dem allgemeinen Trend, weit überdurchschnittlich um Objektivität bemühten und sich bei zahlreichen Anlässen zugunsten der Schweiz aussprachen.

patriotischen Literatur hat die Schweizer zur Gewalttätigkeit erzogen.»¹³¹⁾. Selbst Wirtschaftskreise trugen ihren Teil bei, indem sie ausgerechnet die heftigsten Kritiker finanziell unterstützten.¹

Die Liste von selbstanklägerischen Aussagen einzelner Schweizer Persönlichkeiten könnte beliebig verlängert werden. Illustrativer sind jedoch die folgenden Beispiele, denn die selbstzerstörerische Haltung im eigenen Land lässt sich wohl am besten durch die Tatsache aufzeigen, dass sogar in staatlichen und «halbstaatlichen»² Bereichen Angriffe gegen die Schweiz zum guten Ton zu gehören scheinen.

b) Das Schweizer Fernsehen

Selbstverständlich darf das Schweizer Fernsehen kritische Beiträge verfassen. Das ist sogar eine Notwendigkeit, denn kritische Medien sind für das Funktionieren unserer Demokratie lebensnotwendig. Trotz Informationsfreiheit ist aber das Schweizer Fernsehen gesetzlich zu «*sachgerechter Information*» verpflichtet, mit der «*im Ausland das Verständnis für die Anliegen der Schweiz gefördert*» werden muss. «*Die Programme sind so zu gestalten, dass sie den Interessen des Landes dienen.*»¹³⁸ Dafür erhält SF DRS via Zwangsgebühren Einnahmen garantiert, mit dem Namen «Schweizer Fernsehen» profitieren die Fernsehmacher zudem von erhöhter internationaler Glaubwürdigkeit.

Jedermann, der in den letzten zwei Jahren die Nachrichtensendungen unseres Fernsehens zum Thema *Schweiz – Zweiter Weltkrieg* verfolgt hat, kann selbst beurteilen, ob dessen Informationspolitik «den Interessen unseres Landes diene». Zahlreiche Sendungen waren ausserordentlich selbstanklägerisch. Höhepunkt war in

¹ Die Winterthur-Versicherung leistete 50'000 Franken als Sponsor-Beitrag an die internationale Konferenz des *Simon Wiesenthal Zentrums* in Genf über die *Suche und Rückerstattung von Nazi- Raubgut* vom 23. bis 25. Juni 1997, zu der sogar vorerst Senator D'Amato als Sprecher erwartet worden war. Es erschien unter anderem der Sammelklage-Anwalt Michael Hausfeld, der eine scharfe Attacke gegen die Schweizer Banken ritt. Ein zweites Beispiel: Beim *Forum von Crans-Montana* handelt es sich sozusagen um ein *kleines Davoser Forum*, das von der Kantonsregierung in Sitten mit jährlich 200'000 Franken subventioniert wird. Unter seinem Patronat fand in der zweiten Februar-Woche 1998 in Monaco eine Tagung *Banking & Finance* statt. Die Einladung von zwei Vertretern des *Simon Wiesenthal Centers* zeigt auch hier die Absicht, unser Land an den Pranger zu stellen (*Neue Zürcher Zeitung* vom 30. Januar 1998).

² Unter «halbstaatlich» wird im Folgenden auch das Schweizer Fernsehen verstanden, vor allem, da es mit staatlich festgelegten Zwangsgebühren finanziert wird.

der Deutschschweiz¹ der am 3. Juli 1997 ausgestrahlte Film *Nazigold und Judengeld*, der in der Öffentlichkeit einen Sturm der Entrüstung auslöste.² Besonders verheerend war, dass dieser Film in der ganzen Welt als britisch-schweizerische Koproduktion gezeigt wurde, was ihn wegen der schweizerischen Mitwirkung besondere Glaubwürdigkeit gab.³ Zu Recht hielt Bundesrat Moritz Leuenberger fest, der Film habe «dem Ansehen der Schweiz unendlich geschadet».¹³⁹

Das Schweizer Fernsehen distanzierte sich vom Film, nachdem das Ausmass der öffentlichen Kritik sichtbar geworden war.¹⁴⁰ Die Aussage des verantwortlichen englischen BBC-Filmautors Christopher Olgiati lässt allerdings vermuten, dass sich die Schweizer Verantwortlichen mit dem Film zumindest anfänglich identifizierten: «*Es ist doch zumindest seltsam, dass sich das Schweizer Fernsehen an den Recherchen beteiligt, das ganze Material der (britischen Fernsehgesellschaft) BBC liefert und sich dann nicht mehr darum kümmert, was aus dem Material gemacht wird. Wir hatten den Schneiderraum in London für die Schweizer schon gebucht und auch bezahlt (...), aber die Schweizer erschienen nicht. Während wir am Film arbeiteten, zog Otto C. Honegger, der jetzt sagt, er sei von mir und der BBC hintergangen worden, mindestens zweimal Tauchferien ein, statt sich um den Film zu kümmern. Das Erstaunlichste aber ist, dass die Thesen, die im Film aufgestellt werden und die Chefredaktor Peter Studer offenbar in den falschen Hals gerieten, von seinen eigenen Leuten stammen. Ich (...) habe von der Schweizer Geschichte wenig*

¹ Auch das welsche Fernsehen schlug in dieselbe Kerbe: Die Ausstrahlung des Films *L'honneur perdu de la Suisse* wurde von der *Unabhängigen Beschwerdeinstanz UBI* schlimmer eingeschätzt als *Nazigold und Judengeld* in der Deutschschweiz. Im Gegensatz zu letzterem wurde *L'honneur perdu de la Suisse* von der UBI beanstandet.

² Die *Unabhängige Beschwerdeinstanz UBI* wies eine Konzessionsbeschwerde ab. Der Film sei wohl programmrechtswidrig, die Konzession sei aber nicht verletzt worden, weil die Ausstrahlung auf Grund der vorher laut gewordenen Kritik im letzten Moment in eine Fernsehdiskussion eingebettet worden war. Das Bundesgericht bestätigte den Entscheid der UBI. Eine strafrechtliche Untersuchung gegen Chefredaktor Peter Studer sowie die Beteiligten Thomas Buomberger und Otto Honegger wegen Verletzung des Rassismustextes durch diesen Filmbericht wurde eingestellt mit der Begründung, «*das Schweizervolk*» sei «*keine schutzbedürftige Ethnie im Sinne des Strafgesetzbuches*».

³ Die Redaktion DOK des Schweizer Fernsehens unter Otto C. Honegger hatte sich nach Vorgesprächen mit dem BBC-Filmer bündnerischer Abstammung, Christopher Olgiati, bereit erklärt, zehn Prozent der Kosten des Films zu übernehmen. TV DRS sollte dazu Quellenhinweise und Aussagen von Zeitzeugen beisteuern. Schnitt, Montage und Text der Koproduktion blieben der BBC vorbehalten.

*Ahnung. Ich habe mich also auf die Recherchen von Schweizer Historikern, unter anderem von Thomas Buomberger, gestützt.»*¹⁴¹ Der Schweizer Historiker Peter Kamber, der den Autor und Regisseur Christopher Olgiati ebenfalls mit Material versehen hatte, erklärte unmittelbar nach der Ausstrahlung des Films, «*ich möchte mich auf keinen Fall von diesem Film distanzieren*», der mit «*hervorragender Gestaltung, sehr bewegend und nicht polemisch*» gemacht worden sei. Das provozierte den bissigen Kommentar in *der Aargauer Zeitung*, «*hervorragend gestaltet*» bedeute in diesem Falle nichts anderes als «*visuelle Hetze wie zu den Zeiten von Reichspropagandaminister Joseph Goebbels, nur technisch geschliffener als damals*». ¹⁴²

Dass ein Teil unserer Fernsehverantwortlichen gegenüber der Schweiz nicht gerade wohlwollend eingestellt ist, zeigt sich vielleicht am besten an Details, wobei die folgenden¹ Beispiele beliebig erweitert werden könnten.

- Die Filmserie *Die Schweiz im Schatten des Dritten Reiches* war vom Fernsehen mit folgenden Worten angekündigt worden: «*Der Mythos der neutralen Schweiz, die wehrhaft dem Naziterror standgehalten hat, ist heute endgültig entmystifiziert. War die Schweiz eine Kolonie des Dritten Reiches?*»¹⁴³ Spricht aus solchen Worten nicht eine ähnliche Einstellung, wie sie dem mitgestalteten BBC-Film zugrunde liegt?
- In zwei Beiträgen des Schweizer Fernsehens¹⁴⁴ wurde ein Bild gesendet, welches das damalige Singener Maggi-Werk zeigte, also eine Zweigstelle einer Schweizer Firma in Deutschland. Die Fabrik war auf den ersten Blick dekoriert mit Hakenkreuzfahnen und einem Schriftband, auf dem zu lesen war: «*Der Führer macht Geschichte, wir folgen.*» Nur wer gut aufpasste, konnte erkennen, dass das Schriftband am Gebäude des Singener Bahnhofs angebracht war, während sich das Maggi-Werk unmittelbar dahinter befand.
- Als die Bergier-Kommission am 1. Dezember 1997 ihren ersten Bericht über das Raubgold veröffentlichte (Chronologie 24), lautete der Grundtenor der Sendung *10 vor 10* von SF DRS, die Schweizer Banken hätten dreimal mehr Gold von

¹ Man darf auch hier nicht verallgemeinern. Dass es auch gegenteilige Beispiele gibt, bei welchen Fernsehmitarbeiter einen für die Schweiz entlastenden Beitrag verfassten, zeigt die *Rundschau* vom 4. November 1997 (vgl. Kapitel 11 c, Fussnote).

Deutschland entgegengenommen, als bisher bekannt gewesen war. Nur wer die Zusammenhänge kannte, realisierte, dass die Kommission (für die Schweiz erfreulicherweise) mit einer Ausnahme sämtliche Daten bestätigte, die seit Jahren bekannt waren: Neu war nur die Information, dass die Geschäftsbanken (im Gegensatz zur Nationalbank, welche als Notenbank den Geldverkehr unseres Landes regelt) nicht nur Gold im Wert von 20, sondern im Wert von 61 Millionen Franken aus Deutschland übernommen hatten. Wegen diesen 41 Millionen, die im Vergleich zur gesamten Raubgoldproblematik kein wesentliches Gewicht haben, wurde beim Fernsehzuschauer mit einer extrem negativ tönenden Schlagzeile ein völlig falscher Eindruck erweckt.

Irritierend ist die landesfeindliche Einstellung von Mitarbeitern des Schweizer Fernsehens zumindest in Einzelfällen. Oder wie ist das folgende Bewerbungsschreiben des SRG-Mitarbeiters Georges Baumgartner zu verstehen, das folgendermassen zitiert wurde: *«Ich weiss, dass es dieser Tage nicht gut ist, sich als Schweizer zu erkennen zu geben und ein Amt anzustreben. Aber ich habe die Farbe meines Passes nicht selber gewählt. (...) Heute erfahre ich nun, dass die Schweiz der Bankier des Holocaust war. Das hat man uns in der Schule nie gesagt. Denn unsere Lehrbücher wurden zensuriert.»* Es folgt seine Aussage, dass *«ich die Schweiz hasse, (...) bitte (...) vergeben Sie mir, Schweizer zu sein.»*¹⁴⁵

c) Die Stiftung Pro Helvetia

Die Stiftung *Pro Helvetia* hat den gesetzlichen Auftrag, für *«das Verständnis für das schweizerische Gedanken- und Kulturgut im Ausland»* besorgt zu sein.¹⁴⁶ Dafür erhält die Stiftung Steuergelder, vom Bund in den Jahren 1996 und 1997 je 28 Millionen Franken.

Im Sommer 1997 finanzierte Pro Helvetia in den USA die Präsentation einer Reihe von Schweizer Filmen, die unser Land in einem sehr schlechten Licht zeigen. Entsprechend wurden die Filme im Begleittext von Pro Helvetia folgendermassen vorgestellt: *«Die Filme beleuchten die dunklen Ecken der Schweizer Geschichte und wirbeln Staub auf in den Korridoren der Macht.»*¹⁴⁷

Man muss sich schon fragen, wie die Verantwortlichen von Pro Helvetia auf die Idee kommen konnten, ausgerechnet bei den Amerikanern mit ihrem oft fehlenden Geschichtsverständnis mit Filmen wie *Das Boot ist voll*, *Surava*, *Die Erschiessung des Landesverrätters Ernst S.*, *Es ist kalt in Brandenburg* eine positive Imagewerbung zugunsten der Schweiz betreiben zu wollen. Muss es nicht zu denken geben, dass der Historiker Mario König als eine der Begleitpersonen dieser USA-Aktion unterstützt wurde, derselbe Mario König, welcher den englischen Journalisten Tom Bower für dessen skandalöse Publikationen mit Material aus der Schweiz versorgte (vgl. Kapitel 2)?

Kann es sein, dass die Verantwortlichen von Pro Helvetia die Denkart der amerikanischen Öffentlichkeit so fundamental falsch einschätzten? Oder waren sogar Verantwortliche am Werk, welche die Situation sehr wohl realistisch einschätzten, aber gar nicht daran interessiert waren, ein positives Bild der Schweiz zu schaffen? Ist die Aussage der neuen Präsidentin des Stiftungsrats von Pro Helvetia, Yvette Jaggi, wegweisend, welche bereits am Tag ihrer Nomination sagte, Pro Helvetia dürfe sich *«keinesfalls dafür instrumentalisieren»* lassen, *«das Image der Schweiz im Ausland zu verbessern»*¹⁴⁸?

d) Das Bundesamt für Kultur

Im Frühjahr 1997 gab die Nationale Informationsstelle für Kulturgütererhaltung (NIKE) eine historische Forschungsarbeit über die Rolle der Schweiz als Kunsthandelsplatz von Anfang der Dreissigerjahre bis Mitte der Fünfzigerjahre in Auftrag. Das Bundesamt für Kultur finanzierte und begleitete dieses Projekt, mit dem der Historiker und Journalist Thomas Buomberger beauftragt wurde. Stutzig muss auch hier machen, dass das Bundesamt mit dem Historiker Thomas Buomberger ausgerechnet denjenigen Mann beauftragte, der bei der Entstehung des unseligen Films *«Nazigold und Judengeld»* eine wichtige Rolle gespielt hatte (vgl. Kapitel 8b).

Parlament und Bundesrat haben die historische Untersuchung der Bergier-Kommission in die Wege geleitet und dafür 22 Millionen Franken zur Verfügung ge-

stellt. Der Bundesrat hat deren Auftrag im Detail formuliert. Die Kommission kann dabei auch den Bereich der geraubten Kunstgegenstände unter die Lupe nehmen. Was hat das Bundesamt für Kultur bewogen, ausserhalb des für die Bergier-Kommission bewilligten 22-Millionen-Budgets eine zusätzliche Untersuchung zu finanzieren? Ging es bei der Wahl des Experten gar darum, im heiklen Bereich der Raubkunst¹ belastendes Material gegen die Schweiz zusammenzutragen? Ein Teil der ausländischen Angriffe der letzten zwei Jahre wäre zweifellos nicht möglich gewesen, wenn sich Leute wie Senator D'Amato nicht immer wieder auf «Enthüllungen» aus der Schweiz hätten stützen können.

Wo liegen denn die Motive des Bundesamtes für Kultur, immer wieder ausgerechnet Leute zu unterstützen, welche offensichtlich dieselbe Zielrichtung wie die ausländischen Kritiker verfolgen? Oder was ist davon zu halten, dass vom 1. Oktober bis 1. November 1997 in der Schweizerischen Landesbibliothek im Rahmen der Veranstaltungsreihe «Geschichte für morgen» eine Ausstellung stattfinden konnte, die «im Auftrag von BAK Bundesamt für Kultur und Schulwarte Bern» mit folgendem Inhalt organisiert wurde: *«Die Ausstellungsmacher inszenieren (...) Collagen. Dadurch wird sichtbar, dass dunkle Punkte der Vergangenheit in den offiziellen Geschichtsbüchern lange tabu blieben, selbst wenn sie historisch längst belegt und bekannt waren, so zum Beispiel der J-Stempel und Fakten über die damalige Aussenpolitik. Spürbar wird auch eine gewisse Fremdenfeindlichkeit als Konstante im schweizerischen Selbstverständnis mit Rollenbildern, auf die rechtsextreme Jugendliche heute zurückgreifen.»*¹⁴⁹ In einem weiteren Merkblatt zu dieser Ausstellung war festgehalten: *«In den letzten Monaten ist die Schweiz unsanft aus ihrer Selbstgefälligkeit aufgeweckt und mit der Tatsache konfrontiert worden, dass sie eine Geschichte hat. Und diese Geschichte passt schlecht zu den Heldenmythen, die sie sich ersatzweise zurechtgelegt hat. (...) Die Schweiz hat den Zweiten Weltkrieg überstanden, aber mit massiven Verwicklungen ins Kriegsgeschehen, vor al-*

¹ Das Thema Raubkunst ist tendenziell heikler als das Thema der nachrichtenlosen Vermögen. Gestohlene Kunstgegenstände können mehrmals den Besitzer gewechselt haben, sie können sich heute in den Händen von gutgläubigen Besitzern befinden. Oft wurden sie damals von den Nazis auch nicht gestohlen, sondern in einer Zwangslage stehenden Eigentümern (wenn auch oft zu unrealistisch tiefen Preisen) abgekauft. Es stellen sich somit viel komplexere Fragen als bei alten Bankkonten.

lem auf der Seite der Achsenmächte. Auch diese historische Wirklichkeit wurde umgehend vernebelt durch den Heroen-Mythos von Armee, Anbauschlacht und Al-leingang.»¹⁵⁰

e) Die Ausstellung im Bundeshaus

Die Einstellung, die weite Kreise unseres Landes und sogar Teile des Bundeshauses erfasst hat, lässt sich vielleicht am besten durch einen Anlass dokumentieren, der zwar keinen direkten Zusammenhang mit der Rolle der Schweiz im Zweiten Weltkrieg hat, der aber perfekt ins Bild der letzten zwei Jahre passt: Vom 4. bis 6. Dezember 1996 – ausgerechnet zu einem Zeitpunkt also, als die ausländische Kritik dem ersten Höhepunkt zusteuerte – wurden mit dem Segen des Bundesrats¹⁵¹ im Bundeshaus die Plakate eines Wettbewerbs ausgestellt, den die *Eidgenössische Kommission gegen Rassismus* durchgeführt hatte. Es wurden Plakate gezeigt, die unser Land und unsere Bevölkerung extrem negativ darstellten und die vielleicht die Grundhaltung, welche einen «einflussreichen Teil unserer Intellektuellen» (immer gemäss der Formulierung von Churchill) ergriffen hat, besser als alles andere dokumentieren (vgl. Nebenseite, Abbildung 3).

Abbildung 3

Bild 1: Mit diesem Hakenkreuz wird die Schweiz symbolisch Hitlerdeutschland gleichgestellt, ist es doch im Original in roter Farbe gehalten und im Plakat als eines von drei verunstalteten Schweizerkreuzen zu sehen (vgl. Bild 3). Die darunter stehende Schrift «Rassismus schockiert, kämpfen wir dagegen,» ist so klein gehalten, dass sie aus der Ferne nicht wahrgenommen werden kann.

Bild 2: Auf diesem Plakat werden der aus China stammende Turner Donghua Li, die aus der Tschechoslowakei stammende Tennisspielerin Martina Hingis und der aus der Türkei stammende Fussballer Kubilay Türkyilmaz mit Schimpfworten betitelt, die für sich selbst sprechen.

Bild 3: Dieses Foto zeigt eine kritische Zeitungsberichterstattung über die Ausstellung. Im Zentrum sichtbar ist das Plakat mit der handschriftlichen Aufschrift «Sauschweizer». Zu sehen ist auch ein Teil des Plakats mit den drei verunstalteten Schweizerkreuzen (eines zerrissen, eines von Schüssen durchlöchert, eines als Hakenkreuz dargestellt; vgl. Bild 1).

Bild 4: Bei der Serie «Schweizer sind ...» ist hier die vierte Bezeichnung «Schweizer sind primitiv» nicht abgebildet. Diese Plakatserie wurde von der Jury prämiert und mit dem zweiten Rang ausgezeichnet. Erneut ist der erklärende Text so klein, dass er vom Durchschnittsbetrachter nicht wahrgenommen wird (z.B. gross und reisserisch «Schweizer stinken», dann winzig klein und praktisch nicht lesbar «Rassistische Sprüche auch»).

Plakatausstellung Bundeshaus

1



RASSISMUS-SCHOCKIER

DRECKCHINESE



ABKLÄREN UND ANKLAGEN
Dass das so ist gibt...

TSCHECHENSAU



ABKLÄREN UND ANKLAGEN
Dass das so ist gibt...

TÜRKENSCHWEIN



ABKLÄREN UND ANKLAGEN
Dass das so ist gibt...

**SCHWEIZER
SIND FEIGE**

ILLUSTRATION SPÖCK W&A

**SCHWEIZER
STINKEN**

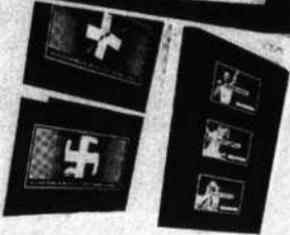
ILLUSTRATION SPÖCK W&A

**SCHWEIZER
SIND FAUL**

ILLUSTRATION SPÖCK W&A

Zur Antirassismus-Ausstellung im Bundeshaus

— von allen guten Geistern
verlassen?



«Lieber Tot als Schweizer-Rot»
(Motto der Antirassismus-Ausstellung)

Vom 4. bis 6. Dezember 1996 werden im Bundeshaus die Plakate eines Wettbewerbs ausgestellt, welchen die Eidgenössische Kommission gegen Rassismus unter dem Präsidium Professor Dr. G. Kreis zum

Jedem Antirassismus, konnte vorerst nicht in Erfahrung gebracht werden.

Aber eines ist dem Betrachter mögliches, von Bundes-

3

4

4. bis 6. Dezember 1996

Diese Plakate sollten sich angeblich für den Kampf gegen Rassismus in unserem Land eignen. Abgesehen von den schweren Beleidigungen gegenüber den abgebildeten Sportlerinnen und Sportlern ausländischen Ursprungs und abgesehen von der Tatsache, dass solche jämmerliche Plakate eher Rassismus schüren als verhindern, ist vor allem bemerkenswert, dass im Bundeshaus eine zum Hakenkreuz entstellte Schweizer Fahne gezeigt wurde. Es muss geradezu ins Auge springen, wie dieses Sujet zum Verwechseln ähnlich war mit Publikationen, wie sie kurze Zeit später in den Medien in den USA und in England gegen die Schweiz erschienen (vgl. Kapitel 2, Abbildung 1, Bild 4).

Ist nicht offensichtlich, dass im In- und Ausland dieselbe Geisteshaltung im Spiel war, auch was die Medienpublikationen betrifft (vgl. nebenstehende Abbildung 4, «inländische Zeitungen»)? Sowohl hier wie dort wurde unser Land symbolisch mit dem Dritten Reich gleichgestellt.

Abbildung 4

Bild 1: In diversen Zeitungen wurde dieses Bild publiziert, welches die Abweisung Hilfe suchender Flüchtlinge an der Grenze durch die Schweizer Armee dokumentieren soll. Einer der noch lebenden drei Schweizer Soldaten erkannte das Foto und konnte nachweisen, dass es sich gar nicht um eine Fotografie von Flüchtlingen handelt. Obwohl damit belegt war, dass das Bild missbraucht worden war, publizierte der *Brückenbauer* das Foto mit demselben Kommentar am 16. Februar 1997 noch einmal. Darauf bezieht sich der Ausdruck «Bild-Lüge».

Bild 2: Dieses Bild wurde im Wirtschaftsmagazin *Cash* als Illustration des Artikels «Wir braunen Goldhamster» publiziert. Es stellt einen Hamster mit Schweizer Kopfbedeckung dar, der Gold von Naziopfern frisst. Es wird also wider besseres Wissen die Verbindung zwischen Totengold und der Schweiz hergestellt.

Bild 3: Sogar die *Neue Zürcher Zeitung* stellt eine Assoziation zwischen der Schweiz und den Vernichtungslagern her, indem durch eine Maueröffnung, die wie ein Schweizerkreuz aussieht, eine Personengruppe gezeigt wird, die sich auf den Eingang eines Konzentrationslagers zubewegt.

Bild 4: Die *Weltwoche* publizierte dieses Bild, in welchem das Schweizerkreuz als Güterwagen (mit Hakenkreuz) dargestellt wird, wie sie damals zum Transport von Häftlingen benutzt wurden. Im Hintergrund des Bildes sind Schweizer Berge, die Bundeshauskuppel und Industrieschornsteine sichtbar. Letztere sollen wohl die Zusammenarbeit der Schweizer Industrie mit Hitlerdeutschland darstellen.

Bild 5: Dieser Bericht aus dem welschen Magazin *Héβδο* zeigt den Adler des Dritten Reichs und das Hakenkreuz neben dem Titel *Für die Schweiz ist die Stunde der Abrechnung gekommen* (sinn-gemäss übersetzt). Das Bild zeigt zwei Hände, voll von Ringen, die damals den Ermordeten abgenommen worden waren. Damit wird fälschlicherweise erneut die Verbindung zwischen der Schweiz und dem Totengold geschaffen.

Die Bild-Lüge

wendung des genau gleichen Bildes hat zunächst das Ma-
acts, der «Blick» und die
«Apostrophe der Herz-
Schweizer Flüchtlings- in
Zweiten Weltkrieg unter-
wollen.

St. Gallen, orientierte
Näherung der drei Zeitungen wie
den wirklichen Zusammenhang:

Mit alle, die um Ayl nachsuchten.
Timen wurden und auch nicht auf-
werden konnten, weiss ich. Mit
nmentar zum erwähnten Foto aber

Das Bild stammt aus dem Ram-
pfa) und wurde im April 1945 auf-
in dieser Zeit wurden der Kan-
hausen, das Rajzer Feld, der

Kommandozipfel Kreuzlingen und der Die-
poldsauserzipfel durch das Sap Bat 7 mit ein-
Grenzzeitun verschiedener Ausführung
versuchen. Das zur Grenzkontrolle, weil
nicht alle Zollämter offengehalten werden
konnten. Diesen Zäunen entlang wurden die
Flüchtlige und Deserteure zu den of-
Zollämtern gewiesen, auf dem Foto |

Den Vogel abgeschossen aber hat der «Bricken-
bauer». Er hat das gleiche Bild noch am 26. Feb-
ruar 1997 – als die Korrektur in «Facts» längst er-
schienen war –

abgedruckt mit dem Kommentar: «Flüch-
linge von drüben stehen Armeesoldaten,
durch den Stacheldraht getrennt, gegenüber.
Mehr als 30 000 zumeist jüdische Flücht-
linge wurden im Zweiten Weltkrieg an unse-
rer Grenze zurückgewiesen.»



3



«AntidieOpfe» der Nazidiktatur whs zur Beschäftigung mit der Vergangenheit

zum Eingangstor des ehemaligen Konzentrationslagers Sachsenhausen
in Berlin. (Bild Reuters)

whs zur Beschäftigung mit der Vergangenheit

ad Gedenkfeiern ist ein Dienstag in Deutschland an die Opfer des Nazi-
recken. Viele Opfer blieben weiterhin auf eine angemessene
Unrechts, das ihnen zugefügt worden ist.

han Berlin, 27. Januar

mal ist in Deutschland am 27. Ja-
nung an die Opfer des National-
offiziell wachgerufen worden. Bei der
Dankens Kundgebung stand
der Befehl, dass die Opfer der
27. Januar

ausgeführt
Ort sei
Wort

weiterhin als vor-
den. Gemittelt
ein Ende der in
Aufhebung von
tatsächlich zu
Desertion oder
Bei der Ver-
keit an der Ver-
die Zeugen Jehova
und Roma seien
den, hier zu Gre-
mit Späuren we-

4



5



Des officiers d'un
ou le responsable
mémoires des sans

La vague d'
tions qui r'
pillés par

LE DOSSIER

entrepriso... suisses en Allemagne... déposant

La Suisse à l'heure des comptes

Le CICR...
vert un ai-
pro-allemand
comment"
aujourd'h
actes que
considère"
le Ruth D
qualifié d'
ement e

atur zur Diskussion um Adolf Muschgs Aufsatz *Herrn Auschwitz in der Schweiz*
Weltwoche 7.5.1997). Der Zeichner hat offenbar Muschgs ungeschwerliche These
mmer: „Wir haben an der Tötung eines Volkes mitgewirkt und daran verdient.“

In welchem anderen Land wäre so etwas möglich? In welchem Regierungsgebäude der Welt könnte das eigene Staatswappen mit dem Segen der eigenen Landesregierung als Hakenkreuz dargestellt werden? Man stelle sich vor, im Regierungsgebäude in Washington würden Plakate mit Texten wie «Amerikaner stinken» aufgehängt. Das ist schlichtweg undenkbar. Ebenso undenkbar wäre, dass ein solches Plakat in den USA von massgebenden Persönlichkeiten auch noch preisgekrönt wird.¹

f) Nicht der Bundesrat, sondern die «geistige Elite»

Das Gesagte bedeutet nicht, dass einfach «die Landesregierung» an der mangelhaften Verteidigung unseres Landes schuld wäre. Nicht zuletzt die Tatsache, dass der Bundesrat zur Bewältigung der Krise in der Person von Botschafter Thomas Borer einen Mann zum Chef der Task-Force ernannt hat, der verschiedentlich auf Kollisionskurs mit den ausländischen Kritikern ging,² zeigt, dass der Bundesrat wohl gewillt gewesen wäre, einen härteren Kurs einzuschlagen. Seine Politik wird jedoch stark vom Umfeld geprägt.

Zu Beginn dieses Buches wurde Winston Churchill zitiert: *«Die ärgsten Schwierigkeiten, unter denen wir leiden, kommen nicht von aussen. Sie kommen von innen. Sie kommen aus einer Stimmung ungerechtfertigter Selbsterniedrigung, in die uns einflussreicher Teil unserer Intellektuellen gestürzt hat. Wenn wir den Glauben an uns selbst verlieren, dann gehen wir tatsächlich unserem Ende entgegen.»* Wenn

¹ An der Ausstellung wurden Plakate von 30 Werbeagenturen ausgestellt mit 53 verschiedenen Sujets. Das auf vorstehender Bildseite gezeigte Sujet *«Schweizer sind feige, Schweizer stinken, Schweizer sind faul und Schweizer sind primitiv»* wurde von der fünfköpfigen Jury (darunter Georg Kreis, Mitglied der Bergier-Kommission und Präsident der Eidgenössischen Kommission gegen Rassismus, welche die Ausstellung zu verantworten hatte) mit dem zweiten Preis ausgezeichnet.

² Botschafter Thomas Borer, der die Verhältnisse in den USA respektive die Denkart der Amerikaner gut kennt, wurde an die Spitze der Task-Force (Chronologie 10) gestellt. Dass Borer eine relativ harte Linie vertritt, geht nicht zuletzt aus der Tatsache hervor, dass der Likud-Abgeordnete Avraham Hirschson (gleichzeitig Mitglied der Leitung des Holocaustfonds) in einem scharf formulierten Brief an Bundespräsident Flavio Cotti die Entlassung von Thomas Borer (dem schweizerischen Unterhändler in der Holocaustdebatte) forderte und dass der Vorsitzende der Jewish Agency, Avraham Burg, gemäss einem in Jerusalem veröffentlichten Communiqué droht, wenn Borer noch einige Jahre im Amt bleibe, sei nichts mehr vom Schweizer Bankensystem übrig (vgl. *Weltwoche* vom 16. Juli 1998).

sogar Churchill dies sagte, dessen Land damals mit einer lebensbedrohenden Gefahr von aussen (Nazideutschland) konfrontiert war, so gelten seine Worte für die heutige Zeit umso mehr, speziell auch für die Schweiz.

Es sind nicht einfach «die Politiker», welche den Gang der Dinge bestimmen, weder zur Zeit Churchills noch heute. Auch in der Schweiz während des Zweiten Weltkriegs war entscheidend, wie sich der «einflussreiche Teil unserer Intellektuellen» verhielt, oder wie auch immer man die meinungsbildende Elite nennen will. Dies zeigt sich besonders deutlich bei der berühmt gewordenen, konsequenten Haltung der drei damaligen Chefredaktoren massgebender schweizerischer Zeitungen, welche auf glasklaren Oppositionskurs zu Nazideutschland gegangen waren.¹ Ohne Rückhalt einer Mehrheit der massgebenden Persönlichkeiten hätte der Bundesrat oder der General keine Politik betreiben können, die gegen Nazideutschland gerichtet war.

f1) Das Interview von Bundesrat Jean-Pascal Delamuraz

Wie stark die Landesregierung auch heute vom Umfeld abhängt, zeigt sich beispielhaft am denkwürdigen Interview von Bundesrat Jean-Pascal Delamuraz vom 31. Dezember 1996, in dem dieser von einer Erpressung gegen die Schweiz sprach (Chronologie 12). Zuzugeben ist, dass dieses Interview in einigen Punkten ungeschickt war. Vor allem hätte Delamuraz als Amtsperson nicht pauschal von «*Kreisen in Washington*» sprechen dürfen, denn das wird von einem Amerikaner als Angriff auf seine Regierung verstanden. Vielmehr hätte er klar beim Namen nennen sollen, wen er mit seinen Vorwürfen meinte. Zudem hätte er den Zeitpunkt des Interviews besser wählen sollen.² Teil des Problems war sogar die Übersetzung.³

¹ Berühmt war vor allem die konsequente Haltung der drei Persönlichkeiten Willi Bretscher, Chefredaktor der *Neuen Zürcher Zeitung*, Albert Oeri, Chefredaktor der *Basler Nachrichten*, sowie Ernst Schürch, Chefredaktor des *Bund*. Konsequenter waren aber auch die Verleger Fritz Pochon vom *Bund*, Fritz Hagemann von der *Nationalzeitung* und Karl Sartorius als Herausgeber der *Basler Nachrichten*.

² Die im Interview gemachten Vorwürfe waren mit dem Bundesrat nicht abgesprochen. Die Aussagen wurden in einer Zeit gemacht, als der gesamte Bundesrat in den Ferien weilte und somit nicht Stellung nehmen konnte.

³ Das französische Wort «*chantage*» kann wie das deutsche Wort «*Erpressung*» auch verwendet werden, wenn politischer Druck ausgeübt wird, um ein Ziel zu erreichen. Die englische Übersetzung für Erpressung lautet «*blackmail*». Dieser Begriff kann aber nur für die kriminelle Erpressung verwendet werden. Wenn man in den USA von einem Erpresser spricht, ist dies demzufolge ebenso beleidigend, wie wenn man den Betroffenen einen Dieb oder Betrüger nennen würde.

Aber unabhängig von allen Mängeln dieses Interviews waren die einheimischen Reaktionen ein Musterbeispiel dafür, wie «der einflussreiche Teil unserer Intellektuellen» mit einem Trommelfeuer von Kritik das Verhalten des Bundesrats in die gewünschte Richtung lenkte. Es dauerte nur gerade zwei Monate, bis die Landesregierung eine «weiche Linie» einschlug, Zahlungen der Nationalbank befürwortete und eine 7-Milliarden-Stiftung in Aussicht stellte.

Die Reaktionen auf das Interview von Bundesrat Delamuraz fielen in intellektuellen Kreisen*¹ ausserordentlich heftig aus. Eine Gruppe von annähernd 200 Persönlichkeiten aus der ganzen Schweiz unterzeichnete ein «Manifest vom 21. Januar 1997», dessen Text als Anzeige in mehreren grossen Tageszeitungen in der Schweiz erschien. Darin wurde der Bundesrat angegriffen und deklariert, dass durch das Interview und die zögernde Reaktion des Gesamtbundesrats «*die demokratische Würde unseres Landes aufs Spiel gesetzt, das kulturelle Selbstverständnis der Schweiz beschädigt wird. Solches Verhalten beleidigt alle demokratisch denkenden Einwohnerinnen und Einwohner der Schweiz.*» Zu reden gab auch der «*offene Brief von Professorinnen und Professoren der Universität Basel*» mit 134 Unterschriften an den Gesamtbundesrat. Darin verlangten die Unterzeichner vom Bund konkrete finanzielle Leistungen, vor allem wegen der Raubgoldproblematik. Der Berner Schriftsteller Hans Ulrich Schwaar, der sich in einem Zeitungsartikel zugunsten von Bundesrat Delamuraz eingesetzt hatte, wurde gemäss Schilderung der *Neuen Zürcher Zeitung* «*nicht mehr zu Lesungen eingeladen und von seinen Kollegen ausgegrenzt*». ¹⁵² Der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz verabschiedete am 26. Januar 1997 gar eine Resolution, in welcher Bundesrat Delamuraz als untragbar bezeichnet und zum Rücktritt aufgefordert wurde. Auffallend war, wie selbst bürgerliche Politikerinnen und Politiker vermieden, Bundesrat Delamuraz Rückendeckung zu geben.

Unter den gegebenen Umständen war der von Bundesrat Delamuraz benutzte Ausdruck nach gängigem Sprachgebrauch sachlich wohl schon damals vertretbar.¹ Der

¹ Die Bevölkerung reagierte in der grossen Mehrheit gegenteilig. Bundesrat Delamuraz erhielt massenhaft und fast ausschliesslich positive Reaktionen aus der Bevölkerung.

Jüdische Weltkongress hatte gegenüber der Bundesverwaltung eben erst 250 Millionen Dollar gefordert, andernfalls müsse die Schweiz mit Konsequenzen rechnen (vgl. Kapitel 11 f1, Fussnote).²

Selbst die *Jerusalem Post* räumte ein, dass der Jüdische Weltkongress die Banken tatsächlich bereits im Verlauf des Jahres 1996 mit Boykottandrohungen unter Druck gesetzt hatte: «Die erste Boykott-Drohung kam am 11. März 1996, als der Präsident des Jüdischen Weltkongresses Edgar Bronfman der Agentur Reuters sagte, dass der Jüdische Weltkongress die Forderung nach einem Boykott der Schweizer Banken in Erwägung ziehe. (...) Die zweite Drohung kam am 13. Dezember 1996, als der Jüdische Weltkongress Reuters sagte, eine Entscheidung, ob ein internationaler Boykott verlangt werden soll, werde bis im Januar aufgeschoben.»¹⁵³ Kaum weniger deutlich ist die Aussage von Edgar Bronfman selbst, die einem Eingeständnis gleichkommt, «erpresserisch» (wiederum nach hiesigem Sprachgebrauch) vorgegangen zu sein: «Zuerst haben wir viel Lärm gemacht, dann haben wir verhandelt und gesagt, wenn ihr macht, was wir verlangen, hören wir auf mit dem Lärm.»¹⁵⁴ Wie dieser «Lärm» beim Präsidenten des Jüdischen Weltkongresses üblicherweise aussieht, wurde spätestens sichtbar, als er der Schweiz den «totalen Krieg» und die «Suspension von Geschäften mit den Schweizern» androhte, wenn unser Land weiterhin «störrisch» bleibe.³

¹ Der Aussenpolitik-Spezialist Nationalrat Ernst Mühleemann (FDP Thurgau) bezeichnete später die Worte von Delamuraz als «richtiges Wort zur richtigen Zeit», in: *Coopzeitung* Nr. 34 vom 19. August 1998.

² In der Folge bestritten die Mitglieder des Jüdischen Weltkongresses zwar, dass Zahlen genannt worden waren, so zum Beispiel in der *Basler Zeitung* vom 11. Januar 1997, als Direktor Elan Steinberg sagte: «Ich stelle fest: Weder Herr Bronfman noch ein anderer Vertreter des Jüdischen Weltkongresses hat jemals eine konkrete Summe genannt.» Avraham Burg gab aber freimütig zu, «der Jüdische Weltkongress hat die Idee eines von der Schweiz zu bildenden Fonds von 250 Millionen Dollar lanciert», in: *Jüdische Rundschau* vom 9. Januar 1997.

³ Im *Jewish Bulletin of Northern California* erklärte Bronfman, er habe von den Banken drei Milliarden Dollar verlangt: «Wenn die Schweizer weiterhin störrisch bleiben, werde ich alle amerikanischen Aktionäre aufrufen, ihre Geschäfte mit den Schweizern zu suspendieren. Wir kommen nun an einen Punkt, wo die Angelegenheit erledigt werden muss. Oder es kommt zum totalen Krieg. Ich kann nicht ewig auf meinem Daumen sitzen», vgl. *Neue Zürcher Zeitung* vom 11. März 1998. Den Ausdruck «totaler Krieg» hatte Reichspropagandaminister Joseph Goebbels in seiner Brandrede im Berliner Sportpalast 1942 geprägt.

Es ist denn auch bezeichnend, dass etwas mehr als ein Jahr später der Begriff «Erpressung», der noch im Januar 1997 eine Protestwelle verursacht hatte, in vieler Munde war, ohne Unruhe zu stiften. Sogar Sigi Feigel, der Ehrenpräsident der Israelitischen Cultusgemeinde Zürich, der das Interview von Bundesrat Delamuraz noch als «hervorragende politische Fehlleistung» bezeichnet hatte, sprach im August 1998 offen von Erpressung.¹⁵⁵ Ebenso der Chefredaktor des Schweizer Fernsehens, Peter Studer, indem er am Tag nach dem Zustandekommen der «Globallösung» am 12. August 1998 (Chronologie 43) von «erpresserischem Druck» redete.

f2) Wirksame Abschreckung für Politiker

Politikerinnen und Politiker haben aus der Kritik an Bundesrat Delamuraz schnell gelernt, was ihnen blüht, wenn sie auf die Angriffe mit einem «falschen» Wort reagieren. Als zweites Beispiel kam der Rücktritt des schweizerischen Botschafters in den USA, Carlo Jagmetti, dazu (Chronologie 14). Dieser hatte aus Washington in einem vertraulichen Papier,¹⁵⁶ von dem er annehmen durfte, dass es nie an die Öffentlichkeit gelangt, von einem «Krieg» gesprochen, welcher gegen die Schweiz geführt werde. Nachdem dieses Papier den Weg in die *SonntagsZeitung* gefunden hatte, ging wegen des Ausdrucks «Krieg» ein derartiger Wirbel los, dass sich Botschafter Jagmetti gezwungen sah, seinen Rücktritt einzureichen.¹

Noch etwas anderes wurde den Politikerinnen und Politikern vor Augen geführt: Je unverfrorener jemand über die Schweiz herzieht, desto mehr steigt offenbar dessen Anerkennung bei einem «einflussreichen Teil unserer Intellektuellen», wie sich Churchill ausdrückte. Adolf Muschg, der einen Bogen von Auschwitz zur Schweiz zog, der die Schweizer pauschal beschuldigte, an der Tötung der Juden mitgewirkt

¹ Bemerkenswert ist, dass sich kaum jemand daran stiess, wenn das Wort «Krieg» von der Gegenseite verwendet wurde. Edgar Bronfman verwendete diesen Ausdruck wiederholt. So zum Beispiel nach der Ankündigung der 7-Milliarden-Stiftung durch Bundesrat Koller: «Die Schweizer haben kapituliert; die erste Schlacht ist gewonnen, aber der Krieg geht weiter» (Interview im kanadischen Magazin *MacLean* vom 9. Juni 1997). Vor allem aber drohte er der Schweiz am 10. März 1998 öffentlich den «totalen Krieg» an (Chronologie 31). Es berührt eigenartig, dass es Leute gibt, die den Rücktritt von Jagmetti für angemessen halten, die sich aber mit Edgar Bronfman trotz dessen Aussagen identifizieren.

und daran verdient zu haben, und der nicht zögert, seine politischen Gegner als Faschisten zu bezeichnen,¹ fand breite Anerkennung. In zahlreichen Medien erhielt er eine Plattform,² ebenso als Redner bei zahlreichen wichtigen Veranstaltungen. Als vollamtlicher Professor der ETH Zürich wurde er während längerer Zeit von seiner Lehrverpflichtung freigestellt,³ um sich dem Collegium Helveticum⁴ widmen zu können. Sogar bundesrätliche Anerkennung wurde ihm zuteil, indem er in die «Arbeitsgruppe Stiftungsaktivitäten» gewählt wurde, welche ein Konzept erarbeiten soll, wohin die Gelder der geplanten 7-Milliarden-Stiftung zu fließen haben.

Für Politikerinnen und Politiker, die auf Wahlen angewiesen sind, ist die Lektion klar: Wenn selbst Persönlichkeiten in scheinbar unanfechtbaren Positionen wie ein Bundesrat oder ein Botschafter in den USA in grösste Schwierigkeiten kommen, wenn sie auch nur einen einzelnen Ausdruck oder eine interne Notiz falsch formulieren, dann ist es ratsam, lieber gar nichts mehr zu sagen, um nicht abgeschossen

¹ Adolf Muschg, *Wenn Auschwitz in der Schweiz liegt*, 1997, Seite 42. Er schreibt dort an die Adresse von Leuten, welche sich in der EWR-Abstimmung für ein NEIN eingesetzt haben: «Der Grossimporteur japanischer Kleinwagen, der hemsämrliche Populist aus dem Heidiland und der als Alphirt verkleidete Faschist vereinigten ihr NEIN mit demjenigen der kleinen feinen Grünen, des Radikaldemokraten Andi Gross.» Diese massive Verunglimpfung des anders Stimmenden ist ein Umgangsstil, welcher der Schweiz bisher glücklicherweise weitgehend erspart geblieben war. Es muss nachdenklich stimmen, dass jemand, der eine ganz neue Dimension der Verunglimpfung Andersdenkender einführt, derartiges Ansehen gewinnen kann, bis hin zur Wertschätzung durch höchste politische Behörden.

² Er erhielt die Möglichkeit, in wichtigen Zeitungen ganzseitige Artikel zu schreiben (so zum Beispiel im *Tages-Anzeiger* vom 24. Januar 1997), beim Fernsehen DRS erhielt er im Sendegefäss *Sternstunde Philosophie* die Möglichkeit eingeräumt, wichtige Gesprächspartner zu interviewen. Eine solche Plattform ermöglicht ihm, ausserordentlich grossen Einfluss auszuüben.

³ Dies führte zu Kritik. In einer parlamentarischen Anfrage kritisierte Nationalrat Hans Fehr (SVP Zürich), Adolf Muschg habe gemäss Vorlesungsverzeichnis der ETH im Wintersemester 1995/1996 und im Sommersemester 1996 keine einzige Vorlesung oder Lehrveranstaltung abgehalten, weil er sich einem Projekt *Collegium Helveticum* gewidmet habe, obwohl «eine Mehrheit von 10 der 14 Professoren der Abteilung für Geistes- und Sozialwissenschaften der ETH ihre Zustimmung versagten». Der Bundesrat antwortete, Muschg sei im Wintersemester 1996/97 für das Collegium Helveticum freigestellt worden, nachdem er bereits einen Teil des ihm regulär zustehenden «Sabbatical Leave» (Semester ohne Unterrichts Verpflichtung) dafür verwendet habe.

⁴ Das Collegium Helveticum soll eine «Schule der Interkulturalität» sein und «als wissenschaftliche Gast-Wirtschaft mit globalem Einzugsgebiet eine Schnittstelle für die Begegnung der Technik mit den Humanwissenschaften» darstellen.

zu werden. Schon eher lohnt sich, auch absurdeste Vorwürfe gegen das eigene Land zu erheben, weil man darauf zählen kann, dass der «einflussreiche Teil der Intellektuellen» respektive die «meinungsbildende Elite» Schützenhilfe leistet. Indem diese «intellektuelle Elite» Andersdenkende einschüchtert und zu eliminieren versucht, trägt sie gleichzeitig zentrale Mitverantwortung für die eingeschlagene Politik.

9. DIE MOTIVE ZUR DEMONTAGE DES EIGENEN LANDES

Dass ein Grossteil unserer «meinungsbildenden Elite» (oder unserer «intellektuellen Elite», unserer «Meinungsbildner» [engl. opinion leaders], unserer «gesellschaftlichen Führung» oder eben – wie Churchill sich ausdrückte – ein «einflussreicher Teil unserer Intellektuellen») nicht mehr bereit ist, zu unserem Land zu stehen und für die Interessen unserer Bevölkerung zu kämpfen, ist offensichtlich. Warum, ist hingegen viel schwieriger zu beurteilen. Jede Antwort ist bis zu einem gewissen Grade spekulativ. Wer der Meinung ist, dass die nachfolgenden Überlegungen nicht richtig sind (vor allem die Ausführungen in Ziffer e bezüglich der Abschaffung der direkten Demokratie), wird allerdings eine bessere Erklärung beibringen müssen, wo die Triebfeder zur ebenso unbegründeten wie fundamentalen Kritik gegenüber dem eigenen Land liegt.

a) Unwissenheit oder gezielte Absicht?

Vorweg ist festzuhalten, dass die Kritik am eigenen Land kaum auf Unwissenheit zurückzuführen ist. Unwissenheit war zwar ohne Zweifel bei Teilen unserer Bevölkerung im Spiel, wenn in den vergangenen zwei Jahren für die Angriffe gegen die Schweiz Verständnis aufgebracht oder sogar in die Kritik mit eingestimmt wurde. Das ist auf Grund der massiven antischweizerischen Propaganda der Kritiker begreiflich. Nicht jedermann hat Gelegenheit und Zeit, sich umfassend zu informieren.

Ganz anders liegen die Dinge jedoch bei denjenigen massgebenden Schriftstellern, Kulturschaffenden, Historikern, Soziologen, Universitätsprofessoren, Medienschaffenden und Politikern, die als Ankläger gegen das eigene Land auftraten. Zwar mag es auch unter ihnen Mitläufer gegeben haben, die mit den Wölfen heulten und bedenkenlos forderten, die Schweiz müsse zu Kreuze kriechen und Zah-

lungen leisten, ohne dass sie sich die Hintergründe überlegt haben. Aber bei den entscheidenden Personen war weder Inkompetenz noch Unwissenheit im Spiel. Sie haben sich mit der Materie befasst, sie kennen die in diesem Buch dargelegten Fakten. Wer in Kenntnis der Faktenlage und der grotesken Übertreibungen hohe Zahlungen der Schweiz befürwortet, verkauft die Interessen unseres Landes und des steuerzahlenden Bürgers. Wer sich mit denjenigen ausländischen Kräften solidarisiert, welche die Schweiz Nazideutschland gleichstellen, der verrät das eigene Land.

Es ist eine zentral wichtige Frage, wo die Beweggründe der inländischen Kritiker liegen. Wie bei den ausländischen ist Geltungssucht eine der möglichen Triebfedern, wobei die Schädigung des eigenen Landes und das voraussehbare Aufkommen von Antisemitismus einfach in Kauf genommen werden. Möglich ist auch, dass die Abschaffung des Bankgeheimnisses ein gemeinsames Ziel von in- und ausländischen Kritikern ist (vgl. Kapitel 5d). Im Übrigen aber unterscheiden sich die Beweggründe der meisten inländischen Kritiker wohl von denjenigen der ausländischen (vgl. allgemein Kapitel 5).

b) Finanzielle Interessen?

Stimmt die Vermutung von Nationalrat Christoph Blocher, der den einheimischen Kritikern vorwarf, sie hätten *«den Holocaust als Geschäft entdeckt»*?¹⁵¹ Wird das eigene Land in möglichst Aufsehen erregenden Artikeln und Büchern angegriffen, weil sich möglichst spektakuläre Attacken gegen die Schweiz leicht versilbern lassen?

Der Versuch, mit einschlägigen Publikationen Aufsehen zu erlangen und Geld zu verdienen, könnte für einige Autoren, Publizisten und Verleger durchaus der entscheidende Punkt gewesen sein. Im Fall des Erfolgsautors Benjamin Wilkomirski scheint dieses Bestreben sogar so weit gegangen zu sein, dass er den Inhalt seines

angeblichen Tatsachenberichts zulasten der Schweiz skandalöserweise einfach erfand.¹ Dass zumindest in Einzelfällen mit Attacken gegen die Schweiz tatsächlich Geld verdient werden kann, wird dadurch dokumentiert, dass der Journalist Tom Bower die Filmrechte seines Buches (vgl. Kapitel 2) offenbar «für mehrere Millionen Dollar an den Filmgiganten MGM» verkaufen konnte.¹⁵⁸ Am 22. Juli 1998 gab auch Nationalrat Jean Ziegler bekannt, er habe die Filmrechte an seinem Buch *Die Schweiz, das Gold und die Toten* nach Hollywood verkauft. Ein Preis wurde nicht genannt.

c) Abrechnung mit der Vatergeneration?

Stimmen die Vermutungen von Ernst Leisi, der darauf hinweist, dass mehrere massgebende Schweizer Schriftsteller massive Probleme mit ihren Vätern hatten und damit die Tendenz haben, «in ihren Werken Vaterfiguren vom leiblichen Vater bis zu General Guisan als Feinde und Faschisten darzustellen»?¹⁵⁹ Kann es die heute an den politischen Machthebeln sitzende Generation psychologisch nicht ertragen, dass sie zumindest seit Beginn der Neunzigerjahre eine erschreckend erfolglose Politik betreibt, wogegen die Elterngeneration eine erfolgreiche Schweiz aufgebaut hat?

¹ Wilkomirski publizierte 1995 sein Buch *Bruchstücke*, Erinnerungen an seine Kindheit im Vernichtungslager Auschwitz. Es wurde zum Grosse Erfolg und in Amerika mit dem National-jüdischen Buchpreis ausgezeichnet. Es wurde in mehr als ein Dutzend Sprachen übersetzt, drei Dokumentarfilme, ein Theaterstück, gelehrte Abhandlungen und unzählige Rezensionen folgten. Der jüdische Schriftstellerkollege Daniel Ganzfried schöpfte Verdacht, die Geschichte von Wilkomirski sei frei erfunden. Er besuchte Wilkomirski und erfuhr trotz siebenstündigem Gespräch nichts Klareres als: «Ein Komplott aus antisemitischen schweizerischen Grenzbeamten, kaltherzigen Pflegeeltern und korrupten Behörden soll dem Kind durch eine gefälschte Identität seine jüdische Herkunft ausgeradiert haben.» Ganzfried kommt nun zum Schluss: «Unsere Recherche lässt keinen anderen Schluss mehr zu: Wilkomirski ist in der Schweiz geboren, in bestem Zürcher Hause aufgewachsen. (...) Benjamin Wilkomirski alias Bruno Doessekker kennt Auschwitz nur als Tourist» (Zitat stammt aus der *Aargauer Zeitung* vom 29. August 1998; vgl. im Übrigen die diversen Artikel von Ganzfried in der *Weltwoche*). Es wird interessant sein, die weitere Diskussion zu verfolgen. Sollten sich die Vorwürfe erhärten, handelt es sich um einen eklatanten Fall von Geschäftemachen mit dem Holocaust. Dass in Einzelfällen Betrügereien dieser Art vorkommen können, bestätigt auch die *Jüdische Rundschau* (vom 3. September 1998), die im Zusammenhang mit dem Fall Wilkomirski schrieb: «Siedendheiss übeifsel so manche Leute die Erinnerung an die junge Australierin, die vor wenigen Jahren rauschende Erfolge feierte und sogar den nationalen Buchpreis erhielt, nachdem sie die fürchterliche Holocaust-Vergangenheit ihrer Einwandererfamilie als Sachbuch veröffentlicht hatte. Nachdem trotz allem nach einiger Zeit Zweifel angemeldet wurden, gab sie schliesslich zu, die ganze Geschichte erfunden zu haben, weil sie sich von diesem Thema am meisten Publicity versprach»; vgl. *Jüdische Rundschau* vom 3. September 1998.

Geht es auch im Falle von Adolf Muschg um einen «Vater-Sohn-Komplex» und liegen seine Motive im «individualpsychologischen Bereich»? Wer ihm zuhört, wie er über seinen offenbar äusserst religiösen Vater spricht,¹⁶⁰ kann sich in der Tat vorstellen, dass eine Abrechnung mit dem Elternhaus seine Triebfeder sein könnte. Kann er seinem Vater nicht verzeihen, dass im Elternhaus eine deutschfreundliche Stimmung geherrscht hat?¹⁶¹

Oder zeigt sich – vielleicht auf Grund der sich anbahnenden sozialen Spannungen zwischen verschiedenen Altersgruppen¹ – eine generelle «Altersfeindlichkeit»? Kommentare wie vom (ehemaligen) Chefredaktor des *Brückenbauers*, Rolf Ribl, lassen jedenfalls eine generelle, bedenklich verächtliche Haltung gegenüber der älteren Generation erkennen: «*Ob Ihr Frauen und Männer der Kriegsgeneration genügend eigenen moralischen Widerstand geleistet habt gegen Frontisten und Judenhasser, gegen einzelne Landesväter und Unternehmer, das müsst Ihr selber wissen. Warum aber, Ihr älteren Männer und Frauen, soll die Wahrheit über jene schwierige Zeit nicht neu erforscht werden? Warum soll sich unser Volk dieser Gewissensprüfung nicht unterziehen? Warum hängt Ihr so verbissen an den alten Mythen, die unserer Jugend nichts mehr bedeuten und das Land nicht vorwärtsführen?*»¹⁶²

d) Abneigung und Gleichgültigkeit gegenüber der Schweiz?

Wurden die Vorwürfe gegen die Schweiz von vielen einfach unterstützt, weil dies einem diffusen «intellektuellen Zeitgeist» entspricht? Spielte ein «intellektueller Herdentrieb» eine massgebende Rolle? Dass massgebende Intellektuelle nicht mehr bereit sind, zur Schweiz zu stehen, hat sich in der Tendenz eben erst wieder an der Frankfurter Buchmesse gezeigt² und gehört schon fast zur Tradition. Man

¹ Auf Grund der Bevölkerungspyramide stehen immer mehr Menschen im Pensionsalter immer weniger arbeitstätigen Menschen gegenüber. Es ist möglich, dass wir am Anfang von grundsätzlichen politischen Meinungsverschiedenheiten zwischen den Generationen stehen.

² Das *Zofinger Tagblatt* (13. Oktober 1998) kommentierte den Auftritt der Schweiz, die als offizielles Gastland geladen war, als «*Desaster*»: «*Während die Deutschen ihre ‚Keule Auschwitz‘ loszuwerden versuchen, gefällt sich der Schweizer Intellektualismus in Selbstanklagen. (...) Welche Repräsentation der Schweiz im Ausland und vor der Welt! Ist das der ganze Schweizer Intellektualismus?*» Sogar die eher «links» stehende *Berliner Tageszeitung* titulierte die Schweizer auf Grund ihrer Präsentation an der *Frankfurter Buchmesse* Anfang Oktober 1998 als «*Spezialisten für Selbsthass*».

denke an die Aussage von Schriftsteller Max Frisch, dass *«er mit diesem verluderten Staate (der Schweiz) nichts zu tun habe. Nur noch den Schweizer Pass habe er.»*¹⁶³ Oder man denke an den bekannten Ausspruch von Schriftsteller Friedrich Dürrenmatt, die Schweiz sei *«ein Gefängnis»*, bis es ihr gelinge, *«seine Gefängniswärter abzuschaffen»*.¹⁶⁴ Oder man denke an den schon mehr als 20 Jahre alten Satz von Schriftsteller Peter Bichsei: *«Ich erschrecke beim Gedanken, in zwanzig Jahren in einer Schweiz leben zu müssen, die aussieht wie diese.»*¹⁶⁵ Klarer kann man wohl nicht ausdrücken, dass man sich mit dem eigenen Land in seiner heutigen Form nicht mehr identifizieren will.

Oder ist den massgebenden Persönlichkeiten die Schweiz einfach gleichgültig geworden? Ist es sogar höchsten Politikerinnen und Politikern egal, ob die Schweiz auch in Zukunft noch Bestand haben wird? In diesem Zusammenhang ist die berühmte Aussage von Bundesrätin Ruth Dreifuss zu nennen: *«Es ist eigentlich unwesentlich zu wissen, ob es die Schweiz noch geben wird oder nicht. Ich persönlich hoffe, dass über die Staaten hinweg ein neuer, europäischer Überbau entsteht. Ob die Schweiz innerhalb einer grösseren Einheit als Staat überlebt, ist mir selber nicht so wichtig.»*¹⁶⁶

e) Abschaffung des «Sonderfalls direkte Demokratie» als politisches Ziel?

Oder spielen persönliche Ziele wie Popularitätsgewinn, finanzieller Profit oder Ablehnung der Elterngeneration eine untergeordnete Rolle? Ist es nicht viel wahrscheinlicher, dass es ganz einfach politische Interessen sind, welche verfolgt werden? Werden dazu die mehr als 50-jährigen «Verfehlungen» der Schweiz instrumentalisiert? Exemplarisch dürfte sein, was die deutsche Wochenzeitung *Die Zeit* nach einem Interview mit Nationalrat Paul Rechsteiner (SP St. Gallen) schrieb: *«Es geht dem jungen Sozialdemokraten nicht nur darum, auf verschollenen Konten noch Millionen zu finden. (...) Rechsteiner sucht also keine goldenen Schätze, sondern eine neue Schweiz.»* Rechsteiner habe gesagt, die *«Raubgold- und Kontengeschichten (sind eine) Chance dafür, dass eine Minderheit etwas in Bewegung setzt. Der internationale Druck hilft uns.»*¹⁶⁷

Der Druck respektive die Angriffe von aussen helfen also zur Verfolgung der heutigen politischen Ziele? Ich erinnere mich noch lebhaft an die Worte einer Kollegin, als vor mehr als zwei Jahren Senator D'Amato seine erste Breitseite gegen unser Land abfeuerte: *«Das tut unserem Land gut, endlich bringt uns jemand von aussen bei, dass wir keinen Sonderfall darstellen, dass die Schweiz selbst im Krieg nie ein Sonderfall gewesen ist.»* Liegt hier das entscheidende politische Ziel?

Selbstverständlich hat Recht, wer mit der Verneinung des Sonderfalls aussagen will, die Schweizerinnen und Schweizer seien nicht besser und nicht schlechter als die Bürgerinnen und Bürger anderer Staaten. Wenn aber Politikerinnen und Politiker von einer Abschaffung des Sonderfalls reden, meinen sie damit etwas ganz anderes. Sie haben dabei ein konkretes politisches Ziel im Kopf.

Bekanntlich ist unser Land nur in einer Beziehung ein Sonderfall.¹ Die Schweiz besitzt eine einzigartig ausgestaltete direkte Demokratie mit ihren Volksrechten, dem Initiativ- und dem Referendumsrecht. Charakteristisch und einzigartig ist bei dieser Art der direkten Demokratie, dass die Bevölkerung jederzeit die Möglichkeit besitzt, selbst entgegen dem Willen der Politikerinnen und Politiker, jedes beliebige Thema zur Abstimmung zu bringen. Damit hat das Volk überall und immer das letzte Wort, wenn es sich zu äussern wünscht.

Ich erlebe das Bemühen, die direkte Demokratie im schweizerischen Sinne abzuschaffen, als **die** dominante Kraft in Bern. Immer grösseren Kreisen sind offensichtlich die Volksrechte ein Dorn im Auge. Mit manchmal geradezu fundamentalistischem Eifer wird deshalb versucht, den «Sonderfall Schweiz» abzuschaffen. Dabei sind zwei Überlegungen dominant, wobei eine gründliche Diskussion dieses Themas den Rahmen des vorliegenden Buches bei weitem sprengen würde.

¹ Vgl. die Fussnote auf S. 145. Paradoxerweise ist es somit gerade die Zeitschrift *Die Zeit*, die mit ihrem kritischen Artikel, in welchem sie die direkte Demokratie lächerlich zu machen versucht, zugibt, dass die Schweiz im entscheidenden Punkt der Mitsprache des Volkes einen Sonderfall darstellt. *Die Zeit* braucht ausdrücklich den Ausdruck «einzig», welcher die Einzigartigkeit des schweizerischen Systems in diesem zentralen Punkt bestätigt.

e1) Das egoistische Machtmotiv?

Für die einen liegen die Beweggründe schlicht und einfach in egoistischen Machtinteressen. Für sie erscheint es attraktiv, die Rechte der Bevölkerung zurückzubinden, um in Zukunft in eigener Regie über die entscheidenden gesellschaftlichen Fragen in kleinem Kreis entscheiden zu können.

Es ist klar, dass diejenigen, die möglichst viel Macht anstreben, in der direkten Volksbeteiligung am politischen Prozess seit jeher ihren Hauptfeind sahen. Ebenso selbstverständlich ist, dass der Kleinstaat Schweiz mit seiner «unberechenbaren» direkten Demokratie bei der Verfolgung internationaler Machtansprüche als störender Fremdkörper empfunden wird, wie dies von der deutschen Zeitung *Die Zeit* in geradezu klassischer Art und Weise festgehalten wurde.¹ So gesehen erhält die Problematik eine internationale Dimension. Wer die Unterschiede zwischen den Staaten eliminieren will, empfindet die direkte Demokratie der Schweiz automatisch als erraticen Block, der beseitigt werden muss. So kann nicht erstaunen, dass schon Friedrich Engels, zusammen mit Karl Marx 1848 der Verfasser des «Kommunistischen Manifests», in seinen Bemühungen nach internationaler Gleichschaltung und Wohlstandsnivellierung die traditionelle Schweiz als Gegner betrachtete, der sich «*störrisch gegen die Zivilisation und den Fortschritt stemmt*», und dass er danach trachtete, «*dass die europäische Demokratie endlich diesen urchweizerischen, reaktionären Ballast loswird*».¹⁶⁸

Aber nicht nur diejenigen sind für eine Abschaffung der direkten Demokratie, welche die Menschen materiell gleichschalten und die (Wohlstands)-Unterschiede zwischen Staaten ausmerzen wollen, weil sie sich dadurch das Heil der Welt ohne Neid, Spannungen und Krieg versprechen. Dieselbe Stossrichtung verfolgen diejenigen, welche die Interessen von multinationalen Unternehmungen vertreten, die sich durch nationale Bindungen und Vorschriften immer mehr behindert fühlen.

¹ «*Die Schweiz ist ein unberechenbarer Verhandlungspartner. (...) Der Schweizer Finanzminister ist der einzige der Welt, der sich jede Steuererhöhung direkt vom Volk genehmigen lassen muss.*» Dann macht die Zeitung unser System der direkten Demokratie lächerlich, indem sie schreibt: «*Generationen von Kabarettisten verdanken diesem Prinzip viele Pointen*» (*Die Zeit* vom 24. Januar 1997).

Während die einen aus ideologischen Gründen eine (wirtschaftliche) Gleichschaltung der Völker anstreben, was für die Schweizer Bevölkerung zwangsläufig ein Absinken des Wohlstands auf den internationalen Durchschnitt zur Folge haben wird,¹ haben die anderen insbesondere den «Vorteil» im Kopf, dass mit einer Internationalisierung die Sozialleistungen und die Löhne massiv gesenkt werden können.² Es sind mit anderen Worten Leute von «links» bis «rechts», die sich die Abschaffung des schweizerischen Sonderfalls direkte Demokratie zum Ziel gesetzt haben.

e2) Echte Sorge um das «uneinsichtige» Volk?

Für die anderen steht nicht die Zunahme der persönlichen Macht und somit wenigstens kein egoistischer Beweggrund im Vordergrund. Sie meinen vielmehr, in unserer «schnelllebigen Zeit» sei das Volk nicht intelligent, flexibel und schnell genug, um «richtige» Entscheide zu treffen. Sie haben mit Sorge die Missstände unserer heutigen Politik im Auge und ziehen den Schluss, eine kleine, flexible Elite würde alles besser machen, folglich wollen sie die Mitsprache des Volkes beseitigen und die Entscheidungskompetenzen in die Hände einer kleinen Elite legen.

Diese Kreise machen allerdings eine fatale Fehlüberlegung. Jeder Blick ins Ausland zeigt, dass die Probleme mit Sicherheit nicht besser gelöst werden, wenn eine Elite allein entscheiden kann. Sie vergessen, wie oft sie sich über die Politikerinnen

¹ Dieser Gleichschaltung liegt eine fundamentale Fehlüberlegung zu Grunde. Mit den Worten des ehemaligen amerikanischen Präsidenten Abraham Lincoln kann gesagt werden: *«Ihr werdet die Schwachen nicht stärken, indem ihr die Starken schwächt. Ihr werdet den Armen nicht helfen, indem ihr die Reichen ausmerzt.»* Oder auf die vorliegende Problematik gemünzt: Man erweist der Welt keinen Dienst, wenn man das Land mit dem höchsten Lebensstandard auf den allgemeinen Durchschnitt herunterwirtschaftet.

² So hat in der Schweiz der Vorsitzende der Geschäftsleitung von ABB-Schweiz (heute VR-Mitglied der weltweiten ABB AG), Edwin Somm, Furore gemacht, als er mit entwaffnender Offenheit zugab, dass es sein Ziel sei, die Löhne der arbeitenden Bevölkerung um 30 Prozent zu senken. Meines Erachtens liegt dies nicht im Interesse unserer Bevölkerung und unseres Landes. Anzustreben wären vielmehr möglichst viele produktive Arbeitsplätze mit möglichst hohen Löhnen. Die Forderung von Edwin Somm ist deshalb Ernst zu nehmen, weil Somm nicht nur in der Leitung der multinationalen ABB tätig ist, sondern weil er zugleich das Präsidium der beiden wichtigen Verbände ASM (*Arbeitgeberverband der Schweizerischen Maschinenindustrie*) und VSM (*Verein Schweizerischer Maschinenindustrieller*) inne hat und er damit ausserordentlich grossen Einfluss besitzt.

und Politiker beklagten, denen sie jetzt die Macht in die Hände legen wollen. Sie übersehen, wie stark unsere direkte Demokratie politisches Engagement, Eigenverantwortung, positive Arbeitseinstellung, Solidarität gegenüber anderen Bevölkerungsgruppen und Landesteilen fördert, und sie unterschätzen, was für dramatische, negative Konsequenzen deren Abschaffung für unser Land hätte.

e3) Die Verheimlichung der wahren Ziele

Charakteristisch ist – und deshalb wird dieses Motiv enorm unterschätzt –, dass sich die Politikerinnen und Politiker hüten, betreffend die Abschaffung der direkten Demokratie ihr wahres Ziel bekannt zu geben. Wer abhängig von Volkswahlen ist, wird tunlichst vermeiden, je zuzugeben, dass er die Mitsprache des Volkes ausschalten will. Nur Leute mit gesicherter Stelle, die nicht von der Bevölkerung gewählt werden müssen, bringen normalerweise den «Mut» auf, offen zum Ziel des Abbaus der direkten Demokratie zu stehen, so z.B. fest angestellte Universitätsprofessoren, die unsere Volksrechte als nicht mehr tragbar bezeichnen.¹

f) Die konkreten Beispiele

Wer die folgenden Zitate² liest, wird zugeben müssen, dass einiges dafürspricht, dass vielen einheimischen Kritikern zur Verfolgung ihrer Ziele die ausländischen Angriffe willkommen waren.

- Dass es Leute in unserem Land gibt, die tatsächlich froh über die Angriffe aus dem Ausland waren, zeigen Aussagen wie diejenigen des Schweizer Philosophen

¹ Beispielhaft vor allem die beiden Wirtschaftsprofessoren Walter Wittmann (Universität Freiburg) und Silvio Borner (Universität Basel); in: *Führt die direkte Demokratie zur Handlungs- und Verhandlungsunfähigkeit der Schweiz?* und im Sonderdruck *Diplomatische Negoziation* zum 60. Geburtstag für Staatssekretär Franz Blankart. Vgl. auch *SonntagsZeitung* vom 15. November 1998 mit dem vielsagenden Titel «*Unser System ist absurd*», *Walter Wittmann über die direkte Demokratie*.

² Äusserungen im Sinne solcher Zitate sind fast täglich in Zeitungen zu finden. Dass an dieser Stelle hauptsächlich aus September 1997 zitiert wird, ist nur darauf zurückzuführen, dass dieses Kapitel in jenem Zeitraum geschrieben wurde.

Hans Saner. Als er gefragt wurde: «*Die Hauptaussage des Eizenstat-Berichts ist, die Schweiz war die Bank der Nazis; wie lebt es sich eigentlich für einen Philosophen in einem solchen Land?*», antwortete er: «*Ich bin froh, dass das auf den Tisch kommt und dass man sich in der Schweiz damit auseinandersetzen muss. Und dass man die selbstgefällige Borniertheit aufgeben muss.*»¹⁶⁹

- Dass es tatsächlich um die Abschaffung des Sonderfalls Schweiz gehen könnte, ist wiederum bei Adolf Muschg sichtbar: «*Seit (es) uns die andern (gemeint sind die Kritiker aus dem Ausland) überaus deutlich machen (...), kommen wir vielleicht selbst dahinter, dass wir kein Sonderfall sind; Gott sei Dank.*¹⁷⁰ *Wir sind nicht anders als die anderen Europäer. Wir sind ein durchschnittliches und eben auch durchschnittlich schäbiges Volk.*»¹⁷¹ Dienten die ausländischen Angriffe sogar dazu, unserer Bevölkerung den Unsinn einzureden, unser Land sei nicht einmal im Zweiten Weltkrieg ein Sonderfall gewesen, als es inmitten eines Meers von braunem Totalitarismus die Kraft aufbrachte, ein freiheitliches, demokratisches Land zu bleiben? Klarer als die Schweizer Entwicklungshilfe-Organisationen kann man sich jedenfalls kaum ausdrücken: «*In der Auseinandersetzung mit der eigenen Geschichte wurde klar, dass die Schweiz nie ein Sonderfall gewesen war.*»¹⁷² Sogar bundesrätliche Voten gingen in diese Richtung.¹
- Wie erstaunt diese in der Schweiz um sich greifende Haltung im Ausland zur Kenntnis genommen wird, lässt sich Artikeln wie demjenigen in der *Süddeutschen Zeitung* entnehmen: «*In der Zürcher Bahnhofshalle hängt ein Werbeplakat. (...) Und was kann man darin lesen? Die Schweiz sei ein Suchtpatient, dessen Rauschgift ‚Sonderfall‘ heisse. Die Schweiz drohe ‚unregierbar und unrettbar‘ zu werden, ‚ein heilloser Problemhaufen‘ seien Neutralität, direkte Demokratie und Föderalismus geworden.*»¹⁷³ Sind somit vor allem auch Neutralität und Föderalismus Zielscheibe?

¹ Erstaunlich nahe an dieser Argumentation der Entwicklungshilfe-Organisationen liegt z.B. die Aussage von Bundesrätin Ruth Dreifuss am Schweizerischen Bankiertag am 4. September 1998 in Montreux: «*Die Haltung der Schweiz während des Zweiten Weltkriegs ist nicht besser als diejenige zahlreicher anderer Länder.*» Was soll diese Aussage bedeuten? Sind mit «andere Länder» unsere Nachbarn gemeint? Soll die damalige, anti-deutsche Haltung der Schweizer Bevölkerung nichts wert und gar nicht besser gewesen sein als die Haltung unserer Nachbarn in Deutschland, Österreich und Italien? Auch das wäre eine unakzeptable Verdrehung der Moral.

- Dass wohl tatsächlich die Demokratie mit dem typisch schweizerischen Föderalismus und seinen kleinräumigen Verhältnissen die eigentliche Zielscheibe darstellen könnte, zeigen auch Zeitungsartikel wie der folgende: *«Das kleinräumige System der Schweiz mit Bund, Kantonen und Gemeinden ist überholt. (...) Der föderalistische Bundesstaat der Marke Schweiz, 1848 noch hochmodern und gertenschlank, ist 149 Jahre nach seiner Gründung am Ende. (Er) ist zur Sitzungs-, Diskussions- und Vernehmlassungs-Demokratie verkommen.»*¹⁷⁴ Sind Überlegungen dieser Art nicht vor allem auch in Wirtschaftskreisen weit verbreitet, die sich über mangelnde Effizienz des Staatswesens beklagen? Ist für sie der Kleinstaat unserer Prägung nicht mehr zeitgemäss?
- Ist mit anderen Worten der Kleinstaat Schweiz als Institution generell in Frage gestellt? Entspricht die Aussage der Schweizerischen Friedensstiftung der heute massgebenden Denkweise: *«Das Bild der Schweiz als Kleinstaat hat (...) ausgedient. Die wirtschaftlich starke Schweiz sollte vermehrt internationale Verantwortung wahrnehmen und zur Solidarität beitragen»*?¹⁷⁵ Haben unsere einheimischen Kritiker eine Grossmachtpolitik im Auge, an der sich die Schweiz als Teil eines Machtblocks beteiligen sollte?
- Spielte somit vielleicht sogar die Frage *«EU-Beitritt ja oder nein»* bei der Unterstützung der ausländischen Kritik eine dominante Rolle? Bot sich die Möglichkeit, den *Sonderfall direkte Demokratie Schweiz* mit Hilfe der Angriffe aus den USA zu bekämpfen, damit endlich ein Beitritt zur EU möglich wird? Ist die gedankliche Verbindung des Direktors des Schweizerischen Bundesarchivs, Christoph Graf, charakteristisch, der im Zusammenhang mit der Rolle der Schweiz im Zweiten Weltkrieg die EU- Frage mit einbrachte: *«Es ist aber mittlerweile offenkundig geworden, dass der Sonderfallmythos heute zu einem Hindernis, nicht nur für die Wahrheitsfindung, sondern auch für die politische Standortbestimmung der Schweiz im Rahmen der europäischen Integration geworden ist.»*¹⁷⁶
- Auch Journalisten äusserten sich ähnlich: Nachdem eine Umfrage zu zeigen schien, dass in der Bevölkerung die Sympathien für einen EU-Beitritt steigen, schrieb die *SonntagsZeitung*: *«Und sie (die Schweizer) wollen der EU beitreten, lieber heute als morgen (...). Wo ist er geblieben, der träge, engstirnige, nörgelnde und selbstgefällige Eidgenosse? Eigenbrötlerisch, isolationistisch, bis auf*

die Zähne verunsichert und verbohrt? (...) Wie ein Murmeltier, das aus dem Winterschlaf erwacht, schnuppert die Schweiz nach Jahren der Erstarrung mit Selbstzerfleischung plötzlich aufgeregt den Duft der weiten Welt und gibt Signale der Weltoffenheit von sich. (...) Für diesen erstaunlichen Wandel verantwortlich sind der gewaltige wirtschaftliche Umbruch und die Holocaustdebatte. (Die Holocaustdebatte führt also zu Weltoffenheit?!) Darin sind sich die Experten einig. Die massive angelsächsische und jüdische Kritik am Verhalten der Schweiz im Zweiten Weltkrieg hat Spuren hinterlassen. (...) Für viele ist es geradezu eine Befreiung, dass die Schweiz nicht mehr länger das Musterland der Welt sein muss.»¹¹¹ Kann aus dieser Argumentation nicht der Schluss gezogen werden, dass jemand, der einen EU-Beitritt der Schweiz bewirken will, nur energisch genug in die «Holocaustkritik» gegen unser Land einstimmen musste, um seinem Ziel näher zu kommen?

- Bedeutet nicht auch das folgende Zitat im Klartext, dass die «Nazigold- Kritik» begrüsst wurde, um die Schweiz europäisch werden zu lassen? Die folgende, Aufsehen erregende¹ Aussage des bekannten Schweizer OSZE-Diplomaten Tim Guldimann¹⁷⁸ zeigt gleichzeitig, was für eine Grundeinstellung bisweilen sogar bei Leuten vorherrscht, welche in offizieller Mission für die Schweiz auftreten. Er bemängelte bei seinem Auftritt an der Kantonsschule Zürcher Unterland: *«Die Schweizer sind wie Kartoffeln, die Augen gehen ihnen erst auf, wenn sie im Dreck stecken.»* Er plädierte dafür, dass die Schweiz ein ganz normales europäisches Land werden sollte. Ideologisches Umdenken tue Not, *«und dabei hilft uns die ganze Auseinandersetzung um das Nazigold».*¹⁷⁹
- Jedenfalls ist auffallend, wie oft landauf, landab, von links bis rechts, die Kritik aus den USA mit der europäischen Integration verknüpft wird. Ich denke an die links stehende Politikerin, die kurz und bündig sagte: *«Lasst uns Abschied nehmen von unserer Rolle des schwarzen Schafes, reihen wir uns wieder ein, integrieren wir uns in einem modernen Europa.»*¹⁸⁰ Ich denke an den rechts stehenden Wirtschaftsvertreter, der in einer Diskussion zur jüngsten Kritik an unserem Land

¹ In der Fragestunde des Nationalrats vom 8. Dezember 1997 protestierte Nationalrat Hans Fehr (SVP Zürich) gegen diese Aussagen.

die Frage aufwarf: «Was wollen wir eigentlich mit diesem Land (der Schweiz), dem unfreiesten Land Europas, wo ich als Unternehmer geplagt werde?»¹⁸¹ Und ich denke schliesslich an die Aussage der Ehefrau des bezüglich politischer Meinungsbildung wohl einflussreichsten Mannes der Schweiz: «Ein Land (die Schweiz), das sich in seiner Mehrheit 50 Jahre lang geweigert hat, Mitleid zu zeigen, ist beleidigt. Und sonst gar nichts. (...) Der Prozess zur Bewältigung der Geschichte der Schweiz wird am Unvermögen der Mehrheit der Schweizer Bevölkerung scheitern, das damalige Geschehen zu begreifen, sich in das Leid der Betroffenen zu versetzen, selber ‚betroffen‘ zu werden. Und daraus kann auch keine Solidarität mit anderen Menschen erwachsen. Nicht einmal ein Engagement für Europa in der EU.»¹⁸²

- Selbstverständlich ist, dass bei weitem nicht alle EU-Befürworterinnen und -Befürworter negativ gegen die Schweiz eingestellt sind. Aber ist nicht für erstaunlich viele der Gedanke wegweisend, dass eine Gleichschaltung und Nivellierung zwischen den Staaten herbeigeführt werden muss, weil dies friedenssichernd sei? Sind viele derart vom Gedanken des Eliminierens von Unterschieden in Europa fasziniert, dass sie dabei in Kauf nehmen, dass eine Gleichschaltung für die Schweiz zwangsläufig eine Nivellierung nach unten zur Folge haben wird?¹ Ist es gar so, dass sie das Ziel der Gleichschaltung und Nivellierung mit derartigem Eifer (und oft unter falschen Annahmen²) verfolgen, dass sie die (noch relativ) günstigen Rahmenbedingungen der Schweiz so schnell wie möglich eliminieren wollen, um einen EU-Beitritt zu erleichtern?³ Ist – weil die breite Bevölkerung mit einem Absinken ihres Wohlstands nicht einverstanden ist – auch bei diesen

¹ Die Schweiz hat noch immer einen enormen Wohlstandsvorsprung auf die Staaten der EU. Pro Kopf betrug das Bruttosozialprodukt der Schweiz gemäss dem jüngsten *Entwicklungsbericht der Weltbank zum Jahr 1997* 44'430 Dollar (erst noch mit einem relativ breiten Mittelstand), wogegen selbst Deutschland nur ein solches von 28'260 Dollar pro Kopf aufwies. Es ist illusorisch zu meinen, bei einer Gleichschaltung würde sich diese Differenz halten lassen. Eine Erhaltung des aussergewöhnlichen Wohlstands ist für die Schweiz nur möglich, wenn die Rahmenbedingungen (z.B. die Steuerbelastung) im Vergleich zur EU langfristig besser ausgestaltet werden.

² Viele setzen den EU-Beitritt dem Vorteil des freien Handels gleich. Sie übersehen dabei, dass der Grundgedanke der EU nicht die Liberalisierung des Handels, sondern die Gleichschaltung der politischen Systeme zum Inhalt hat. Der freie Handel könnte natürlich auch ohne Beitritt zu supranationalen Gebilden eingeführt werden.

³ Die Überlegung dabei ist die folgende: Solange die Schweizer Durchschnittsbevölkerung weiss, dass ihr Wohlstand weit höher ist als in den umliegenden Ländern, wird sie kaum bereit sein, die Grenzen völlig zu öffnen und der EU beizutreten. Liegt aber unser Wohlstand auf EU-Niveau oder sogar darunter, werden die Beitrittswilligen in der Überzahl sein.

Plänen die direkte Demokratie ein Hemmschuh, den es endlich abzuschaffen gilt?

- Ist – zusammengefasst – wegweisend, was der ordentliche Professor für Schweizer Geschichte an der Universität Lausanne, Hans-Ulrich Jost, in einem Interview unter dem vielsagenden Titel *Die Schweiz muss sich auflösen* erklärte: «*Hinter Neutralität, Unabhängigkeit und Bankgeheimnis verbergen sich handfeste handelspolitische Interessen. (...) Die Aktivdienstgeneration wurde im Geist dieser falschen Werte erzogen, und es braucht Generationen, um einstudierte Vorstellungen abzubauen und neue Lernprozesse auszulösen.*»^{TM3} Wird da nicht offen zugegeben, dass Neutralität und Unabhängigkeit den Wohlstand zwar fördern? Gleichzeitig wird aber die Meinung vertreten, dass die Verfolgung der eigenen Interessen ein «falscher Wert» sei. Handelspolitische Ziele und damit unser Wohlstand werden offenbar moralisch nicht mehr für vertretbar gehalten (vgl. Kapitel 14b). Müssen deshalb die Banken angegriffen und die Unabhängigkeit der Schweiz in Frage gestellt werden?

Es ist schwer zu sagen, welche Motive für die Demontage der Schweiz entscheidend sind. Klar ist jedenfalls, dass die Opposition gegen das eigene Land fundamental und gefährlich ist. Die Kritiker haben erkannt, dass die Schweiz weitgehend von ihrem guten Ruf lebt¹ und dass es deshalb besonders verheerend und wirksam ist, wenn eben dieser gute Ruf geschädigt wird. Sie sehen, dass die Schweiz ein Land ist, das weder durch vorgegebene geografische Grenzen, noch durch eine einheitliche Sprache, noch durch eine gleiche Religion, noch durch einen gemeinsamen Volksstamm zusammengehalten wird, sondern «nur» durch seine gemeinsame Geschichte. Sagen sie sich deshalb gezielt, der wirksamste Weg der Eliminierung der Schweiz in ihrer heutigen Form mit ihrer direkten Demokratie sei die Zerstörung des Selbstverständnisses der eigenen Geschichte? Werden dabei bewusst auch absurdeste Vorwürfe aus dem Ausland übernommen?

Die israelische Zeitung *Yediot Achronot* schrieb: «*Die Schweiz wird nie wieder jener korrekte und geordnete Staat sein, wie er sich während Generationen vor den*

¹ Der Ruf unseres Landes (z.B. betreffend Zuverlässigkeit und moralische Integrität) hat ohne Zweifel wesentliche Auswirkungen auch auf den wirtschaftlichen Erfolg, vom Bankengeschäft bis hin zum Tourismus.

Augen aller präsentiert hat.»¹⁸⁴ Es ist zu befürchten, dass diese Einschätzung korrekt ist. Viele, die den «Sonderfall Schweiz» ein für alle Mal liquidieren wollen, werden diesen Kommentar aus Israel allerdings mit heimlicher oder gar unverhohlener Freude zur Kenntnis nehmen. Sie sind ihrem Ziel einen bedeutenden Schritt nähergekommen. Je grösser der Imageschaden für die Schweiz ist, desto näher ist die Zerstörung des Sonderfalls gerückt, desto eher ist der Grundsatz «700 Jahre sind genug»¹ in greifbare Nähe gerückt.

¹ 1991 wurde im Hinblick auf die 700-Jahr-Feier der Schweiz dieser Slogan von Kreisen kreiert, welche sich nicht mit der Schweiz identifizieren können.

Dritter Teil

WAS BLEIBT ZU TUN? DIE KONSEQUENZEN FÜR DIE ZUKUNFT

10. HÖCHSTE ZEIT, EINEN SCHLUSSPUNKT ZU SETZEN

Die Bilanz der zweijährigen Auseinandersetzungen *Schweiz – Zweiter Weltkrieg* ist ohne Zweifel negativ. Wohl nur wer aus dem aufkommenden Antisemitismus politischen Profit ziehen will oder wer Antisemitismus für harmlos hält, kann mit der Entwicklung der letzten zwei Jahre zufrieden sein.¹ Wie Recht hatte doch jene Frau aus dem Publikum, welche dem Sekretär des Jüdischen Weltkongresses bei seinem Auftritt am 13. Mai 1998 bei der Israelitischen Cultusgemeinde Zürich entgegenrief, er und seine Organisation hätten in der Schweiz zerstört, was in jahrzehntelanger Anstrengung an Toleranz gewachsen sei (Chronologie 34). Was sind 1,8 Milliarden Franken (Chronologie 43) verglichen zu dieser bedauerlichen Entwicklung?

a) Wer Frieden will, muss mit Vorwürfen aufhören können

Seitens des Jüdischen Weltkongresses wurde immer wieder betont, die Aktionen gegen die Schweiz seien sozusagen nur ein Testlauf. In naher Zukunft würden noch weitere Institutionen und Staaten für ihr damaliges Fehlverhalten zur Kasse gebeten.¹⁸⁵ Es bleibt zu wünschen, dass die Leute um den Präsidenten des Jüdischen Weltkongresses zumindest die Weisheit haben, nicht auch noch andere Länder ins Fadenkreuz zu nehmen. Die in unserem Land ausgelösten Emotionen sind noch relativ harmlos, weil sich die Schweizer Bevölkerung vergleichsweise besonnen verhält. Es gibt Völker in Europa, die wesentlich emotioneller und aggressiver reagieren, wenn sie pauschal angegriffen werden. Ein Leserbriefschreiber warnt treffend: *«Wo liegt die Ursache für das Aufflammen des Antisemitismus? Die Antwort geben die Auftraggeber von Senator D'Amato am besten selber. Wen wundert es, wenn angesichts massivster Anschuldigungen gegen ein ganzes Volk Anerkennung in Ablehnung, Sympathie in Antipathie umschlägt? Muss sich ein düsteres Kapitel der Geschichte wirklich wiederholen?»*¹⁸⁶

¹ Die ganze Krise mag sogar wirtschaftliche Auswirkungen haben. Vgl. unter anderem den Artikel mit dem bemerkenswerten Titel *Die Schweizer meiden Israel; Die Kritik zeigt Folgen: Spenden für das Land sind rückläufig*; in: *Tages-Anzeiger* vom 6. August 1998.

Selbst moderate Schweizer Politiker gaben im Verlaufe der letzten zwei Jahre ihrer Befürchtung Ausdruck, dass *«judenfeindliche Geschichten schnell belebt sind»*, wenn die Angriffe im selben Stil weitergehen.¹⁸⁷ Dem ist leider beizupflichten, vor allem auch auf internationalem Gebiet. Während Jahrhunderten wurde den Juden zu Unrecht pauschal vorgehalten, für sie zähle nur das Geld. Und nun erhob ausgerechnet einer der reichsten Männer der Welt wie Edgar Bronfman finanzielle Ansprüche, nun forderten Rechtsanwälte für sich und ihre jüdische Klientschaft Milliardensummen, die nichts mit den Realitäten zu tun haben (vgl. Kapitel 6 und 7 a). Das ist ein betrübliches Spiel mit dem Feuer, das die unseligen alten Vorurteile wieder aufleben lassen kann. Es gehört zu den grossen Errungenschaften unserer Zeit, dass Religionsstreitigkeiten weitgehend eliminiert werden konnten. Es ist zu hoffen, dass Kämpfe wie diejenigen zwischen den Katholiken und Protestanten in Nordirland in der westlichen Welt am Aussterben sind. Es hätte gerade noch gefehlt, wenn wir zum Eintritt ins dritte Jahrtausend geistig ins Mittelalter mit religiösen Denkkategorien zurückfallen würden.

Diese Bedenken können nur zu einem Schluss führen. Es ist höchste Zeit, endlich mit Vorwürfen und Forderungen aufzuhören,¹ die auf mehr als 50 Jahre alten Geschehnissen basieren und deren Akteure verstorben sind. Das gilt nicht nur der Schweiz gegenüber, sondern auch gegenüber denjenigen Ländern, die damals wirklich Schuld auf sich geladen und die Greuel des Zweiten Weltkrieges zu verantworten haben. Gewisse Stellen in diesem Buch mögen den Eindruck erweckt haben, statt der Schweiz seien andere zur Rechenschaft zu ziehen. Dieser Eindruck wäre völlig falsch. Der Vergleich zu anderen Staaten wurde nur gezogen, um zu zeigen, wie ungerechtfertigt die Angriffe gegen die Schweiz sind.

Wer Frieden will, muss bereit sein, einmal einen Schlussstrich zu ziehen. Selbst im Fall von Deutschland geht es nicht an, den heutigen Generationen die Verfehlungen ihrer Vorfahren immer wieder anzulasten und ständig neue Wiedergutmachungen

¹ Zurzeit scheinen zwar die Forderungen aus dem Ausland wegen der getroffenen «Globallösung» (Chronologie 43) weitgehend vom Tisch zu sein. Möglich ist jedoch vor allem, dass nach der Publikation des Flüchtlingsberichts durch die Bergier-Kommission wieder neue Forderungen gestellt werden. Fraglich ist zudem, inwieweit innenpolitisch die gestellten Forderungen weiterverfolgt werden (Chronologie 44).

zu fordern. Ein Grossteil der Kriege entsteht gerade deshalb, weil unter dem Titel von angeblicher Gerechtigkeit immer wieder alte Ansprüche (auch Gebietsansprüche) geltend gemacht werden. Man muss zwar aus der Geschichte zu lernen versuchen, damit sich ein Alptraum wie der Zweite Weltkrieg nicht wiederholt. Aber man muss auch vergeben können. Nach dem Zweiten Weltkrieg haben das weit-sichtige Politiker eingesehen.¹ Auf der Basis «*Gott, verzeih ihnen nie, denn sie wussten, was sie taten*» ist es unmöglich, eine Welt in Frieden aufzubauen. Gerade jüdische Kreise sollten das einsehen. Wo käme man mit diesem Prinzip in Israel hin, wo sich sowohl die Israeli wie auch die Palästinenser auf geschichtliche Ansprüche stützen?

b) Aufhören, mit der Vergangenheit ein Geschäft zu machen

Zwar ist wichtig, die Erinnerung an die Judenverfolgung Nazideutschlands wach zu halten, um späteren Generationen zu zeigen, was aus Rassenwahn selbst in vermeintlich zivilisierten Gesellschaften entstehen kann. Aber selbst ein Thema wie der Holocaust kann zum Geschäft verkommen. Dieser Meinung sind sogar einige jüdische Exponenten. Der ehemalige amerikanische Staatssekretär und gläubige Jude Elliot Abrams äusserte Kritik am «Holocaustkult». Im Bewusstsein, dass unter den nordamerikanischen Juden der Glaube eine immer kleiner werdende Rolle spielt, werde der Holocaust als Kult betrieben und als Glaubensersatz missbraucht. Nicht mehr der gemeinsame Glaube einige die Juden, sondern ihre gemeinsame Erinnerung an die schreckliche Vergangenheit.¹⁸⁸

In einer ähnlichen Richtung äusserte sich in der Schweiz Yehuda Elkana, Professor für Wissenschaftsphilosophie und Wissenschaftsforschung an der ETH Zürich: «(Der Holocaust wird) *meiner Meinung nach systematisch für momentane praktische politische Zwecke benutzt. (...) Man sollte aufhören, den Holocaust politisch zu manipulieren.*»¹⁸⁹ Dass im vorliegenden Fall der Jüdische Weltkongress in der

¹ Damals gab es besonnene Staatsmänner, wie u.a. General George Marshall, welche die Fehler des Versailler Friedensvertrags von 1918 nicht wiederholten. Der Marshallplan brachte Geld nach (West-)Deutschland, statt Geld vom Verlierer zu verlangen.

Tat den Holocaust für seine «momentanen politischen Zwecke benutzte» und damit ein Geschäft machte, kann ja wohl nicht im Ernst bezweifelt werden. In der Tat sollte man endlich aufhören, Jahrzehnte zurückliegendes Leid für heutige politische Ziele zu missbrauchen und im wahrsten Sinne des Wortes Kapital daraus zu schlagen.

Das gilt auch für die Schweizer, die versuchen, Profit aus der «Holocaustkrise» zu ziehen. Zu denken ist nicht nur an Historiker, Schriftsteller oder Politiker, die einen direkten finanziellen Profit erwirtschaften, indem sie ihre anklägerischen Publikationen gut vermarkten können. Sondern zu denken ist auch daran, dass aus den Vorwürfen wegen angeblichem Mitverschulden der Schweiz am Holocaust politischer Profit gezogen wird (vgl. Kapitel 9e).

c) Das soll Gerechtigkeit sein?

Ein Teil der Kritiker denkt jedoch nicht daran, mit den Anschuldigungen und den Forderungen aufzuhören. Es gehe darum, einen «Kreuzzug der Gerechtigkeit» zu führen, wie sich Unterstaatssekretär Stuart Eizenstat ausgedrückt hat.

Gerechtigkeit, weil die Welt den Waffen-SS-Offizier unbehelligt liess, der mit seiner Truppe mitten in der Nacht an der Wohnungstür erschien und die Familie von einem Moment auf den anderen für immer auseinander riss, der den Vater vor den Augen seiner Kinder erschoss¹⁹⁰ und Grosseltern, Mutter und Kinder deportierte?¹⁹¹ Gerechtigkeit, weil der Bahnbeamte geschont wurde, der die deportierten Grosseltern trotz ihrer verzweifelten Schreie tagelang zusammengepfercht im Bahnwaggon auf einem Abstellgleis eingeschlossen hielt, bis sie elend zu Grunde gingen? Gerechtigkeit, weil der Feldwebel nicht belangt wurde, der die Mutter jener Familie bei der Ankunft im Konzentrationslager vor die unmenschliche Entscheidung stellte, welches der Kinder sie behalten wolle und welches in die Gaskammer geschickt werden solle?¹⁹² Gerechtigkeit, weil der Aufseher unbestraft blieb, der das überlebende Kind in der Munitionsfabrik mit Schlägen zur Arbeit antrieb, bis es vor Hunger und Erschöpfung zusammenbrach?¹⁹³

Gerechtigkeit, weil die KZ-Ärztin rehabilitiert wurde, welche die Mutter zu Tode quälte?¹⁹⁴ Gerechtigkeit, weil nun mit Milliardenaufwand untersucht wird, ob diese Familie vielleicht noch ein paar Franken auf einem Bankkonto in der Schweiz deponiert hatte oder ob ein paar Goldmünzen aus dem Familienbesitz Jahre später den Weg in die Schweiz fanden? Gerechtigkeit, indem die Schweizer heute den Folterknechten des Dritten Reichs gleichgestellt werden, weil ein Bankangestellter Jahrzehnte nach Kriegsende einen Verwandten der Getöteten am Bankschalter unhöflich behandelt hat?

Was ging damals im Kopf eines Nazigegners vor, der eingepfercht in einem Güterwagen einem langsamen Tod entgegenging? War ihm überhaupt noch wichtig, was mit seinem Vermögen oder mit den paar Gramm Gold geschieht, welche er noch auf sich trug? Hat er Familienmitglieder gehabt und gewünscht, dass seine Bank sein Geld nicht einfach dem Erstbesten ausbezahlt, der am Bankschalter erscheint und behauptet, ein entfernter Verwandter zu sein? Wäre er damit einverstanden gewesen, dass sein Ersparnis an seine Religionsgemeinschaft fällt (also zum Beispiel an die katholische oder reformierte Kirche), die es nach Belieben verteilen kann? Hat er – wenn er überhaupt an sein Vermögen dachte – nicht vielleicht gehofft, es käme denjenigen zugute, welche Nazideutschland eines Tages in die Knie zwingen; vielleicht denjenigen, die bei der Invasion an der Normandieküste zum Sturm gegen Hitlerdeutschland ansetzten, den Soldaten,¹ den Verstümmelten sowie den Eltern, Witwen und verwaisten Kindern der alliierten Gefallenen? Oder waren seine Gedanken Tag und Nacht nur noch von der Hoffnung erfüllt, dass wenigstens die Peiniger eines Tages zur Rechenschaft gezogen werden? Was hätte er wohl gesagt, wenn er gewusst hätte, dass seine Mörder frei ausgehen

¹ Man stelle sich vor, was diese Soldaten für ein freies Europa auf sich nahmen, als sie an der Normandieküste (Nordfrankreich) zur Invasion ansetzten. Den vordersten Sturmtruppen war gesagt worden, dass sie mit 90 Prozent Verlusten zu rechnen hätten. Nun hörten sie – während sich ihre Schiffe der Küste näherten – wie die Gewehrketten der deutschen Verteidigungstruppen von aussen an die Stahlrampen ihrer Boote prallten, welche am Vorderteil der Schiffe hochgezogen waren. Sie wussten, dass in wenigen Sekunden die schützenden Rampen gesenkt werden und dass es galt, im Kugelhagel ins Wasser zu springen und sich Meter um Meter über den vermuteten Strand vorzukämpfen. (Vgl. Cornelius Ryan, *Der längste Tag, Normandie 6. Juni 1944*, 1959; v.a. der Sturm auf den Strandabschnitt *Omaha* durch die 1. und 29. Division). Wer den jüngsten Film von Steven Spielberg («Saving Private Ryan») gesehen hat, kann vielleicht besser erahnen, was diese Soldaten auf sich nahmen.

werden, vom SS-Offizier bis zum Bahnangestellten? Was würde er denken, wenn er die heutigen Sprüche von angeblicher Gerechtigkeit mit anhören müsste, mit denen von der Schweiz nach mehr als 50 Jahren Milliarden gefordert werden?

In was für einer Welt leben wir eigentlich? Was hat das mit Moral und Gerechtigkeit zu tun, wenn man sich nach mehr als 50 Jahren mit dem Zweiten Weltkrieg beschäftigt, aber achselzuckend über die heutigen Greuelta-ten hinweggeht? Wenn man die Vergangenheit kritisiert, aber die heutigen Massenmörder unbehelligt lässt, von Kambodscha über Jugoslawien bis nach Afrika? Wenn man Leute wie Karadzic und Mladic laufen lässt, obwohl bekannt ist, wo sie zu finden wären und was sie verbochen haben? Was würden die Millionen zu Tode geschundenen Opfer sagen, die einsam und hilflos vor ihren Mördern standen? Sie müssten sich im Grabe umdrehen, von Auschwitz bis nach Srebrenica.¹

Weshalb soll übrigens willkürlich derjenige entschädigt werden, der Gold besass, das ihm von den Nazis geraubt wurde? Sein Nachbar hingegen, der im Krieg «nur» sein Haus, all sein Hab und Gut und seine Angehörigen verlor, soll nichts erhalten? Weshalb sollen plötzlich ein paar Goldbarren einer Nationalbank wichtiger sein als die unzähligen Milliarden zerstörten Eigentums, ganz zu schweigen von den Millionen von Menschenleben? Oder, wie sich ein (jüdischer) Leserbriefschreiber ausdrückt: «*Häuser, Wohnungen, Bildersammlungen, Mobiliar, Bibliotheken, (...) Synagogen, die im Feuer aufgingen, Hekatomben von Leichen, Tausende mit Blut gefüllte Fässer und Tränenflüsse (...). Und jetzt kommt man und spricht nur von den jüdischen Guthaben in der Schweiz?*»¹⁹⁵

Wahrscheinlich muss man Geldeintreiber für amerikanische Politiker sein oder als Rechtsanwalt ein millionenschweres Honorar vor Augen haben,² um Goldbarren und Geld derart mit Moral und Gerechtigkeit zu verwechseln, wie dies in den letz-

¹ Srebrenica ist eine Stadt in Bosnien nahe Sarajewo. Im Jugoslawienkrieg wurde ein Teil der Bevölkerung Srebrenicas von serbischen Einheiten ermordet. Wie es reihenweise auch im Zweiten Weltkrieg vorkam, wurden in Srebrenica die Einwohner in Gruppen aufgeteilt. Wer Glück hatte, gehörte zu einer Gruppe, die überlebte, die anderen wurden in den nahen Wald geführt und dort erschossen. 8'000 Menschen sollen so am 11. Juli 1995 getötet worden sein.

² Es ändert nichts daran, dass inzwischen die Dinge so gelaufen sind, dass die Rechtsanwälte nicht im grossen Stil profitieren können. Bei Klageeinreichung schien für sie ein Milliardenhonorar im Bereich des Möglichen zu liegen.

ten zwei Jahren an der Tagesordnung war. Wer beim Vorgehen gegen die Schweiz gar von einem «Kreuzzug der Gerechtigkeit» spricht, gehört nicht in eine verantwortungsvolle Stellung, nicht beim Jüdischen Weltkongress und schon gar nicht bei der Regierung eines Landes, das den Gang der Welt entscheidend mitbestimmt. An den entscheidenden Machthebeln der Welt dürften keine Leute sitzen, die es nicht wagen, den heutigen Massenmördern entgegenzutreten, die aber den «Mut» haben, die damaligen Schweizer Verantwortlichen zu beschuldigen, die längst verstorben sind und sich nicht mehr verteidigen können.

d) Lehren aus der Geschichte?

Oft wird argumentiert, die in Gang gesetzte Diskussion über die Rolle der Schweiz im Zweiten Weltkrieg habe wenigstens den Vorteil, dass man aus der damaligen Geschichte die notwendigen Lehren ziehen könne.

Richtig ist, dass generell Lehren aus der Geschichte zu ziehen sind. Erfreulicherweise ist es nach den Erfahrungen des Zweiten Weltkriegs bisher immerhin gelungen, einen dritten Weltkrieg zu verhindern. Aber was sollen denn die zusätzlichen Lehren aus den Diskussionen seit 1996 sein? Dass man sich lieber mit der mehr als 50-jährigen Geschichte befassen soll, als heutige Massenmörder zur Rechenschaft zu ziehen? Dass man heute die Grenzen öffnen soll, weil damals die Grenzen zu rigoros geschlossen wurden?¹ Dass man die Schweiz als selbstständigen Staat abschaffen sollte, weil der Zweite Weltkrieg gezeigt hat, welches Elend Nationalstaa-

¹ Wie schwierig es ist, aus der Geschichte Lehren zu ziehen, zeigt gerade die Flüchtlingspolitik. Die *Schweizerische Gesellschaft für die Europäische Menschenrechtskonvention* schreibt in ihrer Zeitschrift *Mensch+Recht*, «dass die Berner Bundesbehörden auch heute wieder mit einer ganz ähnlichen faschistoiden Einstellung wie damals Menschen nicht nur ins Elend, sondern oft auch in Folter und Tod zurücksenden wollen». Wer die heutige Flüchtlingsproblematik Westeuropas mit der damaligen Situation der Juden im Dritten Reich gleichsetzt, hat aus der Geschichte kaum etwas gelernt. Wenn Tausende von Albanern nach Italien flüchten, handelt es sich nicht um Leute, die an Leib und Leben bedroht sind. Wenn die Schweiz an ihren Grenzen Leute zurückweist, geht es selbst im Falle von echten Flüchtlingen nicht um «Folter oder Tod», da die Flüchtlinge sich in unseren Nachbarländern ja bereits auf sicherem Boden befinden. Vor allem aber ist in der heutigen Zeit im Gegensatz zu damals meist auch Hilfe vor Ort möglich, selbst im Kriegsfall, wie Bosnien zeigte. Die Schweiz sollte in grossem Stil an Ort und Stelle Hilfe leisten.

ten über die Welt bringen können? Dass heute stattdessen wieder in religiösen Kategorien gedacht und nach religiöser Zugehörigkeit Geld verteilt werden soll?

Soll nach den heutigen Moral Vorstellungen der kleine Splitter im Auge verurteilt, der Balken im Auge hingegen absichtlich übersehen werden? Soll in Zukunft auf Kleinstaaten wie der Schweiz herumgetreten werden, bei denen sich eine dünne Staubschicht gebildet hat, während mächtigere Länder unbehelligt bleiben, die eine dicke Dreckschicht zu verantworten haben? Soll im zwischenstaatlichen Verkehr nur noch das Recht des Stärkeren gelten? Soll in Zukunft einfach derjenige am meisten Geld erhalten, der am meisten Lärm machen kann? Eines kann aus den Erfahrungen der letzten zwei Jahre mit Sicherheit gelernt werden: Wer genügend internationale Medien kontrolliert, kann via «Aufarbeitung der Geschichte» historische Fakten auf den Kopf stellen, historische Verantwortlichkeiten völlig verwischen und sogar Täter- und Opferrolle vertauschen.

Das alles ist verfehlt. Wichtiger wäre demgegenüber vor allem die Lehre, die endlich und für alle Zeiten zu ziehen wäre: Verantwortung muss immer individuell sein, nie kollektiv. Nur so kann eine friedliche Welt entstehen. Aber wir sind weit davon entfernt, dieser Forderung nachzuleben. Die jetzige Kritik geht sogar in die gegenteilige Richtung. Wir sind schon so weit, dass Leute wie Adolf Muschg geltend machen, nicht nur Hitler, die SS und die massgebenden Verantwortlichen in den Vernichtungslagern hätten die Verantwortung für die Massenvernichtung zu tragen; schuld an Auschwitz seien auch die Schweizer (vgl. Kapitel 3 a). Soll damit die Lehre sein, «weg von der individuellen Verantwortung, hin zu kollektiven Schuldzuweisungen»? Soll den Nachkriegsgenerationen gar der Mechanismus aufgezeigt werden, wie Antisemitismus erzeugt wird und schon damals entstand? Oder soll gezeigt werden, dass man es sich heute offensichtlich wieder leisten kann, Andersdenkende und politische Gegner als «Faschisten» (vgl. Kapitel 8 f2) oder in Anlehnung an die Ausdrucksweise der Machthaber im Zweiten Weltkrieg gar als «grösstes politisches Lumpengesindel, das existiert»¹⁹⁶ zu bezeichnen?

Auf Lehren dieser Art hätte man wahrlich verzichten können.

11. NICHT DAMALIGE FEHLER SIND DAS PROBLEM, SONDERN HEUTIGE

Die Schweiz verhielt sich in jüngster Vergangenheit derart passiv, dass sogar die Jüdische Rundschau bemängelte, «*die Landesregierung hat sich aus der Aussenpolitik abgemeldet*». ¹⁹⁷ Das Aufzeigen des zu passiven und zu defensiven Verhaltens ist deshalb wichtig, weil daraus unbedingt die Erkenntnis gezogen werden muss, dass nur ein resolutes Verhalten gegenüber anderen Regierungen einigermaßen Schutz bieten kann vor zukünftigen Schwierigkeiten.

Wer die *Krise Schweiz – Zweiter Weltkrieg* seit 1996 betrachtet, muss zwangsläufig zum Schluss kommen, dass nicht die Fehler von damals das Problem der Schweiz darstellen, sondern vielmehr das heutige Fehlverhalten. **Das** muss die zentrale Lehre aus der gegenwärtigen Krise sein.

Es war ein grundsätzlicher Fehler, in den USA die Haltung zu vertreten, unser Land habe «*schwarze Flecken in unserem Geschichtsbild. Aber jedermann macht Fehler; beurteilt uns doch bitte nicht nach vergangenen Fehlern, sondern schaut, was wir jetzt alles tun.*» ¹⁹⁸ Eine solche Argumentation konnte nur so verstanden werden, dass die Schweiz eine derart dunkle Vergangenheit besitzt, dass sie gar nicht darüber reden will und dass sie sich schämen muss, daran gemessen zu werden. Diese Argumentation kam einem Eingeständnis gleich, die Schweiz habe damals falsch gehandelt, sie werde nun aber in der Gegenwart dafür Busse tun.

Mag sein, dass diese Haltung von den teuren Beratern empfohlen worden war, die von der Schweiz in den USA beigezogen wurden. Einer davon, das beigezogene Beraterbüro Ruder Finn, hatte die Unverschämtheit, gleichzeitig für die Gegenseite zu arbeiten. ¹ Die Schweiz hätte die Zusammenarbeit mit diesem Büro so früh wie möglich unter Protest abbrechen müssen. ²

¹ Das Büro besass gleichzeitig ein Mandat vom Präsidenten der Jewish Agency, Avraham Burg, der die Schweiz besonders aggressiv angreift. Eine derartige «Vertretung beider Seiten» widerspricht sämtlichen Grundsätzen, die für Anwälte und Berater gelten.

² In seinem Buch *Leuchtturm in der Wüste* weist der Verleger und Autor Paul Rothenhäusler darauf hin, dass er bereits Monate, bevor die Schweiz die Zusammenarbeit beendete, den Bundesrat brieflich darauf hingewiesen hatte, dass bei Ruder Finn Vorsicht geboten ist. In der Sommersession 1998 verlangte Nationalrat Ulrich Schlüer (SVP, Zürich), ein Nachtragskredit von rund 660'000 Franken zugunsten der Beraterfirmen sei wegen der Problematik Ruder Finn abzulehnen. Sein Antrag wurde knapp abgelehnt, vor allem wohl deshalb, weil der Bundesrat erklärte, der via Nachtragskredit geforderte Betrag sei bereits ausbezahlt worden.

a) Die Voraussetzungen zur erfolgreichen Abwehr wären ideal gewesen

Die Entwicklung der letzten zwei Jahre ist umso bedauerlicher, als unser Land ausgezeichnete Voraussetzungen gehabt hätte, um die Angriffe wirksam und kategorisch zurückzuweisen und somit den Spuk der Anschuldigungen der letzten zwei Jahre bereits im Keime zu ersticken. Man hätte dazu energisch die geschichtlichen Fakten auf den Tisch legen müssen. Wer mit den Fakten vertraut ist, sieht ohne weiteres, wie lächerlich es ist, dass die Schweiz heute als Helfer Hitlerdeutschlands verunglimpft wird, wogegen die damaligen Waffenbrüder Deutschlands wie Österreich, Italien und Japan während Jahrzehnten nicht Zielscheibe von Kritik waren. Österreich hatte sich mit fliegenden (Hakenkreuz-)Fahnen dem Dritten Reich angeschlossen. Italien war der Waffenbruder von Deutschland, sein Sündenregister reicht vom Giftgasangriff auf Abessinien (das heutige Äthiopien) bis zum Stahlpakt mit Hitlerdeutschland. Aber auch Staaten, die nicht mit Deutschland kooperierten, luden damals schwere Schuld auf sich. Spanien sandte unter dem Franco-Regime Kampftruppen zur Unterstützung der Deutschen an die Ostfront.¹ Frankreich muss sich Massendeportationen Richtung Osten in die Konzentrationslager vorwerfen lassen,² ebenso die Vichy-Kollaboration unter Marschall Pétain. Demgegenüber hat die Schweiz die Kraft aufgebracht, bei der Weltanschauungs- und Rassenideologie nicht mitzumachen und inmitten der totalitären Achsenmächte ein demokratisches, freiheitliches Land zu bleiben, das mehr Flüchtlinge aufgenommen hat als selbst die damals unbedrängten Staaten.

Wie positiv die Haltung unseres Landes war, geht nicht zuletzt aus Kommentaren von damaligen alliierten Führungspersönlichkeiten hervor. Sie wussten bestens, dass die Schweiz mit Nazideutschland Handel trieb. Trotzdem lobten sie die Schweiz, weil sie im Gegensatz zu vielen heutigen Kritikern und Junghistorikern die damals herrschenden Umstände richtig bewerteten. Sie sahen, dass das Verhalten der Schweiz während des Krieges nicht nur rechtmässig und moralisch vertret-

¹ Spanien sandte die sogenannte *Blaue Division* an die Ostfront.

² Von rund 300'000 Juden, welche vor dem Krieg in Frankreich gewohnt hatten, wurden rund 75'000 mit Hilfe der französischen Behörden deportiert. Fast 30'000 Unternehmen oder Geschäfte und ca. 12'000 Gebäude wurden beschlagnahmt (vgl. *Jüdische Rundschau* vom 24. Dezember 1997).

bar, sondern vor allem überlebenswichtig war. Der damalige britische Gesandte in Bern schrieb: *«Wenn es uns (...) gelungen wäre, Schweizer Exporte nach Deutschland und deutsche Exporte nach Italien (über die Schweiz geleitet) zu unterbinden, dann hätten wir nicht nur die Schweizer Wirtschaft zerschlagen, sondern auch den Deutschen die beiden wichtigsten Gründe dafür entzogen, eine freie Schweiz bestehen zu lassen. (...) Wir hatten grösstes Interesse daran, dass die Schweiz neutral und unversehrt bleibt.»*¹⁹⁹

Noch bemerkenswerter ist die berühmt gewordene Aussage von Winston Churchill: *«Von allen Neutralen hat die Schweiz den grössten Anspruch auf Wertschätzung. Sie war die einzige internationale Kraft, welche die scheusslich getrennten Nationen mit uns verband. Was spielt es dafür eine Rolle, ob die Schweiz in der Lage war, uns die Handelsvorteile zu geben, die wir wünschten, oder ob sie den Deutschen zu viele gab, um das eigene Leben zu bewahren? Sie war ein demokratischer Staat, der in seinen Bergen für Freiheit in Selbstverteidigung stand, und trotz ihrer ethnischen Zugehörigkeit hat die Schweiz gesinnungsmässig grösstenteils unsere Partei ergriffen.»*²⁰⁰

b) Vor allem in den USA

Gerade in den USA wären die Voraussetzungen gut gewesen, sich mit einer selbstbewussten Haltung erfolgreich zur Wehr zu setzen. Einerseits wegen dem offensichtlichen Wohlwollen, das von der amerikanischen Bevölkerung unserem Land seit jeher entgegengebracht wurde. Andererseits, weil die Amerikaner in der Regel sehr ähnliche moralische Wertvorstellungen wie die Schweizer haben, weil sie sachlichen Argumenten sehr zugänglich sind und weil sie es schätzen, wenn sich ein zu Unrecht Angegriffener energisch zur Wehr setzt. Wer für sein Land einsteht, erntet Respekt. Nationaler Kleinmut, ja geradezu Selbstverleugnung des eigenen Landes, wie sie bei uns zu finden sind, sind den Amerikanern fremd.

Man stelle sich einen Durchschnittsamerikaner vor, der von der Geschichte des Zweiten Weltkriegs wenig Kenntnis hat; oder einen lokalen Richter, der einen weit reichenden Gerichtsentscheid für oder gegen die Schweizer Banken zu fällen hat.

Man stelle sich einen Politiker vor, der irgendwo in den USA über einen Boykott gegen die Schweizer Banken zu befinden hat; oder einen amerikanischen Verwaltungsbeamten, der darüber zu entscheiden hat, ob eine Fusion mit einer Schweizer Bank bewilligt werden soll oder nicht. Man denke nicht zuletzt an die kalifornische Senatorin Barbara Boxer, die in ihren Hasstiraden gegen unser Land andauernd Schweiz und Schweden verwechselte und unter anderem meinte, die Schweiz habe während des Zweiten Weltkriegs über keine Armee verfügt.²⁰¹

Solch schlecht informierte Leute erlebten, wie die Medien ständig von sieben Milliarden gestohlenen Dollars schrieben, die angeblich auf Schweizer Banken ruhen. Dann plötzlich folgte im März 1997 die Meldung, die Schweiz sei nun bereit, sieben Milliarden in eine Stiftung einzubezahlen, ohne dass in den US-Medien erklärt wurde, weshalb, wofür und durch wen. Die Leute haben an den amerikanischen Bildschirmen gesehen, wie ein Schweizer Bundesrat erklärte, wie bedauerlich es sei, dass Totengold in die Schweiz geflossen war. Sie haben gehört, wie Mitglieder unserer Regierung sagten, wir hätten die Flüchtlinge in den sicheren Tod geschickt oder wir hätten von den Deutschen verlangt, die Reisepässe der deutschen Juden mit einem «J» zu kennzeichnen.

Die Amerikaner haben selbstbeschuldigende Stellungnahmen unserer Botschaft in Washington miterlebt: *«Die Schweizer Banken haben Millionen, vielleicht Milliarden von Dollars in bar von Juden erhalten (...) und später ‚mauerten‘ die Banken oder stritten die Ansprüche der Opfer ab.»*²⁰² Oder sie haben gelesen, wie sogar unser Botschafter Alfred Defago sagte: *«Wir wiesen tausende von Juden an der Grenze ab (...). Zudem war es ein hoher Schweizer Beamter, der den Deutschen vorschlug, den schrecklichen Judenstempel in die Reisepässe jüdischer Bürger zu stempeln. (...) Zu Beginn wussten die hohen Bankmanager sicher nicht, dass das von ihnen von der Reichsbank gekaufte Gold auch geschmolzenes Opfergold enthielt, aber in den späteren Kriegsjahren müssen sie das sicher gewusst haben.»*¹

¹ Zitat von Botschafter Alfred Defago; in: *Chicago Tribune* vom 14. September 1997. Die *Chicago Tribune* kommentierte dieses Interview mit folgenden Worten: *«Das kleine demokratische Land Schweiz wurde vom Zweiten Weltkrieg verschont, wenigstens bis vor Kurzem. (...) Es liegt nun an der jungen Schweizer Generation, die Scherben aufzuwischen (to clean up the mess). Der letzte Versuch der Schadensbegrenzung stammt von Botschafter Defago, der in den USA umherreist, während zu Hause seine Mitbürger gegen eine Identitätskrise von epischem Ausmass kämpfen.»*

Ist da noch erstaunlich, dass in den USA geglaubt wird, die erhobenen Vorwürfe entsprächen auf der ganzen Linie den Tatsachen?

c) «Totengold» als Paradebeispiel der verpassten Verteidigung

Der Bundesrat kann zwar sehr wohl für sich in Anspruch nehmen, er habe jeweils den Anschuldigungen widersprochen. Das allein genügt jedoch nicht. Zu einer wirksamen Verteidigung gehört auch, dass Protest zur richtigen Zeit, gegenüber dem richtigen Gesprächspartner, in der richtigen Form und in der geeigneten Lautstärke zum Ausdruck gebracht wird. Dazu müssen selbstverständlich die geschichtlichen Fakten aufgezeichnet werden, die am besten zur Verteidigung geeignet sind.

Gerade bei den Vorwürfen bezüglich des Totengolds zeigte sich die zu defensive Haltung des Bundesrats mit aller Deutlichkeit. Wie erwähnt beinhaltete das Vorwort des *Eizenstat-I-Berichts* schwere, unbewiesene Anschuldigungen (vgl. Kapitel 7 d). Schwer zu verstehen war bereits, dass der Bundesrat in seiner offiziellen Stellungnahme unhaltbare Vorwürfe wie die angebliche Kriegsverlängerung durch die Schweiz oder die Verlagerung von deutschen Waffenfabriken in die Schweiz mit keinem Wort kommentierte. Besonders negativ wirkte sich aber vor allem die schwache beziehungsweise sogar zweideutige Reaktion betreffend das Totengold aus. Der Bundesrat liess verlauten: *«Dagegen enthält der Bericht Belege, wonach die Nationalbank Goldbarren gekauft hat, welche sogenanntes Totengold enthalten. Meine Damen und Herren, falls dies wirklich zutrifft, sind dies zutiefst schockierende Neuheiten.»*¹ Dementsprechend fiel die Berichterstattung in den amerikanischen Zeitungen aus: *«Flavio Cotti lobte die amerikanische Studie für ihre Integrität und die fairen Schlussfolgerungen, und er gab an, schockiert zu sein, weil Gold, das von Schmuck und Zahnfüllungen von Holocaustopfern stammte, den Weg in die Schweizer Banken gefunden habe.»*²⁰³ Wer das las, meinte ohne Zweifel, die

¹ Der Bundesrat hatte in seiner Stellungnahme vom 7. Mai 1997 zwar weiter unten angefügt, der Bericht habe bestätigt, dass die damaligen Verantwortlichen der Nationalbank nicht wussten, dass Totengold eingeschmolzen war. Es war jedoch absehbar, dass dieser Zusatz in den Kurzmeldungen in den US-Medien nicht zitiert werden würde.

Herkunft des Totengoldes sei den Schweizern bekannt gewesen. Der Bundesrat hätte den Bericht auf gar keinen Fall loben dürfen, sondern vielmehr scharf protestieren müssen, der Import von Totengold könne selbstverständlich in keiner Art und Weise einen Kritikpunkt darstellen, solange die Schweiz dessen Herkunft nicht gekannt hatte.

Nicht nur missverständlich, sondern geradezu unverzeihlich war schliesslich die eben zitierte Äusserung unseres Botschafters Alfred Defago in den USA (vgl. Kapitel 11b). Nicht einmal Edgar Bronfman hat es gewagt, direkt zu behaupten, die Schweiz habe wissentlich Totengold entgegengenommen. Vielmehr wählte er die Worte immer sorgfältig so, dass zwar dieser Eindruck entstand, dass er den Vorwurf aber nie explizit aussprach. Dass ausgerechnet der eigene Botschafter die Behauptung in die Welt setzt, hohe Schweizer Bankmanager hätten gegen Ende des Krieges sicher gewusst, dass Totengold in die Schweiz fliesst, ist nicht zu verstehen. Es sind solche Selbstbeichtigungen, die verheerende Breitenwirkungen erzielen, bei der unbekanntenen englischen Fernsehzuschauerin¹ bis hin zum bekannten amerikanischen Filmregisseur².

Beim Thema Totengold zeigt sich auch, dass die Schweiz zumindest punktuell schon längst auf das Prinzip «Angriff ist die beste Verteidigung» hätte umschalten müssen. Es war von allem Anfang an klar, dass die Alliierten das von ihnen gefundene Totengold nicht weggeworfen hatten (vgl. Kapitel 7b3). Noch Ende 1946, also lange nach Kriegsende, lag es in der Reichsbank in Frankfurt, bewacht von der US-Airborne-Division 101. Dann wurde es von den Alliierten eingeschmolzen und weiterverwendet, sodass es heute in Goldbeständen über die ganze Welt verteilt sein dürfte. Aber nicht genug damit. Als die Amerikaner 1947 unsere Nationalbank

¹ Eine Britin entsetzte sich im Fernsehinterview: «O Gott, wenn ich daran denke, dass Zahngold meiner Mutter zu Goldvreneli geprägt wurde.» Solche Kommentare sind derart einprägsam, dass sie kaum mehr korrigiert werden können.

² Neben dem Regisseur Steven Spielberg beschäftigt sich insbesondere auch der US-Filmregisseur Brian De Palma mit dem Gedanken, einen Film über die Schweizer Banken zu drehen. Im Interview erklärte er: «Ohne Frage wurden in Konzentrationslagern den Opfern Zähne und Ringe aus Gold abgenommen und zu Barren eingeschmolzen. Zweifellos haben die Schweizer solches Gold entgegengenommen und ebenso fraglos will niemand, dass dieses Gold je wieder auftaucht.» Auf die Frage des Journalisten, ob er denn der Schweizerischen Nationalbank nicht traue, antwortete er: «Absolut nicht. Sie machen wohl Scherze»; in: *SonntagsZeitung* vom 30. August 1998.

anfragten, ob sie die Einschmelzung von Totengold übernehmen würde, lehnte das Direktorium mit der Begründung ab, «*die Schweiz möchte mit diesem Gold weder direkt noch indirekt etwas zu tun haben*». ²⁰⁴

Es war unter diesen Umständen geradezu Heuchelei, wenn ausgerechnet ein amerikanischer Unterstaatssekretär im Namen seiner Regierung zum Thema machte, bedenkllicherweise sei Totengold in die Schweiz geflossen. Die Schweiz hätte in aller Öffentlichkeit protestieren und sofort energisch die Gegenfrage aufwerfen müssen, was denn die Alliierten mit dem von ihnen gefundenen Totengold gemacht haben (vgl. Kapitel 7b3).

«Gegenwürfe» müssen und dürfen nicht polemisch sein. Ein mögliches Vorgehen zeigte ein Beitrag der *Rundschau* des Schweizer Fernsehens, in welchem dargelegt wurde, 1950 habe die New-Yorker Filiale der US-Notenbank Goldbarren umgeschmolzen, wobei das Hakenkreuz durch den unverdächtigen US-Stempel ersetzt wurde.¹ Das ist ein Vorgehen, das an moralischer Verwerflichkeit weit über das hinausgeht, was der Schweiz vorgehalten werden kann.

d) Kontraproduktives Entgegenkommen des Bundesrates

Nicht nur bei der amerikanischen Öffentlichkeit wirkte es kontraproduktiv, dass unterwürfig und mit Kniefällen agiert wurde.² Auch die für die Hetzkampagne gegen die Schweiz Verantwortlichen legten Selbstbezeichnungen, Zahlungen und Entschuldigungen als Schwächezeichen aus und machten damit hemmungslos Propaganda:

¹ Bericht des Historikers Gian Trepp: in: *Rundschau* vom 5. November 1997. Dieses Beispiel zeigt, dass Historiker und Mitarbeiter von SF DRS (Klaus Vieli und Hannes Britschgi) durchaus in der Lage und erfreulicherweise auch gewillt sind, Beiträge zu verfassen, welche die Schweiz entlasten. Der Sachverhalt wurde auch durch die *New York Times* vom 2. November 1997 dargestellt: Seit 1949 habe die *Chase National Bank of New York* (heute *Chase Manhattan*) und die *National City Bank* (heute *Citicorp*) Spanien Kredite in Höhe von insgesamt 60 Millionen Dollar gewährt. Um diese Kredite zu bezahlen, wurde Spanien erlaubt, Gold an die *Federal Reserve Bank* zu liefern. Ungefähr 12 Millionen Dollar waren belgischer und niederländischer Herkunft. Einige Barren trugen gar noch das Hakenkreuz. Laut dem *Eisenstat-II-Bericht* wusste die *Federal Reserve Bank* schon damals, dass es sich um Raubgold handelte. Der Hauptteil dieses Goldes wurde vom *US Assay Office* in US-Barren umgeschmolzen.

² Allerdings ist von entscheidender Bedeutung, dass das Selbstvertrauen nicht in Arroganz mündet. Höfliche Zurückhaltung, ja selbst Entschuldigungen im richtigen Moment (z.B. betreffend Fehler in der Flüchtlingspolitik oder betreffend die Affäre Meili) lassen sich sehr wohl mit Selbstvertrauen und Zivilcourage vereinbaren.

Unser Bundesrat liess sich dazu bewegen, mit Edgar Bronfman sogar in dessen Privatbüro in New York zu verhandeln. Ein Pressezitat zeigt, wie dieser das gut gemeinte Entgegenkommen schamlos missbrauchte, um seine Machtstellung zu dokumentieren und unsere Landesregierung lächerlich zu machen. In herablassendem Stil liess er verlauten: *«Ich kann mich an den Besuch des schweizerischen Aussenministers erinnern. Der Mann war richtiggehend nervös: Offenbar hatte er Angst vor mir.»*²⁰⁵ Die Deutschen haben in ähnlicher Lage anders reagiert. Senator D'Amato liess sich bekanntlich auch für die Interessen der Scientologen einspannen.¹ Dabei ging er gegen die deutsche Regierung nach demselben Muster vor wie gegen die Schweiz.² Er verglich die Regierung Kohl mit dem Hitlerregime, wie er das Verhalten unseres Landes demjenigen Nazideutschlands gleichsetzte. Die Regierung Deutschlands protestierte heftig und öffentlich, sie nahm weder mit D'Amato noch mit den Scientologen das Gespräch auf. Der deutsche Aussenminister Kinkel griff D'Amato vehement an und bezeichnete dessen Äusserungen als unerträglich.²⁰⁶

Wie wenig es nützt, wenn Schweizer Politiker in bester Absicht vermeintlich versöhnliche Schritte unternehmen, zeigte sich auch beispielhaft in der vom Simon Wiesenthal Center veröffentlichten zweiten Studie des Historikers Alan Schorn (Chronologie 38), in der die Schweiz als eigentliches Nazinest bezeichnet wurde. Bezug nehmend auf die Entschuldigung, die Bundesrat Kaspar Villiger betreffend die damalige Schweizer Flüchtlingspolitik in seiner Rede vom 7. Mai 1995 ausgesprochen hatte, schrieb Schorn: *«Die Rede von Präsident Villiger ist getränkt von Ironie und Unehrllichkeit. (...) Auch Villigers Familienstammbaum ist nicht frei von Flecken. Kaspar Villigers Vater und Onkel hatten illegal Zigarrenfirmen gekauft, die jüdischen Familien gestohlen worden waren. (...) Derselbe Villiger weigert sich immer noch, das geplünderte Eigentum den berechtigten Erben herauszugeben oder sie für ihren Verlust zu entschädigen. Kaspar Villiger ist ein Paradebeispiel eines Schweizers. Verlogenheit und Gier bestimmen weiterhin die schweizerische*

¹ Deutschland nahm im Kampf gegen Exzesse von Sekten die Scientologen ins Kreuzfeuer. Die Scientologen bezeichnen ihre Denkrichtung als Religion und werfen Deutschland vor, religiöse Minderheiten zu diskriminieren.

² Auch im Falle der Scientologen hat sich eine offizielle Regierungsstelle (das US State Department) dazu hinreissen lassen, bei der deutschen Regierung zu intervenieren.

Politik, ebenso die Verschleierung der historischen Wahrheit. In der Schweiz scheint zu oft Geld und Eigentum wichtiger zu sein als Humanität und internationale Integrität.»²⁰¹

e) Härteres Auftreten auf Regierungsebene wäre nötig gewesen

Es ist fraglich, ob sich der amerikanische Präsident Bill Clinton überhaupt bewusst ist, welch grosser Stimmungsumschwung gegenüber den USA durch die erhobene Kritik in der Schweiz ausgelöst wurde. Mit Sicherheit kennt er die Fakten und die damalige geschichtliche Lage der Schweiz zu wenig und hat nie realisiert, wie ungerechtfertigt und übertrieben die erhobenen Forderungen waren. Klar ist auch, dass für ihn allfällige Kritik aus der Schweiz ein vernachlässigbares Problem darstellt verglichen mit Kritik aus den inneramerikanischen Machtzentren von New York und Los Angeles. Aber trotz allem können die USA kein Interesse daran haben, dass die Leistungen der Amerikaner im und nach dem Zweiten Weltkrieg in Vergessenheit geraten und Aversionen gegen die USA geweckt werden, nur weil ein Unterstaatssekretär zusammen mit der Spitze des Jüdischen Weltkongresses sein Süppchen kocht. Genau so, wie Edgar Bronfman den Jüdischen Weltkongress missbraucht, wenn er bewusst eine Entwicklung einleitet, die Antisemitismus erzeugt, so missbraucht Unterstaatssekretär Eizenstat mit seinem Doppelspiel¹ die Regierung der USA. Der Präsident der USA hätte von der Schweiz darüber aufgeklärt werden müssen, dass dadurch nicht nur ein völlig falsches Bild der Schweiz in den USA aufgebaut wurde, sondern dass umgekehrt auch die USA einen grossen Imageverlust in der Schweiz erlitten, was auch internationale Auswirkungen haben kann (vgl. Schluss des vorliegenden Kapitels e).

¹ Je nach Bedarf wird die Schweiz gelobt (sobald sie sich «kooperativ» zeigt) oder scharf kritisiert. Einerseits lobte Eizenstat die Schweiz überschwänglich, sobald sie Zahlungsbereitschaft signalisierte, falls nicht, goss er Öl ins Feuer. Oder die Rollen wurden aufgeteilt: Ein Mann trat versöhnlich auf (zum Beispiel Stuart Eizenstat), der andere attackierte gleichzeitig (zum Beispiel Israel Singer). Es handelt sich dabei um eine sorgfältig koordinierte Taktik gemäss dem Prinzip «Zuckerbrot und Peitsche». Man kann diese Verhandlungstaktik in den USA geradezu als klassische Methode bezeichnen, die in breiten Kreisen als «Harvard-Konzept» bekannt geworden ist, nicht zuletzt durch das populäre Buch von Fisher, Ury und Patton, *The Harvard-concept; getting to yes*, Übersetzung 1995.

e1) Gegenüber Madelaine Albright und Hillary Clinton

Im November 1997 stattete die amerikanische Aussenministerin Madelaine Albright der Schweiz einen Besuch ab. Im Februar 1998 weilte die Präsidentengattin Hillary Clinton in unserem Land. Im Mai 1998 machte sogar der Präsident persönlich in Genf einen Zwischenhalt. Gleichzeitig wurde Bundesrat Cotti in Israel von Ministerpräsident Netanyahu empfangen. Bei allen vier Zusammentreffen fielen die offiziellen Stellungnahmen sowie die Medienberichte positiv aus. Immer wurde Wert auf die Feststellung gelegt, dass keine Meinungsverschiedenheiten zwischen den Regierungen bestehen.

Das war keineswegs genügend. Aussenministerin Albright ist die Vorgesetzte von Stuart Eizenstat. Von ihr hätte verlangt werden müssen, sich von dessen offensichtlich falschen Anschuldigungen ausdrücklich zu distanzieren. Sie hat im Gegenteil in Bern dessen Behauptung wiederholt, die Schweiz habe mitgeholfen, den Krieg zu verlängern.²⁰⁸ Auch die Präsidentengattin hätte mit dem bedenklichen Stimmungswechsel in der Schweiz gegenüber den USA konfrontiert werden müssen. Sie hätte mit dem Bewusstsein heimkehren müssen, dass die Schweiz nicht gewillt ist, sich bieten zu lassen, dass sich die amerikanische Regierung hinter einen Mann wie Edgar Bronfman stellt und dass ausgerechnet eine Verwandte der Präsidentengattin ohne jegliche Sachkenntnis in besonders aggressiver Weise über unser Land herzieht.¹

e2) Gegenüber Präsident Bill Clinton

Dass bei diesen persönlichen Zusammentreffen nicht das Optimum erreicht wurde, geht auch aus den Zeitungsberichten nach dem Besuch Präsident Clintons hervor. Der Bundesrat wurde mit dem Kommentar zitiert, es gebe *«keinen Schatten zwischen den USA und der Schweiz»*, was offensichtlich nicht zutraf. Präsident Clinton habe *«versichert, wie sehr er die Bemühungen der Schweiz bei der Aufarbeitung der Vergangenheit schätze und wie sehr er alle Boykottdrohungen ablehne»*, nachdem ihm zugesichert worden war, dass die Schweiz *«die eingeleiteten Massnah-*

¹ Bemerkenswerterweise ist ausgerechnet eine der unverfrorensten Kritikerinnen der Schweiz, die kalifornische Senatorin Barbara Boxer (Kapitel 11 b), privat eng mit der Präsidentengattin Hillary Clinton verbunden. Barbara Boxers Tochter Nicole ist mit Tony Rodham verheiratet, dem Bruder von Hillary Clinton.

men weiterführen werde und kein Cent von den in der Schweiz befindlichen Vermögenswerten von Holocaustopfern und deren Nachkommen im Land bleiben werde».

Bei dieser Formulierung springt ins Auge, dass mit Sicherheit auch der Präsident der USA davon ausging, die Schweiz werde früher oder später noch weitere, substantielle Summen bezahlen.¹ Genau dieser Punkt wäre aber zu bereinigen gewesen. Vom amerikanischen Präsidenten wäre eine unmissverständliche Erklärung fällig gewesen, dass er und sein Land weder von der Schweiz noch von der Nationalbank, noch von den Schweizer Banken irgendwelche zusätzliche Zahlungen erwarten, selbstverständlich mit Ausnahme der Fälle, bei denen noch Inhaber von Bankkonten gefunden werden können. Clinton hätte darauf aufmerksam gemacht werden müssen, wie unakzeptabel es ist, dass die USA einen Unterstaatssekretär in der Schweiz auftreten lassen, der in offizieller Funktion einen Mann wie Edgar Bronfman lobt.

Dass sich Präsident Clinton gegen Boykotte aussprach, war kein Entgegenkommen, sondern eine Selbstverständlichkeit. Etwas anderes hätte sich der höchste Mann der USA, die weltweit freien, ungehinderten Marktzutritt zuoberst auf ihre Fahne geschrieben haben, gar nicht erlauben können. Seine verbale Distanzierung von Boykotten war umso unbedeutender, als er als Präsident auf Boykotte gliedstaatlicher oder lokaler US-Behörden gar keinen entscheidenden Einfluss ausüben konnte.

e3) Gegenüber Benjamin Netanyahu

Auch Israel gegenüber hätte ein anderer Ton angeschlagen werden müssen. Das offizielle Israel hat zwar die Schweiz nicht angegriffen, aber auch hier wurde eventuell von Ministerpräsident Netanyahu von Anfang an ein Doppelspiel gespielt, wie sein skandalöser Dankesbrief an Edgar Bronfman zeigt (vgl. Kapitel 4a und Chronologie 45). Bereits der später ermordete Ministerpräsident Yitzhak Rabin hatte der *Jüdischen Rückerstattungs- Weltorganisation* den Auftrag erteilt, für die Wiederbeschaffung der im Krieg verlorenen jüdischen Vermögenswerte besorgt zu

¹ Bei der Zusicherung, es werde *«kein Cent in unserem Land bleiben»*, hat der amerikanische Präsident ja wohl kaum die Überlegung gemacht, dass die Schweiz mit den in den Holocaustfonds einbezahlten 270 Millionen Franken schon x-mal mehr bezahlt hat, als sich insgesamt an nachrichtenlosen Vermögen von jüdischen Opfern wird finden lassen (vgl. Kapitel 6b).

sein, faktisch also Leuten wie Edgar Bronfman und Avraham Burgh.²⁰⁹ Letzterer räumte offen ein, Rabin habe dieses Mandat aus taktischen Gründen an die jüdischen Organisationen abgetreten. Rabin habe gesagt: *«Macht es mit den internationalen jüdischen Organisationen, denn für die israelische Regierung liegt ein Interessenkonflikt bezüglich ihrer Beziehung zur Regierung der Schweiz vor.»* Wählte Israel diesen Weg bewusst, um gegen die Schweiz vorgehen zu können, ohne dabei die freundschaftlichen Beziehungen der beiden Länder zu gefährden? Schon längst hätte das Gespräch mit Bronfman verweigert und von Israel der Rückzug dieses Mandats verlangt werden müssen. Ultimativ hätte vom israelischen Ministerpräsidenten beim persönlichen Zusammentreffen die Erklärung verlangt werden müssen, dass er sich klipp und klar von Scharfmachern distanziert.

e4) Die Schweiz ist nicht wehrlos

Es wird immer wieder gesagt, die kleine Schweiz habe gar keine Möglichkeit, sich wirkungsvoll zur Wehr zu setzen, schon gar nicht gegenüber den übermächtigen USA.

Wer das sagt, übersieht einen wesentlichen Punkt. Trotz der grossen negativen Auswirkungen, welche die Kritik an der Schweiz in den letzten zwei Jahren gehabt hat, ist doch zu bedenken, dass es dabei um ihr angebliches Fehlverhalten vor mehr als 50 Jahren geht. Bei den USA hingegen kann deren heutiges Verhalten zum Thema gemacht werden. Seit dem Fall der Berliner Mauer beanspruchen sie vermehrt in der ganzen Welt ihren Führungsanspruch, den sie teilweise mit Waffengewalt durchsetzen. Dabei sind sie in ganz entscheidendem Masse darauf angewiesen, dass die von ihnen vertretene Moral in der zivilisierten Welt Rückhalt findet. Gerade das heikle Engagement der USA im Nahen Osten zeigt die Problematik in aller Klarheit auf. Es führt in die Katastrophe, wenn die USA zusammen mit Israel eine Politik durchsetzen und diese in Widerspruch zu den allgemein gängigen Moralvorstellungen geraten sollte.

Die USA müssen sich deshalb zweimal überlegen, ob sie in Kauf nehmen wollen, ausgerechnet von der Schweiz, die vielerorts einen guten Ruf besitzt, der egoistischen Machtpolitik bezichtigt zu werden. Was wären die Reaktionen gewesen Re-

aktionen gewesen, wenn die Schweiz unter lauten Protesten z.B. die bisher wahrgenommenen Interessen der USA in Iran niedergelegt hätte mit der Begründung, das Vertrauen für eine Zusammenarbeit mit den USA sei nicht mehr gegeben?¹ Wie hätten vor allem Staaten der Dritten Welt auf Klagen der Schweiz reagiert, zur Regierung der Vereinigten Staaten bestehe keine genügende Vertrauensbasis mehr, weil sich diese von einer kleinen, finanziell starken Gruppe für deren Zwecke missbrauchen lässt? Einen Vertrauensverlust in das amerikanische Rechtswesen und den Vorwurf von erpresserischen Massnahmen durch staatliche Behörden können sich die USA langfristig nicht leisten, wenn sie weiterhin die moralische Führungsrolle in der Welt spielen wollen.

Für die israelische Regierung Netanyahu wäre es in Anbetracht der Opposition, mit der sie sich ohnehin schon konfrontiert sieht, schon längst problematisch gewesen, zugeben zu müssen, dass sie mit einem Mann wie Edgar Bronfman zusammenarbeitet, welcher der Schweiz mit dem «totalen Krieg» droht. Solche Ausdrücke lösen auch in Israel Skepsis aus, zumindest im gemässigten Teil der Bevölkerung. Wie wäre die internationale Reaktion gewesen, wenn die Schweiz als Antwort auf Netanyahus Brief oder auf die skandalösen Vorkommnisse im israelischen Parlament (Chronologie 45, 46 und 47), die einer schallenden Ohrfeige an die Adresse der Schweiz gleichkamen, den Abbruch diplomatischer Beziehungen angedroht oder verfügt hätte, bis eine Entschuldigung folgt?

Scharfe Kritik der offiziellen Schweiz könnte durchaus Wirkung haben und wirkamen Gegendruck erzeugen.

f) Auch die Banken verfolgten einen zu weichen Kurs

Aber nicht nur unsere Regierung hat einen zu wenig harten Kurs verfolgt. Beispiele wie die folgenden zeigen, dass sich auch Bankenkreise zu defensiv verhielten.

¹ Die Schweiz dient im Iran als sogenannte «Schutzmacht», das heisst, sie nimmt die amerikanischen Interessen dort wahr, seit die USA nach dem Geiseldrama unter Präsident Jimmy Carter die diplomatischen Beziehungen zu Iran abgebrochen haben.

f1) Zahlungsbereitschaft durch Bankenvertreter mit verursacht

Bis Anfang 1997 galt in der Schweiz das Motto «Zuerst untersuchen, erst dann über Zahlungen reden». Auf Forderungen sei nicht einzutreten. Zuerst sollten die Ergebnisse der Kommissionen Bergier und Volcker abgewartet werden. Am 22. Januar 1997 schlug jedoch der Präsident des Verwaltungsrats der Credit Suisse Group, Rainer Gut, unvermittelt Pauschalzahlungen vor. Wie aus Pressereaktionen hervorgeht, tat er dies, ohne sich mit den Betroffenen abzusprechen.¹ Der mit dieser Ankündigung ausgelöste Zugzwang führte zur Gründung des Holocaustfonds, also zu den Zahlungen der Banken (100 Millionen Franken), der Wirtschaft (70 Millionen) und der Nationalbank (100 Millionen).

Der Jüdische Weltkongress hatte eben erstmals eine konkrete Summe von 250 Millionen Dollar gefordert (Kapitel 8f1). Offenbar handelte Rainer Gut in der Hoffnung, der Druck lasse nach, wenn die Schweiz den Forderungen nachkomme. Dies war eine Fehlüberlegung. Wie die folgenden Monate zeigten, war eher das Gegenteil der Fall. Die Zahlungen wirkten als Schuldanerkennung, wie dies vom Leiter des *Simon Wiesenthal Centers*, Marvin Hier, perfekt zusammengefasst wurde: «Die Schweiz hätte keinen Holocaustfonds eingerichtet und würde nicht die Schaffung einer Solidaritätsstiftung erwägen, wenn sie sich nicht schuldig fühlte. Kein Land würde solche Massnahmen ohne Grund ergreifen.»²¹⁰ Allgemein gilt: «(Eine Zahlung) wird die Probleme nicht lösen, es wird sie nur verschärfen.»²¹¹

Die Zukunft wird weisen müssen, ob der Entscheid der Banken, dem Druck nachzugeben und Zahlungen zu leisten, positiv war. Oder wurde gar die einmalige Chance verpasst, der Weltöffentlichkeit zu demonstrieren, dass sich die Schweizer

¹ Vgl. Artikel *Kühner Vorstoss von Rainer E. Gut*; in: *Neue Zürcher Zeitung* vom 22. Januar 1997. Die *Neue Zürcher Zeitung* sprach vom «Husarenstreich Guts» und schrieb: «Selbstverständlich wäre es besser gewesen, er hätte seine Initiative in Absprache mit den andern potentiellen Geldgebern zu einem Paket schnüren können. (...) Nach der Auffassung Guts sind folgende Massnahmen nötig; es ist ein rein gemeinnütziger Fonds durch die drei Gruppen Banken/Versicherungen, Schweizerische Nationalbank und Eidgenossenschaft zu schaffen. Weitere Branchen müssten aber dazukommen. Jeder der drei ‚Erstzahler‘ müsste nach Guts Auffassung rund einen Drittel beisteuern. Bei den Banken seien dabei primär die Grossbanken in der Pflicht. (...) Gut gibt zu verstehen, dass er noch vor Weihnachten mit einem Betrag von rund 100 Millionen Franken gerechnet habe. Angesichts der Ereignisse seit dem Jahreswechsel müsse es aber bedeutend mehr sein.»

Banken von niemandem unter Druck setzen lassen, auch nicht von Leuten, die extrem viel Geld und Macht im Rücken haben und sogar die amerikanische Regierung für ihre Zwecke einspannen können. Hätte es sich langfristig ausbezahlt, standhaft zu bleiben? Würde gar unserem Land und unserem Finanzplatz ein schlechter Dienst erwiesen, weil unsere Banken künftig als erpressbar gelten und damit weniger kreditwürdig sind? Auf jeden Fall war es ein Fehler, dass Bankenvertreter wie Rainer Gut bei ihrem Bemühen, ihre Probleme durch faktische Schutzgeldzahlungen zu lösen, auch den Staat respektive die Nationalbank zu Zahlungen aufforderten. Glücklicherweise kamen der Bund und die Nationalbank dieser Aufforderung nach dem Frühling 1997 nicht mehr nach.

f2) Missverständliche Entschuldigung

Ich weilte in den USA, als am 23. Juli 1997 die Schweizer Banken weltweit die erste Liste von nachrichtenlosen Konten veröffentlichten. Hauptsächliches Gesprächsthema nach der Fernsehberichterstattung war nicht die Veröffentlichung dieser Listen an sich. Hauptthema war vielmehr die anlässlich der Präsentation dieser Listen gemachte Aussage des Präsidenten der Schweizerischen Bankiervereinigung, Georg Krayer, er habe *«kein Feigenblatt gefunden, das gross genug ist, um meine Scham zu bedecken»*. Einem amerikanischen Fernsehzuschauer, der eine solche Aussage gesehen hat, wird man nie mehr die Überzeugung nehmen können, das Verhalten der Schweizer Banken während des Zweiten Weltkriegs sei ein einziger Schandfleck gewesen. Es ist ein kleiner Trost, wenn die Aussage nicht so gemeint war, wie sie verstanden oder von den Medien verbreitet wurde. Georg Krayer wollte gar nicht sagen, die Banken hätten betreffend nachrichtenlose Vermögen in der Vergangenheit Fehler gemacht, er wollte nur Mängel der Veröffent-

¹ Briefwechsel mit dem Autor, 18. November 1997. Georg Krayer wollte nur die Veröffentlichung dieser Listen vom 23. Juli 1997 in einigen Punkten kritisieren: Es hatte sich herausgestellt, dass einige der gesuchten Kontoinhaber mit wenig Aufwand längst hätten gefunden werden können. Zudem schien es sich bei einigen der veröffentlichten Namen eher um damalige Täter zu handeln als um Naziopfer. Senator D'Amato bezeichnete es auch nach Veröffentlichung der zweiten Liste als *«Ungeheuerlichkeit, dass sich auf der Liste vor allem Namen nicht jüdischer Personen befinden»*. Es passte ihm offensichtlich einfach nicht ins Konzept, dass nur eine Minderheit der nachrichtenlosen Vermögen jüdisch sind.

lichung im Juli 1997 kritisieren.¹ Seine Aussage vor den Medienvertretern war jedoch zumindest viel zu unvorsichtig. Es war absehbar, dass er missverstanden wird.

f3) Nicht einmal über die krassesten Tatsachen informiert

Die Banken informieren generell zu wenig offensiv. Es ist ihnen im Verlaufe der letzten zwei Jahre nicht einmal gelungen, der eigenen schweizerischen Öffentlichkeit die entscheidenden Grössenordnungen ins Bewusstsein zu rufen. Sogar in unserem Land hat die Bevölkerung nicht realisiert, dass die erhobenen Vorwürfe betreffend nachrichtenlose Konten von Anfang an 1'000-fach übertrieben waren (Kapitel 6b).

Zu respektieren ist, wenn aus Rücksicht auf die Betroffenen keine Informationen über einzelne Konten und deren Inhaber gegeben werden.¹ Aber die Veröffentlichung der Tatsache, dass nur sehr wenige Konten jüdischer Kriegsoffer gefunden werden können, wäre zur Entkräftung der Anschuldigungen im offensichtlichen Interesse der Schweiz gewesen. Es ist erstaunlich, dass sich selbst Paul Volcker als Vorsitzender der Volcker-Kommission beklagen musste: *«Wie viele der gefundenen Konti einem Holocaustopfer gehörten, weiss ich nicht. (...) Niemand will mir eine vernünftige Schätzung nennen.»* Offenbar haben sich sogar die an den Sammelklagen beteiligten Anwälte geweigert, der Volcker-Kommission Informationen zur Verfügung zu stellen.

Besonders stossend wirkt die Verschwiegenheit der Banken in den konkreten Einzelfällen, in denen sie in aller Öffentlichkeit massiv angegriffen worden waren: Sollte beispielsweise stimmen, dass im Falle von *Greta Beer* das gesuchte Konto längst saldiert und das Geld von einem Onkel abgehoben worden ist (vgl. Kapitel 7 a8), so grenzt es geradezu an Masochismus, wenn die betroffene Bank dies bisher nicht publizitätswirksam bekannt gegeben hat.²

¹ Gemäss Presseberichten macht *«der Bankendachverband aus Rücksicht auf die Privatsphäre der Betroffenen keine Angaben zur Summe der ausbezahlten Beträge»* (Aargauer Zeitung vom 6. Dezember 1997).

² Auch die Eidgenössische Bankenkommission stellt sich auf den Standpunkt, dass diese Information selbst nach den Aussagen von Edgar Bronfman noch immer dem Bankgeheimnis unterstehe (Briefwechsel mit dem Autor, 28. Oktober 1997).

Mag sein, dass das Stillschweigen der Banken wegen der Sammelklagen taktisch bedingt war oder dass bei Vergleichsverhandlungen Stillschweigen vereinbart worden war. Zumindest aber stellt sich die Frage, weshalb diese Fälle nicht von den Schweizer Medien ins richtige Licht gerückt wurden. Nicht einmal im Fall «*Rosenberg gegen Winterthur-Versicherung*», in welchem gar Betrugsabsichten mit im Spiel sind (vgl. Kapitel 7 a8), wurde deutlich genug informiert. Zwar veröffentlichte der *Tages-Anzeiger* am 27. August 1998 den von der Versicherung gemeldeten Sachverhalt in einer kleinen Notiz, die Meldung fand jedoch bei den Medien bei weitem nicht die Aufmerksamkeit, die ihr hätte zukommen müssen. Die breite Bevölkerung hat kaum realisiert, dass ein Betrugsversuch vorliegt.

f4) Erstaunliches Verhalten im Fall Meili

Die Informationspolitik der Banken wirft nicht zuletzt im *Fall Meili* (Chronologie 13) Fragen auf. Von Anfang an war ersichtlich, wie gefährlich dieser Fall für die gesamte Schweiz werden könnte. Als Christoph Meili von Verwaltungsratspräsident Robert Studer in *der Arena* des Schweizer Fernsehens ohne Begründung unehrenhafte Beweggründe unterschoben wurden,¹ war definitiv das Bild des «David» Meili geschaffen, der in heroischem Kampf gegen den «Goliath», die mächtige Grossbank, kämpfte. Dieses Bild liess sich vor allem in den USA äusserst medienwirksam vermarkten. In weiten Kreisen galt Meili als Held, in den USA und in Israel wurde er begeistert empfangen und geehrt.

Nach mehr als einem Jahr fand in den Schweizer Medien plötzlich eine Kehrtwendung statt. Nun wurde plötzlich an Meilis Integrität gezweifelt und berichtet, Meili habe sich eigenartigerweise beim Auffinden der Akten in Räumlichkeiten aufgehalten, zu denen er als Wachmann gar keinen Zutritt gehabt hätte. Verdächtigerweise sei er bereits vorher mehrmals in diesen Räumlichkeiten gesehen worden. Nun wurde gemeldet, Christoph Meili sei bereits bei einem früheren Arbeitgeber

¹ Im Wortlaut sagte der damalige Verwaltungsratspräsident Robert Studer in *der Arena* vom 6. Februar 1997, das Verhalten von Christoph Meili «lässt mich vermuten, dass die Gründe, die Meili für sein Handeln angegeben hat, nicht die einzigen sind». Diese im leeren Raum stehende Behauptung wurde in der Folge weder durch die Schweizerische Bankgesellschaft noch durch Robert Studer konkretisiert.

wegen Problemen entlassen worden, zudem sei er im Zeitpunkt des Aktenfundes in gekündigter Stellung gewesen. Nun konnte man lesen, «*bankinterne Papiere weisen daraufhin, dass die bisherige Darstellung Meilis in wesentlichen Punkten nicht stimmt*».²¹² Was bewog die Bank, für sie entlastende Informationen länger als ein Jahr zurückzuhalten? Zumindest in der Schweizer Öffentlichkeit hätte vor allem die Tatsache, dass sich Meili offenbar aus irgendwelchen Gründen gezielt in den «Aktenvernichtungsraum» begeben hatte, Misstrauen ausgelöst und die Angriffe teilweise entschärft.

Der Fall Meili zeigt, wie grosser Schaden allein durch (wirklich oder vermeintlich) arrogantes Auftreten verursacht werden kann.¹ Allerdings ist der Vollständigkeit halber festzuhalten, dass die Untersuchungsbehörde an der Eskalation des Falles wesentliches Mitverschulden trägt. Wenn das Verfahren nicht derart unbegreiflich verschleppt worden wäre, hätte in den USA nicht so spektakulär zum Thema gemacht werden können, Meili werde in der Schweiz strafrechtlich verfolgt und müsse angeblich gar um sein Leben fürchten.²

g) Das Geschirr ist bereits zerschlagen

Die Krise der letzten zwei Jahre hätte mit grosser Wahrscheinlichkeit zu Beginn durch eine selbstbewusste und ablehnende Haltung vermieden oder zumindest entscheidend entschärft werden können. Das zeigen die Beispiele von Spanien und

¹ Die Reaktionen von Robert Studer wurden nicht nur anlässlich der erwähnten Arena-Sendung als arrogant empfunden. Charakteristisch war auch die Reaktion der Öffentlichkeit, als er die nachrichtenlosen Vermögen als *peanuts*, also als Kleinigkeiten, bezeichnete. In der Sache hatte Studer sogar Recht, wenn er damit sagen wollte, dass die gefundenen Summen betragsmässig vernachlässigbar seien. Die Art und Weise der Aussage erweckte jedoch einen äusserst schlechten Eindruck.

² Wer erwartet hätte, dass dieser Fall von eminentem nationalem Interesse von der Untersuchungsbehörde speiditiv bearbeitet werde, sah sich bitter getäuscht. Am 30. April 1997 reiste Christoph Meili in die USA ab. Erstaunt musste man erfahren, die Zeit seit dem Vorfall am 8. Januar 1997 habe angeblich nicht ausgereicht, um ihn ausreichend einzuvernehmen. Der Fall zog sich dahin, der zuständige Zürcher Bezirksanwalt Peter Cosandey war im Sommer ferienabwesend. Es dauerte mehr als neuneneinhalb Monate, bis der Fall am 1. Oktober 1997 ohne weitere Einvernahme Meilis einfach eingestellt wurde, wie dies problemlos bereits im Februar 1997 möglich gewesen wäre. Der Schweiz wäre viel erspart geblieben, wenn die Untersuchung vor Ende April 1997 abgeschlossen worden wäre. Aber nicht einmal in einem Fall von kapitaler Wichtigkeit scheint ein auch nur einigermassen speiditives Verfahren möglich zu sein.

Frankreich. Als sie von Senator D'Amato zu Hearings in die USA zitiert wurden, dachten sie nicht daran, in Washington zu erscheinen, «*weil dies die elementarsten Regeln der Beziehungen zwischen souveränen Staaten verletzt*».¹ Spanien nahm den Standpunkt ein, dass es normal und notwendig gewesen sei, mit Deutschland Handel zu treiben, auch wenn das nach Spanien fliessende Gold gestohlen gewesen sein mag. In Frankreich wiesen sogar die französischen Juden die Angriffe ihrer Glaubensgenossen aus den USA kategorisch zurück.

Demgegenüber hat die Schweiz mit ihren Selbstbeichtigungen, ihren Zahlungen und Zahlungsankündigungen und durch den mangelnden Protest gegen die Anschuldigungen weltweit den Eindruck erweckt, sie habe tatsächlich durch Kooperation mit Nazideutschland schwere Schuld auf sich geladen. Dass diese Überzeugung eben doch in sehr breiten Kreisen Fuss gefasst hat, zeigen Erfahrungen wie diejenigen der Schweizerin Franziska Rochat-Moser, die im November 1997 überraschend den Marathon von New York gewonnen hatte. Als sie gefragt wurde: «*Haben Sie Ressentiments gegenüber der Schweiz gespürt?*», antwortete sie: «*Ja, und zwar gewaltig. Damit habe ich nicht gerechnet. Es wurden mir sehr aggressive Fragen gestellt.*»²¹³ Dass die negative Haltung gegenüber unserem Land auch in wichtigen nicht politischen Kreisen zu finden ist, zeigt die Antwort von Hollywoodregisseur Roman Polanski, als er gefragt wurde, was er von den Problemen der Schweiz mit den nachrichtenlosen Vermögen halte: «*Was wollen Sie denn, dass ich davon halte? Es ist die Wahrheit.*»²¹⁴ Selbst mit grösstem Werbeaufwand sind die falschen Vorstellungen in den USA kaum mehr korrigierbar. Die Schweiz gilt heute in den Augen von entscheidenden Kreisen als nicht Krieg führender Komplize des Dritten Reichs, der den Krieg verlängert hat.

Erfreulich ist wenigstens, dass die Opposition in der Schweiz gegenüber den Angriffen aus dem Ausland in jüngster Zeit endlich stärker wurde. Allerdings muss festgestellt werden, dass der richtige Zeitpunkt längst verpasst worden war. Das negative Bild der Schweiz war bereits geschaffen.

¹ Der Botschafter Spaniens in Washington, Antonio Oyarzabal, und der Präsident der Aussenpolitischen Kommission des spanischen Abgeordnetenhauses, Javier Ruperez, weigerten sich, vor D'Amatos Senatskommission zu erscheinen; vgl. spanische Zeitung *Nacional* vom 11. Juni 1997. Das Zitat stammt von Botschafter Oyarzabal.

Es rächte sich bitter, dass unser Land nicht gleich zu Beginn die Fronten klar abgesteckt hatte.

Positiv ist zwar auch, wenn massgebende Persönlichkeiten 1998 endlich zur Besinnung kamen und auf Grund (zu) später Einsicht vom Saulus zum Paulus wurden, indem sie vom Lager der Kritiker zu denjenigen wechselten, welche die Schweiz verteidigen wollen. Aber das ändert nichts daran, dass sie den Schaden bereits (mit-)verursacht haben. Diesbezüglich ist vor allem Sigi Feigel, der Ehrenpräsident der Israelitischen Cultusgemeinde Zürich, zu nennen. Noch im Frühjahr 1996 hatte er als treibende Kraft mitgeholfen, die Lawine gegen die Schweiz loszutreten. Damals hatte er die Banken noch vehement attackiert und von skrupellosen Profiteuren und Veruntreuung der Banken geredet, ohne dafür Beweise vorzulegen.

Auch wenn im jetzigen Zeitpunkt das Geschirr schon weitgehend zerschlagen ist, muss trotzdem versucht werden, zu retten, was noch zu retten ist. Sollten nun trotz getroffener Globallösung (Chronologie 43) noch weitere Vorwürfe auf die Schweiz zukommen, wird entscheidend sein, mit welcher Grundhaltung die Verteidigung geführt wird. Keine Strategie kann erfolgreich sein, wenn die Haltung vertreten wird, unser Land habe damals Fehler gemacht, für die nun zu bezahlen sei. Leute sind gefragt, die wirklich bereit sind, als Fürsprecher für unser Land aufzutreten, nicht solche, die «im Zweifel gegen die Schweiz» entscheiden. Noch weniger ist akzeptabel, dass sich Leute im Namen unseres Landes äussern, die meinen, sie müssten über das eigene Land zu Gericht sitzen, oder die sich gar einen Spass daraus machen, als Selbstankläger gegen ihr Land aufzutreten.

12. ZAHLUNGEN SIND DER FALSCHER WEG

Dass die Banken nachrichtenlose Vermögen den Berechtigten zurückzahlen müssen, falls solche noch gefunden werden können, ist – und war von allem Anfang an – unbestritten. Alle anderen Zahlungen sind und waren jedoch unangebracht. Die gegenwärtige Krise lässt sich nicht mit einer «Politik per Checkheft» lösen.

Mit Zahlungen können und konnten zwar allenfalls jüdische Klägerorganisationen zufrieden gestellt werden. Sie konnten ihren Mitgliedern und Sympathisanten stolz erklären, man habe die Schweizer Banken oder sogar die Schweiz als Ganzes in die Knie gezwungen. Auf Zahlungen reagieren auch diejenigen Mitläufer und Medien positiv, die für das Kesseltreiben gegen die Schweiz gewonnen werden konnten. Aber die breite Öffentlichkeit reagiert völlig anders: Für sie bedeutet jede Zahlung und jedes Zahlungsversprechen ein Schuldbekenntnis.

a) Die bereits bezahlten 270 Millionen des Holocaust-Fonds

Als Erstes wurde im Frühling 1997 der «Holocaust-Fonds» errichtet. Ausgelöst wurde er durch den zunehmenden Druck, der Anfang 1997 durch den Wirbel um das Interview von Bundesrat Delamuraz, um die Affäre Meili, um die Affäre Jagmetti sowie durch den ersten Höhepunkt von Boykottdrohungen staatlicher amerikanischer Stellen entstanden war (Chronologie 12, 13, 14 und 21).

a1) 100 Millionen von den Banken

Den Beginn machten die drei Schweizer Grossbanken, die nach der Ankündigung von Rainer Gut (vgl. Kapitel 11 f1) am 6. Februar 1997 die Zahlung von 100 Millionen Franken zusicherten. Überraschenderweise taten sie dies, ohne – wie vorerst in Aussicht gestellt – das Ergebnis der Suche nach nachrichtenlosen Konten abzuwarten und ohne dass ihnen Unregelmässigkeiten nachgewiesen worden wären.

Dass die Banken Anfang 1997 allen Grund hatten, sich durch die Drohungen aus den USA unter Druck zu fühlen, zeigte sich anhand der zahlreichen Boykotte und Boykotterklärungen, die folgten. Staatliche und städtische Politiker quer durch die USA schalteten sich ein und verhängten Boykottandrohungen, vom kalifornischen Finanzverwalter Matt Fong bis zum obersten Finanzchef der Stadt New York, Alan Hevesi (Chronologie 21, 26 und 42).

a2) 70 Millionen von der Wirtschaft

Es folgte die Schweizer Wirtschaft, die 70 Millionen Franken in diesen Fonds beisteuerte. Dass auch sie bezahlte, weil sie unter Druck gesetzt worden war, zeigt nicht zuletzt das Vorgehen des eben genannten Alan Hevesi, der in New York für die Platzierung enormer Beträge von Pensionskassengeldern zuständig ist. Rund 700 Millionen davon sind bei verschiedenen Schweizer Firmen angelegt. Hevesi schrieb in einem Brief an Novartis, Nestlé, Mövenpick und 24 weitere betroffene Firmen, als Investor wünsche er zu erfahren, welchen Beitrag das jeweilige Unternehmen in den Holocaust-Fonds einzuzahlen beabsichtige.²¹⁵ Hevesi wollte offensichtlich in Zukunft nur noch diejenigen Firmen berücksichtigen, welche bezahlen. Um seine Aktion zu verstärken, verschickte er Aufforderungen an eine Vielzahl seiner Finanzchef-Kollegen, ähnliche Aktionen zu tätigen, ein *«Versuch, der an Nötigung grenzt, Schweizer Firmen zu höheren Beiträgen an den Spezialfonds für Holocaustopfer zu zwingen»*.²¹⁶

a3) 100 Millionen von der Nationalbank

Am 5. März 1997 kündigte Bundespräsident Koller an, auch die Nationalbank werde 100 Millionen Franken in diesen Fonds einzahlen. Auch dies bedeutete eine bemerkenswerte Kehrtwendung,¹ die nur mit dem steigenden Druck erklärt werden konnte: Noch Ende 1996 hatte der Bundesrat Zahlungen als verfrüht abgelehnt.

¹ Formell kann zwar geltend gemacht werden, es sei nicht dasselbe, wenn Bund oder Nationalbank bezahlen, denn die Nationalbank sei rechtlich vom Bund unabhängig. Materiell laufen die beiden Fälle aber insofern auf dasselbe hinaus, als sowohl bei Zahlungen des Bundes wie auch der Nationalbank Volksvermögen ausgegeben wird.

Solche würden erst geprüft, wenn die Ergebnisse der Historikerkommission Berger vorlägen und sich Zahlungen auf Grund neuer Erkenntnisse aufdrängen würden.¹ Problematisch war neben dem Meinungsumschwung, dass der Bundesrat als politische Behörde erklärte, die rechtlich unabhängige Nationalbank werde bezahlen. Damit wurden einerseits komplizierte rechtliche Probleme geschaffen.² Andererseits wurde dadurch eine Entwicklung ausgelöst, die der Bevölkerung entgegen den anfänglichen Zusicherungen die Möglichkeit einer Volksabstimmung über die Bezahlung dieser 100 Millionen entzog.³ Diese Abschiebung der Verantwortung vom Volk auf die Nationalbank war insofern ein Fehler, als diese dadurch erpressbarer wurde. Solange die Mitsprache des Volkes gewahrt blieb, war klar, dass es für jemanden, der unser Land unter Druck setzen wollte, praktisch aussichtslos sein würde, zu Geld zu kommen.⁴

a4) Nicht einmal alle Beschenkten reagieren positiv

Vergeblich wurde von Seiten der Schweiz versucht, die Zahlungen als humanitäre Geste darzustellen, die nichts mit einer Schuld zu tun habe. Die Zahlungen werden teilweise nicht einmal von den Beschenkten selbst als positiv empfunden. Als am 18. November 1997 die ersten Gelder aus dem 270-Millionen-Fonds in Riga, Lettland, ausbezahlt wurden, sprachen die publizierten Reaktionen Bände: «Die 400

¹ Die *Basler Zeitung* vom 13. Februar 1997 fasste zusammen: «28. November 1996: Aussenminister Flavio Cotti spricht sich noch in einem Zeitungsinterview gegen die vorgezogene Einrichtung einer Holocaust-Stiftung aus. Er bestätigt damit die Haltung des Gesamtbundesrates, wonach finanzielle Konsequenzen erst gezogen werden könnten, wenn die Geschichte des Finanzplatzes aufgearbeitet sei.» Greville Jänner, der englische Vizepräsident des Jüdischen Weltkongresses, hatte «einen noch zu bestimmenden Betrag an eine Stiftung für jüdische und nicht-jüdische Opfer des Nazi-Regimes» gefordert. Noch einen Tag vor Weihnachten wurden von bundesrätlicher Seite im Schweizer Radio DRS solche Forderungen abgelehnt.

² Die Nationalbank wies vorerst mittels Gutachten darauf hin, dass sie rechtlich gesehen keine 100 Millionen Franken bezahlen könne, ohne dass dafür durch das Parlament ein spezielles Gesetz geschaffen werde. Das Parlament entschied in der Folge, seines Erachtens sei der Erlass eines Gesetzes nicht notwendig, und trat gar nicht auf die Vorlage ein. Konsequenterweise hätte die Nationalbank gemäss ihrer Rechtsauffassung keine 100 Millionen bezahlen können. Um dies trotzdem tun zu können, änderte sie einfach ihre Auffassung und bezahlte.

³ Indem das Parlament den Ball zurück an die Nationalbank gab und es ablehnte, ein Gesetz zu schaffen, wurde dem Volk die Möglichkeit genommen, via fakultatives Referendum über diese 100 Millionen Franken zu befinden.

⁴ Bei einem Unmutsausbruch während der Goldkonferenz in London (2. bis 4. Dezember 1997; Chronologie 25) forderte Bronfman vor laufenden Fernsehkameras eine Milliardenzahlung, wobei er typischerweise sagte, es sei ihm gleichgültig, wie bezahlt werde, nur müsse beim Zahlungsentscheid die Mitsprache der schweizerischen Bevölkerung ausgeschaltet werden.

Dollar erinnern mich an das Schicksal jener, deren Geld wir heute bekommen»; oder *«Ein Riesenzirkus wegen 400 Dollar. Wann kommt der Rest? Wenn wir alle tot sind?»*²¹¹ Die Empfänger dachten trotz der gegenteiligen Schweizer Beteuerungen, sie bekämen aus der Schweiz Geld, das damals den jüdischen Opfern abgenommen worden war. Oder noch schlimmer: Sie empfanden es sogar als Zumutung, von den für schuldig gehaltenen Banken nur einen beschämend kleinen Betrag zu erhalten. Dies ist nachvollziehbar: Wer vor 1945 seine ganze Familie mit Haus und Hof verloren hat, muss es als Beleidigung empfinden, von jemandem 400 Dollar angeboten zu erhalten, den er auf Grund der Hetzkampagne gegen unser Land für einen damaligen Komplizen der Nazischergen hält.

b) Die in Aussicht gestellte 7-Milliarden-Stiftung

Am 5. März 1997 hielt Bundespräsident Arnold Koller im Nationalrat eine Rede, die zu einem Meilenstein der *Krise Schweiz – Zweiter Weltkrieg* wurde. Er stellte in Aussicht, mit dem Verkauf eines Teils des Nationalbankgoldes werde eine *Solidaritätsstiftung* mit einem Kapital von 7 Milliarden Franken gegründet. Aus dem Ertrag dieser 7 Milliarden Franken, jährlich rund 350 Millionen Franken, seien *«Opfer von Armut, Katastrophen, Genoziden und anderen schweren Menschenrechtsverletzungen»* zu unterstützen, *«selbstredend auch jene von Holocaust und Shoa»*.

Diese Ankündigung bedeutete wohl den grössten Fehler unserer Regierung seit Beginn der Angriffe gegen die Schweiz. Was mit der Ankündigung bezweckt wurde, ist von sekundärer Bedeutung. Entscheidend ist, wie sie international verstanden wurde. Verheerend war, sich ausgerechnet auf die Summe von 7 Milliarden festzulegen. In den USA war immer wieder ins Blaue hinaus behauptet worden, auf den Schweizer Banken lägen 7 Milliarden Dollar an nachrichtenlosen Vermögen (vgl. Kapitel 6). Nach der Ankündigung von Bundesrat Koller wurde in den USA weder differenziert, ob es sich um Dollars oder um Schweizerfranken handle, noch ob es sich um gestohlenen Geld, um nachrichtenlose Vermögen oder um sonst etwas handle. Die Botschaft aus der Schweiz wurde ganz einfach so verstanden, dass

die 7 Milliarden nun doch zum Vorschein gekommen seien und die erhobenen Vorwürfe korrekt gewesen waren. Durch die Ankündigung des Bundesrats klangen selbst die übertriebensten Forderungen echt.

Entsprechend waren die Reaktionen. Senator D'Amato sprach von einem *«erstaunlichen Eingeständnis der Schuld»*²¹⁸ und liess verlauten, dass der *«Plan zu einem Fünf-Milliarden-Dollar-Fonds einen Durchbruch darstelle»*. Edgar Bronfman sprach von einem *«Sieg für die Juden und die Schweiz»*. JWC-Vizepräsident Greville Jänner meinte, die Stiftung sei geeignet, den Schaden zu anerkennen, welcher *«durch die schrecklichen Handlungen vergangener Generationen¹ und durch die beleidigende Stellungnahme des Vorgängers dieses Bundespräsidenten»* (gemeint war Bundesrat Jean-Pascal Delamuraz) entstanden sei. Ähnlich tönte es sogar aus gemässigten Kreisen, zum Beispiel aus Deutschland: *«Mit der baldigen Schaffung eines Fonds hat das Land (die Schweiz) fast schon öffentlich zugegeben, dass es sich in der Nazi-Zeit schuldig machte.»*²¹⁹

Die Ankündigung der 7-Milliarden-Stiftung bedeutete nicht nur eine bedauerliche Schuldanerkennung, sie war zudem in zahlreichen weiteren Punkten problematisch:

- Immer wieder war in der Vergangenheit mit politischen Vorstössen gefordert worden, einen Teil der Goldreserven der Nationalbank, die keinen Ertrag abwerfen, zu verkaufen und anderweitig zu verwenden oder anzulegen.²²⁰ Nur gerade zwei Tage vor der Ankündigung der Stiftung durch den Bundespräsidenten wurde einer dieser Vorstösse, das Postulat von Nationalrat Peter Tschopp (FDP Genf), durch den Bundesrat abgelehnt.² Er argumentierte dabei, ein Verkauf des Goldes komme *«einem Verscherbeln des Familiensilbers gleich»* und damit nicht in Frage.²²¹ Zwei Tage später galt diese ablehnende Haltung offenbar nicht mehr.
- Dem Bundesrat unterlief ein Überlegungsfehler, als er diese Stiftung mit dem Argument rechtfertigte, damit *«werde die Substanz nicht (...) aufgebraucht»*. Die

¹ Sollte mit diesem Ausdruck *«schreckliche Handlungen vergangener Generationen»* auf die Vernichtung der Juden angespielt sein (etwas anderes scheint kaum möglich), so wäre dies eine völlig unakzeptable Unterschiebung gegenüber der Schweizer Kriegsgeneration.

² Nationalrat Peter Tschopp hatte angeregt, eine Reduktion der unproduktiven Notenbankreserven zugunsten der Finanzierung produktiver Infrastrukturvorhaben wie der NEAT ins Auge zu fassen.

«*letztlich dem Schweizer Volk gehörenden Mittel*» würden «*nicht verbraucht, nur die jährlichen Erträge (die Zinsen) würden verwendet*».²²² Diese Argumentation war grundsätzlich falsch. Ob 7 Milliarden auf einen Schlag verschenkt werden oder ob diese Summe definitiv an eine Stiftung ausgegliedert wird¹ und «*nur*» jährlich 350 Millionen an Zinsen freigegeben werden, läuft im Ergebnis auf dasselbe hinaus.² Um den Fehler zu korrigieren, wurde von der eingesetzten Arbeitsgruppe bei der Umsetzung dieser Stiftungs-idee eine Lösung vorgeschlagen, die zwar vom Volk eher akzeptiert werden wird, die aber im Grunde genommen die Ankündigung einer Stiftung rückgängig macht.³

- Problematisch war im Weiteren auch hier (wie bei den 100 Millionen Franken für den Holocaust-Fonds, vgl. Kapitel 12 a3), dass der Bundespräsident mit seiner Ankündigung als politische Behörde festlegte, was die angeblich unabhängige Nationalbank in Zukunft tun werde. Damit wurde die Unabhängigkeit der Nationalbank berührt, auf die in der Vergangenheit immer grösster Wert gelegt worden war. Dies im Bewusstsein, dass die Währungs- und Stabilitätspolitik in Frage ge-

¹ Nachdem man inzwischen auf diese Problematik aufmerksam geworden ist, ist nun im konkreteren Finanzierungsvorschlag der *eingesetzten Arbeitsgruppe Breimi* neu die Rede davon, das Stiftungsvermögen könne allenfalls später wieder einmal an die Nationalbank zurückfallen. Das mag zwar sinnvoll erscheinen, bedeutet aber, dass ein Teil der Ankündigung des Bundesrats vom 5. März 1997 wieder zurückgenommen wird. Wer eine Stiftung ankündigt, sagt gleichzeitig, dass das Stiftungskapital *definitiv* dem gewidmeten Zweck zur Verfügung stehen wird.

² Wer 50 Franken erhält, kann dieses Geld sofort ausgeben, z.B. für Lebensmittel. Oder er kann das Geld Zins bringend anlegen (z.B. zu 5 Prozent Zins) und die Fr. 2.50 Jahreszins verbrauchen. Später geht diese Möglichkeit auf die Erben über. Für den Schenker läuft es auf dasselbe hinaus, ob der Beschenkte sofort konsumiert oder das Geld auf Dauer Zins bringend anlegt und immer den jährlichen Ertrag konsumiert. Aus der Optik des Schenkers ist das Geld bei der Errichtung einer Stiftung in beiden Fällen definitiv weg.

³ Unter «Stiftung» (im Sinne von Art. 80 ff. ZGB) versteht man ein Vermögen, welches definitiv für einen bestimmten Zweck zur Verfügung gestellt wird. Der Rückfall an den Stifter ist privatrechtlich nicht möglich und stellt ein stiftungsfremdes Element dar. Die *Arbeitsgruppe Breimi* hat nun bei der Ausgestaltung des konkreten Konzepts am 30. Oktober 1997 eine Lösung vorgeschlagen, bei der «*das Stiftungskapital bei Auflösung der Stiftung an die Nationalbank zurückfällt*». Das ist eine Lösung, die zwar sinnvoll erscheinen mag, sie bedeutet aber eine ganz wesentliche Einschränkung der ursprünglichen Ankündigung vom 5. März 1997. Fällt das Stiftungsvermögen nach einer bestimmten Zeit zurück an die Nationalbank, so läuft dies auf die Lösung hinaus, dass die Nationalbank einfach während einer beschränkten Zeit jährlich rund 350 Millionen ihres Gewinns für den geplanten Zweck einsetzt. Dazu braucht es keine Stiftung.

stellt wird, wenn die Nationalbank zum Spielball der politischen Interessen wird.¹ Ökonomieprofessor Walter Wittmann stellte diesen Schritt des Bundesrats besonders scharf an den Pranger und sprach gar von einem «*Sturmlauf auf die Festung Nationalbank*», der geradezu einen «*historischen Fehler*» darstelle.² Der ehemalige Nationalbankpräsident Fritz Leutwyler sagte zu diesen Plänen des Goldverkaufs kurz vor seinem Tod, die Nationalbank habe «*ihre Unschuld verloren. 90 Jahre lang hat die Nationalbank ihre Unabhängigkeit wahren können, und nun wird der Bund geradezu aufgefordert, in die stillen Reserven zu greifen, das tut mir leid. (...) Nach der Tat hält der Schweizer Rat.*»

- Hinzu kommt, dass mit der Ankündigung, man könne das Gold für den angestrebten Zweck verkaufen, in der Öffentlichkeit die Illusion verbreitet wurde, bei der Nationalbank lägen im Notfall immer noch weitere Milliarden zum Verteilen bereit. Die Schweiz hat in den letzten Jahren durch eine undisziplinierte Schuldenwirtschaft Schulden in beängstigender Höhe verursacht. Man wäre dringend darauf angewiesen, dass ein Umdenken stattfindet und verantwortungsvoll gehaushaltet wird. Wenn jedoch vorgespiegelt wird, die Nationalbank könne notfalls jederzeit Gelder freimachen, wird das Bewusstsein untergraben, dass Sparen eine Notwendigkeit ist.
- Wie folgenschwer die Ankündigung des Bundesrats war, zeigt sich auch am bedeutenden Wertverlust, den das Gold im Verlauf des Jahres 1997 erlitt. Als der Bundesrat am 5. März 1997 seine Rede hielt, kostete ein Kilo Gold rund 17'000 Franken. Die Schweizer Ankündigungen waren mitverantwortlich dafür, dass der Wert des Goldes bis Ende Jahr auf rund 13'400 Franken pro Kilo sank.³ Die Nationalbank musste dementsprechend auf ihrem Totalbestand von rund 2'600

¹ Zwar war die Ankündigung des Bundespräsidenten mit dem Nationalbankpräsidenten Hans Meyer abgesprochen, die Idee soll sogar von diesem stammen. Das ändert aber an der Problematik nichts. Auch für die Nationalbank kann keine Einzelperson entscheiden, selbst wenn es sich dabei um den Präsidenten des Direktoriums handelt. Entscheidend ist der 40-köpfige Bankrat, der die Aufsicht über die Geschäftsführung wahr.

² *Finanz und Wirtschaft* vom 23. April 1997: Walter Wittmann, Professor in Freiburg, schrieb wörtlich: «*Sie (die Nationalbank) wird jetzt endgültig fallen und den Begehrlichkeiten des schweizerischen Wohlfahrtsstaates preisgeben. Das wird sich in einer nicht allzu fernen Zukunft als folgenschwerer, historischer Fehler erweisen.*»

³ Eine Ankündigung der Schweiz ist deshalb von grösster Bedeutung, weil sie weltweit die grössten Goldreserven pro Kopf besitzt (0,37 Kilogramm), insgesamt 2'590 Tonnen. Der Werteverfall war derart dramatisch, dass per Anfang Dezember 1997 schon nur in den südafrikanischen Goldminen 50'000 Leute ihre Arbeit zu verlieren drohten (*Aargauer Zeitung* vom 23. Januar 1998).

Tonnen Gold innert neun Monaten einen Buchverlust von annähernd zehn Milliarden Franken einstecken, also wesentlich mehr als der in Aussicht gestellte Stiftungsbetrag.

Dieser Wertzerfall war offensichtlich vom Bundesrat bewusst in Kauf genommen worden, kannte er doch die Möglichkeit eines Wertverlusts. Nur gerade zwei Tage vor der Ankündigung der Stiftung hatte er bei der Ablehnung des Postulats Tschopp geschrieben: *«Zudem ist der internationale Goldmarkt relativ eng, und der Goldpreis würde durch einen grösseren Goldverkauf (...) sinken. Das kürzliche Beispiel des Goldverkaufs der holländischen Zentralbank (...) hat die Sensibilität des Goldpreises deutlich aufgezeigt.»*

Der Bundesrat versuchte nachträglich, die Stiftung als ein Gebilde darzustellen, welches nicht durch Druck entstanden sei und welches nichts mit den gegenwärtigen Vorwürfen betreffend das Verhalten im Zweiten Weltkrieg zu tun habe. Dies führte einerseits zu Kritik von denen, die sich begrifflicherweise darauf eingestellt hatten, Geld zu erhalten.¹ Andererseits war es generell ein hoffnungsloses Unterfangen,² wie Zeitungsartikel wie der folgende aus Kanada zeigen: *«Als der von Bronfman geführte Jüdische Weltkongress von einem weltweiten Boykott sprach und D'Amato damit drohte, den schweizerischen Banken ihre New-York-Lizenz zu entziehen, teilte der neue schweizerische Bundespräsident mit, man werde eine 6,4-Milliarden-(kanadische) Dollar-Stiftung für Opfer der Nazis und humanitärer Katastrophen einrichten. (...) Nach Monaten intensiven Drucks, der durch Bronfman orchestriert wurde, publizierte die schweizerische Regierung endlich einen Plan*

¹ Die Enttäuschung ging bis nach Israel, wo Sonderbotschafter Thomas Borer im November 1997 in der Knesset mit der Kritik von Avraham Hirschson (dem Vorsitzenden der *parlamentarischen Kommission über die Rückerstattung jüdischer Besitztümer*) konfrontiert wurde, die Schweiz erlaube sich einen Rückzieher. Auch Avraham Burg, der Präsident der *Jewish Agency*, reagierte *«heftig darauf, dass sich (die Stiftung) nicht primär an Holocaustopfer richtet»* (*Jüdische Rundschau*, 3. November 1997; vgl. Ziffer 12c).

² Dies kann schon deshalb nicht gelingen, weil es Bundespräsident Arnold Koller selbst war, der die gegenwärtige *Krise Schweiz – Zweiter Weltkrieg* mit der 7-Milliarden-Stiftung verband. Einerseits natürlich durch die Tatsache, dass er die Stiftung innerhalb seiner Rede *Die Schweiz und die jüngere Zeitgeschichte* zur aktuellen internationalen Kritik an der Schweiz (also im Rahmen der gegenwärtigen) ankündigte, andererseits aber auch durch seine gleichzeitige Erklärung, die Nationalbank werde für den *Holocaust-Fonds* 100 Millionen Franken bezahlen, da die Errichtung der 7-Milliarden-Stiftung Zeit brauche und deren Geld nicht sofort zur Verfügung stehe.

zur Errichtung einer 6,4-Milliarden-Stiftung (...). Bronfman ist nun Mitglied des Stiftungsrates.»²²³

In jüngster Zeit wurden die Bemühungen verschärft, ein günstiges Klima für die bevorstehende Volksabstimmung über diese Solidaritätsstiftung zu schaffen. Auffallend ist, wie sich sogar Medien wie die *Neue Zürcher Zeitung* dafür einsetzen: *«Der Bundesrat, die politischen Parteien und das Parlament haben also die heilige Pflicht, das Projekt SolidaritätsStiftung mehrheitsfähig zu machen. Es wäre nun wirklich schäbig und in der Aussenwirkung verheerend, wenn sich unser Land vor den Augen und den Kameras der ganzen Welt mit einem Nein zur Stiftung als ein einig Volk von rachesüchtigen Egoisten profilieren würde.»*²²⁴

Noch wesentlich bemerkenswerter ist, was Adolf Muschg über eine allfällige Ablehnung der Solidaritätsstiftung an der Urne schreibt: *«Nach einem Nein des Volkes wäre Scherbenhaufen ein zu neutral riechender Ausdruck für Verfassung und Ansehen der Republik (d.h. der Schweiz). Das geklemmte Gold würde wieder zu jenem Kot, in dem die Psychoanalyse seinen infantilen Rohstoff erkannt hat.»*²²⁵ Aus diesen Worten kommt einerseits eine unglaublich verächtliche Grundhaltung gegenüber demokratischen Mehrheitsentscheidungen zum Tragen. Andererseits lässt sich schon jetzt erahnen, welche demagogische Kommentare denjenigen blühen werden, die sich bei einer Volksabstimmung gegen die Solidaritätsstiftung aussprechen.

c) 1,8 Milliarden Schutzgeldzahlung der Banken

Am 12. August 1998 schlossen die Banken mit den Sammelklägern und den beteiligten jüdischen Organisationen eine Vereinbarung, die als «Globallösung» bezeichnet wird (vgl. im Detail Chronologie 43). Die Banken erklärten sich zur Zahlung von 1,25 Milliarden Dollar (also rund 1,8 Milliarden Franken) bereit. Als Gegenleistung verpflichtete sich die Gegenseite, auf weitere Forderungen zu verzichten und die Sammelklagen zurückzuziehen.

Die Einigung erfolgte rund drei Wochen, bevor ein unter Führung des New- Yorker Finanzchefs Alan Hevesi ausgearbeitetes System von Boykotten in Kraft getreten wäre. Die ersten Massnahmen hätten am 1. September eingesetzt, am 15. November wären sie verschärft worden, am 1. Januar 1999 wäre eine dritte Boykottstufe, am 1. Juli 1999 eine vierte in Kraft getreten (Chronologie 40). Über 20 US-Bundesstaaten hatten Sanktionen angekündigt, unterstützt von 30 amerikanischen Städten.

Die Banken willigten bei den 1,8 Milliarden in eine Summe ein, die in einem eklatanten Missverhältnis zu den nachrichtenlosen jüdischen Vermögen steht, die auf ihren Konten liegen (vgl. Kapitel 6b). Von der Sache her bestand kein Grund zu Zahlungen. Dies schon deshalb nicht, weil zwei Jahre zuvor mit den jüdischen Organisationen vereinbart worden war, vorerst die Suche unter Aufsicht der Volcker-Kommission abzuwarten, und weil die Grossbanken im Frühling 1997 durch ihre Einlage in den Holocaust-Fonds der Gegenseite zusätzlich 100 Millionen Franken geschenkt hatten. Da sachlich kein Grund vorlag, hatte die Zahlung von 1,8 Milliarden Franken offensichtlich einfach den Zweck, für die Banken eine ungehinderte zukünftige Geschäftstätigkeit in den USA sicherzustellen.

c1) Zwangslage wie beim Restaurantbesitzer

Wenn ein Restaurantbesitzer Geld an eine Organisation bezahlt, die ihm andernfalls seine Geschäftstätigkeit verunmöglicht, so nennt man das eine Schutzgeldzahlung. Für den Betroffenen kann Verständnis aufgebracht werden. Das Problem liegt nicht bei ihm, sondern beim Rechtsstaat, der in solchen Fällen nicht mehr willens oder fähig ist, für Sicherheit zu sorgen. Auch für die Schweizer Banken konnte unter den gegebenen Umständen Verständnis aufgebracht werden, wenn sie der Globallösung zustimmten. 1,8 Milliarden Franken waren wesentlich weniger als die Kosten, die ihnen durch sündhaft teure Gerichtsverfahren in den USA, durch eine Behinderung der Geschäftstätigkeit¹ und durch die weitere Imageverschlech-

¹ Bezüglich der Fusion des Bankvereins mit der Schweizerischen Bankgesellschaft, die per 1. Juli 1998 in den USA dann doch bewilligt wurde, ist bekannt geworden, dass eine aufgezwungene Fusionsverzögerung in den USA pro Tag nicht weniger als 10 Millionen Franken gekostet hätte (*Facts 24/1998*, UBS-Sprecher Bernhard Stettler).

terung wegen den andauernden Anschuldigungen drohten. Vor allem aber mussten die Banken befürchten, dass sie im geschaffenen Umfeld in den Sammelklagen zu absurd hohen Zahlungen verpflichtet werden.¹

Verständlich war sogar, dass sich bei den Banken Zufriedenheit breit machte, als die Vereinbarung zustande kam. Auch ein Restaurantbesitzer ist zufrieden, wenn Schutzgeldzahlungen tiefer ausfallen, als zuerst zu befürchten war. Im Allgemeinen aber gibt es keinen Grund, Schutzgeldzahlungen eines Restaurantbesitzers als positives Ereignis zu feiern, nicht für die Medien und schon gar nicht für Politikerinnen und Politiker, welche das Versagen des Rechtsstaates mitzuverantworten haben. Ebenso wenig hätte Grund bestanden, sich über das Zahlungszugeständnis von 1,8 Milliarden Franken zu freuen, auch wenn damit Drohungen gegenüber der Schweiz aus der Welt geschafft werden konnten. Genauso, wie die Schutzgeldzahlung eines Restaurantbesitzers eine Bankrotterklärung für den Rechtsstaat bedeutet, kommt die Zahlung unserer Banken einer Bankrotterklärung der internationalen Rechtsstaatlichkeit gleich.

Von politischen Behörden wäre lauter Protest am Platz gewesen; Protest auch gegen eine amerikanische Regierung, die es zuliess, dass ihr Unterstaatssekretär in seiner Doppelrolle diese Zahlungen ausdrücklich befürwortete. Regierungen sind zuständig, dass ausgehandeltes, internationales Recht eingehalten wird. Es war zwar richtig, dass sich die offizielle Schweiz (und die Nationalbank) weigerte, an den Verhandlungen der Banken mit der Gegenseite teilzunehmen, die zur Globallösung führten. Erfreulich ist auch, dass sich unsere Regierung in dem Sinne passiv verhielt, dass sie seit der Befürwortung von Zahlungen der Nationalbank und der Befürwortung der 7-Milliarden-Stiftung im März 1997 nie mehr Zahlungsbereitschaft signalisierte. So gesehen hat sie sich seit März 1997 konsequent und gut verhalten.

¹ Es drohte sogar das Szenario, dass die Schweizer Banken vor den Augen der Weltöffentlichkeit faktisch gezwungen werden, ihr Bankgeheimnis zu lüften, was für die Rechtssicherheit und den Schweizer Bankenplatz weit reichende negative Auswirkungen gehabt hätte.

c2) Gefährliches Signal für die Zukunft

Aber unsere Regierung hat *«dem Grossangriff von einigen US-Anwälten und dem Jüdischen Weltkongress nicht standgehalten und liess es zu, dass die beiden Grossbanken aus Angst vor Sanktionen (...) kapitulieren mussten»*.²²⁶ Sie hätte nicht einfach passiv zuschauen dürfen, wie die Banken faktisch gezwungen werden, Schutzgelder zu bezahlen. Beizupflichten ist alt Botschafter von Arx: *«Man hat im Holocaust-Fall das Recht mit Hilfe irgendeiner Moral aus den Angeln gehoben. In jedem Rechtsstaat, und so auch im Völkerrecht, müssen gewisse grundsätzliche Regeln beachtet werden. (...) Wenn sich die eingeleitete Entwicklung fortsetzt, nun einen Staat und ein Wirtschaftsunternehmen nach dem andern vorzuknöpfen, (...) dann ist es mit einem geregelten Leben innerhalb und zwischen den Staaten vorbei. Dann vollzieht die Menschheit einen fatalen Rückschritt. Dann haben nicht nur wir Schweizer, dann hat die Menschheit das Wichtigste und Wertvollste verloren.»* Dann beklagt sich von Arx, dass *«gerade die Schweiz, dieser alte, solide Rechtsstaat, durch das Versagen ihrer öffentlichen und privaten Verantwortlichen zum ersten Totengräber des rechtsstaatlichen Denkens und Handelns geworden ist»*.²²⁷

Neben der Tatsache, dass die Kapitulation gegenüber dem ausländischen Druck ein gefährliches Signal für die Zukunft ist, darf auch hier nicht übersehen werden, dass die Zahlung eine Schuldanerkennung für unser ganzes Land bedeutete und dass somit das verzerrte Geschichtsbild über die Schweiz sogar zementiert wurde. Auch so gesehen war der Wegfall des unmittelbaren Drucks im wahrsten Sinne des Wortes teuer erkaufte. Chefredaktor und Nationalrat Oskar Fritschi (FDP Zürich) stellte treffend fest: *«Ob der Deal auch im Allgemeininteresse des Landes lag, lässt nur schon ein erster Blick in die ausländische Presse bezweifeln. Die Nachricht von der Einigung auf eine Globallösung wurde ziemlich unisono als Schuldeingeständnis interpretiert.»*²²⁸ In der Tat tönte es bis nach Australien für die Schweiz verheerend: *«Die Schweizer Banken bestreiten nicht mehr, dass das Geld gestohlen war. Sie geben jetzt die dreckige Wahrheit zu. Das ist eine Schuldanerkennung, dass sie den Krieg um zusätzliche zwei Jahre verlängert haben.»*²²⁹ Selbstverständlich stellten vor allem auch die massgebenden jüdischen Exponenten die Globallösung als

Schuldanererkennung dar. Der Direktor des Jüdischen Weltkongresses, Elan Steinberg, erklärte, die 1,8 Milliarden würden als «*moralische Wiedergutmachung*» bezahlt, weil «*Regierung, Institutionen und Einzelpersonen ihrer Vergangenheit ehrlich ins Gesicht schauen müssen, damit sie eine ehrenhafte Zukunft haben können*». ²³⁰ Der New-Yorker Finanzvorsteher Alan Hevesi erklärte, es handle sich nicht um eine freiwillige Zahlung an die Holocaustüberlebenden, vielmehr erhielten diese «*ihr Eigentum zurück, das ihnen seit mehr als fünfzig Jahren zusteht*». ²³¹ Abraham Foxman, Direktor der einflussreichen jüdischen Gruppierung *Anti-Defamation League* ²³², erklärte, das Abkommen sei eine «*angemessene Antwort auf die traurige und hässliche Geschichte der Schweiz*». ²³³ Und Israel Singer triumphierte kurz und bündig: «*Der nationale Kniefall (der Schweiz) ist historisch*». ²³⁴ Für einmal hatte er Recht. Mit seinem Kommentar hat er gleichzeitig dem vorliegenden Buch seinen Titel gegeben.

Ein weiteres Problem der *Globallösung* war schliesslich die international präjudizielle Wirkung (also ein eventueller Dominoeffekt). Kaum war die Vereinbarung mit den Schweizer Banken geschlossen, ging eine wahre Forderungswelle gegenüber Banken und industriellen Betrieben in unseren Nachbarländern los. ¹ Die Betroffenen werden einen schweren Stand haben, wenn sie mit dem Argument konfrontiert werden, sogar die Banken der damals neutralen Schweiz hätten in eigenem Namen und im Namen der Schweizer Industrie und der Schweizer Nationalbank bezahlt (Chronologie 43).

d) Weitere zukünftige Zahlungen?

Bedauerlich ist zwar, dass Schutzgeldzahlungen erbracht worden sind. Erfreulich waren aber immerhin Effekte wie das unmittelbare Wegfallen der Forderungen gegenüber unserer Nationalbank und gegenüber der Schweizer Industrie.

¹ Bereits in der zweiten Hälfte August wurden weitere Forderungen gegenüber der Deutschen Bank und der Dresdner Bank erhoben, die bereits am 3. Juni 1998 mit einer 18-Milliarden-Dollar-Sammelklage konfrontiert worden waren. Neu wurden Forderungen gegenüber österreichischen Instituten wie der Bank Austria als Rechtsnachfolgerin der «Creditanstalt» und gegen französische Banken erhoben (Paribas, Société Générale, Crédit Lyonnais, Crédit Commercial de France, Natexis, Crédit agricole und La Barclay). Es folgte eine Reihe von Forderungen gegen (vor allem deutsche) Industrieunternehmungen.

Umso unbegreiflicher ist, dass es nur gerade drei Tage dauerte, bis innenpolitisch aus Kreisen der sozialistischen Partei der Schweiz die neue Forderung gestellt wurde, die Nationalbank müsse zusätzliche Entschädigungen bezahlen. Am 16. August 1998 schrieb die *SonntagsZeitung* unter dem Titel «*SP fordert Rückgabe des Nazigoldes*»: «*In den Tresoren der Schweizerischen Nationalbank liegt noch Raubgold im Wert von 2,16 Milliarden Franken. Die SP verlangt jetzt, dass das Geld zurückgegeben wird.*» Auch SP-Bundesrätin Ruth Dreifuss erklärte in einem am 18. August 1998 veröffentlichten Interview, sie hätte sich einen grösseren Beitrag der Nationalbank in den Holocaust-Fonds und materielle Wiedergutmachung für die von Schweizer Beamten gemachten Fehler in der Flüchtlingspolitik gewünscht: «*Verbale Entschuldigungen reichen nicht aus.*»²³⁵ Diese Haltung von zusätzlicher Zahlungsbereitschaft war umso bedauerlicher, als die Schweiz in der Person von Bundesrätin Dreifuss ein Mitglied der Landesregierung mit jüdischem Glauben gehabt hätte, die es sich von allem Anfang an hätte leisten können, den ungerechtfertigten Angriffen mit aller Entschlossenheit entgegenzutreten, ohne dass der Vorwurf hätte aufkommen können, ihre Kritik habe antisemitischen Ursprung.

Noch war die Globallösung rechtlich gesehen nicht unter Dach (vgl. im Detail Chronologie 43).¹ Umso unverantwortlicher war es, durch innenpolitische Forderungen weitere ausländische Begehrlichkeiten zu wecken. In der Arena-Sendung des Schweizer Fernsehens erklärte Task-Force-Chef Thomas Borer zu diesem Thema: «*Es war schon oft so, dass wir eine Phase der Ruhe hatten und dass wir Schweizer die Diskussion wieder angeschoben haben. Es ist sicher so – das wage ich vorauszusagen –, dass auch diese Diskussion beim einen oder anderen wieder Begehrlichkeiten weckt.*» Kaum anders empfand offenbar auch Gesprächsleiter Filippo Leutenegger die Situation: «*Wir haben immer eine innenpolitische Diskussion, die über den Atlantik hinüberspringt, wo sie Rückkoppelungen hat.*»²³⁶

Wie schädlich diese Rückkoppelungen sind, wurde in den letzten zwei Jahren schmerzhaft ersichtlich. Man muss sich schon fragen, wie es möglich ist, dass von

¹ Der Präsident der in Israel beheimateten *Organisation für Holocaust-Überlebende*, Moshe Sanbar, liess nach Abschluss der Globallösung verlauten, die Schweizerische Nationalbank werde auf 1,5 Milliarden Dollar verklagt, wenn sie keinen eigenen Beitrag leiste (vgl. *Basler Zeitung* vom 19. September 1998).

Schweizer Persönlichkeiten immer wieder versucht wird, Lawinen gegen das eigene Land loszutreten. Zu nennen ist in diesem Zusammenhang auch ein Bericht der *Rundschau* des Schweizer Fernsehens vom 16. September 1998, in welchem SF DRS ebenfalls bereits wieder begann, weitere Zahlungen zu befürworten. In anklagendem Ton wurde der Fall von Marinus Camffermann dargestellt, der während des Krieges von den Nazis zu Zwangsarbeit im deutschen Rheinfeldern gezwungen worden war. Da Camffermann in der Zweigstelle eines schweizerischen Industrieunternehmens (der heutigen Alusuisse) zu dieser sklavenartigen Arbeit eingesetzt worden war, sei eine Entschädigung für die damals während anderthalb Jahren geleistete Arbeit fällig.¹

Die schönsten rechtlichen Vereinbarungen nützen nichts, wenn mit dem Argument einer angeblich bestehenden moralischen Verpflichtung² von einflussreichen Medienleuten wieder neuer öffentlicher Druck gegen Schweizer Unternehmen aufgebaut wird, um zusätzliche Zahlungen zu erwirken. So hören die Ansprüche trotz Globallösung nie auf.

e) Die Probleme beim Verteilen

Schon die Verteilung des von den Alliierten bei Kriegsende wiederbeschafften Goldes war problematisch. Das zeigt die Tatsache, dass ein Teil davon bis heute unverteilt blieb und dass an die damaligen Komplizen Nazideutschlands nach dem Krieg Gold verteilt wurde, wogegen Geschädigte zu kurz kamen (vgl. Kapitel 7b1).

Selbstverständlich stellt sich auch jetzt die Frage, ob die aufgewendeten rund drei Milliarden Franken sinnvoll verwendet werden. Dies umso mehr, als sich nach Ab-

¹ Marinus Camffermann macht gemäss *Rundschau-Bericht* 50'000 Franken geltend. Die Leitung der Alusuisse lehnt den Anspruch ab, da die schweizerische Geschäftsleitung damals betreffend ihre Zweigstelle in Deutschland auf Grund der Nazigesetzgebung und der faktischen Kontrolle durch die Nazis gar nicht mehr den notwendigen Einfluss gehabt habe, um im deutschen Rheinfeldern auf die Frage der Zwangsarbeiter Einfluss zu nehmen.

² So schlimm diese Zwangsarbeit gewesen sein mag: Wenn man das im Zweiten Weltkrieg geschehene Unrecht überhaupt mit Geldzahlungen korrigieren könnte, so gäbe es Millionen von Menschen, die noch wesentlich eher Geld erhalten müssten als jemand, der während anderthalb Jahren ohne Entgelt Zwangsarbeit leisten musste. Weshalb aus moralischen Gründen ausgerechnet ausstehende Lohnansprüche nach mehr als 50 Jahren ausbezahlt werden sollen, ist schwer verständlich.

schluss der Globallösung nun plötzlich auch das offizielle Israel meldete, es wolle bei der Geldverteilung Einfluss nehmen.¹

e1) Drei Milliarden ausgegeben – sinnvoll verwendet?

Die ab 1996 aufgekommene Kritik hat die Schweizer Banken mehr als drei Milliarden Franken gekostet (100 Millionen in den Holocaust-Fonds, 1,8 Milliarden auf Grund der Globallösung, dazu mehr als 1 Milliarde an Kosten, vor allem Suchaufwand; dazu kommen die 170 Millionen der Schweizer Industrie und der Nationalbank in den Holocaust-Fonds).

Fraglich ist bereits, ob sich der gewaltige Suchaufwand rechtfertigen lässt. Im Zusammenhang mit der weltweiten Publikation der gefundenen Konten schrieb die *Aargauer Zeitung*: «Eigentlich ist die mit grossem Aufwand verbundene weltweite Publikation von Kleinst-Guthaben ein Verhältnisblödsinn, der die Banken rein administrativ ein Vielfaches der gefundenen Beträge kostet.»²³¹ Diese Überlegung gilt nicht nur für die Publikation, sondern generell für den Suchaufwand.² So meldete beispielsweise 1997 die St. Galler Kantonalbank, sie habe rund 150'000 Franken ausgegeben, um 354 Konten zu eruieren (nicht nur von Kriegsoffern, sondern insgesamt), auf welchen nur in zehn Fällen Beträge von über 100 Franken lagen.²³⁸ Wie sinnvoll ist es, Hunderte von teuren Spezialisten in Wochenend- und Nacharbeit arbeiten zu lassen und diese von Revisoren mit Stundenlöhnen von bis zu 495 Franken zu überwachen,³ obwohl voraussehbar ist, dass nur äusserst wenig Geld von Kriegsoffern gefunden wird? Wären nicht Suchaktionen in anderen Bereichen viel sinnvoller und notwendiger gewesen?⁴

¹ Ein spezieller Ministerausschuss für jüdischen Besitz unter Vorsitz von Finanzminister Jaaskov Neeman meldete aus Israel Ansprüche an; vgl. *Basler Zeitung* vom 1. September 1998.

² Auch hier wurde verschiedentlich von Verhältnisblödsinn gesprochen, zum Beispiel in der *Basler Zeitung* vom 27. Juli 1998, wo der Vertreter der Basler Kantonalbank, Hans-Peter Ammann, mit diesem Ausdruck zitiert wurde.

³ Die Banken müssen den Treuhandfirmen, die im Auftrag der Volcker-Kommission bei ihnen erscheinen und die Suchaktionen überwachen, hohe Honorare bezahlen. In jüngster Zeit durchforsteten rund 400 externe Revisoren 27 Banken. Stundenansätze von bis zu 495 Franken sind aktuell.

⁴ So werden zum Beispiel in der Dritten Welt aidsverseuchte Blutkonserven für Bluttransfusionen verwendet, ohne dass die Welt in der Lage zu sein scheint, eine wirkungsvolle Kontrolle aufzuziehen. Wenn unter dem Gütesiegel der Schweizer Banken weltweit Blutkonserven zirkulieren würden, auf deren Inhalt man sich verlassen könnte, wäre dies weit sinnvoller als die nun getätigten Suchaktionen.

e2) Fragwürdige Verteilung nach religiösen Gesichtspunkten

Vor allem aber haftet der Verteilung der bezahlten Gelder (270 Millionen und 1,8 Milliarden Franken) der Mangel an, dass nach Religionszugehörigkeit unterschieden wird.¹ Das Geld müsste – wenn schon – unbedingt unabhängig von Religion (und Volksgruppenzugehörigkeit) personengebunden an Geschädigte ausbezahlt werden, via die einzelnen Länder Russland, Ukraine, Polen etc., allenfalls auch via neutrale Organisationen wie das Rote Kreuz. Wer beim Verteilen zwischen Katholiken, Moslems, Juden, Protestanten unterscheidet, legt schon wieder den Grundstein zu religiösem Kategoriendenken und zu möglichen zukünftigen Spannungen.

Wie erwähnt, wurden die ersten Zahlungen aus dem Holocaust-Fonds in Riga, Lettland, ausgerichtet. Gerade das Schicksal der baltischen Staaten (Estland, Lettland, Litauen) zeigt, dass es keinen Grund gäbe, nur an jüdische Holocaustopfer auszubezahlen. Berichte wie der folgende aus Estland lassen erahnen, dass der «rote Holocaust»² der Judenverfolgung in nichts nachstand: *«Nun begann der NKWD-Terror (Vorgänger des russischen KGB) (...) Es begannen Verhaftungen, stets nachts. (...) Grosse Eltern, Kinder, Enkel wurden zugleich deportiert. (...) Die älteste Verschleppte (der Liquidationsaktion in der Nacht vom 13./14. Juni 1941) war eine 82 Jahre alte Frau, die seit Jahren gelähmt in einem kirchlichen Altersheim war, aber sie war die Mutter eines Arbeiters, der zur Deportation bestimmt war. (...) Die Verhafteten wurden sofort zur Bahn gebracht, dort standen bereits Viehwagen mit*

¹ Der Holocaust-Fonds wird zwar auch für Randgruppen wie Fahrende und homosexuelle Naziopfer eingesetzt (12 Prozent sind dafür geplant). Am 18. Dezember 1997 erhielten 23 albanische Überlebende des Holocaust als erste nichtjüdische Opfer aus dem Spezialfonds je 1'000 Franken. Anfang August 1998 wurde zugunsten von rund 2'000 deutschen Sinti und Roma (d.h. Fahrenden) die bislang grösste Auszahlung an nichtjüdische Opfer gestartet. Auch bei den 1,8 Milliarden ist möglich, dass pro forma schlussendlich ein kleiner Teil an Fahrende und andere Opfergruppen bezahlt wird. Das ändert nichts daran, dass nach Religionszugehörigkeit unterschieden wird, indem die Zahlungen zugunsten von jüdischen Opfern verlangt, unter diesem Titel in den Fonds einbezahlt und in weitaus überwiegenderem Teil an Menschen jüdischen Glaubens verteilt werden.

² Unter dem Ausdruck «Holocaust» wird heutzutage gemeinhin «Völkermord» verstanden. Korrekt ist dieser Ausdruck eigentlich nicht. «Holocaust» stammt vom griechischen Wort holokauston (= gänzlich verbrannt). Zudem gibt es Leute, die sich gegen den Begriff Holocaust im Zusammenhang mit der Menschenverbrennung in Vernichtungslagern wehren, weil er sich traditionellerweise auf religiöse Opferbringungen von Tieren bezog. Sie geben deshalb dem in der Bibel vorkommenden Ausdruck «Shoa» den Vorzug, welcher in der lateinischen Bibelübersetzung mit «devastio» oder «vastae ruinae» übersetzt wird. Das kann ungefähr mit «Totalvernichtung, Totalverwüstung» übersetzt werden.

vergitterten Luftlöchern, die Leute wurden in diese Güterwagen hineingepfercht, wobei erst beim Zug die Männer von der übrigen Familie getrennt wurden. Was bei dieser Deportation an Grauenhaftem passiert ist, kann man nicht einmal beschreiben. (...) Alle Ermordeten sind zu Tode gefoltert worden. Das liegt irgendwie im System. Der Genickschuss, der im Westen bekannt ist, ist nur der letzte Fangschuss.»²³⁹ Die roten Henker brachten vielleicht sogar mehr Menschen um als die braunen, allein in der Ukraine schätzungsweise mehr als 10 Millionen.²⁴⁰ In frappierender Ähnlichkeit liquidierten Hitler und seine SS-Schergen die feindliche Rasse, Stalin, Lenin, Trotzki und Konsorten die feindliche Klasse. Unter diesen Umständen gibt es heute beim Geldverteilen keinen Grund, gewisse Religionen oder Nationalitäten zu bevorzugen. Wenn sich in Ländern wie der Ukraine herumspricht, «nur» jüdischen Menschen werde geholfen, ist dies negativ.

e3) Fragwürdige Verteilung in den wohlhabenden USA

Nachdem im März 1997 der Holocaust-Fonds mit 270 Millionen Franken ins Leben gerufen worden war, musste man zur Kenntnis nehmen, mit welcher Gleichgültigkeit der Jüdische Weltkongress die Verteilung dieser Gelder an die Hand nahm.¹ Der Druck, der zur Einzahlung in den Fonds geführt hatte, war damit begründet worden, dass es um einen verzweifelten Wettlauf mit der Zeit gehe. Soforthilfe sei unerlässlich, weil die Holocaustopfer in Kürze wegzusterben drohten. Bis im September 1998, also nach mehr als einem Jahr, waren jedoch erst 36 Millionen Franken verteilt.

Am 17. Juli 1998 wurde gemeldet, dass voraussichtlich noch im Verlauf des Jahres 1998 mehrere zehntausend jüdische Überlebende des Holocaust in den USA knapp 32 Millionen Dollar der bereits einbezahlten 270 Millionen erhalten werden. Nach der Globallösung vom 12. August 1998 scheinen nun noch wesentlich grössere Summen in den USA verteilt zu werden.

¹ Zuständig ist die Fondsleitung unter dem Präsidenten Rolf Bloch. Die Verzögerungen sind jedoch den ausländischen Kreisen anzulasten.

Ist man somit vom Grundsatz abgekommen, die Gelder den wirklich Bedürftigen zukommen zu lassen? Fliesst jetzt das Geld in die wohlhabenden USA, wo die Privilegierten wohnen, die dort Unterschlupf fanden, wogegen Holocaustüberlebende in Ländern wie der ehemaligen Sowjetunion, die in einer ungleich schwierigeren Situation sind, nichts erhalten? Wird nun, um den Einfluss und die Macht der eigenen Organisationen zu steigern, das Geld einfach in den USA der eigenen Klientenschaft respektive der eigenen Wählerschaft ausbezahlt? Es hätte nicht vorkommen dürfen, dass ausgerechnet diejenigen jüdischen Organisationen Geld erhalten oder über die Geldverteilung entscheiden können, welche sich am lautesten zu Wort gemeldet haben.¹ Welche Macht Organisationen wie der Jüdische Weltkongress haben und welche Rolle die jüdische Gemeinschaft in den USA in Zukunft spielen wird, kann nicht von Bedeutung sein. Das ist ebenso unwichtig wie die Frage, ob die Schweiz in Zukunft mehrheitlich protestantisch oder katholisch sein wird. So etwas sollte in der heutigen Zeit kein Thema mehr sein.

e4) Zukunftsorientierte humanitäre Einsätze wären vernünftiger gewesen

Erstaunlich viele Leute waren der Meinung, Zahlungen wie die 270 Millionen Franken in den Holocaust-Fonds seien ein Akt der Humanität, welcher der Schweiz gut anstehe. Wenn man das Image der Schweiz im Auge hat, hätte es jedoch weit sinnvollere humanitäre Einsätze gegeben, als Geld jüdischen Organisationen zu geben, die es an Leute verteilen, welche die Schweiz als Mittäter des Zweiten Weltkriegs betrachten. Beispiele wie die Aktivitäten des Schweizer Kinderarztes Beat Richner in Kambodscha zeigen auf, was getan werden könnte. Dort hat sich die Schweiz mit einem minimalen finanziellen Einsatz² einen unglaublich positiven

¹ Bei der Verteilung der 1,8 Milliarden wird der Jüdische Weltkongress ohne Zweifel eine massgebende Rolle spielen. Auch beim Holocaust-Fonds haben jüdische Persönlichkeiten das Sagen. Ausgerechnet Scharfmacher wie Edgar Bronfman (respektive Israel Singer) und Avraham Burg wurden in den Fondsbeirat gewählt.

² Der Schweizer Beat Richner hat in Kambodscha ein Kinderspital aufgebaut. Die Schweiz leistet – relativ gesehen – einen sehr bescheidenen Beitrag. Der Bund bezahlte 1994 erstmals einen Betrag von 450'000 Franken, dann ab 1995 (vorerst auf drei Jahre befristet) jährlich eine Million Franken. Dazu kamen 500'000 Franken für die Eröffnung eines zweiten Spitaltrakts.

Ruf geschaffen.¹ Nach demselben Prinzip wie in Kambodscha liesse sich vielerorts helfen.

Wären nicht die arabischen Länder ein Zielort, wo die Schweiz helfen könnte, systematisch Kinderspitäler, Waisenheime oder Schulungsmöglichkeiten aufzubauen? Von Marokko über Palästina bis nach Pakistan wächst ein Problem heran, welches unseren Nachkommen in Europa noch schwer zu schaffen machen wird. Eine beängstigende Bevölkerungsexplosion lässt ein explosives Gemisch von extremer Armut, jugendlicher Ungeduld und religiösem Fundamentalismus entstehen. Verbesserte Kommunikations- und Transportmittel werden dazu führen, dass sich diese Menschen der Wohlstandsunterschiede bewusst werden. Wenn die Dinge weiterlaufen wie bisher, werden Aversionen gegenüber dem Westen wachsen. Und dies in Ländern, die vielleicht in Kürze atomare, chemische und biologische Waffen besitzen werden. Die Schweiz wäre besser beraten, durch gezieltes Engagement diese absehbaren Spannungen abzubauen zu helfen, statt Geld für fünfzig Jahre alte Probleme auszugeben. An Mitteln würde es nicht fehlen, selbst ohne Solidaritätsstiftung,² und niemand würde von Schuldanererkennungen sprechen.

Bei den bezahlten respektive versprochenen über zwei Milliarden Franken wäre es ein geschickter Schachzug gewesen, diese im arabischen Raum einzusetzen, gleichgültig ob für Moslems, Christen oder Juden. Es hätte einen völkerverbindenden Schritt Richtung Frieden und gleichzeitig einen würdigen Abschluss der unwürdigen Auseinandersetzungen bedeutet, wenn als Antwort auf die aggressiven Forderungen des Jüdischen Weltkongresses Geld an Empfänger im arabischen Raum geleitet worden wäre. Auch gemässigte jüdische Kreise hätten an solcher Hilfe interessiert sein müssen, trifft es doch Israel wohl zuerst, wenn der steigende Unmut in der arabischen Welt gegenüber dem Westen zur Explosion führt.

¹ Als Bundesrat Jean-Pascal Delamuraz 1996 zur Eröffnung des zweiten Spitalbaus nach Kambodscha reiste, wurde er dort so begeistert empfangen wie kaum je ein Schweizer Magistrat sonstwo.

² Geld hätte die Schweiz für solche Projekte genug, wenn wir nur unsere Politik in einem wesentlichen Punkt ändern würden: Statt jährlich Milliarden von Franken für relativ wenige «Privilegierte» auszugeben, welche wir in unserem Land aufnehmen, selbst wenn sie nicht Flüchtlinge sind (v.a. auch via «Arbeitsmarkt»), könnte man diese enormen Summen an Ort und Stelle im Ausland ausgeben, wo jeder investierte Franken unvergleichlich mehr Hilfe und Menschlichkeit bewirkt.

e5) Wenn schon für jüdische Opfer, dann wenigstens für «Schweizer Opfer»

Dass die Verteilung der bereits bezahlten Gelder zumindest diskutabel ist, zeigt sich nicht zuletzt an den Beispielen Sonabend und Spring.

Das Schicksal der meisten Flüchtlinge, die damals an der Schweizer Grenze zurückgewiesen wurden, ist unbekannt. Viele mögen überlebt haben, viele mögen umgebracht worden sein. Einige tragische Fälle, bei denen die Ausgewiesenen nachgewiesenermassen den Tod fanden, sind dokumentiert, darunter insbesondere die beiden Fälle Sonabend und Spring. In diesen beiden Fällen haben die überlebenden Familienmitglieder Charles Sonabend und Joseph Spring im Zuge der jüngsten Kritik Klage gegen die Schweiz eingereicht. Die beiden heute rund 70-Jährigen haben nach einer ersten ablehnenden Antwort des Bundesrats das Bundesgericht angerufen und verlangen eine Genugtuung von je 100'000 Franken (Chronologie 30).

Dass solche Forderungen rechtlich gesehen nicht haltbar sind und deshalb gerichtlich abgewiesen werden müssen, erscheint klar. Rechtlich gesehen hätte es unabsehbare Folgen, wenn unser oberstes Gericht, welches sich an demokratisch festgelegte Rechtsgrundsätze halten muss, in Abweichung der geltenden Regeln (man denke nur an die Problematik der Verjährung¹) in zwei Einzelfällen einen gutheissenden Entscheid treffen würde. Zu betonen ist auch hier, dass es insbesondere völlig unverständlich ist, weshalb diese Forderungsprozesse – wenn überhaupt – gegen die Schweiz und nicht gegen Deutschland geführt werden.

Wenn aber nun über zwei Milliarden Franken aus der Schweiz zum Verteilen bereitgestellt worden sind, so ist es unverständlich, dass nicht wenigstens (auch) diejenigen Leute eine Entschädigung davon erhalten, die damals auf Grund der Wegweisung ein schreckliches Schicksal erlitten, auch wenn unser Land nur ungewollt eine Rolle mitgespielt hat. Charles Sonabend hatte den Antrag gestellt, aus dem Holocaust-Fonds unterstützt zu werden. Es ist in diesem Fall beschämend, dass Leuten wie ihm mitgeteilt wurde, der Holocaust-Fonds sei nur für «Bedürftige» vorgesehen.

¹ Der Bundesrat berief sich rechtlich gesehen bei der Ablehnung des Anspruchs unter anderem auf «Verwirkung», was der Verjährung sehr ähnlich ist.

f) Die Schweiz schon heute grosszügig und solidarisch

Vielerorts wurde in der Schweiz in den letzten zwei Jahren die Meinung vertreten, unser Land sei schon nur deshalb moralisch gesehen zu Zahlungen verpflichtet, weil wir gegenüber dem Ausland egoistisch und «unsolidarisch» geworden seien und keinen angemessenen Beitrag an ausländische Menschen in Armut leisten würden. Von inländischen Kritikern wird sogar gelegentlich geltend gemacht, mangelnde internationale Solidarität sei der Hauptgrund, weshalb die Schweiz überhaupt zur Zielscheibe der internationalen Kritik geworden sei. Bei der ins Auge gefassten 7-Milliarden-Stiftung soll denn auch die Hälfte des Geldes im Ausland für Opfer von Armut verwendet werden.

Wer der Schweiz mangelnde Solidarität vorwirft, tut dies entweder böswillig, oder er weiss nicht, welch enorme Summen die Schweiz direkt und indirekt an in Armut lebende Menschen ausländischer Herkunft aufwendet:

- In erster Linie ist das direkte Engagement der Schweiz im Ausland zu nennen, welches in der Staatsrechnung des Bundes als Entwicklungshilfe ausgewiesen wird. Pro Jahr sind dies rund 1,2 Milliarden Franken.¹ Dazu kommen kleinere Beiträge unter diversen Titeln, so zum Beispiel für «friedenserhaltende Aktivitäten».
- Allein an die UNO bezahlt die Schweiz jährlich rund 500 Millionen Franken (im Jahr 1996 521'764'483 Franken), womit sie gemessen an der Einwohnerzahl an der fünften Stelle aller UNO-Geldgeber steht, obwohl sie nicht Mitglied ist.
- Weiter ist mit einzubeziehen, was unser Land im Inland für Flüchtlinge aufwendet. Das sind nicht nur die jährlich rund 1,5 Milliarden Franken, die vom Bund im Flüchtlingsbereich ausgegeben werden.² Vielmehr kommen schwer beziffer-

¹ Für 1998 wurden für Entwicklungshilfe 1,229 Milliarden Franken budgetiert.

² Im Budget 1998 sind 1,006 Milliarden Franken unter dem Titel Flüchtlingshilfe im Inland eingeplant. Die tatsächlichen Kosten sind wesentlich höher, bereits ist für 1998 ein Nachtragskredit von annähernd 200 Millionen Franken beantragt. Gemäss neuesten Schätzungen ist für 1999 bis 2001 mit Kosten von gegen 2 Milliarden Franken pro Jahr zu rechnen (vgl. Pressedienst der Freisinnigen Partei vom 8. Oktober 1998, Artikel des Finanzspezialisten Nationalrat Gerold Bühler, FDP Schaffhausen). Flüchtlinge im hier genannten Sinne schliessen auch *Asylbewerber und vorläufig Aufgenommene* mit ein. Letztere sind Personen, welche die Flüchtlingseigenschaften nicht erfüllen, die aber nicht in die Heimat zurückgeschickt werden können, weil dort ihre Sicherheit gefährdet ist oder weil das Heimatland ihnen die Rückreise verweigert.

bare Ausgaben dazu, von Spitalkosten bis zu Einschulungskosten, die unübersichtlich in zahlreichen Rechnungen der Kantone und Gemeinden ausgewiesen sind.

Wie grosszügig die schweizerische Unterstützung von Flüchtlingen respektive Asylbewerbern ist, zeigt sich nicht zuletzt bei der durch den Kosovokrieg ausgelösten Flüchtlingskrise ab Oktober 1998. Auf Grund der Fernsehberichte hätte ein Betrachter meinen können, die Flüchtlinge seien ausserhalb der Schweizer Grenze an Leib und Leben akut bedroht und auf Gedeih und Verderb darauf angewiesen, in unserem Land Aufnahme zu finden. Beim verzweifelten Bemühen der Flüchtlinge, über die Grenze zu gelangen, ging es jedoch selbstverständlich nur um die Frage, in welchem Land sie einen Antrag um Aufnahme als Flüchtling stellen konnten, denn im grenznahen Ausland waren sie offensichtlich ebenso wenig bedroht wie in der Schweiz. Die Verzweiflung an der Schweizer Grenze kann nur dadurch erklärt werden, dass die Flüchtlinge wussten, dass ihnen bei uns ungleich bessere Bedingungen geboten werden als anderswo.

- Nicht unerwähnt bleiben dürfen die ausserordentlich hohen Summen, die via inländische Sozialunterstützung an ausländische Bedürftige fliessen. Dabei geht es um Zahlungen ausserhalb der Flüchtlingspolitik für Menschen, die unter dem Titel «Arbeitsmarkt» eingewandert sind,¹ die nach kürzester Zeit finanziell unterstützt werden, obwohl weder nach Völkerrecht noch nach Gesetz eine Aufenthaltsbewilligung erteilt werden müsste.² Alleine via Arbeitslosenversicherung werden mehrere Milliarden Franken pro Jahr für Ausländer³ aufgewendet, wei-

¹ Die Schweiz verfolgt seit 1991 die Strategie, unter dem Titel *Arbeitsmarktpolitik* trotz Arbeitsplatzabbau und Arbeitslosigkeit hunderttausende von Ausländern aufzunehmen, zur Mehrheit von ausserhalb der EU/EFTA und ohne jegliche qualifizierte Berufsbildung.

² Der für die Schweiz teure Mechanismus lässt sich beispielhaft am Gastgewerbe aufzeigen. Trotz sehr hoher Arbeitslosigkeit (bis 15 Prozent) finden die Arbeitgeber keine Angestellten, weil nicht zumutbar erachtet wird, dass Arbeitslose abseits ihres Wohnsitzes offene Stellen besetzen müssen. Es wird bevorzugt, neue Einwanderungen zu bewilligen. Wegen mangelnder beruflicher Bildung werden diese Einwanderer oft bald selbst arbeitslos. Via Familiennachzug kommt die Familie nach. Die Schweiz bezahlt so nicht nur die eigenen Arbeitslosen, welche die offenen Stellen nicht akzeptieren müssen, sondern auch die anfallenden Kosten der neu Einwandernden.

³ 1997 gab die Schweiz für ihre Arbeitslosenversicherung 8,44 Milliarden Franken aus. Annähernd 50 Prozent aller Arbeitslosen waren Ausländer. Via Arbeitslosenunterstützung profitieren vor allem Ausländer mit B- und C-Ausweis, also Jahresaufenthalter und Niedergelassene, nicht Flüchtlinge.

tere grosse Summen via andere soziale Kanäle kommen dazu.¹ Mit der grosszügigen Aufnahmepolitik leistet die Schweiz zum Beispiel im Fall von Kosovo-Albanien eine massive indirekte Unterstützung: Nach inoffiziellen Schätzungen leben rund 20 Prozent der gesamten Bevölkerung in Kosovo direkt oder indirekt von Geldern aus der Schweiz, die von Landsleuten heimgeschickt oder heimgebracht werden.²

- Nicht zu vergessen ist die private Spendentätigkeit des Schweizervolks. Sie ist bekannterweise und traditionellerweise sehr hoch: *«Rund eine Milliarde Franken spenden Schweizerinnen und Schweizer jährlich für gemeinnützige Organisationen.»*²⁴¹ Rund 700 Millionen Franken jährlich sollen ins Ausland gehen, in Relation zur Bevölkerung im internationalen Vergleich ein sehr hoher Betrag. In Anbetracht der Raubgold-Vorwürfe sei eines der unzähligen privaten Projekte hervorgehoben: Schon seit 18 Jahren spenden Schweizer Zahnärzte extrahierte Goldkronen und Goldfüllungen dem Schweizerischen Roten Kreuz für augenärztliche Missionen in den ärmsten Ländern der Dritten Welt. Als erstes Land der Welt hat die Schweiz auf diese Weise Geld für unzählige Augenoperationen zur Verfügung gestellt.

Addiert man all diese Kategorien, so resultieren mindestens acht bis zehn Milliarden Franken, die unser Land jährlich an Zahlungen im In- und Ausland für bedürftige ausländische Menschen ausgibt. Das ist mehr, als jeder andere Staat pro Kopf seiner Bevölkerung aufwendet.

Die Schweiz war auch unmittelbar nach dem Krieg ausserordentlich hilfsbereit, auch wenn heute von Kritikern geltend gemacht wird, unser Land sei damals klein-

¹ Zu denken ist an die Sozialunterstützung durch die Gemeinden, die auch die Langzeitarbeitslosen, die sogenannten «Ausgesteuerten», zu betreuen haben; oder an die Invalidenversicherung, über die in jüngster Zeit auch zunehmend Arbeitslose bezahlt werden. Es gibt wohl kein Land, das derart grosszügig Invalidenrenten zuspricht. In der Schweiz beziehen 20 Prozent sämtlicher Männer, die ins Pensionsalter eintreten (also jeder Fünfte der 64-Jährigen) eine Invalidenrente. Im Baugewerbe sind es gemäss Meldung von SF DRS gar 49 Prozent. Insgesamt werden wohl deutlich mehr als 10 Milliarden Franken für Arbeitslose aufgewendet, annähernd 50 Prozent davon dürften letztlich bedürftigen ausländischen Bezüglern zugutekommen.

² In jüngster Zeit dürfte der Prozentsatz noch wesentlich gestiegen sein, denn auf Grund der kriegerischen Auseinandersetzungen dürfte die Produktion im eigenen Land gesunken und die Unterstützung aus der Schweiz gestiegen sein.

krämerisch aufgetreten.¹ Im Oktober 1944 wurde die *Schweizer Spende für die Kriegsgeschädigten* geschaffen: Bund und Private spendeten bei Kriegsende bis 1948 rund 206 Millionen Franken für den Wiederaufbau Europas und für humanitäre Hilfe, was damals hohem 1,6 Prozent des Bruttosozialprodukts respektive 8,5 Prozent der Bundesausgaben entsprach. Der Bundesrat bezifferte im Jahr 1948 den Beitrag der Schweiz zum Wiederaufbau Europas mit insgesamt rund 2,5 Milliarden Franken,²⁴² was pro Kopf höher war als die gewaltigen amerikanischen Leistungen für den Marshall-Plan.² Dies ist umso bemerkenswerter, als die Versorgungslage der Schweiz unmittelbar nach dem Krieg zeitweise prekärer war als vor 1945.³

Die Schweiz sollte sich nicht beirren lassen, wenn unter den geschilderten Umständen wider besseres Wissen von mangelnder internationaler Solidarität gesprochen wird. Sie sollte ihre humanitäre Politik fortsetzen, ohne sich dabei verunglimpfen und provozieren zu lassen.

¹ Vor allem wird heute von Kritikern zu Unrecht argumentiert, die Schweiz habe sich 1946 wegen einer zu harten Haltung bei den Verhandlungen zum Washingtoner Abkommen (Chronologie 1) international unbeliebt gemacht und sich den Ruf eingehandelt, beim Aufbau Europas nicht mitzuhelfen.

² Mit diesem Vergleich soll keinesfalls die grossartige Leistung des Marshall-Plans zum Aufbau Europas abgewertet werden, den Winston Churchill zu Recht als die *«uneigennützigste Tat der Geschichte»* bezeichnete. 2,5 Milliarden Franken in der Schweiz waren damals rund 530 Franken pro Kopf der Bevölkerung, während der einzelne Amerikaner für den Marshallplan 410 Franken bezahlte (total rund 13 Milliarden Dollar). Der Beitrag der USA an den Marshall-Plan belief sich «nur» auf 1,2 Prozent des amerikanischen Bruttosozialprodukts.

³ Noch am 17. April 1946 wurden die täglichen Brotrationen von 250 auf 225 Gramm reduziert, für die Jahre 1946/47 musste ein weiteres Anbauprogramm gemäss *Wahlen-Plan* verfügt werden. Noch am 16. Oktober 1947 war eine Reduktion der Milchration von zehn auf acht Liter pro Monat erforderlich.

13. ABSCHLUSS DER KOMMISSIONS- ARBEITEN VOLCKER UND BERGIER

Wenn es also höchste Zeit ist, mit sämtlichen Forderungen und Zahlungen aufzuhören, so bedeutet dies nicht, dass die begonnenen Arbeiten der Kommissionen Volcker und Bergier abgebrochen werden müssten (Chronologie 8 und 9). Diese sind vielmehr möglichst zügig zu Ende zu führen.

Bei den Arbeiten der Banken unter Kontrolle der Volcker-Kommission sollten sich keine Probleme stellen. Schwieriger ist, die historische Untersuchung der Kommission Bergier befriedigend über die Bühne zu bringen.

a) Verhältnismässigkeit ist das A und O jeder Gerechtigkeit

Eine «richtige» Gerichtsschreibung gibt es vielleicht nicht, sicher aber gibt es eine ausgewogene. Umso wichtiger ist, dass sich auch die Bergier-Kommission an das Gebot der Ausgewogenheit hält.

Wie extrem Realitäten verzerrt werden können, hat das Simon Wiesenthal Center in Los Angeles Anfang Juni 1998 mit der Veröffentlichung des Berichtes seines Historikers Alan Schorn exemplarisch gezeigt. Unser Land wurde zur angeblichen Hochburg des braunen Gedankenguts gemacht, *«kein anderes Land in ganz Europa war gemessen an seiner Grösse und Bevölkerung von rechts-patriotischen und faschistischen Organisationen so verseucht gewesen wie die Schweiz»*, in der Schweiz seien sogar Elitesoldaten für die Waffen-SS trainiert worden (Chronologie 38).¹ Natürlich kann mit aufgebauchten Einzelbeispielen von einzelnen schweizerischen Nazianhängern oder Freiwilligen, die nach Deutschland zogen und der Waffen-SS beitraten, ein Eindruck erweckt werden, der nichts mit historischer Wahrheit zu tun hat.

Gerade in der Flüchtlingspolitik ist die Gefahr gross, in ähnlicher Weise durch die Darlegung von Einzelbeispielen einen unausgewogenen Gesamteindruck entstehen

¹ Richtig ist nur, dass es vorkam, dass Schweizer illegal nach Deutschland zogen und als Freiwillige der Waffen-SS beitraten: Bekannt ist zum Beispiel der Fall von Eugen Wipf, der «Kapo» des SS-Sonderlagers Hinzert bei Trier wurde.

zu lassen, der die Realitäten verzerrt. Es bleibt deshalb zu hoffen, dass die Bergier-Kommission nicht nur denjenigen Fällen nachgehen wird, die für die Schweiz belastend sind, sondern dass sie auch die positiven Aspekte der Flüchtlingspolitik aufzeigt. Zu unterscheiden ist zwischen der offiziellen (restriktiven) Schweizer Flüchtlingspolitik und der angewandten Flüchtlingspraxis, die offenbar an der Grenze oft eine andere war. Wie viele Flüchtlinge wurden durch Schweizer gerettet?¹ Wie viele der Abgewiesenen fanden in einem zweiten Anlauf doch noch den Weg in die Schweiz? Wie viele wurden unregistriert oder unter Umgehung der Behörden in die Schweiz geschmuggelt?²

Wichtig wird sein, dass die Resultate der Untersuchungen in den Gesamtkontext der damaligen Zeit eingebettet werden. So darf nicht unbeachtet bleiben, dass sich damals die meisten Staaten schlichtweg weigerten, jüdische Flüchtlinge aufzunehmen, während die bedrohte Schweiz z.B. während des Krieges wie erwähnt pro Kopf vierzigmal mehr jüdische Flüchtlinge aufnahm als die reichen USA. Berücksichtigt man gar, dass diverse Staaten aktive Judenverfolgung betrieben, ohne dafür je zur Rechenschaft gezogen oder auch nur ernsthaft kritisiert worden zu sein,³ so besteht noch viel weniger Grund zur Kritik an der Schweiz, auch wenn sich einige der damaligen Entscheide für die Betroffenen tragisch ausgewirkt haben.

Analoges gilt für alle Sachgebiete. Mag sein, dass die Bergier-Kommission bisher unbekannte Waffenlieferungen an Deutschland, Transporte der Achsenmächte durch die Schweiz, Verfehlungen von Versicherungen, Betrugsfälle⁴ von Kunsthändlern oder dergleichen zu Tage fördert. Das ändert aber nichts daran, dass sol-

¹ Man denke auch an die Leistungen von Schweizern im Ausland, z.B. von Konsul Carl Lutz, der in Budapest 1944 50'000 ungarischen Juden Schutzpässe ausstellte, um sie vor der Deportation in die Vernichtungslager zu bewahren.

² Neben den vielen Helfern, die namenlos blieben, sind diverse Persönlichkeiten bekannt, welche sich aktiv für Flüchtlinge einsetzten: Paul Grüniger, Gertrud Kurz, Paul Vogt, Alfred Hübscher, Regina Kägi-Fuchsmann, Peter Surava und andere.

³ Heute ist auf Grund historischer Forschungen klar, dass das Vichy-Regime von Marschall Pétain eine eigene, aktive Politik der Rassendiskriminierung und Judenverfolgung betrieb (vgl. den Artikel *Enteignete jüdische Vermögen im Staatsbesitz; Frankreichs Vergangenheit* von Rudolf Balmer in der Zeitung *Der Bund* vom 28. Januar 1997); ganz zu schweigen von der Rolle, die Österreich bei der Judenverfolgung gespielt hat.

⁴ Allfällige Betrüger, die nach dem Krieg die Gunst der Stunde nutzten, können nie und nimmer mit schlimmsten Kriegsverbrechern verglichen werden, und schon gar nicht könnten ihre Taten der Schweiz angelastet werden.

che «Verfehlungen» im Vergleich zum Sündenregister anderer Nationen, im Hinblick auf die positiven Leistungen unserer Kriegsgeneration und vor allem in Anbetracht der damaligen Zwangslage der Schweiz von untergeordneter Bedeutung sein werden. Wer zum Beispiel von Verfehlungen von Schweizer Tochterfirmen in Deutschland spricht, müsste gleichzeitig die damalige Rolle der amerikanischen Industrie im Auge behalten, unter anderem die Unterstützung der NSDAP durch US-Konzerne.¹ Der US-Konzern Standard Oil lieferte zum Beispiel gar noch Flugbenzin an Hitlerdeutschland, als dieses schon mit den USA im Krieg stand. Es gab Länder, die mit Deutschland «aus Gewinnsucht» Handel trieben, obwohl sie im Gegensatz zur Schweiz in keiner Zwangslage steckten. Vor allem aber wäre nicht zu vergessen, dass selbstverständlich die meisten grossen deutschen Unternehmungen von Mercedes-Benz bis zu Bayer-Chemie vom Krieg «profitierten», ohne dass ihnen dies in den letzten 50 Jahren negativ angerechnet wurde.² Solche Überlegungen zeigen, dass es auch nach Abschluss der Arbeiten der Kommission Bergier für die Schweiz keinen Grund geben wird, zusätzliche Zahlungen zu leisten. Bei diesen Arbeiten muss es um die geschichtliche Erkenntnis als solche gehen, nicht um Geld.

Oft wird argumentiert, die Schweiz könne sich für die begangenen (relativ kleinen) Fehler nicht entlasten mit dem Hinweis, dass andere weit mehr Schuld auf sich geladen haben. Dieses Argument ist absolut fehl am Platz. Die Verhältnismässigkeit ist das A und O jeder Gerechtigkeit. Wer den Raubmörder laufen lässt und gleichzeitig denjenigen zur Kasse bittet, der in grösster Zwangslage einen Ladendiebstahl begeht, um überleben zu können, kann sich nicht auf Gerechtigkeit beru-

¹ Vgl. den Artikel *Zwischen Hammer und Amboss* von Hans-Ueli Sonderegger in der *Aargauer Zeitung* vom 10. Januar 1998: «*Wie steht es (...) mit den amerikanischen Beziehungen zu Nazi- Deutschland, der Unterstützung der NSDAP durch US-Konzerne, um Hitlers Orden für den IBM- Präsidenten Thomas J. Watson oder die bekannten Affinitäten des US-Wirtschaftsmagnaten Henry Ford für die Nazis? Weshalb blieben US-Industrieanlagen in Deutschland, die in die Reichskriegsanstrengungen integrierten Kölner Ford-Werke, von den amerikanischen Flächenbombardements verschont?*» Wichtig sind in diesem Zusammenhang vor allem auch die Recherchen des ehemaligen *New York Times*-Journalisten Charles Higham, z.B. betreffend des Verkaufs von Öl durch *Standard Oil* an Nazideutschland.

² Nachdem nun aber 1,8 Milliarden Franken aus der Schweiz erhältlich gemacht werden konnten, wird auch die deutsche Industrie bedrängt. Bereits hat der VW-Konzern in Aussicht gestellt, 20 Millionen Mark zu bezahlen.

fen. Wer im Bewusstsein, dass unzählige schwerste Kriegsverbrechen ungesühnt blieben und bleiben, denjenigen auf die Anklagebank setzt, der beim verzweifelten Versuch, dem damaligen Naziterrorregime zu widerstehen, auch Fehler machte, ist nicht legitimiert, sich auf Gerechtigkeit zu berufen.

b) Fehlende Unvoreingenommenheit

Nach Veröffentlichung des Gold-Zwischenberichts am 25. Mai 1998 durch die Kommission Bergier (Chronologie 36) wurde verschiedentlich die Kritik laut, der Bericht käme einer Vorverurteilung der damals Beteiligten gleich, weil er sich in moralischen Werturteilen aus heutiger Sicht verliere. Besonders heftige Kritik erwuchs aus dem «Arbeitskreis Gelebte Geschichte», einem Zusammenschluss von ehemaligen hohen Bundesbeamten, Diplomaten, Professoren, Korpskommandanten und weiteren Persönlichkeiten. Diese Gruppierung von Zeitzeugen sprach von einem «tendenziösen» und «unausgewogenen» Bericht, weil der damalige Zeitgeist und die damalige Wertordnung äusser Acht gelassen worden sei. Unter anderem wurde die grundsätzliche Kritik erhoben, dass bereits im ersten Abschnitt des Berichts von der «*widerrechtlichen Aneignung fremden Goldes*» die Rede ist, obwohl die Übernahme des Goldes gemäss dem damaligen internationalen Recht eben gerade rechtmässig war (vgl. Kapitel 7b2, vierter Punkt).²⁴³ Kritik wurde vor allem auch von Universitätsprofessoren wie Philippe Marguerat,²⁴⁴ Neuchâtel, und Jean-Christian Lambelet, Lausanne, erhoben. Letzterer bezeichnete den Bericht in seinem Aufsatz *Wo blieb der ökonomische Sachverstand der Bergier-Kommission?* sogar öffentlich als «Skandal».²⁴⁵ Auch wenn feststehe, dass die Spitze der Nationalbank die wirkliche Herkunft des Goldes schon relativ früh gekannt habe oder hätte erkennen müssen, sei damit die entscheidende Frage noch nicht beantwortet, weshalb die Nationalbank das Gold trotzdem entgegengenommen habe. Dazu habe es vor allem ökonomische Gründe gegeben, weshalb Kritik nicht gerechtfertigt sei. Auch die direkt betroffene Nationalbank bemängelte, der Bericht weise Lücken auf.²⁴⁶

Wichtig wäre zumindest, dass die Kommission ihre Aufgabe unvoreingenommen verrichtet. Diesbezüglich wirft vor allem das Verhalten des Kommissionsmitglieds und Zürcher Geschichtsprofessors Jakob Tanner Fragen auf. Schon vor Beginn sei-

ner Arbeit erklärte er, beim heilen Bild, das von der Schweiz geschaffen worden sei, «*kann man fast von einer nationalen Lebenslüge sprechen, (...) beim Raubgold ging es um willfähige und zugleich profitable Anpassung*»,²⁴⁷ beim Réduit¹ von General Henri Guisan habe es sich um eine schweizerische «*Demuts-Geste*» gegenüber Hitler gehandelt; eine Meinung, die ihm übrigens von Experten Kommentare von «*pubertärer Dummheit*» bis zu «*perverser Konstruktion*» eintrug.² Ist bei einer solchen Grundeinstellung nicht zu befürchten, dass Tanner mit einer gewissen ideologischen Voreingenommenheit an seine Untersuchungen heranging? Zeigt seine folgende Äusserung vielleicht sogar, dass er versucht, seine «Erkenntnisse» aus dem Zweiten Weltkrieg für heutige politische Forderungen zu instrumentalisieren: «*Wer das Bild einer Réduit- Schweiz im Kopf hat, ist in der heutigen Welt lernbehindert. Das Überleben der Schweiz hängt davon ab, ob es gelingt, uns gesellschaftlich und kulturell weiterzuentwickeln. Was not tut, ist eine Schweiz, die sich weniger gegen aussen abgrenzen muss, multikultureller ist (...). Es ist durchaus vorstellbar, dass es dereinst eine europäische Staatsbürgerschaft (...) geben wird.*»²⁴⁸

Vor allem aber hätte nicht vorkommen dürfen, dass Jakob Tanner bereits vor Aufnahme seiner Kommissionsarbeit im Schweizer Fernsehen eine Schweizer Versicherungsgesellschaft beschuldigte, deren Zweigstelle in Deutschland habe auf Verlangen des Hitlerregimes ohne Not jüdische Versicherungspolice aufgelöst und das Geld an Nazideutschland abgeliefert.³

¹ Grosse Teile der Schweizer Armee hatten sich im Zweiten Weltkrieg auf Befehl von General Guisan ins Alpengebiet zurückgezogen («Réduit»), um bei einem deutschen Angriff im besser verteidigbaren Alpenraum durchzuhalten und dem Gegner das Mittelland weitgehend zu überlassen.

² Alt Bundesrat Hans Schaffner bezeichnete diese Meinung von Tanner als «*nichts anderes als eine pubertäre Dummheit*»; vgl. Interview vom 14. November 1997 mit alt Bundesrat Hans Schaffner; in: *Auswahl von Hintergrundberichten und Kommentaren* im Buch *Schweizerische Selbstbehauptung während des Zweiten Weltkriegs*, 1998, S. 257. Der Aargauer Historiker und Guisan-Biograph Willi Gautschi nannte diese These von Tanner in einer Fernsehdiskussion eine «*perverse Konstruktion*» (vgl. *Zofinger Tagblatt* vom 23. August 1997).

³ SF-DRS-Sendung *10 vor 10* vom 8. Januar 1997. Tanner bezog sich auf den Fall Julius Nussbaum, in welchem eine Tochtergesellschaft einer Schweizer Versicherung in Deutschland vom Naziregime eine Verfügung zur Pfändung einer Lebensversicherungspolice erhielt. Die Versicherung befolgte die Anordnung und überwies den Geldwert der Police an den deutschen Staat. Der Vorwurf von Tanner beinhaltet implizit die Behauptung, die Schweizer Konzernleitung der Versicherung habe auch während des Krieges Einfluss auf die Entscheidungen in den deutschen Niederlassungen gehabt und hätte sich erfolgreich gegen die Anordnung Nazideutschlands wehren können. Er liess die Frage offen, was für Folgen gedroht hätten (z.B. eventuelle sofortige Schliessung der Tochtergesellschaft). Tanner sprach von einer willfährigen Auszahlung.

Öffentliche Vorwegnahme von vermuteten oder erhofften Abklärungsergebnissen durch ein Kommissionsmitglied ist nicht statthaft. Solche vorgängige Aussagen bergen die Gefahr in sich, dass die Untersuchung in der Folge so gewichtet oder gar manipuliert wird, dass das Resultat den zu Beginn gemachten Behauptungen entspricht. Es ist ein grundsätzliches Problem, dass «wissenschaftliche Untersuchungen» dazu missbraucht werden können, vorschnell aufgestellte Behauptungen, getroffene Entscheide oder ideologische Einstellungen nachträglich intellektuell zu rechtfertigen.

c) Die intellektuelle Rechtfertigung

«Intellektuelle, nachträgliche Rechtfertigungen» spielen gerade im Zusammenhang mit den jüngsten Angriffen gegen die Schweiz eine zentrale Rolle.

c1) Rückzieher vermeiden, koste es, was es wolle

Es gibt in unserem Land unzählige Leute, die in den letzten zwei Jahren als Reaktion auf die erhobenen Vorwürfe ohne genauere Kenntnisse der geschichtlichen Hintergründe und ohne fundierte Prüfung der Argumente vorschnell in die Kritik mit einstimmen; es treffe zu, dass die Schweiz während des Zweiten Weltkriegs Schuld auf sich geladen habe und deshalb finanzielle Leistungen am Platz seien. Egal, ob diese Aussagen im privaten Kreis oder öffentlich gemacht wurden, egal, ob es sich um eine unwichtige Wortmeldung an einer lokalen Parteiveranstaltung oder um einen entscheidenden Kommentar vor laufenden Fernsehkameras gehandelt hat: All diese Leute werden tendenziell versuchen, ihre vorschnellen Äusserungen auch heute noch zu rechtfertigen. Sie werden nachträglich akribisch Gründe zusammentragen, um zu «beweisen», dass die Schweiz eben doch frühzeitig von Vernichtungslagern Kenntnis hatte, dass es eben doch die eine oder andere Bank gab, die irgendwo einen Kunden betrogen hat, dass eben doch ein Kunsthändler Kenntnis von der Herkunft eines gestohlenen Bildes hatte.

Um sich nachträglich persönlich rechtfertigen zu können, werden sie also tendenziell das eigene Land nur noch zusätzlich zu attackieren versuchen.

Um beim eben genannten Beispiel von Jakob Tanner zu bleiben, ist möglich, dass er versucht, seine vorschnelle Äusserung bezüglich der Willfähigkeit der Schweizer Versicherungen nachträglich zu rechtfertigen, unabhängig davon, ob seine Behauptung sachlich korrekt war oder nicht. Der Bergier-Kommission wurden 22 Millionen Franken zur Verfügung gestellt. Jakob Tanner besitzt also genügend Mittel, um mit grossem Aufwand Beispiele zu suchen oder suchen zu lassen, die für seine Sachdarstellung sprechen. Falls er solche Einzelbeispiele findet, ist die Versuchung gross, diese als typisch für die ganze Versicherungsbranche darzustellen und sie aufzu- bauschen.

Es ist eine altbekannte Frage, ob Entscheide von «intelligenten» Menschen auch wirklich sachlich fundierter sind. Oder ist es so, dass auch der «intelligente» Mensch seine Entscheide intuitiv, also «aus dem Bauch heraus» trifft? Nur ist er auf Grund seiner Intelligenz in der Lage, den Entscheid nachträglich mit einer unanfechtbar scheinenden Argumentation zu verteidigen, also intellektuell zu rechtfertigen, wo ein anderer schnell zugeben muss, dass er seinen Entscheid intellektuell nicht näher begründen kann?

c2) Das Paradebeispiel der *Beobachter*-Veröffentlichung

In geradezu klassischer Weise manifestiert sich diese Problematik beim in Kapitel 7c2 zitierten Irrtum des *Schweizerischen Beobachters* im Jahre 1954. Bei der Schilderung der Rolle, die der Chef der Eidgenössischen Polizeiabteilung, Heinrich Rothmund, bei der Einführung des Judenstempels in Deutschland gespielt haben soll, wurden vom Autor des *Beobachter*-Artikels 1954 wie erwähnt die Rollen des Schweizer Rothmund und des deutschen Gesandten Köcher verwechselt (vgl. Kapitel 7 c2). In Anbetracht der enormen Brisanz des Themas und der gewaltigen Wirkung dieser Veröffentlichung war dies ein äusserst schwerwiegender Fehler. Es ist psychologisch gesehen zu einem gewissen Grade verständlich, dass jemand,

der einen solchen Fehler zu verantworten hat, in der Folge alles daransetzt, doch noch irgendwie belegen zu können, die Aussage sei trotz des Fehlers korrekt gewesen. Dies bedeutete im konkreten Fall, dass verzweifelt alle möglichen Indizien, Aussagen und Dokumente zusammengetragen wurden, um doch noch belegen zu können, der Judenstempel sei von der Schweiz vorgeschlagen respektive gefordert worden.

Es ist eine starke Triebfeder des Menschen, Fehler und Falschaussagen nicht zugeben zu wollen. Dementsprechend ist selten, dass sich jemand derart offen entschuldigt, wie dies Redaktor Rolf Sigg tat, nachdem er die auf den *Beobachter* zurückgehenden J-Stempel-Vorwürfe in einem eigenen Zeitungsartikel unbesehen übernommen hatte: «*Nun klärt mich einer unserer Abonnenten in einem freundlichen Brief auf und beweist mir, dass das Gegenteil wahr ist. (...) Ich bin sehr froh um diese Richtigstellung und ich entschuldige mich in aller Form bei Ihnen, liebe Leserin, lieber Leser, für die Falschmeldung.*»²⁴⁹ Viel häufiger ist die Haltung, Fehler hartnäckig zu verschweigen. Auch der *Beobachter* bewahrte mehr als 40 Jahre lang Stillschweigen über seinen «fatalen»¹ Fehler, der ihm unterlaufen war. Noch in seiner Spezialausgabe «Courage in sieben Jahrzehnten» vom September 1997 lobte er, seine Veröffentlichung vom 31. März 1954 sei «*eine Enthüllung*» gewesen, «*die wie eine Bombe einschlug*», ohne seinen fatalen Fehler auch nur mit einem Wort zu erwähnen. Vielmehr wurde Rothmund noch im Artikel von 1997 als Mann dargestellt, «*der mit der Erfindung des J-Stempels in jüdischen Pässen eine Vorstufe zum Judenstern der Gestapo geschaffen hat*». Wahrheitswidrig wurde angefügt: «(Professor) *Ludwig bestätigte Rippmanns* (der Autor des 1954er-Artikels) *Vorwürfe voll.*»² Immerhin ist dem *Beobachter*, respektive dessen Redaktor Urs Räuber, hoch anzurechnen, dass er mit Veröffentlichung vom 4. September 1998 den damaligen Fehler endlich korrigierte und klipp und klar festhielt:

¹ Der Ausdruck «fatal» wurde vom damaligen Verfasser des Artikels benützt (vgl. Kapitel 7c2).

² An dieser Stelle sei ausdrücklich wiederholt, dass es ein grober Fehler der Schweiz war, nicht auf einer generellen Visumpflicht für Deutschland zu beharren (vgl. Kapitel 7c2). Aber das bedeutet in keiner Weise, dass es gerechtfertigt ist, wenn selbst höchste Schweizer Persönlichkeiten diese Angelegenheit nach dem Motto «Im Zweifel gegen die Schweiz» breitschlagen.

«Damit ist klar: Beim J-Stempel handelt es sich um einen deutschen Vorstoss.»¹

Wie werden nach dieser Richtigstellung des *Beobachters* diejenigen reagieren, welche die seinerzeitigen Behauptungen sogar noch ausgeschmückt und gesteigert haben? Was wird Adolf Muschg sagen, der vom «*Schreibtischtäter Rothmund*» geschrieben hatte, der «*bekanntlich der Erfinder des J-Stempels*» gewesen sei (vgl. Kapitel 7c2)? Wie wird die Zeitschrift *Facts* reagieren, die noch 1998 kurz und bündig verkündete: «*Am Tag nach der Reichskristallnacht 1938 (...) führte der Bundesrat den Judenstempel ein.*»²⁵⁰ Wie werden Buchautoren reagieren, die geschrieben haben: «*Lange Jahre hat es die schweizerische Verwaltung verstanden, vor dem eigenen Volk zu verschleiern, dass nicht etwa die bösen Nazis 1938 auf die Idee verfallen waren, die Reisepässe (...) mit einem grossen J-Stempel zu kennzeichnen. Ein Schweizer Chefbeamter war es, der seine deutschen Verhandlungspartner dazu beschwatzen musste.*»²⁵¹

Die meisten, welche die Schweiz falsch belastet haben, werden wohl einfach schweigen. Andere werden vielleicht reagieren wie Universitätsprofessor Georg Kreis, Direktor des Europainstituts Basel und gleichzeitig Präsident der Eidgenössischen Kommission gegen Rassismus. Er hatte noch vor der Richtigstellung des *Beobachters* in der *Weltwoche* einen Artikel publiziert, der unter folgender einführenden Bemerkung stand: «*Jüdischen Grenzübergängern hat die Schweiz nach 1938 den J-Stempel in den Pass gedrückt*», womit unserem Land nun auch noch unterschoben wurde, den Judenstempel sogar selbst (in einen ausländischen Pass!)

¹ Allerdings liegt das Verdienst, dass die Korrektur erfolgte, klar in erster Linie bei Max Keller, ehemaliger stellvertretender Direktor des Bundesamts für Zivilschutz, und beim Journalisten Alfred Cattani der *Neuen Zürcher Zeitung*. Durch deren Recherchen und Publikationen war nicht länger zu verheimlichen, dass der *Schweizerische Beobachter* 1954 einen krassen Fehler begangen hatte. Max Keller hatte nach der Entschuldigung von Bundesrat Villiger im Mai 1995 Recherchen gestartet und insbesondere einen Briefwechsel mit dem damaligen Autoren des *Beobachter*-Artikels, Peter Rippmann, geführt. Dabei hat er dessen Eingeständnis erwirkt, dem *Beobachter* sei damals eine «*fatale Panne*» unterlaufen. Damit hat Max Keller einen wichtigen Dienst zur Wahrheitsfindung geleistet. Es ist kein gutes Zeichen, dass er als Pensionierter und «*Milizhistoriker*» einen Sachverhalt «*aufdecken*» und korrigieren muss, der bereits im Ludwig-Bericht korrekt zusammengefasst war, der aber während mehr als vier Jahrzehnten national und international von Politikern, Medienleuten und sogar von professionellen Historikern immer wieder falsch geschildert wurde.

gedruckt zu haben. Im Artikel schrieb Georg Kreis unter anderem: «*Bekannt ist der vom eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartement eingebrachte Vorschlag, die Pässe (...) mit einem J-Stempel zu versehen.*»²⁵² Nach der Korrektur des *Beobachters* am 4. September 1998 räumte er ein, dass die Vorwürfe an Rothmund zu Recht «*etwas relativiert*» worden seien. Gleichzeitig unterstellte er aber «*neunmalklugen Revisionisten*» und «*pseudopräzisen Differenzierern*», sie wollten «*gleich auch die Schweiz insgesamt entlasten*». ²⁵³

Ist das die Grundhaltung desjenigen, der sich ertappt sieht? Statt den eigenen Fehler zuzugeben, werden diejenigen, die den Fehler aufgedeckt haben und die Schweiz damit etwas entlasten, als «Revisionisten» bezeichnet? Besonders muss zu denken geben, wenn ein Historiker diejenigen, die einen Fehler publik gemacht und damit einen Beitrag zur Wahrheitsfindung geleistet haben, als «*pseudopräzise Differenzierer*» bezeichnet. Man muss sich schon fragen, ob bei solchen Äusserungen die intellektuelle Redlichkeit noch gegeben ist, oder ob hier einfach die Absicht sichtbar wird, dem eigenen Land schaden zu wollen, notfalls auch wider besseres Wissen? Oder ist historische Inkompetenz im Spiel, weil Georg Kreis nicht einmal den in dieser Frage zentralen Ludwig-Bericht gelesen hat?¹ Kreis ist eines der (nur) neun Mitglieder der Bergier-Kommission.² Wie soll der Bergier-Bericht je glaubwürdig werden, wenn er von jemandem mitverfasst wird, der offensichtlich korrekte Erkenntnisse einfach beiseiteschiebt, weil er eigene Fehler zu kaschieren versucht?

¹ So schrieb Georg Kreis einem Luzerner Juristen am 25. August 1997, «*Bonjours Darstellung (III 310) ist zum mindesten ungenau. Der deutsche Vorschlag, von dem die Rede ist, muss ein sekundärer Vorschlag gewesen sein.*» Hätte er den Text von Bonjour mit dem *Ludwig-Bericht* verglichen, hätte er feststellen müssen, dass Bonjour genau mit Ludwigs Worten (Seite 114) den deutschen Vorschlag für den J-Stempel bestätigte.

² Neben dem Präsidenten Jean-François Bergier sitzen in der Kommission je vier Mitglieder aus dem In- und Ausland. Naturgemäss sind die vier Schweizer mit den Verhältnissen von damals in unserem Land besonders vertraut. Von den vier Schweizern ist eine Person für die juristische Seite zuständig. Es verbleiben (nur) drei Historiker, Georg Kreis, Jakob Tanner und Jacques Picard. Entsprechend gross ist ihr Einfluss. Die oben erwähnte Gruppierung «Arbeitskreis gelebte Geschichte» sprach deshalb von Unausgewogenheit der Kommission und verlangte (erfolglos), dass sie (vor allem durch Zeitzeugen) ergänzt werde.

c3) Auch heute aktuell, bis auf höchste Ebenen

«Intellektuelle, nachträgliche Rechtfertigungen» sind ein zentrales Problem in der Politik. Wie aktuell die hier angesprochene Problematik ganz allgemein ist – und damit wird im vorliegenden Buch übergeleitet zu den Lehren, die aus der heutigen Krise für die Zukunft zu ziehen wären –, zeigt sich ausgerechnet bei der weitaus wichtigsten Frage, die sich für die Schweiz seit ihrer Gründung stellt: der Frage eines allfälligen EU-Beitritts.

Im Mai 1992 stellte der Bundesrat bei der Europäischen Gemeinschaft einen Antrag um einen EG-Beitritt (heute EU-Beitritt). Er tat dies, ohne dass eine öffentliche Diskussion mit Abwägung der Vor- und Nachteile stattgefunden hätte. Dass dieser Entscheid intuitiv, also «aus dem Bauch heraus», getroffen worden war, zeigt sich daran, dass er die Folgen eines Beitritts erst nachträglich abklären liess. Nachdem auf die immer mehr aufkommenden Fragen aus der Bevölkerung – insbesondere, welche Auswirkungen ein Beitritt auf unsere direkte Demokratie haben werde – keine fundierte Auskunft gegeben werden konnte, sah sich der Bundesrat 1998 veranlasst, der Verwaltung den Auftrag zu erteilen, die Folgen eines EU- Beitritts abzuklären und bis Ende Jahr in einem «Integrationsbericht» darzulegen.¹

Es spielt im vorliegenden Zusammenhang keine Rolle, ob ein EU-Beitritt wünschenswert sei oder nicht. Aber natürlich hätten Abklärungen der Auswirkungen

¹ Wie wenig Abklärungen und Fachwissen vorhanden waren, geht aus der Formulierung des Postulats der freisinnigen Parlaments-Fraktion vom 27. April 1998 hervor: «Der Bundesrat wird beauftragt, bis Ende 1998 (...) eine (...) Auslegeordnung über die Auswirkungen eines Beitritts oder eines Nicht-Beitritts zur EU auf alle Bereiche unserer Gesellschaft vorzulegen. (...) Einzubauen ist eine Auslegeordnung über die Auswirkungen eines Beitritts zum Europäischen Wirtschaftsraum EWR. Von besonderem Interesse sind die Auswirkungen in den Bereichen direkte Demokratie und Volksrechte, Wirtschaft, Kultur und Sozialwerke, Fiskal-, Geld- und Währungspolitik, Aussen- und Neutralitätspolitik, Sicherheits- und Migrationspolitik, Verkehrspolitik, freier Personenverkehr und Landwirtschaft. Der Bericht soll zudem eine Bilanz über den Gesamtnutzen und die Gesamtkosten eines Beitritts oder eines Nicht-Beitritts zur EU oder zum EWR enthalten um aufzuzeigen, welches die Mitentscheidungs- und Mitwirkungsmöglichkeiten der Schweiz in der EU und im EWR sind. (...) Erst eine solche Auslegeordnung macht es möglich, eine breite innenpolitische Diskussion über die schweizerische Integration zu führen. Damit würden für den Bundesrat die innenpolitischen Voraussetzungen für das weitere Vorgehen zur Erreichung des strategischen Ziels gemäss Bericht vom 29. November 1993 (das heisst das Ziel des Bundesrats für einen EU-Beitritt) geschaffen.» Nach Eingang dieses FDP-Vorstosses ordnete der Bundesrat die Schaffung des Integrationsberichts an.

eines Beitritts auf jeden Fall bereits vor Stellung des Beitrittgesuchs gemacht werden müssen. Nur in Kenntnis der Auswirkungen ist ein fundierter Entscheid möglich.

Wie sich die Dinge heute präsentieren, ist es psychologisch verständlich, dass der Bundesrat bemüht sein wird, sich «nachträglich intellektuell zu rechtfertigen» und darzulegen, dass die Entscheidungen 1992, der Bevölkerung einen EWR-Beitritt zu empfehlen und gleichzeitig ein EU-Beitritts- Gesuch zu stellen, richtig und fundiert gewesen seien. Dementsprechend ist absehbar, dass der per Ende 1998 zu erwartende Integrationsbericht des Bundesrats so oder so eine Integration (d.h. Einordnung) der Schweiz in Europa in möglichst positivem Licht schildern wird.¹ Dabei ist zu bedenken, dass der Landesregierung zur «nachträglichen intellektuellen Rechtfertigung» ihrer Entscheide 1992 grosse personelle und finanzielle Mittel zur Verfügung stehen.

¹ Vor allem ist anzunehmen, dass dargelegt werden wird, dass ein EU-Beitritt mit der direkten Demokratie vereinbar sei, was offensichtlich nicht richtig ist, wenn man unter «direkter Demokratie» die Möglichkeit des Volkes versteht, zu jedem x-beliebigen Thema mit der Sammlung von 100'000 Unterschriften eine Abstimmung zu erzwingen. Beispielhaft sei die Mehrwertsteuer erwähnt: Sie wird bei einem EU-Beitritt zwingend auf mindestens 15 Prozent hinaufspringen. Das Schweizer Volk wird keine Möglichkeit mehr haben, für einen Steuersatz von unter 15 Prozent Unterschriften zu sammeln respektive an der Urne einen tieferen Satz durchzusetzen.

14. DIE POLITIK DER LETZTEN JAHRE RUINIERT DIE SCHWEIZ

Es wurde bereits dargelegt, dass die in der *Krise Schweiz – Zweiter Weltkrieg* begangenen Fehler nur noch bedingt korrigierbar sind (vgl. Kapitel 11 g). Umso mehr muss man sich darauf konzentrieren, in Zukunft ähnliche Fehler in anderen Bereichen zu vermeiden.

Liegt nicht leider auf der Hand, dass das Verhalten der Schweiz in den letzten zwei Jahren einfach aufzeigt, wie sich unser Land generell verhält? Tritt unser Land immer mit derart wenig Selbstvertrauen und Entschlossenheit auf, wenn es darum gehen müsste, die Interessen der Schweiz zu verteidigen? Verkaufen wir unsere Haut immer zu billig und richten wir auf dem Buckel unserer Bevölkerung Zahlungen aus, sobald aus dem Ausland Druck aufgesetzt wird?

Eine naheliegende Überlegung muss pessimistisch stimmen: Wie soll der massgebende, «einflussreiche Teil unserer Intellektuellen» (Formulierung Churchill), der die Schweiz nicht einmal mehr dann verteidigt, wenn die Angriffe offensichtlich jenseits von Gut und Böse liegen, fähig und willens sein, in der täglichen Politik für die Interessen unseres Landes und unserer Bevölkerung zu kämpfen? Weshalb sollten Leute, die in der *Krise Schweiz – Zweiter Weltkrieg* die ausländischen Angriffe genüsslich aufnahmen, nicht auch schädigende Absichten haben, wenn sie sich in der Tagespolitik angeblich für unser Land einsetzen?

Die *Krise Schweiz – Zweiter Weltkrieg* wird unser Land überleben, wenn auch mit Milliardenverlusten und einer enormen Prestigeeinbusse. Wenn es aber der Grundhaltung der massgebenden Leute entspricht, generell derart selbstzerstörerisch und zahlungswillig auf ausländischen Druck zu reagieren, dann ruinieren wir langfristig unser Land.

Es braucht nicht viel Fantasie, um vorauszusehen, was in den nächsten Jahren auf uns zukommen kann. Als eines der nächsten Themen könnte die Aufhebung des Bankgeheimnisses auf der internationalen Traktandenliste erscheinen. Es ist möglich, dass die OECD, die EU oder die USA den Druck erhöhen, um von Schweizer

Banken vermehrt Auskünfte zu erhalten, vor allem zugunsten ausländischer Steuerbehörden. Wie wird die Schweiz reagieren, wenn Leute im Stile von Alfonse D'Amato eine internationale Hetzkampagne inszenieren mit dem Zweck, unser Bankgeheimnis abzuschaffen, um damit den Bankenplatz Schweiz endgültig auszuschalten?

Es wird nicht beim Bankgeheimnis bleiben. Zahlreiche andere Forderungen können folgen, von international einheitlichen Arbeitszeiten über harmonisierte Sozialleistungen bis zu gleichgeschalteten Einbürgerungsgesetzen, immer begründet mit der Forderung nach angeblich notwendiger internationaler Solidarität. Absehbar ist vor allem, dass international der Kampf gegen den angeblich schädlichen Steuerwettbewerb einsetzen wird,¹ womit das «Kernstück unserer nationalen Souveränität»² getroffen würde: Andere Staaten werden eifersüchtig die Harmonisierung der Steuergesetze fordern, wenn unser Land mit Hilfe des Steuerrechts bessere Rahmenbedingungen schaffen oder behalten will, um seinen Wohlstand zu bewahren. Man wird geltend machen, die «Steuerschlußflöcher» in der Schweiz müssten eliminiert werden. Von entscheidender Bedeutung für unsere Bevölkerung wird sein, inwieweit die Elite unseres Landes gewillt ist, solchem Druck von aussen standzuhalten.

a) Kniefall als Prinzip unserer Aussenpolitik?

Die Erfahrungen der letzten Jahre lassen nichts Gutes erahnen. Gelegentlich könnte man den Eindruck gewinnen, es sei geradezu Strategie unserer Aussenpolitik, wie in der *Krise Schweiz – Zweiter Weltkrieg* dem Druck von aussen nachzugeben und teure Lösungen zu akzeptieren. Die Zeche soll die Schweizer Bevölkerung bezahlen.

Geradezu exemplarisch zeigt sich dies ausgerechnet beim Vertrag mit der grössten Tragweite, den die Schweiz in den letzten zehn Jahren auf dem internationalen Parkett abgeschlossen hat, dem Transitvertrag mit der Europäischen Union (EU, damals noch EG) von 1992. In diesem Vertrag akzeptierte einerseits die EU, dass un-

¹ Vor allem innerhalb der OECD sind diese Tendenzen schon klar erkennbar. Die Sprache ist von «harmful taxcompetition», also «schädlicher Steuerkonkurrenz». In der EU ist bereits von einem «Verhaltenskodex im Bereich der Besteuerung für die Eindämmung von Steueroasen» die Rede.

² Der Ausdruck, dass mit der Steuerharmonisierung das «Kernstück der Souveränität» getroffen wird, stammt vom luxemburgischen Ministerpräsidenten Jean-Claude Juncker.

ser Land bis zum Jahr 2005 die 28-Tonnen-Limite für Lastwagen behält.¹ Andererseits verpflichtete sich die Schweiz, im Interesse der EU für Milliarden von Franken zwei NEAT-Tunnel zu bauen, d.h. eine Eisenbahn-Alpentransversale mit zwei Achsen.

Wie konnten wir uns in einen derart schlechten Vertrag hineindrängen lassen, in dem wir die teure Verpflichtung eingingen, sowohl einen Gotthard- als auch einen Lötschbergtunnel zu bauen? Was hat uns bewogen, sogar zu akzeptieren, dass Einzelheiten bis hin zur ungefähren Tunnellänge ausdrücklich im Vertrag festgehalten wurden?² Die Gefahr war gross, dass wir wegen der Mitwirkungsmöglichkeit des Volkes an der Urne die eingegangenen Verpflichtungen nicht würden einhalten können, zumindest nicht fristgerecht,³ womit Vertragstreue und internationale Glaubwürdigkeit in unakzeptabler Weise aufs Spiel gesetzt wurden.⁴ Mit diesem Transitvertrag setzte sich die Schweiz unnötigerweise unter unverständlichen, stupiden Druck.

Der EU ging es 1992 ohne Zweifel nur darum, sich genügend Transportkapazität zu sichern. Weshalb hat die Schweiz nicht einfach zugesichert, genug Bahnkapazität zu erstellen, um eine bestimmte Tonnage-Kapazität zu garantieren?⁵ Damit hätten wir freie Hand behalten, diejenigen Eisenbahnlinien zu bauen, welche den schweizerischen Interessen am besten entsprächen. Wir lassen uns teure und überflüssige Lösungen offenbar selbst da aufdiktieren, wo nicht die geringste Zwangs-

¹ Wobei zu erwähnen bleibt, dass wir als souveränes Land natürlich auch ohne Vertrag mit der EU bestimmen könnten, welche Lastwagen auf unseren Strassen zirkulieren dürfen und welche nicht.

² Gemäss Artikel 5 des Transitabkommens verpflichtete sich die Schweiz zum «*Bau einer Linie zwischen Arth-Goldau und Lugano, einschliesslich eines Gotthard-Basistunnels (Länge: rund 50 km, voraussichtliche Dauer der Arbeiten rund 12 bis 15 Jahre) und Bau einer Basislinie zwischen dem Gebiet um Frutigen und dem Rhonetal, einschliesslich eines Lötschberg-Basistunnels (Länge: rund 30 km, voraussichtliche Dauer der Arbeiten rund 7 bis 10 Jahre)*».

³ Die Regierung war somit gezwungen, entgegen der ökonomischen Vernunft und trotz leeren Staatskassen der Bevölkerung für die Volksabstimmung «Finanzierung und Bau von Infrastrukturvorhaben des öffentlichen Verkehrs» vom 29. November 1998 ein JA zu empfehlen.

⁴ In der Volksabstimmung vom 29. November 1998 resultierte ein NEIN. Bei einem JA wäre die Einhaltung der internationalen NEAT-Verpflichtung illusorisch geworden. Um den Vorwurf eines gravierenden Vertragsbruchs zu vermeiden, hätte dann in den «bilateralen Verhandlungen» jede neue Lösung akzeptiert werden müssen, koste es, was es wolle.

⁵ Also die Garantie, dass die EU auf dem Schienennetz eine bestimmte Mindestanzahl Tonnen Fracht (zum Beispiel pro Tag) durch unser Land transportieren kann.

lage besteht und der Vertragspartner gar kein echtes Interesse besitzt. Wie sollen wir je in irgendeinem Bereich die Interessen unseres Landes wirksam durchsetzen können, wenn es uns nicht einmal gelingt, die EU zu überzeugen, dass es nur auf die Transportkapazität ankommt und gar nicht entscheidend ist, wo wir welche Tunnel in welcher Länge bauen?

Wieso missachten wir einfach die eigene Verfassung, sobald Europa etwas von uns will?¹ Wieso akzeptieren wir von der EU die Drohung, sie verweigere die Kooperation in wichtigen Gebieten wie dem Asylwesen und bei der polizeilichen Zusammenarbeit, wo Kooperation absolut selbstverständlich sein sollte?² Wieso drohen wir nicht unsererseits mit einer Verschärfung der Asylpraxis und einem Abbau der Rechtshilfe zulasten der umliegenden EU-Staaten?³ Wieso lassen wir uns – wie wir auf dem besten Wege dazu sind – eine «Personenfreizügigkeit» (d.h. eine freie

¹ Es geht nicht darum, die Abstimmung vom 27. September 1998 betreffend die Leistungsabhängigen Schwerverkehrabgabe (LSVA) zu kommentieren. Sachlich mögen sowohl ein JA wie ein NEIN vertretbar gewesen sein. Stossend war jedoch folgendes: Einerseits hatte sich der Bundesrat für die Einführung dieser Steuer eingesetzt, um den Interessen der EU entgegenzukommen (nota bene, obwohl er noch 1994 bei der Abstimmung zum Verfassungsartikel in seinen «Erläuterungen des Bundesrates zur Volksabstimmung» gesagt hatte, eine solche Steuer werde höchstens im Gleichschritt mit der EU eingeführt). Andererseits ist klar, dass das am 27. September 1998 zur Abstimmung vorgelegte LSVA-Gesetz verfassungswidrig war, denn in der Bundesverfassung stand ausdrücklich, dass eine solche Steuer nur für Kosten verwendet werden dürfe, die im Zusammenhang mit dem Strassenverkehr stehen, wogegen das neue Gesetz eine Förderung der Bahn durch die LSVA vorsah. Aus diesen beiden Überlegungen folgt, dass Verfassungsverletzungen von offizieller Seite befürwortet werden, sobald damit der EU ein Dienst erwiesen werden kann.

² Ende Oktober 1997 wurde gemeldet, die EU verweigere bei der Asylpolitik eine engere Zusammenarbeit mit der Schweiz, solange die «bilateralen Verhandlungen» nicht zum Abschluss gebracht werden (Pressemeldungen vom 25. Oktober 1997). Insbesondere werde der Schweiz der Beitritt zum Dubliner-Abkommen verweigert (gemäss diesem Abkommen kann kein Asylgesuch mehr gestellt werden, wenn ein solches in einem anderen EU-Land bereits abgelehnt wurde). Weshalb erzeugen wir nicht einfach Gegendruck, wenn die EU im wichtigen Bereich des Asylwesens die Zusammenarbeit wirklich verweigern sollte? Ein härterer Kurs in der Schweizer Asylpolitik (Rückweisungen an der Grenze zu Lasten der Nachbarländer), vor allem aber die Weigerung, den EU-Ländern Rechtshilfe zu gewähren, würde die EU schnell zur Kooperation bringen.

³ Der Fall Ahmed Zaoui, bei welchem die Schweiz bis Anfang November 1998 einen mutmasslichen algerischen Terroristenführer als Asylbewerber aufgenommen hat, nachdem dessen Asylgesuch bereits in Belgien abgewiesen worden war, wird immer wieder als Beispiel aufgeführt, wie die Schweiz der EU ausgeliefert sei. Gerade dieser Fall zeigt jedoch, wie die Schweiz sich Probleme dieser Art durch hartes Vorgehen vom Hals halten könnte. Niemand zwingt uns, in einem solchen Fall ein Asylverfahren durchzuführen. Wir könnten einfach den Entscheid der EU «übernehmen» und das Asyl ohne eigenes Verfahren verweigern. Zudem könnten wir gegen solche Leute Strafverfahren eröffnen und sie in Untersuchungshaft setzen. Ein Mann wie Zaoui käme sicherlich nicht in die Schweiz, wenn wir uns angemessen verhalten würden.

Einwanderung) aufzwingen, welche die Schweiz zum «Sozialamt Europas» mit unabsehbaren Kosten machen könnte? ¹ Wieso haben wir uns überhaupt in den letzten Jahren dazu bewegen lassen, ausgerechnet in Zeiten von Arbeitsplatzabbau (ausserhalb des Flüchtlingsbereichs) hunderttausende von Leuten ohne berufliche Ausbildung neu bei uns aufzunehmen und sie via öffentliche Wohlfahrt zu unterstützen,² selbst wenn keine internationale Verpflichtung dazu bestand und selbst wenn unsere Staatsdefizite dabei explodierten? War hier auch der internationale Druck mit der Forderung nach Solidarität massgebend? Wieso halten wir uns nicht einfach an das Vorbild der USA, die als Musterbeispiel für internationale Öffnung gelten, aber sehr wohl wissen, bei internationalen Verträgen ihre Interessen zu wahren? Den USA käme es nicht im Traum in den Sinn, eine Personenfreizügigkeit in derjenigen Form zu akzeptieren, wie wir das ansteuern.³ Hätte mit energischem Auftreten nicht schon längst eine sinnvollere Personenfreizügigkeit erreicht werden können, bei der zum Beispiel unsere Jugend in der EU studieren kann?⁴

Wir zerstören entscheidende Standbeine unseres Wohlstands, wenn wir Forderungen nach Gleichschaltung der Sozialsysteme, Abschaffung des Bankgeheimnisses

¹ Selbst nach der Lösung, die nun mit den «bilateralen Verhandlungen» angestrebt wird, soll Zuwanderern die volle Leistung der Schweizer Arbeitslosenkasse angeboten werden, auch wenn sie nur drei Tage bei uns gewohnt und gearbeitet haben. Gemäss dem in der EU geltenden Totalitätsprinzip kann sich ein Arbeitnehmer darauf berufen, er habe bereits im Herkunftsland eine Arbeitsstelle innegehabt, was zur Anspruchsbegründung für Schweizer Leistungen ab dem dritten Tag nach der Einreise führt. Das könnte in Anbetracht der im internationalen Vergleich ausserordentlich attraktiven Schweizer Sozialleistungen zu extrem hohen Kosten für unser Land führen. Gelegentlich können nicht einmal die Betroffenen selbst verstehen, wie grosszügig die Schweiz ist: So können z.B. Zuwanderinnen als «Wiedereinsteigerinnen» von der Arbeitslosenkasse Leistungen von bis zu Fr. 2'650.- pro Monat beanspruchen, auch wenn sie nie irgendwo als Arbeitnehmerin tätig waren.

² Dabei geht es nicht um Flüchtlinge, sondern um Ausländer, die via Arbeitsmarkt in unser Land kamen. Die massive Einwanderung von beruflich unqualifizierten Arbeitnehmern ausgerechnet in Zeiten von Arbeitsplatzabbau ist extrem kostspielig und belastend (vgl. das Beispiel des Gastgewerbes, Fussnote Kapitel 12f). Offenbar aus falsch verstandener internationaler Solidarität wagt es die Schweiz nicht, eine Arbeitsmarkt-Einwanderungspolitik zu betreiben, welche im Interesse unseres Landes liegen würde.

³ Die Amerikaner politisieren nach dem Motto: *Freier Handel bringt Wohlstand, freier Personenverkehr bringt Armut.*

⁴ Rund 15'000 Jugendliche aus der EU sind an Schweizer Universitäten eingeschrieben. Umgekehrt studieren nur rund 5'000 Schweizer/innen an EU-Universitäten. Weshalb fordern wir nicht ultimativ identische Studienplatz-Kontingente? Mit 15'000 offenen Studienplätzen in der EU besässen unsere Studenten/-innen faktisch die für sie so wichtige Freizügigkeit auf dem Ausbildungssektor.

und Harmonisierung der Steuersysteme nachgeben. Zeigen wir uns bei solchen Themen auch nur annähernd so anpassersisch wie im Rahmen der *Krise Schweiz – Zweiter Weltkrieg*, so führt dies für die Schweiz in die Katastrophe. Sicher geglaubter Lebensstandard kann rascher verschwinden, als man denkt, wie die überraschenden Wohlstandsverluste in ostasiatischen Staaten in jüngster Vergangenheit zeigen.¹

b) Wohlstandsabbau, um nicht als Profiteur zu gelten?

Es ist unbestritten, unaufhaltsam und selbstverständlich, dass sich die Schweiz öffnen und international ausrichten muss. Ebenso klar ist, dass sie das auch tut. Wer die Entwicklung der letzten Jahre betrachtet, kann feststellen, wie die internationalen Verflechtungen in rasantem Tempo zunehmen und die Öffnung fortschreitet. Jeder unvoreingenommene Vergleich mit dem Ausland zeigt, dass die Schweiz extrem weltoffen ist und immer war. Aber internationale Öffnung kann nicht heissen, jedem Druck von aussen nachzugeben und das eigene Land mit nachteiligen Verträgen zu binden, die auf dem Buckel unserer Bevölkerung finanziert werden.

Ist es denn so sicher – und das ist eine ganz entscheidende Frage –, dass die Leute, welche uns internationale Verträge schmackhaft machen wollen, auch wirklich Vorteile für die Schweiz im Auge haben? Oder spielen vielleicht Beweggründe, die nun in der *Krise Schweiz – Zweiter Weltkrieg* sichtbar geworden sind, eine viel grössere Rolle, als gemeinhin angenommen wird? Sind Ziele wie «Abschaffung der direkten Demokratie» und «Herunternivellierung der Schweiz auf ein internationales Durchschnittsniveau», also eine bewusste Verschlechterung der eigenen Standortvorteile, ganz allgemein (unausgesprochen) von grosser Bedeutung?

Es lohnt sich, über einen Artikel nachzudenken, der unter dem Titel «*Parasiten werden gemieden*» in der *SonntagsZeitung* erschien: Die Schweiz «*dürfte als Insel*

¹ Aus diversen Gründen brachen gegen Ende 1997 die Währungen von Staaten wie Thailand, Südkorea und Indonesien in wenigen Tagen ein, was für die betroffenen Einwohner enorme Wohlstandsverluste bedeutete. Selbst die Entwicklung in Japan hätte vor Kurzem noch kaum jemand für möglich gehalten. Auch wenn die Situation in Ostasien in mancher Beziehung nicht direkt mit der Schweiz vergleichbar ist, so zeigte sich doch, wie schnell schlechte Rahmenbedingungen (z.B. unverantwortliche Staatsdefizite) zu Wohlstandsverlust führen können.

nation selbst dann Nutzniesserin sein, wenn es in Europa zu wirtschaftlichen Problemen und politischen Schwierigkeiten kommen sollte. Diese ‚Fünfer-und-Weggli-Situation‘ ist auf den ersten Blick erfreulich. Auf den zweiten jedoch läuten die Alarmglocken. Die Schweiz läuft Gefahr, dass sie ihr schlechtes internationales Image als Parasit zementiert. Sie blieb nicht nur von beiden Weltkriegen verschont, sondern bereicherte sich auch noch an den Opfern.¹ Sie meidet die Organisation der Vereinten Nationen, und sie hält sich beim Aufbau von Europa wiederum vornehm draussen. Im Europa des Aufbaus aber könnte der Begriff Solidarität sehr bald einen hohen Stellenwert bekommen.» Das werde dazu führen, dass die übrigen Länder «wenig Sympathie haben für ein Land namens Schweiz, das sich einmal mehr isoliert und profitiert».²⁵⁴

Seit Jahren wird in aller Regel die «Isolation» als wirtschaftlich negativ dargestellt und der Abschluss internationaler Verträge unserer Bevölkerung mit dem Argument begründet, sie lägen in unserem eigenen wirtschaftlichen Interesse. Ist der oben zitierte Artikel Vorbote eines grundsätzlichen Wechsels der Strategie? Hier wird plötzlich argumentiert, Isolation sei gleichbedeutend mit Profit, aber Profit sei moralisch nicht akzeptabel. Wird langsam zu offensichtlich, dass ein Land wie die Schweiz natürlich besser gestellt bleibt, wenn es gezielt nur einzelne, (für beide Seiten) vorteilhafte Verträge aushandelt, statt sich mit allen Vor- und Nachteilen einem Machtblock anzuschliessen? Wird dies von der Bevölkerung langsam erkannt? Muss deshalb neu argumentiert werden, es stimme zwar schon, dass Unabhängigkeit und Selbständigkeit unserem Land Vorteile und Wohlstand bringen, aber in der heutigen Zeit sei es nicht mehr haltbar, Vorteile für sich selbst anzustreben und mehr Wohlstand als die anderen zu besitzen? Mehr Wohlstand sei unsolidarisch, unmoralisch und werde von der eifersüchtig werdenden übrigen Welt nicht toleriert? Wer nach Wohlstand strebe, sei ein Parasit, wie wir dies schon immer gewesen seien, sogar im Zweiten Weltkrieg (vgl. die Formulierung im eben zitier-

¹ Man beachte auch hier den Bogen, der zwischen dem «Fernbleiben» von Europa und den angeblichen Verfehlungen während des Zweiten Weltkriegs geschlagen wird. Auch hier wird das angebliche Fehlverhalten der Schweiz dazu benützt, um heutige politische Ziele zu begründen. Dabei wird sogar unterstellt, dass die Tatsache, dass unser Land zweimal von einem Weltkrieg verschont geblieben ist, als «parasitär» zu gelten hat.

ten Artikel). Deshalb sei es für unser Land höchste Zeit, international Solidarität zu zeigen und den Wohlstand freiwillig aufzugeben.

Milliarden an jüdische Organisationen bezahlen als Solidarität für die Weltkriegsopfer? Milliarden bezahlen für eine «Solidaritätsstiftung»? Milliarden bezahlen für eine NEAT aus Solidarität zur EU? Dutzende von Milliarden bezahlen, um solidarisch jedem zu ermöglichen, in der Schweiz höchste Sozialleistungen zu beziehen? Das alles, weil wir verlernt haben, Druck von aussen standzuhalten? Oder ist gezielte Absicht im Spiel? Hegen die entscheidenden Persönlichkeiten unseres Landes die Gedanken, die in dem eben zitierten Zeitungsartikel sichtbar werden? Ist das alles entscheidende politische Ziel, sich international gleichzuschalten und den Wohlstand unseres Landes zu senken, um international nicht als Parasit zu gelten?

Die Bevölkerung denkt anders. Sie denkt nicht ideologisch. Sie möchte ihren Wohlstand erhalten und wünscht sich keine Politikerinnen und Politiker, die internationalem Druck zum Nachteil der Schweiz nachgeben oder gar gezielt internationale Durchschnittlichkeit anstreben.

15. DIE BEWAHRUNG DER «DREI WUNDER» DER SCHWEIZ

Der ehemalige Uno-Generalsekretär Pérez de Cuéllar (1982 bis 1991) sprach noch vor einem Jahrzehnt von den «drei Wundern der Schweiz»,

- a) vom materiellen Wohlstand der Schweiz trotz fehlender Rohstoffe;
- b) vom nationalen Zusammenhalt unserer direkten Demokratie trotz vier verschiedenen (Sprach-)Kulturen;
- c) von der «internationalen Ausstrahlung der moralischen Werte» der Schweiz trotz ihrer Kleinheit,

und sagte, «*viele Nationen und die internationale Völkergemeinschaft tätten gut daran, aus der Geschichte der Schweiz ihre Lehren zu ziehen.*»²⁵⁵ Wenn wir weiter politisieren wie in den letzten Jahren, drohen diese «drei Wunder» endgültig von der Bildfläche zu verschwinden:

a) Der materielle Wohlstand

Vom ehemaligen amerikanischen Präsidenten Benjamin Franklin²⁵⁶ ist der Satz überliefert: «Und wer Euch sagt, dass Ihr reich werden könnt, ohne zu arbeiten, der ist ein Lügner.»

Unser Land war noch im letzten Jahrhundert ein Armenhaus. Die Armut trieb die Menschen zum Auswandern. Seit der Gründung des Bundesstaates haben sich die Schweizerinnen und Schweizer an die von Benjamin Franklin vertretene Philosophie gehalten. Sie haben erkannt, was mit Fleiss und internationalem Handel erreicht werden kann, und haben unser Land betreffend Lebensstandard weltweit an die Spitze gebracht.¹ Offenbar ist das aber für einen massgebenden Teil unserer

¹ Seit die Weltbank eine Statistik präsentiert, die nur noch Staaten mit über einer Million Einwohnern beinhaltet, steht die Schweiz auf dem ersten Platz. Gemäss der im April 1998 veröffentlichten Rangliste betrug unser Bruttosozialprodukt pro Kopf 44'350 Dollar. Sogar Länder wie Deutschland (28'260 Dollar) und die USA (28'740 Dollar) lagen ganz entscheidend tiefer.

geistigen Elite Grund genug, alles umkrepeln zu wollen. Leider mit «Erfolg».¹ Leistungsdenken ist heute in weiten Kreisen verpönt. Viel eher gilt das Motto «Ja nicht besser sein als der andere». Unterschiede darf es aus ideologischen Gründen nicht mehr geben. Viele verachten deshalb den Gedanken, unser Land weiterhin an erster Stelle zu sehen. Sie bevorzugen eine Schweiz, die international nach unten nivelliert wird und auch betreffend Wohlstand keinen Sonderfall mehr darstellt, wohl wissend, dass ganze Bevölkerungskreise wie kinderreiche Familien, Alleinerziehende, vermögenslose Rentner und sogar grosse Teile des Mittelstands zwangsläufig in der Armut versinken werden.

b) Die direkte Demokratie

Unsere heutige, direkte Demokratie ist – wie erwähnt² – weiten Kreisen ein Dorn im Auge. Sie scheint vielen zu langsam, um die Probleme in unserer schnelllebigen Zeit zu lösen. Es sei zu mühsam, vor jeder Volksabstimmung mehr als 50 Prozent des «gewöhnlichen Volkes» von der «richtigen» Lösung überzeugen zu müssen. Unsere Bevölkerung habe oft zu wenig Sachkompetenz, um Entscheide treffen zu können.

Die Kreise, die so denken, sind elitär geworden. Sie übersehen, dass es die direkte Demokratie ist, wie wir sie kennen, die unser Land mit seinen verschiedenen Kulturen mehr als alles andere zusammenhält.³ Sie übersehen, dass diese direkte Demokratie dazu führt, dass sich die Bevölkerung mit Eigenverantwortung an der Politik beteiligt, dass sie bereit ist, für unser Land Aussergewöhnliches zu leisten,⁴ dass sie sich mit anderen Landesteilen und Bevölkerungsschichten identifiziert,

¹ Die Leistungsbereitschaft nimmt ab. Wir haben innert kürzester Zeit das von Ideologen geforderte Nullwachstum durch eigenes Verschulden erreicht. Die Folgen sind Arbeitslosigkeit, leere Staatskassen, Schlagseite der Sozialversicherungen, fehlende Investitionen selbst dort, wo sie der Umwelt zugutekämen.

² Besonders in diesem abschliessenden Kapitel sind einige Wiederholungen zu finden, da davon ausgegangen wird, dass einige Leser/innen nur gezielt vereinzelte Kapitel lesen.

³ Sogar Bundesrat Arnold Koller gesteht dies ein, indem er sagt: «Nichts hält unser Land mehr zusammen als die direkte Demokratie»; in *Schweizer Monatsheft*, Juli – August 1998.

⁴ Sind nicht sogar Dinge wie «bessere Qualität, weniger Ausschuss, grössere Loyalität, freiwillige Weiterbildung» viel stärker als gemeinhin angenommen auf die Institution der direkten Demokratie zurückzuführen?

und dass sogar die Staatsausgaben tiefer gehalten werden.¹ Sie unterschlagen, dass jeder Blick ins Ausland zeigt, dass die Probleme mit Sicherheit nicht besser gelöst werden, wenn eine kleine Elite allein entscheiden kann, und wollen ausgerechnet diejenige Mitwirkungsmöglichkeit der Bevölkerung abschaffen, die weltweit bewundert wird, nämlich die direkte Demokratie.²

c) Die moralischen Werte

Gerade die *Krise Schweiz – Zweiter Weltkrieg* hat gezeigt, dass heute weite Kreise bereit sind, unsere Moralvorstellungen, die noch vor wenigen Jahren selbst nach Meinung eines Uno-Generalsekretärs international grosse Ausstrahlung besaßen, fallen zu lassen. Die Krise hat gezeigt, dass wir nicht einmal mehr die Kraft haben, denjenigen entschieden entgegenzutreten, welche jede Moral mit Füßen treten. Nicht mehr der Wille der überwiegenden Mehrheit unserer Kriegsgeneration, gegenüber Druck von aussen standhaft zu bleiben, gilt als Gütezeichen und wird honoriert. Vielmehr wird beklatscht, wer sich im Ausland beliebt machen will, indem er sich dienstbeflissen und willfährig dem Druck von aussen beugt.

d) Die Schlussfolgerung

Eine Kritik dieser Tendenzen könnte ein ganzes Buch füllen. Ich möchte es bei zwei Zitaten bewenden lassen. Der aargauische Historiker Willi Gautschi bemerkte im Zusammenhang mit der jetzigen «Bewältigung der Vergangenheit»: *«Wir haben uns bewusst zu sein, dass die Freiheit – die politische wie die persönliche – kein Geschenk der Natur ist, sondern eine Aufgabe darstellt, um die immer wieder neu gerungen werden muss.»*²⁵¹ Oder, um mit den Worten eines einfachen Bürgers zu sprechen: *«Alles können wir umkrepeln, aber an zwei Dingen müssen wir mit*

¹ Erfahrungsgemäss ist die Bevölkerung nicht einfach bereit, Staatsdefizite durch Mehreinnahmen zu eliminieren. Das hat eine stark ausgabenbremsende Wirkung. Oft ist aber das Volk auch generell weniger ausgabenfreudig. So hätte z.B. das Parlament im März 1997 sofort sieben Milliarden Franken für eine Solidaritätsstiftung ausgegeben. Die Bevölkerung hingegen hätte im damaligen Umfeld mit Sicherheit nicht zugestimmt.

² Sogar die Generalsekretärin des Europarats, Cathérine Lalumière, erklärte am «Europatag» 1996: *«Das Schweizer Modell der direkten Demokratie und des Föderalismus könnte für die Nationalitätenkonflikte vielleicht die Lösung bieten.»*

Zähnen und Klauen festhalten: Erstens am Recht unserer Bevölkerung, selbst über ihr Schicksal zu bestimmen (d.h. an der direkten Demokratie), was zweitens voraussetzt, dass jede Reform im Rahmen der (direkt)demokratischen Spielregeln vor sich geht.»²⁵⁸

Erst wenn ein Schiff in einen Sturm gerät, sind die Steuerleute gefordert. Erst in der Krise zeigt sich, ob unsere geistige, politische und wirtschaftliche Elite willens ist, unser Land in eine sichere Zukunft zu führen. Vielleicht war die Schweiz in den letzten Jahrzehnten auf internationaler Ebene zu wenig gefordert. Vor allem die Politikerinnen und Politiker müssen deshalb wieder lernen, mit Spannungen zu leben und für die Interessen ihrer Bevölkerung zu kämpfen. Dabei ist gleichgültig, welche Regierungsform wir haben, ob fünf, sieben oder neun Bundesräte, ob Frauen oder Männer unser Land vertreten. Aber die entscheidenden Personen müssen die Kraft aufbringen, die Zähne zu zeigen, wenn der übermächtige Gesprächspartner seinen Machthunger, sein Geltungsbedürfnis, seine Geldgier oder seine egoistischen Interessen verfolgt.

Oder, wie Minister Walter Stucki damals sagte: *«Die Schweiz muss mit Selbstvertrauen auftreten; flexibel, fair und kompromissbereit. Wenn es jedoch um das Wesentliche geht, muss der Mut aufgebracht werden, den Gegner auf Granit beißen zu lassen.»²⁵⁹* Das gilt auch gegenüber Leuten mit riesigen Geldmitteln im Rücken und gegenüber der mächtigsten Regierung dieser Welt. Was wäre aus unserem Land geworden, wenn sich die massgebenden Vertreter der Kriegsgeneration so verhalten hätten, wie wir dies seit 1996 tun? Es ist fast nicht zu verstehen, dass heute ausgerechnet solche Kreise dem vergleichsweise lächerlich kleinen Druck von Bronfman und Konsorten nachgeben, die unserer Kriegsgeneration vorwerfen, dem Druck Hitlerdeutschlands nachgegeben und mit diesem kooperiert zu haben. Bis in die USA gibt es Leute, die das nicht verstehen können: *«Ich verstehe euch heutige Schweizer einfach nicht mehr. (...) Da müsst ihr doch nicht in Panik geraten. (...) Sie stellen – wie Amerikaner zu verhandeln pflegen – harte Forderungen, sind aber keineswegs beleidigt, wenn die Gegenseite ebenfalls hart auftritt. Wo ist denn die Schweiz hingekommen, die mir vor über 50 Jahren das Leben gerettet hat?»²⁶⁰*

Die Schweiz hat eine erstaunliche Erfolgsgeschichte hinter sich: Mit einer beispielhaften direkten Demokratie, mit Wohlstand für erstaunlich breite Bevölkerungsschichten¹ und mit dem vorbildlichen Zusammenleben von verschiedenen Völkern, Kulturen und Konfessionen. Es bleibt zu hoffen, dass in der Schweiz noch genug Leute zu finden sind, die diese Werte den nachkommenden Generationen erhalten wollen.²

¹ Der allerdings durch politische Fehlentscheide in beängstigendem Tempo immer schwächer wird.

² Wenn es in unserer Gesellschaft heute möglich ist, über eine Milliarde von Franken auszugeben, um wenige Millionen Franken auf Bankkonten zu finden, nach denen während Jahrzehnten nicht mehr gefragt worden war, sollte man meinen, dass auch Leute zu finden sein müssten, die bereit sind, etwas zu investieren, um unsere direkte Demokratie zu retten.

Chronologie der Ereignisse in 50 Punkten

- Bei Kriegsende wurde allgemein sichtbar, dass ein Teil des Goldes, das während des Krieges von Deutschland in die Schweiz geflossen war, aus Goldbeständen von überfallenen Ländern stammte, vor allem aus Holland und Belgien. Verhandlungen mit den Alliierten führten am 25. Mai 1946 zum Washingtoner Abkommen, in dem sich die Schweiz verpflichtete, 250 Millionen Franken in Gold für den Aufbau Europas zu bezahlen und die Hälfte der deutschen Guthaben in der Schweiz den Alliierten abzuliefern.¹
- In den Sechzigerjahren führten die Schweizer Banken auf Grund eines entsprechenden Bundesbeschlusses vom 20. Dezember 1962² eine Suche nach «nachrichtenlosen Vermögen» durch, d.h. nach Vermögen von Kriegsoffizieren, die seit dem Zweiten Weltkrieg nachrichtlos auf Schweizer Banken lagen. Kein anderes Land ergriff vergleichbare Massnahmen. Rund 9,47 Millionen Franken wurden gefunden.³ Die Gelder, bei denen die Berechtigten nicht ermittelt werden konnten, wurden im März 1975 für humanitäre Zwecke zu zwei Dritteln dem Schweizerischen Israelitischen Gemeindebund (2,12 Millionen) und zu einem Drittel der Schweizerischen Zentralstelle für Flüchtlingshilfe (1,06 Millionen) überwiesen.
- Kurz vor den Feierlichkeiten *50 Jahre Kriegsende* (8. Mai 1995) kamen Gerüchte auf, bei der Suche ab 1962 seien nicht alle nachrichtenlosen Vermögen gefunden worden. Mit parlamentarischen Vorstössen von Ständerat Otto Piller, SP Freiburg (6. Dezember 1994; dann erneut am 12. Juni 1995), Nationalrat Jean Ziegler, SP Genf (7. März 1995), und vor allem Nationalrätin Verena Grendelmeier, LdU Zürich (24. Mai 1995), wurden die nachrichtenlosen Vermögen in der Schweiz wie-

¹ Am 16. Februar 1945 hatte die Schweiz deutsche Vermögenswerte in unserem Land vorläufig gesperrt (im Wert von 470 Millionen Franken). Die Alliierten verlangten von der Schweiz am 30. Oktober 1945, alle deutschen Vermögenswerte für Reparationszahlungen zu beschlagnahmen. Die Schweiz bestritt die Rechtmässigkeit. Im Washingtoner Abkommen beugten sich die Schweizer den Alliierten in diesem Punkt teilweise und verpflichteten sich, diese deutschen Vermögenswerte zu liquidieren und die Hälfte des Erlöses den Alliierten auszuhändigen. Da diese Bestimmung nie durchgeführt werden konnte, einigten sich die Schweiz und die Alliierten 1952 auf eine Pauschalzahlung in der Höhe von 121,5 Millionen Franken. Mit Deutschland wurde gleichzeitig das sogenannte Ablösungsabkommen geschlossen, womit die Berechtigten der Guthaben keinen Schaden erlitten.

² *Bundesbeschluss vom 20. Dezember 1962 über die in der Schweiz befindlichen Vermögen rassistisch, religiös oder politisch verfolgter Ausländer oder Staatenloser.*

³ Davon wurde allerdings ein Teil den Banken/Finanzinstituten zurückgegeben, weil es sich nicht um Gelder von Naziopfern handeln konnte oder weil die Berechtigten im Ostblock lebten, wohin kein Geld überwiesen werden konnte.

der zu einem Thema. Die parlamentarische Initiative Grendelmeier wurde von der Rechtskommission des Nationalrats übernommen und bearbeitet.

- Am 12. September 1995 erliess die Schweizerische Bankiervereinigung zuhanden der Schweizer Banken Richtlinien über die Behandlung von nachrichtenlosen Vermögen. Sie veranlasste eine neue Suchaktion, die sich diesmal nicht nur auf Kriegsoffer beschränkte, sondern allgemein auf Guthaben aus der Zeit vor Kriegsende in Europa (8. Mai 1945). Bis zum 7. Februar 1996 wurden Guthaben von total 3 8,7 Millionen Franken auf 775 Konten/Depots zu Tage gefördert, wie dies von der Bankiervereinigung an ihrer Halbjahreskonferenz mitgeteilt wurde.
- In der Zwischenzeit hatte sich der Jüdische Weltkongress (World Jewish Congress, WJC) mit seinem Präsidenten Edgar Bronfman eingeschaltet. Der WJC als Dachorganisation beansprucht für sich, 16 Millionen Juden in über 80 Staaten zu vertreten, und zählt rund 70 Landesverbände (darunter der Schweizerische Israelitische Gemeindebund), zahlreiche weitere befreundete Organisationen sowie rund 150'000 persönliche Mitglieder. Am 18. September 1995 fand in Bern im «Du Théâtre» ein erstes Gespräch zwischen Vertretern des WJC und der Schweizerischen Bankiervereinigung statt. Diese Zusammenkunft wird als eigentlicher Beginn der heutigen «Holocaustkrise» bezeichnet, denn an diesem Anlass ergaben sich erste Meinungsverschiedenheiten. Im Verlauf des Gesprächs wurden dem Jüdischen Weltkongress nach den Aussagen ihres Präsidenten 38 Millionen Franken angeboten, mit denen allfällige Berechtigte, die ihren Anspruch nicht beweisen können, hätten befriedigt werden können. Eine Einigung kam nicht zustande und die Vertreter des Jüdischen Weltkongresses verliessen den Anlass verärgert. Später behauptete Edgar Bronfman, ihnen seien bei diesem Gespräch nicht einmal Stühle angeboten worden. Die Bankenvertreter bestreiten die Darstellung Bronfmans.
- Die Rechtskommission des Nationalrats⁴ nahm sich ab Herbst 1995 der Sache an. Sie hatte auf Grund der Initiative Grendelmeier zu untersuchen, ob sich gesetzliche Vorschriften aufdrängen. Am 23. Oktober 1995 wählte sie eine Subkommission⁵. Am 20. Februar 1996 wurden vier Vertreter jüdischer Organisationen ange-

⁴ Im 200-köpfigen Nationalrat bestehen 25-köpfige Kommissionen, in denen die Geschäfte vorberaten werden, bevor sie im Rat behandelt werden. Eine dieser Kommissionen ist die «Rechtskommission», die z.B. Gesetzesrevisionen des Zivil- oder des Strafgesetzbuchs vorbehandelt. Im Ständerat existieren analoge Kommissionen.

⁵ Mit den Nationalräten Rolf Engler (Präsident, CVP Appenzel i. R.), Theo Fischer (SVP Aargau), Paul Rechsteiner (SP St. Gallen) und Luzi Stamm (FDP Aargau); zusätzlich Nationalrätin Verena Grendelmeier (LDU Zürich) als Initiantin des Vorstosses sowie die Präsidentin der Rechtskommission, Nationalrätin Lili Nabholz (FDP Zürich).

hört: aus dem Ausland Israel Singer, der Generalsekretär des Jüdischen Weltkongresses, dessen Stellvertreter Maram Stern aus Brüssel, gleichzeitig Generalsekretär des Europäisch-Jüdischen Kongresses, sowie aus dem Inland Rolf Bloch, Präsident des Schweizerischen Israelitischen Gemeindebundes, und Sigi Feigel, Ehrenpräsident der Israelitischen Cultusgemeinde Zürich.

- Am 23. April 1996 fand im amerikanischen Kongress ein erstes Hearing (Anhörung) statt: Der Bankenausschuss des Senats tagte unter dem Vorsitz von Senator Alfonse D'Amato. Ein zweites Hearing folgte am 16. Oktober 1996. Am 11. Dezember 1996 zog der Bankenausschuss des Repräsentantenhauses unter dem Vorsitz von James Leach nach. Zahlreiche weitere Hearings folgten bis in jüngster Zeit, so zum Beispiel am 12. Februar 1998 im US-Repräsentantenhaus betreffend Raubgut/Raubkunst und Versicherungen. In den diversen Hearings kamen verschiedentlich Schweizer zu Wort, neben Bankenvertretern und Vertretern des Bundes auch Einzelpersonen wie Christoph Meili (6. Mai 1997) und Nationalrat Jean Ziegler (22. Juli 1998).
- Am 2. Mai 1996 unterzeichnete die Schweizerische Bankiervereinigung ein Memorandum of Understanding (Verständigungsvereinbarung) mit drei massgebenden jüdischen Organisationen⁶. Diese Vereinbarung führte zur Gründung des unabhängigen Gremiums Volcker-Kommission⁷. Sie überwacht mit Hilfe von internationalen Revisionsgesellschaften⁸ die von den Banken eingeleitete Suche nach nachrichtenlosen Vermögen. Den Revisoren wurde unbeschränkter Zugang zu den notwendigen Bankakten garantiert.

Für eine Übergangsfrist (die Schaffung der Volcker-Kommission brauchte Zeit) wurde eine Ombudsstelle geschaffen, um für die Betroffenen die Suche zu erleichtern. Auf Grund dieser Massnahmen kamen die eidgenössischen Räte zum Schluss, betreffend die Suche nach nachrichtenlosen Bankkonten bestehe kein gesetzlicher Handlungsbedarf, hingegen dränge sich eine breitere historische Untersuchung auf.

⁶ Die Vereinbarung wurde geschlossen einerseits zwischen der Jüdischen Rückerstattungs-Weltorganisation (der World Jewish Restitution Organization WJRO) und dem Jüdischen Weltkongress, auch in Vertretung der Jewish Agency und verbündeter Organisationen, und andererseits der Schweizerischen Bankiervereinigung.

⁷ Benannt nach dem ehemaligen Notenbankchef der USA, Paul Volcker, der den Vorsitz übernahm. Der offizielle Name der Kommission lautet *Indépendant Committee of Eminent Persons (ICEP)*. Sie besteht neben dem Präsidenten aus sechs Personen.

⁸ Arthur Andersen, KPMG Peat Marwick, Coopers & Lybrand und Price Waterhouse.

- Während Sommer/Herbst 1996 wurden dazu im Parlament die Gesetzgebungsarbeiten vorangetrieben. Dies führte am 13. Dezember 1996 auf Grund des Vorschlags der Nationalrat-Rechtskommission zur Gutheissung eines dringlichen Bundesbeschlusses⁹ durch National- und Ständerat (in beiden Räten ohne eine einzige Gegenstimme). Damit wurde eine allgemeine historische Untersuchung der Zeit des Zweiten Weltkriegs angeordnet, die über die Frage der nachrichtlosen Vermögen hinausgehen sollte.¹⁰ Bankgeheimnis und Datenschutz wurden in beschränktem Rahmen äusser Kraft gesetzt.

Gestützt auf diesen Beschluss rief der Bundesrat am 19. Dezember 1996 die Bergier-Kommission¹¹ ins Leben, benannt nach ihrem Präsidenten, dem Schweizer Wirtschafts- und Sozialhistoriker Professor Jean-François Bergier. Sie besteht aus 9 Mitgliedern, 4 davon aus dem Ausland (USA, Polen, Grossbritannien und Israel), und beschäftigt zahlreiche Forscher im In- und Ausland.

- Die von den Banken und vom Parlament eingeleiteten Massnahmen hatten zu keiner Beruhigung der Situation geführt. Im Gegenteil. Bereits im Frühherbst 1996 hatten sich die Vorwürfe auf Themen wie «Raubgold» (von Nazideutschland geraubtes Gold, das den Weg in die Schweiz fand) und die Flüchtlingspolitik der Schweiz im Zweiten Weltkrieg ausgeweitet. Immer lauter kam die Forderung auf, die Schweiz müsse für ihr angebliches Fehlverhalten finanzielle Entschädigungen leisten. Der Bundesrat gab deshalb am 25. Oktober 1996 die Einsetzung eines verwaltungsinternen Krisenstabs, einer sogenannten Task-Force «Vermögenswerte Naziopfer», bekannt. Als deren Chef wurde Botschafter Thomas Borer eingesetzt. Die rund 25-köpfige Task-Force ist seither bemüht, als eigentliche «Krisenfeuerwehr» die Massnahmen zur Verteidigung der Schweiz zu koordinieren und das Image unseres Landes zu verbessern.
- Inzwischen wurden in den USA vor diversen Gerichten mehrere Klagen (Sammelklagen, Class-Action-Suits, Class-Actions) gegen die Schweizer Banken ein-

⁹ *Bundesbeschluss betreffend die historische und rechtliche Untersuchung des Schicksals der infolge der nationalsozialistischen Herrschaft in die Schweiz gelangten Vermögenswerte.*

¹⁰ Der Parlamentsbeschluss hatte – im Bewusstsein, dass das Problem der noch vorhandenen Bankkonten von den Banken aufgearbeitet wird – eigentlich nur die Abklärung im Auge, welche finanziellen Transaktionen damals von Deutschland in Richtung Schweiz getätigt wurden. In Artikel 1 Absatz 3 des Bundesbeschlusses wurde jedoch bestimmt, dass der Bundesrat die Untersuchungen in eigener Kompetenz ausweiten könne. Dieser machte bereits 7 Tage später davon Gebrauch, indem er am 19. Dezember 1996 verfügte, dass eine umfassende Untersuchung stattzufinden habe, inklusive Themen wie Flüchtlingspolitik, Kunsthandel etc.

¹¹ Der offizielle Name der Kommission lautet *Unabhängige Expertenkommission Schweiz – Zweiter Weltkrieg (UEK)*, auf Englisch *The Independent Commission of Experts*.

geleitet. Den Beginn machte Rechtsanwalt Edward Fagan¹², welcher im Namen der Auschwitz-Überlebenden Gizella Weissshaus am 3. Oktober 1996 eine Klage über 20 Milliarden Dollar einreichte. Tausende von Mitklägern schlossen sich an. Am 21. Oktober 1996 folgte im Namen von fünf Holocaustüberlebenden die Klage einer Anwaltsgruppe um Michael Hausfeld, bei der keine Klagesumme genannt wurde. Zahlreiche weitere Klagen wurden eingereicht oder angedroht, so dass die Übersicht schon bald schwierig wurde.¹³

(Vgl. zu den Sammelklagen auch die Ziffern 13, 19, 39 und 43.)

- Am 31. Dezember 1996 erschien in den beiden Zeitungen *24 heures* und *Tribune de Genève* ein Zeitungsinterview mit Bundesrat Jean-Pascal Delamuraz, das viel Staub aufwirbelte. Als abtretender Bundespräsident sprach Delamuraz von «*Kreisen in Washington und London*», denen es darum gehe, «*den Finanzplatz Schweiz zu diskreditieren*». Die Forderungen seien «*nichts anderes als eine Lösegelderpresung*». Dem Bundesrat wurde von breiten Kreisen vorgeworfen, mit dieser Äusserung Antisemitismus ausgelöst zu haben. Der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz (SPS) forderte deshalb am 25. Januar 1997 den Rücktritt von Bundesrat Delamuraz.
- Wenige Tage später sorgte am 8. Januar 1997 ein weiterer Vorfall für Schlagzeilen: Der Wachmann Christoph Meili fand bei einem Rundgang bei der Schweizerischen Bankgesellschaft in Zürich Akten, die zur Vernichtung aufgestapelt waren. Meili nahm einige der Akten an sich und überbrachte sie der Israelitischen Cultusgemeinde Zürich und einer Journalistin. Am 6. Februar 1997 wurde Meili vom Verwaltungsratspräsidenten der Schweizerischen Bankgesellschaft, Robert Studer, in einer Arena-Sendung des Schweizer Fernsehens vorgeworfen, nicht nur aus ehrenwerten Beweggründen gehandelt zu haben. Am 30. April wanderte Meili mit seiner Familie in die USA aus, wobei er geltend machte, in der Schweiz be-

¹² Im Team von Rechtsanwalt Fagan arbeitet auch Robert Swift, der als Anwalt im Prozess der Familie des einstigen philippinischen Diktators Ferdinand Marcos bekannt geworden ist.

¹³ Neben der Klage *Gizella Weissshaus et al. versus Union Bank of Switzerland et al.* folgten bis Ende Januar 1997 zwei Klägergruppen, die gegen die Schweizer Grossbanken, aber auch gegen die Bankiervereinigung und die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) klagten. Die zwei Kanzleien Cohen, Milstein, Hausfeld & Toll in Washington und Milberg, Weiss, Bershad, Hynes & Lerach in New York klagten mit der Unterstützung von zehn weiteren Anwaltskanzleien im Namen von fünf Holocaustüberlebenden. Am 16. April fasste der zuständige Richter in Brooklyn die Klagen zusammen. Ende Juli 1997 gruppieren die Kläger ihre Klagen neu zu den Klageschriften Weissshaus, Triling-Grotch, Sonabend und World Council of Orthodox Jewish Communities. Die dritte Klage war vom Weltrat der orthodoxen Juden in Brooklyn eingereicht, bei der die Klagesumme ebenfalls offengelassen wurde. Hinter einer der weiteren Klagen steht das *Simon Wiesenthal Center* in Los Angeles.

droht zu sein. Meili erhielt am 15. Juli 1997 in den USA «Asyl gewährt»¹⁴. Die eingeleiteten Strafverfahren gegen Meili und den zuständigen Konzernarchivar der Bank, Erwin Haggemüller, wurden am 27. September 1997 von der Bezirksanwaltschaft Zürich eingestellt. Am 14. Januar 1998 kündigte Rechtsanwalt Edward Fagan eine Klage von Meili gegen die Schweizerische Bankgesellschaft in der Höhe von 2,56 Milliarden Franken an (60 Millionen Franken für Meili als persönliche Entschädigung, den Rest als «Strafzahlung zugunsten der gesamten Schweizer Bevölkerung»; vgl. Ziffer 43).

- Am 26. Januar 1997 publizierte die *SonntagsZeitung* einen Artikel mit dem Titel *Botschafter Jagmetti beleidigt die Juden*. Darin wurde aus einem «vertraulichen Strategiepapier» zitiert, das der schweizerische Botschafter in Washington, *Carlo Jagmetti*, am 19. Dezember 1996 an die Task-Force nach Bern geschickt hatte. Dass er darin von einem «Krieg» sprach («es geht um einen Krieg, den die Schweiz an der Aussen- und Innenfront führen und gewinnen muss»), kostete ihn sein Amt. Unter dem entstandenen Druck reichte Jagmetti am 27. Januar 1997 «freiwillig» seinen Rücktritt ein.
- Am 5. Februar 1997 kündigte die Schweizerische Bankiervereinigung die Zahlung von 100 Millionen Franken als *humanitäre Geste* an Holocaustopfer durch die Schweizer Grossbanken an. Der Bundesrat richtete für dieses Geld einen Fonds ein. Mit der Leitung dieses Spezialfonds, des sogenannten *Holocaust-Fonds*, wurde der Präsident des Schweizerischen Israelitischen Gemeindebundes, Rolf Bloch, beauftragt.¹⁵ Die Schweizer Wirtschaft steuerte in der Folge zusätzliche 70 Millionen Franken bei. Am 5. März 1997 stellte Bundespräsident Arnold Koller die Aufstockung um weitere 100 Millionen Franken durch die Schweizerische Nationalbank in Aussicht, womit sich der Fonds schliesslich auf insgesamt 270 Millionen Franken belief¹⁶.
- Ebenfalls am 5. März 1997 stellte Bundespräsident Arnold Koller in Aussicht, die Schweiz werde Goldreserven der Nationalbank verkaufen und damit eine *Solidaritätsstiftung* mit einem Grundkapital von rund 7 Milliarden Franken errichten.

¹⁴ Das Repräsentantenhaus erliess den *Bill for the relief of Christopher Meili*, nachdem sich am 23. Mai 1997 bereits der US-Senat einstimmig dafür ausgesprochen hatte. Es handelte sich nicht um Asyl im Rechtssinne.

¹⁵ Die sieben Mitglieder der Fondsleitung wurden vom Bundesrat gewählt. Vier (inkl. Präsident) stammen aus der Schweiz, drei aus dem Ausland, vorgeschlagen durch die World Jewish Restitution Organisation (WJRO). Ein Fondsbeirat von 18 Mitgliedern aus dem In- und Ausland, die Hälfte wiederum durch die WJRO vorgeschlagen, berät die Fondsleitung.

¹⁶ Da inzwischen Zins aufgelaufen ist, ist im Zusammenhang mit diesem «Holocaust-Fonds» oft von einer leicht höheren Summe die Rede. Zusätzlich wurden von den Banken 15 Millionen gespendet, um die Administrationskosten der Verteilung zu decken.

ten. Aus dem daraus zu erwartenden jährlichen Ertrag von rund 350 Millionen Franken würden «*Opfer von Armut und Katastrophen, Genoziden und anderen schweren Menschenrechtsverletzungen unterstützt, je zur Hälfte im In- und Ausland, selbstredend auch Holocaustopfer*».

- Bereits im Herbst 1996 hatte die amerikanische Regierung eine Untersuchung in den USA angeordnet, um «das Auffinden von Gold und anderen während des Zweiten Weltkriegs gestohlenen Werten» zu erleichtern. Am 7. Mai 1997 wurde der erste Eizenstat-Bericht¹⁷ («Eizenstat-I-Bericht») vorgelegt, eine unter der Leitung des Chefhistorikers des amerikanischen Aussenministeriums, William Slany, verfasste «vorläufige Studie». Der Bericht gliedert sich in einen kurzen einleitenden Teil mit einem Vorwort von Unterstaatssekretär Stuart Eizenstat, in welchem dieser die Schweiz unbegründet schwer beschuldigt. Danach folgt ein Bericht- und Dokumententeil von insgesamt rund 500 Seiten.
- Während des Sommers 1997 strahlte das Schweizer Fernsehen eine ganze Reihe von Beiträgen über die Rolle der Schweiz im Zweiten Weltkrieg aus, welche unser Land schwer belasteten. Höhepunkt war die Koproduktion des Schweizer Fernsehens und der britischen BBC *Nazigold und Judengeld*, die in der Schweiz am 3. Juli 1997 gesendet wurde. Diese Ausstrahlung führte zu heftigen Protesten aus der Schweizer Bevölkerung.
- Im Juni 1997 wurden bei einem US-Bundesgericht in New York gegen 16 europäische Versicherungen (darunter die Winterthur-, Zürich- und Basler-Versicherung) Sammelklagen über insgesamt 24 Milliarden Franken eingereicht. Zwei Monate später nahmen sich US-Bundesstaaten wie New York und Kalifornien der Versicherungsproblematik an. Eine Delegation von US-Versicherungskommissären wollte Verhandlungen mit Deutschland, Frankreich und der Schweiz führen. Vor allem die Kommissarin des US-Staates Washington, Deborah Senn, tat sich mit der Forderung hervor, die europäischen Staaten müssten für amerikanische Inspektoren auch auf europäischem Territorium die Tore ihrer Archive öffnen.
- Nachdem die eidgenössische Bankenkommission am 25. Juni 1997 die Banken per Rundschreiben verpflichtet hatte, nachrichtenlose Vermögen noch einmal zu melden und zu publizieren, veröffentlichten die Schweizer Banken am 23. Juli 1997 weltweit eine erste Bankenliste. Sie enthielt 1'867 Konten von ausländi-

¹⁷ Der Bericht trägt den Titel *Die Bemühungen der USA und der Alliierten, Gold und andere von Deutschland während des Zweiten Weltkriegs gestohlene oder versteckte Wertsachen aufzufinden und zurückzuerstatten*.

schen Kontoinhabern mit Vermögenswerten von insgesamt 61,2 Millionen Franken. Davon kann nur ein Bruchteil jüdischen Naziopfern zugeschrieben werden. Am 29. Oktober 1997 folgte die zweite Bankenliste, die Sparguthaben und Nachmeldungen enthielt. Diese zweite Liste war aufgeteilt in einen ausländischen Teil mit 3'687 Namen (total 6,17 Millionen Franken) und eine schweizerische Liste mit rund 10'700 Namen (total 11,67 Millionen Franken auf Konten mit über 100 Franken). 63'621 Konten wurden gar nicht veröffentlicht, weil sich darauf weniger als 100 Franken befanden. Der Gegenwert dieser 63'621 Konten, total 1,1 Millionen Franken, wurde von den Schweizer Banken dem Schweizerischen Roten Kreuz unter Wahrung der Ansprüche von eventuell noch zum Vorschein kommenden Kontoinhabern gespendet.

- Bereits Ende Januar 1997 war in den USA zum ersten Mal ernstlich von Boykotten gegen die Schweiz die Rede. Am 30. Januar 1997 wurde im Stadtparlament von New York City (vom Führer der demokratischen Stadtratsmehrheit Peter F. Vallone) eine Resolution eingebracht, die einen Boykott der Schweizer Banken zum Ziel hatte. Ebenfalls am 30. Januar 1997 stellte der Staat New York das kurzfristige Anlagegeschäft mit den Schweizer Banken ein. Der Gouverneur des Staates New York, George Pataki, für den Senator D'Amato Wahlspenden sammelt, kündigte gleichzeitig eine Untersuchung über die Aktivitäten von Schweizer Banken in New York in den Jahren 1939 bis 1945 an.

Am 7. Oktober 1997 beschlossen die Behörden der Stadt New York unter Federführung des obersten Finanzbeamten (New York City's comptroller) Alan Hevesi, die Schweizerische Bankgesellschaft aus dem Emissionssyndikat einer Bond-Anleihe der Stadt New York auszuschliessen. Dies hatte Signalwirkung. Der Staat New York schloss sich dem Selektivboykott an. Kurz darauf wurde bekannt, dass Kalifornien durch seinen Finanzvorsteher (Treasurer) Matt Fong bereits seit Sommer die Finanzgeschäfte mit Schweizer Banken ausgesetzt hatte, nicht nur mit der UBS, sondern generell.

(Vgl. zu den Boykotten auch die Ziffern 26, 32 und 40.)

- Am 18. November 1997 wurden in Riga/Lettland die ersten Auszahlungen aus den 270 Millionen Franken des Holocaust-Fonds an bedürftige Holocaustopfer getätigt (pro Person 400 Franken). Die Auszahlung der 270 Millionen zieht sich stark in die Länge. Mehr als ein Jahr nach der Errichtung des Fonds waren erst rund 20 Millionen verteilt.
- Die amerikanische Aussenministerin Madelaine Albright stattete am 15. November 1997 der Schweiz einen offiziellen Kurzbesuch ab. Im Februar 1998 folgte ein inoffizieller Besuch der Präsidentengattin Hillary Clinton. Beide Personen

lobten zwar die von der Schweiz in die Wege geleiteten Bemühungen. Zu einer Distanzierung von den Angriffen und Forderungen kam es jedoch nicht. Im Gegenteil: Aussenministerin Albright äusserte sich zwar in aller Freundlichkeit, gab aber ihrem Staatssekretär Eizenstat Rückendeckung, indem sie dessen Behauptung wiederholte, die Schweiz habe zur Kriegsverlängerung beigetragen.

- Am 1. Dezember veröffentlichte die Bergier-Kommission ihren ersten Bericht, eine statistische Übersicht über den Goldhandel der Schweiz während des Zweiten Weltkriegs. Neuigkeiten beinhaltet er kaum, mit Ausnahme der relativen Kleinigkeit, dass die Schweizer Geschäftsbanken (also nicht die Nationalbank) Gold für rund 41 Millionen Franken mehr aus Deutschland bezogen hatten, als bisher angenommen worden war.
- Vom 2. bis 4. Dezember 1997 fand in London eine internationale Goldkonferenz statt, die weiteren Aufschluss über die Goldflüsse während des Zweiten Weltkriegs geben sollte. Bezüglich der Schweiz ergaben sich erneut keine nennenswerten neuen Erkenntnisse.

An dieser Goldkonferenz wurde zudem beschlossen, einen internationalen Holocaust-Fonds zu gründen. Bis Ende Juni 1998 wurden 57,5 Millionen Dollar zugunsten dieses Fonds zugesagt, davon 25 Millionen von den USA, 3,3 Millionen von Frankreich und 1,6 Millionen von Grossbritannien. Diese Summen sind im Vergleich zu den Schweizer Zahlungen (über 2 Milliarden Franken) ausserordentlich klein.

- Am 8. Dezember 1997 fand im New-Yorker Plaza Hotel auf Einladung des Finanzvorstehers der Stadt New York, Alan Hevesi, eine Konferenz amerikanischer Finanzbeamter statt (die sogenannte Hevesi-Konferenz um über Boykottmassnahmen gegen die Schweiz zu diskutieren. Fast 800 Pensionskassenmanager von US-Bundesstaaten und US-Städten waren eingeladen, 200 Personen erschienen. Die anwesenden Vertreter von kommunalen und staatlichen Finanzbehörden beschlossen ein Moratorium bis Ende März 1998, d.h. die angedrohten Boykotte vorerst bis zum 31. März 1998 aufzuschieben, um den Schweizer Banken die Möglichkeit offen zu lassen, doch noch «Kooperation zu zeigen». Ein fünfköpfiger Ausschuss («Hevesi-Ausschuss») wurde eingesetzt, um das weitere Geschehen zu überwachen.

Trotz diesem Sistierungsentscheid beschloss das Parlament des Staates New Jersey kurz darauf ohne eine einzige Gegenstimme Boykottmassnahmen gegen Schweizer Banken. Das war das erste Mal, dass eine US-Legislative einen Boykott guthiess.

In Kraft trat er allerdings nicht. Der Senat und die Gouverneurin kamen auf Grund der Einigung am 12. August 1998 zwischen den Banken und der jüdischen Seite nicht mehr dazu, sich dazu auszusprechen.

(Vgl. zu den Boykotten auch die Ziffern 21, 32 und 40.)

- Erneut wirbelte ein *Interview* eines abtretenden Bundespräsidenten Staub auf: Am 31. Dezember 1997 gab *Bundesrat Flavio Cotti* gegenüber der *Tribune de Genève* ein Interview, in welchem er sagte: «*Diese Attacken kommen (...) von der Ostküste der USA und ganz speziell aus New York.*» Dies bewog einen der Vizepräsidenten des Jüdischen Weltkongresses, Kalman Sultanik, zur heftigen Kritik an Bundesrat Cotti. Er verglich ihn sinngemäss mit Kriegsverbrechern, indem er eine Anspielung auf Kurt Waldheim machte, der wegen (angeblichen) Kriegsverbrechen eine Einreisesperre in die USA auferlegt erhalten hatte¹⁸.
- Am 3. Januar 1998 veröffentlichte das *Simon Wiesenthal Center* in Los Angeles, eine der grössten jüdischen Organisationen in den USA, eine Studie des Historikers Alan Schorn. Darin wurde der Schweiz vorgeworfen, jüdische Flüchtlinge in *Sklaven-Arbeitslagern* in menschenunwürdiger Weise gehalten zu haben. Zwei Tage später wurde im englischen Fernsehsender *Channel 4* ein Bericht mit denselben Anschuldigungen ausgestrahlt. Gestützt auf diese Vorwürfe drohte Rechtsanwalt Edward Fagan gleichzeitig mit einer weiteren Sammelklage zugunsten von Häftlingen, welche in der Schweiz unter unhaltbaren Zuständen interniert worden seien.
- Am 5. Februar 1998 erhob Senator D'Amato die Forderung, von der zuständigen US-Aufsichtsbehörde sei die geplante *Fusion zwischen dem Schweizerischen Bankverein und der Schweizerischen Bankgesellschaft* so lange zu verhindern, bis die Banken verbesserte Kooperation zeigen. Nach einer längeren Phase der Unsicherheit wurde Ende Juni 1998 doch grünes Licht für die Fusion gegeben.

¹⁸ Zu erwähnen bleibt, dass fraglich ist, inwieweit die Vorwürfe gegen den ehemaligen Uno-Generalsekretär und späteren österreichischen Bundespräsidenten Kurt Waldheim überhaupt begründet waren. Schon bei den damaligen Angriffen gegenüber Waldheim spielte der Präsident des Jüdischen Weltkongresses, Edgar Bronfman, eine zentrale und zweifelhafte Rolle. Der ehemalige Mitarbeiter des amerikanischen Geheimdienstes CIA John Mapother macht in seinem neuesten Buch geltend, das amerikanische Justizministerium habe Waldheim wider besseres Wissen aus politischen Gründen auf die sogenannte «Watchlist» (d.h. die «Beobachtungsliste», gleichbedeutend mit einem Einreiseverbot in die USA) gesetzt. Es sei bekannt gewesen, dass die belastenden «Beweise» auf unwahren Zeugenaussagen beruhten. Gemäss heutigen Erkenntnissen ist Waldheim wohl nicht Teilnehmer, sondern nur Zeuge von Verbrechen gewesen, er habe allerdings nichts dagegen unternommen und dann seine Anwesenheit wahrheitswidrig bestritten.

- Am 19. Februar 1998 lehnte der Bundesrat eine *Forderung* des ehemaligen jüdischen Flüchtlings *Charles Sonabend* gegen die Schweiz in der Höhe von 100'000 Franken ab. Die Familie Sonabend war im August 1942 in die Schweiz geflüchtet, einen Tag, nachdem gemäss einer entsprechenden Weisung die Grenze geschlossen worden war. Sie wurde über die französische Grenze zurückgebracht und ausgewiesen. Beide Eltern Sonabend fanden den Tod im Konzentrationslager, die beiden Kinder überlebten. Eine analoge *Forderung* lehnte der Bundesrat auch vier Monate später ab. Diesmal war sie von *Joseph Spring* (vertreten durch Rechtsanwalt und Nationalrat Paul Rechsteiner) erhoben worden, der damals zusammen mit seinen beiden Cousins ebenfalls zurück nach Frankreich ausgewiesen wurde. Joseph Spring überlebte den Krieg, seine beiden Cousins kamen im Konzentrationslager um.
- Am 10. März 1998 erklärte *Edgar Bronfman* an einer Veranstaltung in Kalifornien, es sei an der Zeit, der Schweiz den «totalen Krieg» zu erklären, wenn sie nicht endlich Hand zu einer finanziellen Pauschallösung biete. Publiziert wurde diese Aussage im *Jewish Bulletin of Northern California*.
- Am 26. März 1998 wurde erstmals (voreilig) die Meldung verbreitet, in einem «Deal von New York» hätten sich die jüdischen Organisationen Amerikas und die Schweizer Banken in einem umfassenden Vergleich geeinigt. Die Grossbanken hatten jedoch lediglich in einem Brief gegenüber dem Jüdischen Weltkongress und den Anwälten der Sammelklagen eine «ehrenhafte und moralische» Lösung in Aussicht gestellt, weil das Moratorium für Boykotte Ende Monat ablief (vgl. Ziffer 26) und somit ab 1. April neue Boykottmassnahmen drohten.

Am selben 26. März tagte erneut der fünfköpfige Hevesi-Ausschuss (vgl. Ziffer 26). Dieser machte inzwischen geltend, im Namen von 800 Finanzbeamten zu handeln. Auf Grund des Briefes der Banken beschloss er, vorläufig keine Boykotte gegenüber der Schweiz in die Tat umzusetzen. Vielmehr solle die Frist für die Banken, sich endlich kooperativer zu verhalten, erneut verlängert werden.

- Am 5. Mai 1998 einigte sich die Credit Suisse mit der Holocaustüberlebenden *Estelle Sapir* über eine Vergleichszahlung. Die Medien mutmassten, 500'000 Dollar seien bezahlt worden. Bemerkenswert ist, dass die Bank nur deshalb bezahlte, weil ein Konto auf einen Namen Sapir gefunden worden war, welches erwiesenermassen nach dem Krieg aufgehoben und saldiert wurde. Unrechtmässiges Verhalten der Bank ist nicht belegt.

- Am 12. Mai 1998 trat der Sekretär des Jüdischen Weltkongresses, Israel Singer vor der Aussenpolitischen Kommission des Nationalrats auf. Am folgenden Tag kam es beim Auftritt Singers vor der jüdischen Cultusgemeinde in Zürich zu einem Eklat. Eben war bekannt geworden, dass der Europäische Jüdische Kongress ihren Schweizer Vizepräsidenten Michael Kohn ausgeschlossen hatte, weil sich dieser in einem Interview in zwei welschen Zeitungen kritisch gegenüber den Aktivitäten des Jüdischen Weltkongresses geäußert hatte (am 14. Juli 1998 folgte die Meldung, dass er nun doch nicht ausgeschlossen werde). Im Rahmen der ausgelösten Diskussionen beschimpfte Singer in einem emotionalen Auftritt die schweizerischen Juden und hielt ihnen vor, «*Ihr habt keine Ahnung, wie gut es Euch hier in der Schweiz geht. Ihr habt nicht den Hochschein einer Ahnung, was Antisemitismus wirklich ist.*» Offensichtlich an die Adresse von Michael Kohn erklärte er: «*Leute, die von der Gegenseite bezahlt werden, dürfen keine Position als jüdische Führer einnehmen.*»
- Am 18. Mai 1998 traf sich Präsident Bill Clinton bei einem Zwischenhalt in Genf mit Bundesrätin Ruth Dreifuss und dem neu gewählten Bundesrat Pascal Couchepin. Gleichzeitig weilte Bundesrat Flavio Cotti in Israel, wo er sich mit Ministerpräsident Benjamin Netanyahu traf. Sowohl Clinton wie Netanyahu würdigten die Bemühungen der Schweiz zur Vergangenheitsbewältigung. Boykotte gegen die Schweiz seien abzulehnen. Es kam jedoch von beiden Staatsmännern zu keinen Verzichtserklärungen betreffend Forderungen gegenüber der Schweiz und auch zu keinen Distanzierungen gegenüber den Aussagen von Stuart Eizenstat oder gegenüber der Person Edgar Bronfman.
- Am 25. Mai 1998 wurde der Raubgold-Zwischenbericht¹⁹ der Bergier-Kommission publiziert. Er beinhaltet wiederum nur sehr wenig neue Tatsachen. Neu war vielleicht einerseits, dass Schweizer Versicherungsgesellschaften noch in den letzten Monaten vor Kriegsende versuchten, durch Devisenimport deutsche Schulden abdecken zu können. Neu war andererseits vor allem, dass 119,5 Kilogramm Totengold im Wert von 581'899 Franken den Weg in die Schweiz gefunden hatten. Allerdings wurde auch hier ausdrücklich festgehalten, dass keine Anzeichen bestehen, dass die Herkunft von Totengold in irgendeiner Form bekannt gewesen wäre. Was mit diesem Gold in der Folge geschah, ist unklar.
- Am 2. Juni 1998 wurde der schon längst angekündigte zweite Eizenstat-Bericht («Eizenstat-II-Bericht») über die Rolle der neutralen Staaten während des Zwei-

¹⁹ Der offizielle Titel dieses Zwischenberichts lautet *Die Schweiz und die Goldtransaktionen im Zweiten Weltkrieg*.

ten Weltkriegs veröffentlicht. Im Gegensatz zum ersten Bericht stellte er nicht die Schweiz ins Zentrum, sondern beschäftigte sich vor allem auch mit den Ländern Portugal, Spanien, Schweden und der Türkei. Betreffend die Schweiz ergaben sich wiederum keine nennenswerten neuen Erkenntnisse. Allerdings unterstrich der Bericht ausdrücklich, dass die Spitze der Schweizer Nationalbank tatsächlich ab 1941/42 gewusst haben musste, dass Gold von fremden Nationalbanken bei den Goldlieferungen Deutschlands mit im Spiel war. In diesem zweiten Bericht waren deutliche Ansätze von Selbstkritik ersichtlich; offenbar waren sich die Verantwortlichen bewusst, dass die Schweiz im ersten Bericht in zahlreichen Punkten ungerechtfertigt angegriffen worden war.²⁰

- Anfang Juni 1998 publizierte das *Simon Wiesenthal Center* in Los Angeles eine zweite *Studie* des Historikers *Alan Schom* (vgl. Ziffer 28), in welcher der Schweiz auf der ganzen Linie eine nazifreundliche Gesinnung angedichtet wurde.²¹ In den Schlussfolgerungen wurde die Schweiz zur Hochburg braunen Gedankenguts schlechthin gemacht.
- Am 30. Juni 1998 reichten der Washingtoner Anwalt Michael Hausfeld, sein New-Yorker Kollege Melvyn Weiss und fast zwei Dutzend weitere jüdische Anwälte im Namen von fünf Holocaustopfern respektive deren Erben eine weitere *Sammelklage* beim amerikanischen Bundesbezirksgericht des Bezirks Columbia in Washington ein, diesmal *gegen die Schweizerische Nationalbank*. Eine Klagesumme wurde nicht genannt. Die Schweizerische Nationalbank nahm die Haltung ein, dass ein amerikanisches Gericht nicht zuständig sein kann, eine Klage gegen die Schweizerische Nationalbank als Notenbank zu behandeln.
- Am 1. Juli 1998 fand eine *weitere «Hevesi-Konferenz»* statt. Die anwesenden Finanzverwalter von Stadt und Staat New York beschlossen, die Schweiz mit einem «Swiss Economic Impact Program» unter Druck zu setzen, d.h. mit einer subtil durchdachten Staffelung von Boykotten, durch welche der Druck kontinuierlich erhöht werden sollte. Alan Hevesi, Finanzvorsteher der Stadt New York, und Carl McCall, Finanzchef des Gliedstaates New York, gaben bekannt, dass den Schweizer Banken eine letzte Frist bis zum 1. September gesetzt worden sei.

²⁰ Nun wurde ausdrücklich geschrieben, die Schweizer hätten voll mit den Alliierten sympathisiert (*overwhelmingly sympathetic to the Allies*, Seite IX). Nun wurde plötzlich geschrieben, «weniger bekannt ist die Rolle der Schweiz (...) in Norditalien, die mithalf, die Kapitulation (Deutschlands) zu beschleunigen» (Seite XI). Das waren völlig andere Töne als im Vorwort zum Eisenstat-I-Bericht. Leider vermochten sie am bereits erweckten falschen Gesamteindruck (z.B. die Schweiz habe den Krieg verlängert) nichts zu ändern.

²¹ Der offizielle Titel der Studie lautet *Survey of Nazi and Pro-Nazi Groups in Switzerland*, frei übersetzt als *Untersuchung betreffend die Nazifreundlichkeit der Schweiz*.

Komme keine Vereinbarung mit den jüdischen Organisationen zustande, trete ein erstes Paket von Sanktionsmassnahmen in Kraft (Aussetzung von kurzfristigen Investitionen und Anleihen). Nützt auch dies nichts, so würden die Banken am 15. November von weiteren Finanzgeschäften ausgeschlossen. Am 1. Januar 1999 folge dann der Antrag an ihre jeweiligen Parlamente, alle in New York tätigen Schweizer Firmen mit Sanktionen zu belegen. Am 1. Juli 1999 würden schliesslich die städtischen und staatlichen Pensionskassen aufgefordert, ihre Investitionen bei Schweizer Firmen abzustossen.

(Vgl. zu den Boykotten auch die Ziffern 21, 26 und 32.)

- Seit Herbst 1995 gab es in den eidgenössischen Räten eine Vielzahl von persönlichen Vorstössen zum Thema *Schweiz – Zweiter Weltkrieg*. Nachdem im Parlament zu Beginn die ausländischen Anliegen weitgehend unterstützt worden waren, änderte sich diese Einstellung auf Grund der ständigen Boykottandrohungen langsam. Aufsehen erregte insbesondere der Vorstoss von Nationalrat Karl Tschuppert (FDP Luzern), das Parlament habe vorläufig auf die Beschaffung des amerikanischen Luftüberwachungssystems Florako zu verzichten. Die Fraktionen der Liberalen und der Freisinnigen Partei stellten wie diverse ähnlich lautende Einzelvorstösse die Frage in den Raum, ob die Schweiz allenfalls zu Gegenboykotten greifen könne oder solle, falls die in den USA angedrohten Boykotte in die Tat umgesetzt würden.
- Ende Juli schickte Bundespräsident Flavio Cotti einen persönlichen Brief an Präsident Bill Clinton mit der Bitte respektive der Aufforderung, er solle sich entschieden gegen Sanktionen einsetzen.
- Ab 26. April 1998 waren Vertreter der Schweizer Banken, des Jüdischen Weltkongresses und der Anwälte der Sammelklagen mit Staatssekretär Eizenstat ernstlich im Gespräch, um über die Details einer «Globallösung» zu verhandeln. Boykotte und Sammelklagen sollten mit einer Pauschalzahlung in einen «Gerechtigkeitsfonds» eliminiert werden. Nachdem die *New York Times* am 5. Juni von einer angeblichen Bankenofferte von 1,5 Milliarden Dollar gesprochen hatte, verschärfen sich die Meinungsverschiedenheiten. Die Banken dementierten und erklärten, ein höheres Angebot als 600 Millionen Dollar sei ausgeschlossen.

Am 12. August 1998 konnte unter Vermittlung des zuständigen Sammelklagerichters Edward Korman dann doch eine umfassende Einigung (also eine «Globallösung») getroffen werden. Die Banken erklärten sich bereit, 1,25 Milliarden Dollar zu bezahlen, also rund 1,8 Milliarden Franken. Demgegenüber erklärten die jüdi-

schen Organisationen Verzicht auf jegliche weitere Forderungen, auch gegenüber der Schweizer Industrie und der Schweizerischen Nationalbank. Die Sammelklagen (mit insgesamt rund 30'000 Klägern) werden zurückgezogen, inklusive derjenigen von Christoph Meili.²² Wie die Vereinbarung im Detail aussieht und wer genau «freigestellt» («released», d.h. nicht mehr belangbar) ist, wird erst nach der endgültigen Ausformulierung der Vereinbarung klar sein.²³ Es bleibt zu hoffen, dass der Schutz für die Schweiz möglichst umfassend sein wird. Werden zum Beispiel nach Ablieferung des Flüchtlingsberichts durch die Kommission Ber- gier weitere Forderungen möglich sein? Denkbar ist vor allem, dass die Schweiz nicht mit rechtlichen, sondern mit «moralischen» Begründungen unter Druck gesetzt wird.²⁴ Gegen in den Medien aufgebauten Druck ist eine Absicherung nicht möglich.

- Nur gerade drei Tage nach Abschluss der Globallösung wurde aus Kreisen der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz (SPS) gefordert, die Nationalbank habe auf Grund der Raubgoldproblematik 2,16 Milliarden Franken «zurückzuerstat-ten». An wen, ist nicht klar.
- Am 17. September 1998 deckte die *Thurgauer Zeitung* auf, dass der Israelische Ministerpräsident Netanyahu nach Abschluss dieser Globallösung am 28. August 1998 einen Brief an Edgar Bronfman geschickt hatte, in welchem er sich für dessen Einsatz in der Holocaustdebatte bedankte. Bronfman habe in seinen «Anstrengungen, ein schreckliches Unrecht wiedergutzumachen, (...) mit Stolz und Würde» gehandelt. Damit stellt sich die Frage, welche Rolle die Regierung Israels spielt und wie dieser Brief mit den vorgängigen moderaten Worten Netanyahus in Einklang zu bringen sei (Ziffer 35).
- Am 20. Oktober 1998 besuchte eine Parlamentarierdelegation aus der Schweiz das israelische Parlament Knesset. Der Sprecher verlas eine Grussbotschaft auf Hebräisch. Erst nachträglich erhielt die Schweizer Delegation den Text übersetzt ausgehändigt und realisierte, was ihnen gesagt worden war; unter anderem «*Ich*

²² An den Verhandlungen waren die vier wichtigsten US-Klageanwälte Melvin Weiss, Robert Swift, Michael Hausfeld und Edward Fagan beteiligt.

²³ Unklar ist zum Beispiel, ob die «rechtliche Freistellung» der Nationalbank für den Goldhandel und für die Flüchtlingspolitik durchsetzbar sein wird. Klar ist, dass einzelne Kläger und nicht beteiligte Personen die Möglichkeit haben, aus dem Vergleich auszuscheren und ausdrücklich ein «opting out» zu deklarieren und so ihr Recht auf individuelle Klageeinreichung aufrechtzuerhalten.

²⁴ Auch das Washingtoner Abkommen 1946 ist beispielsweise rechtlich gesehen hieb- und stichfest. Wie die jüngste Entwicklung zeigt, hat dies leider trotzdem keinen Schutz gebracht vor Forderungen, die «moralisch» begründet werden.

hoffe, Sie sind mit mir einig, dass es unfassbar ist, dass jemand gesetzeswidrig das Geld von zehntausenden von Holocaustopfern erbt. (...) Nach den Daten, die wir besitzen, sprechen wir über Millionen und Millionen von Schweizer Franken. Wir alle beten, dass die Verfahren beschleunigt werden, um diese Affäre zu Ende zu bringen. Es handelt sich um eine enorme Verpflichtung gegenüber dem jüdischen Volk.» Zu bedenken ist, dass diese Worte gesprochen wurden, nachdem mit der Globallösung sämtliche offenen Forderungen bereinigt worden waren.

- Am 31. Oktober wurde gemeldet, dass Ministerpräsident Netanyahu am 17. November 1998 im israelischen Parlament die vier Personen Edgar Bronfman, Alfonso D'Amato, Alan Hevesi und Stuart Eizenstat mit der Auszeichnung «Gewissen und Mut» ehren will. Nationalrat Alexander Baumann (SVP Thurgau) verlangte deshalb am 6. November 1998 vom Bundesrat, Netanyahu bekanntzugeben, dass sein vorgesehener Besuch in der Schweiz am 24. November 1998 nicht erwünscht sei, wenn die Ehrung tatsächlich stattfindet. Aus Israel wurde die Meldung unverzüglich dementiert: Die Ehrung werde nur durch ein einzelnes Parlamentsmitglied vorgenommen, durch den Präsidenten der für Restitutionsfragen zuständigen Knesset-Kommission, Avraham Hirschson, gleichzeitig Mitglied der Leitung des schweizerischen Holocaust-Fonds. Trotz dem Dementi nahm Netanyahu am 17. November 1998 die Ehrungen persönlich vor.
- Am 9. November 1998 beschloss die nationalrätliche Rechtskommission, dem Nationalrat zu beantragen, die Immunität von Nationalrat Rudolf Keller (SD Baselland) aufzuheben, damit ein Strafverfahren gegen ihn eingeleitet werden könne. Ihm wird vorgeworfen, gegen den «Rassismusartikel» verstossen zu haben. Keller hatte am 3. Juli 1998 auf dem Höhepunkt der amerikanischen Boykottandrohungen als Zentralpräsident der Schweizer Demokraten einen Gegenboykott gefordert.²⁵ Dabei schrieb er in einer Pressemitteilung, *«heute appellieren wir an alle Schweizerinnen und Schweizer, sämtliche amerikanischen und jüdischen Waren, Restaurants und Ferienangebote solange zu boykottieren, bis diese gemeinen und völlig unberechtigten Angriffe und Klagen gegen die Schweiz, Schweizer Firmen und Banken aufhören»*. In der Tat war der Boykottaufruf gegen jüdische Produkte völlig deplatziert. Eine Mehrheit der Kommission war der Mei-

²⁵ Mit Boykotten hatte die Judenverfolgung im Dritten Reich begonnen. Umso bedenklicher ist, dass ausgerechnet jüdische Persönlichkeiten in den USA mit Boykottandrohungen begonnen haben, nach dem Motto «Treib keinen Handel mit Schweizern», so wie es damals geheissen hatte «Kauf nicht bei Juden». Die völlig deplatzierten Boykottbestrebungen in den USA rechtfertigen allerdings in keiner Weise, einen Boykott von amerikanischen und jüdischen Waren zu propagieren.

nung, dass deshalb in Abweichung der gängigen Praxis ausnahmsweise die strafrechtliche Immunität aufzuheben sei. Der Nationalrat hiess den Antrag am 18. Dezember 1998 gut und hob die Immunität von Rudolf Keller auf.

- In Washington fand vom 30. November bis zum 3. Dezember 1998 unter grosser internationaler Beteiligung eine vom US-Aussenministerium und vom US-Holocaust-Memorial-Museum organisierte Konferenz statt. Allgemein wurde über Holocaust-Vermögen («Holocaust-Era Assets») gesprochen. Themen wie Raubkunst, Arisierungen²⁶ und Zwangsarbeit kamen zur Sprache. Schon am 1. Juli 1998 hatte Unterstaatssekretär Stuart Eizenstat angekündigt, die USA und weitere 38 Staaten wollten von den Nazis gestohlene Kunstwerke ausfindig machen und deren Besitzer oder Erben entschädigen.
- Stand der Dinge am 15. Januar 1999:
 - a) Die Gelder des Holocaust-Fonds und der Globallösung sind zu verteilen.²⁷ Für den noch nicht verteilten Rest der 270 Millionen Franken des Holocaust-Fonds ist die Fondsleitung zuständig. Mit der Verteilung der 1,8 Milliarden Franken der Globallösung haben weder die Schweiz noch die Schweizer Banken etwas zu tun. Vielmehr geht es darum, wie die jüdischen Kreise die Gelder unter sich aufteilen. Eine gewisse Rolle spielt dabei der zuständige Sammelklagerichter Edward Korman, der die Grundzüge der Verteilung genehmigen wird. Fraglich ist unter anderem, wie hoch die Entschädigung der Rechtsanwälte sein wird.²⁸ Vor allem wird zu beantworten sein, wer unter den gegebenen Umständen als berechtigtes Holocaustopfer gelten darf. Auch Personen, die nicht an den Sammelklagen beteiligt waren? Kommen auch Opfer in Israel, Mittel- und Osteuropa zum Zuge?
 - b) Die Schweizer Banken führen ihre Suche nach nachrichtenlosen Konten unter der Aufsicht der Volcker-Kommission weiter. Sie werden die gefundenen Gelder an allfällig Berechtigte ausbezahlen. Der Abschluss der Arbeiten war ursprünglich auf Ende 1998 geplant. Die gefundenen Summen werden an die vereinbarten 1,8 Milliarden Franken angerechnet.

²⁶ «Arisierung» bedeutet Übertragung von jüdischen Vermögenswerten (vor allem auch von jüdischen Firmen) in deutsches (arisches) Eigentum. Im Vordergrund standen drei Vorgehensweisen: erzwungener Verkauf zu unrealistisch tiefen Preisen, Konfiszierung sowie Betriebsauflösung.

²⁷ Die Verteilaktion wird koordiniert durch die World Jewish Restitution Organization und durch die Organisation American Gathering of Holocaust Survivors.

²⁸ Es zeichnet sich ab, dass erfreulicherweise einige der Rechtsanwälte (Michael Hausfeld und Melvyn Weiss) auf ein eigentliches Honorar verzichten werden.

- c) Die historischen Untersuchungen der Bergier-Kommission werden noch einige Zeit in Anspruch nehmen. In der zweiten Hälfte 1999 ist der nächste Zwischenbericht (über die Flüchtlingspolitik) zu erwarten. Der Schlussbericht ist auf 2001 vorgesehen. Er wird den sechs Themen Rolle des Finanzplatzes Schweiz, Beutekunst, Rolle der Schweizer Wirtschaft, staatliche und behördliche Massnahmen, Flüchtlingspolitik sowie Massnahmen nach dem Krieg gewidmet sein.
- d) Die Schweizer Bevölkerung wird früher oder später darüber abstimmen müssen, ob und wie die angekündigte 7-Milliarden-Solidaritätsstiftung errichtet werden soll, es sei denn, die politischen Behörden kämen zum Schluss, die Idee der Stiftung doch noch fallen zu lassen.
- e) Für die Schweiz bestehen insbesondere noch in vier Bereichen offene Fragen:
- (1) Für die Versicherungen gilt die Globallösung nicht. Sie sind noch immer mit Forderungen konfrontiert (es läge noch Geld aus damaligen Lebensversicherungspolice bei ihnen), gegen sie wurden die Sammelklagen nicht zurückgezogen. Am 13. November 1998 wurde bekannt, dass sechs europäische Versicherungen, darunter die Winterthur, Basler und Zürich, die Einrichtung eines 90-Millionen-Dollar-Fonds beschlossen haben. Mit dem Geld soll Holocaustopfern geholfen und nach Versicherungsansprüchen aus der Nazizeit geforscht werden. Der italienische Versicherer Assicurazioni Generali SpA hatte sich schon vorher bereit erklärt, 100 Millionen Dollar zu bezahlen.
 - (2) Themen wie Raubkunst, Arisierungen und Zwangsarbeit sind noch offen, die an der Konferenz in Washington besprochen wurden (vgl. Ziffer 49). Hier sind weitere Schritte gegen unser Land möglich.
 - (3) Vor allem auf dem Gebiet der Flüchtlingspolitik könnte die Schweiz noch einmal mit Forderungen konfrontiert werden. Es ist voraussehbar, dass der auf 1999 angekündigte Zwischenbericht der Bergier-Kommission in Sachen Flüchtlingspolitik Emotionen wecken wird.
 - (4) Es wird sich zeigen müssen, ob und wie die sozialdemokratische Partei ihre Forderung weiterverfolgt, die Nationalbank habe zusätzliche Zahlungen zu leisten (vgl. Ziffer 44). Seit August 1998 ist es bisher diesbezüglich ruhig geblieben.

Zur zweiten Auflage

Erfreulicherweise drängte sich bereits nach weniger als zwei Monaten eine zweite Auflage auf. Nach so kurzer Zeit mussten nur minime Anpassungen in den Punkten 48 bis 50 der «Chronologie der Ereignisse» gemacht werden. Im Übrigen sind die ersten beiden Auflagen praktisch identisch. Folgende drei Beispiele sollen zeigen, dass sich allerdings zum vorliegenden Thema fortlaufend Dinge ereignen, die durchaus erwähnenswert sind:

- Am 2. Dezember 1998 schrieb die *Luzerner Zeitung* Folgendes: «Die jüdischen Organisationen wussten offenbar, dass Riesensummen angeblich vermissteter Gelder jüdischer Holocaustopfer auf Schweizer Bankkonten nach wie vor vorhanden sind – unerkannt, weil unter dem Namen jüdischer Anwaltskanzleien. (...) Hirschson, Vorsitzender des Knessetausschusses für die Rückführung jüdischen Besitzes, erklärte der grössten israelischen Zeitung Aedioth Ahronoth, dass er diese Tatsachen bewusst geheimgehalten habe bis zum Vergleich mit den Grossbanken. Laut Hirschson handelt es sich um ‚gewaltige Summen‘, die später im Holocaust umgekommene Juden an jüdische Kanzleien in der Schweiz übergeben hatten zur treuhänderischen Verwaltung.» Diese Meldung würde bestätigen, was im vorliegenden Buch in Kapitel 7 al vermutet wurde, dass nämlich Gelder – wenn schon – wohl eher bei «Freunden» oder Anvertrauten der Opfer verloren gingen, als dass sie auf nachrichtenlosen Bankkonten verschwanden.
- Am Rande der Washingtoner Konferenz über Vermögenswerte der Holocaustzeit (Chronologie 49) publizierte François Bergier als Präsident der Bergier-Kommission am 2. Dezember 1998 «in eigener Verantwortung» Kurzberichte zu den drei Themen Versicherungen, Raubgold und Flüchtlingspolitik. Dadurch wurde die Schweiz wiederum belastet. Die Publikation führte zu Meinungsverschiedenheiten mit dem Präsidenten der Task- Force, Thomas Borer, der die Schweiz an dieser Konferenz vertrat und der von einer Veröffentlichung abgeraten hatte.

Diese Veröffentlichung führte in der Wintersession des Parlaments zu diversen kritischen Reaktionen. In der «Fragestunde» des Nationalrats erhoben die Nationalräte Rudolf Steiner, Ernst Mühlemann und Georg Stucky (FDP Solothurn, Thurgau und Zug) Kritik, die Veröffentlichung von Berichten sei Sache des Bundesrats,

Nationalrat Alexander Baumann (SVP Thurgau) warf in seinem Vorstoss vom 17. Dezember 1998 gar folgende Frage auf: «Es ist offensichtlich, dass mit dem Vorgehen das Amtsgeheimnis verletzt worden ist. Ist eine Strafuntersuchung wegen Amtsgeheimnisverletzung eingeleitet worden?»

- Bemerkenswert ist schliesslich ein Bericht der *Neuen Zürcher Zeitung* vom 19. Dezember 1998 unter dem Titel *Meinungsforschung à la Vorort und EDA*. «Im November 1998 führte ein Washingtoner Demoskopie-Institut im Auftrag des Vororts, der auch die einigen hunderttausend Franken dafür aufbrachte, und des Eidgenössischen Departements für auswärtige Angelegenheiten in den Vereinigten Staaten eine Umfrage zum Image der Schweiz (...) durch. Die Konzeption der Aktion stammte vom Novartis-PR-Fachmann Walter von Wartburg. (...) Die Brauchbarkeit der Umfrage wird in Kernbereichen durch unverständlich dilettantische Fragen stark reduziert. So wurden zum Beispiel die Befragten wie folgt aufgeklärt: ‚Schweizer Banken stritten zunächst ab und bestätigten später, noch offene Konten von Holocaust-Überlebenden zu führen. Sie offerierten zunächst, diese Konten mit 71 Millionen Dollar zu saldieren, dann offerierten sie 600 Millionen Dollar, und jetzt offerieren sie 1,25 Milliarden Dollar (d.h. die 1,8 Milliarden Franken, vgl. Kapitel 12 c dieses Buches), welchen Betrag der World Jewish Congress akzeptiert hat.‘ Mit dieser Information versehen, erklärten nicht allzu überraschenderweise fast 50 Prozent der Befragten fünf Minuten später, sie beurteilten die Schweizer Banken jetzt (noch) negativer. (...) Mit einer weiteren Frage (...) wurde die ‚Tatsache‘ in den Raum gestellt, dass die Schweizerische Nationalbank sich am Geld bereichert habe, welches den jüdischen Naziopfern abgenommen worden war.» Die *Neue Zürcher Zeitung* schliesst ihren Kommentar mit dem Satz: «Für so viel Geld hätte man vielleicht auch etwas intelligenter fragen und zunächst einmal den Fragebogen testen können.»

Die Federführung dieser Umfrage lag offenbar weniger beim Vorort (und beim EDA), sondern bei einer Gruppe von sechs grossen Schweizer Firmen. Dies zeigt, dass gelegentlich auch in Wirtschaftskreisen mit einer unbegreiflichen, selbstanklägerischen Grundhaltung an das vorliegende Thema herangegangen wird.

Diese Grundhaltung muss sich ändern.

15. Januar 1999

Quellenhinweise

Kapitel 1

- ¹ Fernseh-Dokumentarfilm *Ärzte ohne Gewissen, Menschenversuche im Dritten Reich*; Hessischer Rundfunk, 1996.
- ² Tagebuch des deutschen Obergefreiten Richard Heidenreich, eines damaligen Angehörigen des 354. Infanterie-Regiments, Ostfront, Juli 1941; in: *Der Spiegel* Nr. 11/1997.
- ³ *Der Spiegel* Nr. 11/1997.
- ⁴ Fernseh-Dokumentarfilm *Der gescheiterte Blitzkrieg*, 3-sat, 17. Mai 1998.

Kapitel 2

- ⁵ *Tages-Anzeiger-Magazin* Nr. 44/97. Im Interview warf Israel Singer der Schweizer Regierung und den Banken vor, ihre Haltung käme einer Beleidigung der eigenen Bevölkerung gleich: «*Der Mann von der Strasse sollte sich gegen diese Gauner* (gemeint waren die Regierung und die Banken) *wehren.*»
- ⁶ *Basler Zeitung* vom 11. Januar 1997.
- ⁷ Associated-Press-Mitteilung; in: *Neue Zürcher Zeitung* vom 13. Januar 1997.
- ⁸ Formulierung in einem von Edgar Bronfman gezeichneten Spendenauftrag des Jüdischen Weltkongresses vom Herbst 1996; zitiert in: *Neue Zürcher Zeitung* vom 1. Februar 1997.
- ⁹ Aussage von Edgar Bronfman im Schweizer Fernsehfilm *Die verlorene Ehre der Schweiz*, 9. März 1997.
- ¹⁰ Reaktion von Alfonse D'Amato in einem Pressecommuniqué am Vorabend der Veröffentlichung des *Eizens-tat-II-Berichts*; in: *Bülacher Tagblatt* vom 3. Juni 1998.
- ¹¹ *Los Angeles Times* vom 23. August 1998.
- ¹² Zitiert in: *Berner Zeitung* vom 10. Mai 1997.
- ¹³ *Philadelphia Inquirer* vom 10. Mai 1997.
- ¹⁴ Tom Bower, *Blood Money, the Swiss, the Nazis and the Looted Billions*, 1996.
- ¹⁵ Zitiert in: *Facts* Nr. 3/1997. Bezug nehmend auf das Interview von Bundesrat Delamuraz vom 31. Dezember 1996 (Chronologie 12).
- ¹⁶ *U.S. News & World Report* vom 22. Juni 1998, beglaubigte Auflage 2'224'000. Das Zitat stammt aus einem langen Editorial von Chefredaktor Mortimer Zuckerman, gleichzeitig Eigentümer und Herausgeber der Zeitschrift.
- ¹⁷ Zeitungsartikel von Rabbi Yehoshua Berkowitz, Vizepräsident des kalifornischen Rabbinerrats, publiziert u.a. in: *Philadelphia Inquirer* vom 26. Juli 1997.
- ¹⁸ Vgl. *Weltwoche* vom 31. Juli 1997; *Die Schweiz in Schlagzeilen und Kommentaren der internationalen Presse*. Zitat aus *New York Post* vom 8. Mai 1997.
- ¹⁹ Beispielhaft das Buch von Jenny Spritzer *Ich war Nr. 10291; als Sekretärin in Auschwitz*, 1946.

Kapitel 3

- ²⁰ Leserbrief von Hans Nydegger, Aarau; in: *Aargauer Zeitung* vom 16. April 1998.
- ²¹ Professor Dr. Adolf Muschg, vollamtlicher Professor für deutsche Sprache und Literatur an der ETH Zürich. Essay, *Wenn Auschwitz in der Schweiz liegt*, 1997. Das Zitat lautet ungekürzt: «*Nein, man glaube doch nicht, dass uns die andern jetzt nachtragen, dass wir bei Hitler mitgemacht haben.*»
- ²² Adolf Muschg, Zitat aus seinem ganzseitigen Zeitungsartikel mit demselben Titel *Wenn Auschwitz in der Schweiz liegt*; in: *Tages-Anzeiger* vom 24. Januar 1997.

- ²³ *Aargauer Zeitung* vom 17. Mai 1997. In ähnlichem Sinne äusserte sich Chefredaktor Paul Ehinger in seinem Bericht *Das rote Büchlein des Herrn Adolf M.*; in: *Zofinger Tagblatt* vom 26. Juli 1997.
- ²⁴ Ludwig Marcuse, Autobiographie, *Nachruf auf Ludwig Marcuse*, 1993.
- ²⁵ *Zeitung Der Bund* vom 17. Mai 1997.
- ²⁶ Zeitschrift *Berner Tagwacht* vom 26. Juli 1943 (damaliges offizielles Organ der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz).

Kapitel 4

- ²⁷ Als Inserat veröffentlichter Leserbrief mit dem Titel *Eines gläubigen Juden unwürdig* von Dr. med. M. Vetsstein; in: *Neue Zürcher Zeitung* vom 17. Mai 1998.
- ²⁸ *Jüdische Rundschau* vom 5. Februar 1998.
- ²⁹ Vgl. Sami Hadawi, *Die Rechte der Palästinenser und ihre Verluste 1948*, verfasst 1988 mit Unterstützung des jordanischen Kronprinzen Hassan; vgl. *Zeitung Der Bund* vom 7. Februar 1997.
- ³⁰ Vgl. Schreiben vom 17. Juli 1997 der Organisation *Pro Palästina Schweiz* (mit Sitz in Aarau) an die schweizerischen Parlamentarier/innen sowie an den Bundesrat.
- ³¹ Vgl. Zeitungsartikel *Netanyahu: Doppelspiel mit Schweiz und D'Amato*; in: *Blick* vom 12. September 1998.
- ³² *Jüdische Rundschau* vom 25. September 1998.
- ³³ Der News-Service der *New York Times* bedient zudem hunderte von anderen amerikanischen Publikationen.
- ³⁴ Tom Bower, *Blood Money, the Swiss, the Nazis and the Looted Billions*, 1996. Bower publizierte seine Zeitungsartikelserie auch in Buchform.
- ³⁵ *Neue Zürcher Zeitung* vom 21. April 1997.
- ³⁶ Tom Bower, *Blood Money, the Swiss, the Nazis and the Looted Billions*, 1996.
- ³⁷ Paul Rechsteiner forderte den Rücktritt in der SF-DRS-Arena-Sendung vom 17. Januar 1997. Grund war die angeblich unakzeptable Entgleisung von Bundesrat Delamuraz im Interview vom 31. Dezember 1996 (Chronologie 12).
- ³⁸ Rechtsschriften auf Internet <http://www.woz.ch>.
- ³⁹ Vgl. Zusammenstellung im welschen Magazin *L'Héβδο* vom 24. April 1997.
- ⁴⁰ Vgl. *Auswahl von Hintergrundberichten und Kommentaren* im Buch *Schweizerische Selbstbehauptung während des Zweiten Weltkriegs*, 1998, S. 296.
- ⁴¹ Richard Anderegg, in Washington wohnhafter Journalist, in seiner Ansprache in Aarau am 14. Mai 1998.
- ⁴² Bericht von Zeev Barth; in: *Jüdische Rundschau* vom 11. Juni 1998.
- ⁴³ SF-DRS-Sendung *10 vor 10* vom 12. März 1997.
- ⁴⁴ Die Untersuchung hat zwar nicht nur die Rolle der Schweiz im Zweiten Weltkrieg als Gegenstand (Chronologie 17). Auffallend ist jedoch, dass sich der Bericht hauptsächlich mit der Rolle unseres Landes beschäftigte.
- ⁴⁵ Stuart Eizenstat selbst schreibt im Vorwort: «Dies stellt das grösste je dagewesene Unterfangen dieser Art dar.»
- ⁴⁶ William Engdahl, Jeffrey Steinberg, Andreas Ranke, Michael Liebig; in EIR-Nachrichtenagentur GmbH, Wiesbaden, Studie *Wer steckt hinter der «Schweizer Nazigold-Affäre»? Oktober 1997*. Die Studie hat den Zweck, zu untersuchen, «wer ein Interesse daran hat, den Finanzplatz Schweiz gerade zum jetzigen Zeitpunkt zu destabilisieren und die Schweizer Souveränität zu unterminieren».
- ⁴⁷ SF-DRS-Sendung *10 vor 10* vom 12. März 1997.
- ⁴⁸ Peter Schibli; in: *Aargauer Zeitung* vom 15. November 1997.
- ⁴⁹ Alt Botschafter Herbert von Arx; in: *Schweizerzeit* vom 13. Juni 1997.

- ⁵⁰ *Cash* vom 22. November 1996.
- ⁵¹ *Facts* Nr. 38/1997.
- ⁵² Artikel *Machtfilz verhilft Anwälten zu Milliardeneinkommen* von Martin Suter; in: *SonntagsZeitung* vom 14. Juni 1998. Die Schätzungen der Einkommen beruhen auf Berechnungen des Rechtsprofessors Lester Brickman, Ethikspezialist an der *Cardozo Law School* in New York.
- ⁵³ *Coop-Zeitung* Nr. 34 vom 19. August 1998.

Kapitel 5

- ⁵⁴ Avraham Burg; in: *Tages-Anzeiger-Magazin* Nr. 44/97.
- ⁵⁵ *The Jewish Press*, New York, vom 20. Februar 1998.
- ⁵⁶ *Jüdische Rundschau* vom 20. August 1998.
- ⁵⁷ Vgl. Christoph Blocher, *Die Schweiz und der Zweite Weltkrieg; eine Klarstellung*, 1. März 1997.
- ⁵⁸ *Facts* Nr. 44/1997.
- ⁵⁹ *Zeitung Der Bund* vom 7. Februar 1997.
- ⁶⁰ Bundesrat Delamuraz; in: *24 heures* vom 31. Dezember 1996
- ⁶¹ *Journal Franz Weber*, Montreux, Ausgabe Nr. 40/97.
- ⁶² *Londoner Times* vom 13. Januar 1997.
- ⁶³ *L'Héβδο*, 30. Juni 1998. Originaltext: «*Je suis allié aux Américains pour casser le secret bancaire.*»
- ⁶⁴ Vgl. die ausführlichen Darlegungen in: *Neue Zürcher Zeitung* vom 5. Juli 1997.
- ⁶⁵ Vgl. die Zeitung *Wall Street Journal*, die bereits am 14. September 1994 in einem Artikel *Friedensbürde* auf diese Weise argumentierte, also vor Beginn der *Krise Schweiz-Zweiter Weltkrieg*.
- ⁶⁶ Artikel von Elliott Abrams, *Can Jews Survive ? When American Jews abandon religion in favour of culture, they disappear*; in: *National Review* vom 19. Mai 1997. 85 Prozent der amerikanischen Juden geben trotz abnehmender Begeisterung für die jüdische Sache an, der Holocaust trage dazu bei, dass sie sich jüdisch fühlen.
- ⁶⁷ *Weltwoche* vom 11. Dezember 1997.
- ⁶⁸ Edgar Bronfman, Autobiographie *The Making of a Jew*, 1996; in: *Auswahl von Hintergrundberichten und Kommentaren im Buch Schweizerische Selbstbehauptung während des Zweiten Weltkriegs*, 1998, S. 119.
- ⁶⁹ Undatierter «*Dankesbrief*» an Geldspender zugunsten des Jüdischen Weltkongresses vom November/Dezember 1997, unterzeichnet von Edgar Bronfman.
- ⁷⁰ *Jüdische Rundschau* vom 11. Juni 1998.
- ⁷¹ Leserbrief des Aargauer Grossrats Dragan Najman; in: *Zofinger Tagblatt* vom 7. Februar 1997.

Kapitel 6

- ⁷² Drei von zahllosen Beispielen: *Indianapolis Star* vom 13. Oktober 1996, *Chicago Tribune* vom 1. Januar 1997, *International Herald Tribune* vom 28. Januar 1997.
- ⁷³ *Aargauer Zeitung* vom 22. Januar 1997. Edgar Bronfman hatte gegenüber der Handelszeitung gesagt, dass die behaupteten 100 Milliarden zwar nicht vom Jüdischen Weltkongress geschätzt worden seien, aber von Kreisen, «*die es wissen sollten*».
- ⁷⁴ *Thurgauer Zeitung* vom 17. September 1998.
- ⁷⁵ Kommentar zur ARD-Tagesschau vom 25. August 1998. Darin wurde darauf hingewiesen, dass für die neuen Bundesländer jährlich mehr als 100 Milliarden DM aufgewendet werden, wogegen Deutschland bisher nur rund 100 Milliarden DM als Kriegswiedergutmachung bezahlt habe.
- ⁷⁶ *Neue Zürcher Zeitung* vom 18. Januar 1997.

Kapitel 7a

- ⁷⁷ *Herald Tribune* vom 23. Juli 1997.
- ⁷⁸ Marco Dürrer, *Die schweizerisch-amerikanischen Finanzbeziehungen im Zweiten Weltkrieg*, 1984.
- ⁷⁹ Vgl. Jahresbericht von 1940 der *Bank für Internationalen Zahlungsverkehr* (BIZ), Basel 1941.
- ⁸⁰ Bericht von Armin Arnold, Kanada-Schweizer, Universitätsprofessor in Edmonton 1958 bis 1961 und in Montreal 1961 bis 1984, in der Oktoberausgabe (1998) des *Reports Identität Schweiz*, einer monatlich in Aarau erscheinenden Publikation. Im Originaltext wird statt «Dummkopf» ein noch schärferer Ausdruck gebraucht.
- ⁸¹ Art. 1 des Reichsgesetzes vom 1. Dezember 1936 hielt fest: «*Ein deutscher Staatsangehöriger, der (...) Vermögen nach dem Ausland verschiebt, oder im Ausland stehen lässt, (...) wird mit dem Tode bestraft. Sein Vermögen wird konfisziert.*»
- ⁸² Der englische Originaltext, verfasst am 23. April 1996, lautet folgendermassen: «*There is more, there has to be.*» (Zitat aus dem Eröffnungsstatement an einem Bank-Komitee-Hearing in Washington, dem *opening statement at the Banking Committee hearing regarding the status of assets deposited in Swiss banks.*)
- ⁸³ *Bilanz JuU* 1998.
- ⁸⁴ Vgl. auch das in Kapitel 4a genannte Beispiel der Grundstücke in Israel.
- ⁸⁵ Artikel *Der heilige Zorn der alten Dame schreckt die Gnomen*; in: *Weltwoche* vom 31. Oktober 1996.

Kapitel 7 b

- ⁸⁶ Das war im Sommer 1940; vgl. Werner Rings, *Raubgold aus Deutschland*, 1985.
- ⁸⁷ *Neue Zürcher Zeitung* vom 31. Juli 1998.
- ⁸⁸ Vgl. zum geschichtlichen Ablauf Protokoll der belgischen Parlamentsverhandlung (Karner von Volksvertegenwoordigers) vom 9. Dezember 1996.
- ⁸⁹ Vgl. Historiker Gian Trepp; in: *Weltwoche* vom 11. Dezember 1997.
- ⁹⁰ Vgl. *Blick* vom 12. Mai 1997 und S. 73 des *Eizenstat-I-Berichts*.
- ⁹¹ Interview mit alt Bundesrat Hans Schaffner, *Schweizerzeit*, 14. November 1997.
- ⁹² Aussage von Seymour Rubin im Hearing des US-Repräsentantenhauses im Juni 1997.
- ⁹³ Tom Segev in der israelischen Tageszeitung *Haaretz* vom 21. August 1998.

Kapitel 7 c

- ⁹⁴ Wortlaut von Bundespräsident Koller in der Rede vom 5. März 1997.
- ⁹⁵ Originaltext: «*Le Conseil Fédéral savait que les juifs étaient exterminés*»; in: *Le Nouveau Quotidien* vom 9. Mai 1995.
- ⁹⁶ Rede von Bundesrätin Ruth Dreifuss vor dem *Schweizerischen Israelitischen Gemeindebund* in Basel vom 7. Mai 1997.
- ⁹⁷ Vgl. Vorwort des *Eizenstat-I-Berichts*.
- ⁹⁸ Adolf Muschg in seinem Buch *O mein Heimatland*, 1998, Abschnitt 56 (aus Vorabdruck in der *Weltwoche*).
- ⁹⁹ Carl Ludwig, *Die Flüchtlingspolitik der Schweiz seit 1933 bis zur Gegenwart*, 1955, Seiten 94 bis 130.
- ¹⁰⁰ Jacques Picard, *Die Schweiz und die Juden*, Seite 160.
- ¹⁰¹ Schreiben des damaligen Autors des Artikels, Dr. Peter Rippmann, an Herrn Dr. Max Knecht, Bern, sowie an den Autor vom 2. Juli 1998.
- ¹⁰² *Beobachter* Nr. 18/98 vom 4. September 1998.
- ¹⁰³ Richard Anderegg, in Washington wohnhafter Journalist, in seiner Ansprache in Aarau am 14. Mai 1998. Originalzitat: «*Your lawyer works for the DA*», was so viel bedeutet wie «*Euer Anwalt arbeitet ja für die Anklagebehörde (district attorney)*».

- ¹⁰⁴ Formulierung in der *Neuen Zürcher Zeitung* vom 15. März 1986.
- ¹⁰⁵ Vgl. die Stellungnahme von Hermann Fuhrer, Präsident des Verbandes der Schweizer Armee- Veteranen; in: *Thurgauer Zeitung* vom 9. April 1997.
- ¹⁰⁶ Bekannt aus der jahrelangen deutschen Fernsehshow *Dali Dali*.
- ¹⁰⁷ Bericht des in Israel lebenden Michael Gilead, der 1962 bekannt wurde, weil er beauftragt war, die Asche des hingerichteten Adolf Eichmann ins Meer zu streuen.
- ¹⁰⁸ Zeitungsartikel *Bilder, sagt man, lügen nicht, oder vielleicht doch? Das Symbolbild des Bosnienkriegs, die Aufnahme eines abgemagerten Gefangenen hinter Stacheldraht, war eine Täuschung*; in: *Weltwoche* vom 9. Januar 1997. Vom freien Journalisten und Mitarbeiter des *London International Research Exchange* Thomas Deichmann wurde mit überzeugenden Argumenten dargelegt, dass es sich beim Bild um eine Fälschung handeln müsse.
- ¹⁰⁹ *Aargauer Zeitung* vom 27. Juni 1997. Bei den angeblich von Italienern ermordeten Somaliern auf den entsprechenden Fotos handelte es sich um die Toten einer Minenexplosion.
- ¹¹⁰ Vgl. *NZZ-Format* auf SF 2 vom 9. November 1997: Die wortgetreue Aussage «*Ich bin unfähig zu glauben, was Sie mir erzählen*» stammt nicht vom Präsidenten persönlich, sondern vom hohen amerikanischen Beamten E Frankfurter.
- ¹¹¹ Jacques Picard, *Die Schweiz und die Juden 1933-1945*, 1994, S. 155 sowie Stefan Keller, *Grünings Fall, Geschichten von Flucht und Hilfe*, 1994, S. 202. Vgl. zudem zu dieser Zusammenarbeit die diversen Veröffentlichungen des Zürcher Kantonsrats Christoph Mörgeli, z.B. in: *Der Zürcher Landbote*.
- ¹¹² Telegramm von Silvain S. Guggenheim vom August 1938, Bundesarchiv 4800 A, 1967/11, Nr. 207 sowie 4260 C, 1969/146 Nr. 6.
- ¹¹³ Bericht des Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartements an den Bundesrat, 18. August 1938, Bundesarchiv E 4001 D, 1973/125, Nr. 119.
- ¹¹⁴ Leserbrief von Herman Landau, 1944 bis 1951 Direktor des *Hilfsvereins für Jüdische Flüchtlinge im Ausland*, in: *Tages-Anzeiger-Magazin* Nr. 48/1984, zitiert von Christoph Blocher, *Die Schweiz und der Eizens-tat-Bericht*, 21. Juni 1997 (vgl. die dortigen weiteren Ausführungen).
- ¹¹⁵ Polizeiakten im St. Galler Staatsarchiv, Stefan Keller, *Grünings Fall, Geschichten von Flucht und Hilfe*, 1994, S. 121, 125, 159, 167, 170, 171 und 172.
- ¹¹⁶ Protokoll des *Zentralkomitees des Schweizerischen Israelitischen Gemeindebunds*, 18. Dezember 1938; vgl. Stefan Keller, *Grünings Fall, Geschichten von Flucht und Hilfe*, 1994, S. 121. Die beiden zitierten Ausdrücke stammen vom Vorsitzenden der *Israelitischen Flüchtlingshilfe St. Gallen*, Sidney Dreifuss. Der Inhalt des Protokolls wird von Leuten bestätigt, die dieses nach eigenen Angaben gesehen haben. Leider werden die massgebenden Protokolle (des *Comité Centrale* des Gemeindebundes) aus jener Zeit unter Verschluss gehalten. Vgl. zu diesem Thema auch den Artikel *Sidney Dreifuss war leider kein Einzelfall* von Shraga Elam; in: *Weltwoche* vom 3. April 1997.
- ¹¹⁷ Moshe Sharett (eigentlicher Name Schertok), der spätere Aussenminister und Ministerpräsident Israels, war damals Mitglied des Exekutivkomitees der Jewish Agency.
- ¹¹⁸ Zitat aus dem Buch *Die siebte Million, der Holocaust und Israels Politik der Erinnerung*, 1995, des israelischen Historikers und Journalisten Tom Segev. Segev zitiert an dieser Stelle (S. 120) als Quelle Moshe Sharett's *Politisches Tagebuch*, Band 5, 1940.
- ¹¹⁹ Der Brief stammt vom Rabbiner Weissmandel (gerichtet an Nathan Schalb, Delegierter der *Jüdischen Gemeinde Palästinas* in Europa), nachdem ihm die SS (angeblich) angeboten hatte, eine Million Juden aus Ungarn auswandern zu lassen, falls materielle Gegenleistungen an das Deutsche Reich erfolgen würden. Vgl. Sendung *Doppelpunkt* am Schweizer Radio DRS vom 11. Januar 1998 (Titel des Berichts *Staatsraison und Moral*, Autoren Hanspeter Gschwend und Shraga Elam).
- ¹²⁰ Vgl. das Buch von Yehuda Bauer, *Freikauf von Juden? Verhandlungen zwischen dem nationalsozialistischen Deutschland und jüdischen Repräsentanten von 1933 bis 1945*, Übersetzung von Klaus Binder und Jeremy Gaines im jüdischen Verlag Frankfurt am Main; Seite 405.

- ¹²¹ Vgl. zu den zwei ersten Abschnitten dieses Kapitels 7 c6 den Artikel *Die Welt und die verfolgten Juden* von Eduard Stäubli; in: *Aargauer Zeitung* vom 21. März 1997.
- ¹²² Buch von Arthur Hertzberg, *Shalom Amerika, die Geschichte der Juden in der Neuen Welt*, 1996.
- ¹²³ Buch von Paul Johnson; *A History of the Jews*, 1987.
- ¹²⁴ Edgar Bonjour, *Geschichte der schweizerischen Neutralität im Zweiten Weltkrieg*, Bd. VI, S. 42 f.
- ¹²⁵ Ernst Leisi, *Freispruch für die Schweiz*, 1997. Die Gesamtzahl der Flüchtlinge, die vor Kriegsbeginn in die Schweiz ein- und von da weiterreisten, ist nicht bekannt, da bis 1938 keine Visumpflicht für die Einreise in die Schweiz bestand. 10'000 davon konnten die Schweiz nicht mehr verlassen und blieben zumeist bis Kriegsende in der Schweiz.

Kapitel 7 d und e

- ¹²⁶ *Facts* Nr. 25/1997.
- ¹²⁷ Vorwort des *Eizenstat-I-Berichts*, Seite 23.
- ¹²⁸ Vgl. die am 3. Januar 1998 veröffentlichte Studie *The unwanted guests, Swiss forced labor camps 1940-1944* des Historikers Alan Schom.
- ¹²⁹ Aussage Christopher Redman; in: *Rundschau SF DRS* vorn 14. Oktober 1998.
- ¹³⁰ *International Herald Tribune* vorn 16. Januar 1998. Letzter Satz frei übersetzt, deshalb das Originalzitat: «*The fact that Switzerland displayed valor in the face of immense danger to its national survival seems lost today in the anti-Swiss craze.*»

Kapitel 8

- ¹³¹ *Aargauer Zeitung* vom 28. Januar 1997.
- ¹³² Bankier Hans J. Bär, Ehrenpräsident der Julius Bär Holding, an einer Podiumsdiskussion des *Arbeitskreises Kapital und Wirtschaft*.
- ¹³³ Kommentar der Zeitschrift *Jerusalem Post* vom 19. Januar 1997: «*The Swiss have made moves that seem so inept, you have to wonder (...)*»
- ¹³⁴ *Facts* Nr. 34/1998.
- ¹³⁵ *SonntagsZeitung* vorn 3. August 1997.
- ¹³⁶ In Weimar (also ausgerechnet in Deutschland) am 3. Juni 1997.
- ¹³⁷ *Weltwoche* vom 16. Mai 1996.
- ¹³⁸ Vgl. Art. 2 und 26 des Bundesgesetzes über Radio und Fernsehen (RTVG) sowie Art. 13 der Konzession für die Schweizerische Radio- und Fernsehgesellschaft.
- ¹³⁹ Bundesrat Moritz Leuenberger bei der Beantwortung einer Interpellation von Ständerat Maximilian Reimann, Herbstsession 1997.
- ¹⁴⁰ Der Film war in England bereits am 18. Juni 1997 gezeigt worden, worauf in der Schweiz sofort Kritik aufkam.
- ¹⁴¹ Dieselbe Meinung wurde vertreten in der *SonntagsZeitung* im Anschluss an die Sendung vom 3. Juli 1997; dies in einem Artikel mit dem vielsagenden Titel *Die Thesen im Film sind von Studers* (Programschef SF DRS) *Leuten*.
- ¹⁴² Der Historiker Peter Kamber äusserte sich so in der Fernsehdiskussion unmittelbar nach der Ausstrahlung des Films am 3. Juli 1997. Der zitierte Kommentar von Redaktor Gotthilf Hunziker findet sich in der *Aargauer Zeitung* acht Tage später.
- ¹⁴³ Bei dieser Filmserie handelte es sich um 27 Beiträge, ausgestrahlt zwischen 30. Juni 1997 und 21. August 1997 auf der ersten Senderkette SF DRS, auf Schweiz 4 oder auf 3-sat.
- ¹⁴⁴ *Rundschau SF DRS* vom 23. April 1997 sowie erneut in der *Reportage Schweiz spezial* vom 22. Juni 1997 auf dem Sender Schweiz 4.

- ¹⁴⁵ Vgl. Leserbrief von Annalies Studer-Stadelmann, Escholzmatt; in *Wochenzeitung für das Emmental und das Entlebuch* vom 31. Juli 1997. Mit diesem Bewerbungsschreiben wollte Georges Baumgartner, Mitarbeiter der Télévision de la Suisse Romande und ab 1. November 1998 von Radio Schweiz International, in Japan Präsident des Auslandkorrespondentenklubs werden.
- ¹⁴⁶ Gemäss dem entsprechenden Bundesgesetz vom 17. Dezember 1965.
- ¹⁴⁷ Undatierter Text von Pro Helvetia, *Why a film series about Switzerland between 1933 and 1945?*
- ¹⁴⁸ Zitiert in Zeitschrift *JES, Europäische Schüler- und Studenteninitiative Schweiz*, Ausgabe März 1998.
- ¹⁴⁹ Formulierung im Text der Medienmitteilung *Geschichte für morgen – eine Veranstaltungsreihe in Bern* vom 30. September 1997. Am Schluss dieser Medienmitteilung war vermerkt: «*Auskunft: Peter Fasnacht, Bundesamt für Kultur (...) Das Ausstellungsteam: Peter Fasnacht (Konzept)*».
- ¹⁵⁰ Dreiseitiges Merkblatt zu dieser Ausstellung mit dem Titel *Die Mühe der Schweiz mit ihrer Geschichte*, verfasst von Ruedi Tobler, Teilzeitredaktor des VPOD-Magazins für Schule und Kindergarten, gleichzeitig Präsident des Schweizerischen Friedensrates.
- ¹⁵¹ Die Ausstellung wurde nicht vom Bundesrat, sondern von der *Eidgenössischen Kommission gegen Rassismus* organisiert. Die Kommission schrieb: «*Die Preisverleihung fand am 4. Dezember (1996) im Bundeshaus statt. Frau Bundesrätin Ruth Dreifuss unterstreicht mit ihrer Anwesenheit die Bedeutung der Kampagne.*»
- ¹⁵² *Neue Zürcher Zeitung* vom 7. Februar 1997.
- ¹⁵³ *Jerusalem Post* vom 19. Januar 1997.
- ¹⁵⁴ SF-DRS-Sendung *10 vor 10* vom 12. März 1997
- ¹⁵⁵ *Aargauer Zeitung* vom 15. August 1998. Zum Ausdruck «*hervorragende politische Fehlleistung*» siehe *Berner Zeitung* vom 13. Januar 1997.
- ¹⁵⁶ Es handelte sich dabei um einen vertraulichen Bericht vom 19. Dezember 1996 aus Washington zu Händen der *Task-Force Schweiz-Zweiter Weltkrieg* in Bern.

Kapitel 9

- ¹⁵⁷ Rede von Nationalrat Blocher *Die Schweiz und der Eisenstat-Bericht* im Kursaal Bern vom 21. Juni 1997.
- ¹⁵⁸ *SonntagsBlick* vom 26. Juli 1998.
- ¹⁵⁹ Ernst Leisi, Professor für englische Sprachwissenschaft an der Universität Zürich von 1956 bis 1974; in: *Auswahl von Hintergrundberichten und Kommentaren* im Buch *Schweizerische Selbstbehauptung während des Zweiten Weltkriegs*, 1998, Schlusswort.
- ¹⁶⁰ Zum Beispiel an seiner Rede vor der Delegiertenversammlung des *Schweizerischen Israelitischen Gemeindebundes* in Endingen vom 20. Mai 1998. Vgl. auch den Bericht in der *Weltwoche* vom 21. Mai 1998 über die Familie Muschg, wo von der «*fundamentalistischen Frömmigkeit des Vaters*» die Rede ist.
- ¹⁶¹ Zeitungsartikel von alt Gerichtspräsident Richard Lienhard (SP Zürich), vgl. *Auswahl von Hintergrundberichten und Kommentaren* im Buch *Schweizerische Selbstbehauptung während des Zweiten Weltkriegs*, 1998: Lienhard spricht in seinem Artikel vom 5. September 1997 von einer «*deutschfreundlichen Stimmung*», die im Elternhaus von Adolf Muschg geherrscht haben soll.
- ¹⁶² Editorial des Chefredaktors; in: *Der Brückenbauer* vom 30. Juli 1997.
- ¹⁶³ Hans Küng, *Die Schweiz ohne Orientierung*, 1992
- ¹⁶⁴ Auszug aus *Die Schweiz – ein Gefängnis*, Ansprache von Friedrich Dürrenmatt an den tschechischen Präsidenten Vaclav Havel: «*Wie es auch sei, das Gefängnis (die Schweiz) prosperiert. (...) Die Gefängnisleitung leistet sich die Utopie, die Strategie der Nibelungen gewähre (...) Sicherheit, statt zur Einsicht zu gelangen, das Gefängnis Schweiz könne sich die Kühnheit leisten, seine Wärten abzuschaffen (...), was freilich bedeuten würde, dass die Schweiz kein Gefängnis mehr wäre, sondern ein Teil Europas.*»

- 165 Peter Bichsei, *Des Schweizerers Schweiz*, 1967.
- 166 Im *Buch Abenteuer Schweiz* des Migros Genossenschaftsbundes, MGB 1991.
- 167 Deutsche Wochenzeitung *Die Zeit*, 24. Januar 1997.
- 168 Friedrich Engels, *Über die Schweiz*, Nachdruck 1970 seiner beiden Aufsätze *Der Schweizer Bürgerkrieg* und *Die politische Lage der schweizerischen Republik*.
- 169 Interview mit Hans Saner in: *Neue Mittelland Zeitung* vom 24. Mai 1997.
- 170 Artikel *Ewig stumm, ewig blind, ewig taub; jetzt erhält die Schweiz für ihre Selbstgefälligkeit und ihre selbstgewählte Isolation die Retourkutsche*; in: *SonntagsZeitung* vom 12. Januar 1997.
- 171 Deutsches Wochenblatt *Rheinischer Merkur* vom 7. August 1998.
- 172 Schrift *Entwicklungsland Schweiz 1798-1848-1998-2048* der Entwicklungshilfe-Organisationen Swissaid, Fastenopfer, Brot für alle, Helvetas und Caritas zur Feier «150 Jahre Bundesstaat». Zuerst ist darin vom «Mythos vom Sonderfall Schweiz» die Rede, dann folgt die zitierte Bemerkung.
- 173 *Süddeutsche Zeitung* vom 2. Juli 1998.
- 174 Thomas Senn und Othmar von Matt, *Nächstes Jahrtausend statt letztes Jahrhundert*, in: *SonntagsZeitung* vom 14. September 1997.
- 175 Forderung der *Schweizerischen Friedensstiftung* an ihrer Jahrestagung 1997 in Stalden BE.
- 176 Aus dem Referat *Bemerkungen zur gegenwärtigen Vergangenheitsbewältigung* von Christoph Graf, Direktor des Schweizerischen Bundesarchivs, gehalten am *Informationstag Fluchtgelder, Raubgut und nachrichtenlose Vermögen* vom 25. Februar 1997.
- 177 Othmar von Matt in: *SonntagsZeitung* (vgl. Fussnote 174).
- 178 Botschafter Tim Guldemann wurde bekannt, als er eine anerkennenswerte Rolle im Tschetschenien-Konflikt spielte, in dem er erfolgreich zwischen den Kriegsparteien vermittelte.
- 179 Zitat aus der *Bülacher Zeitung* betreffend den Auftritt von Botschafter Guldemann vom 27. November 1997.
- 180 1.-August-Ansprache 1998 der aargauischen SP-Grossrätin Ursula Padrutt.
- 181 Aussage eines bekannten Schweizer Unternehmers an einem von Nationalrat Ernst Mühleman (FDP Thurgau) geleiteten Podiumsgespräch im Rahmen des Lilienberg-Forums in Ermatingen 1998. Auf die Nennung des Namens wird verzichtet, da den Podiumsteilnehmern des Lilienberg-Forums jeweils zugesichert wird, dass keine Medienvertreter anwesend sind, welche die Voten veröffentlichen.
- 182 Aussage von Ellen Ringier, Ehefrau des Verlegers Michael Ringier, der mit seinem Ringier- Konzern unter anderem den *Blick*, den *SonntagsBlick* und die *Schweizer Illustrierte* verlegt; vgl. das der Zeitung *Jüdische Rundschau* beigelegte Magazin *Inside* 26/98.
- 183 Interview mit Professor Hans-Ulrich Jost; in: *Tages-Anzeiger* vom 15. September 1997.
- 184 *Jüdische Rundschau* vom 20. August 1998.

Kapitel 10

- 185 So äusserte sich erneut Edgar Bronfman unmittelbar nach der Einigung zwischen den Schweizer Banken und den jüdischen Organisationen; vgl. *Aargauer Zeitung* vom 15. August 1998.
- 186 Leserbrief von Robert Koller aus Rüti ZH, in: *Der Brückenbauer*, undatiert; zugesandt an den Autor am 20. August 1998 (Veröffentlichung im Februar oder März 1997).
- 187 Zitat des gemässigten Ständerats Andreas Iten in seinem Artikel *Wie Hassgefühle entstehen können*, im Pressedienst der freisinnigen Partei vom 18. Juni 1998.
- 188 Elliot Abrams, in: Zeitschrift *National Review* vom 19. Juni 1997.
- 189 *Weltwoche* vom 3. August 1997.
- 190 Vgl. die Darstellung im Hollywood-Film *Schindler's List*.
- 191 Mit solchen Räumungsaktionen liess bereits Hitlers Architekt Albert Speer (der spätere Rüstungsminister) Platz zum Bau des Regierungskomplexes in Berlin schaffen.

- ¹⁹² Vgl. die Darstellung im Hollywood-Film *Sophie's Choice* (d.h. Sophies Wahl), in welchem dargestellt wurde, wie eine Mutter diese Wahl beim Eintritt in ein Konzentrationslager zu treffen hatte.
- ¹⁹³ Den Häftlingen wurde absichtlich nur so viel an Nahrung abgegeben, dass sie mit der Zeit zwangsläufig an Hunger und Erschöpfung sterben mussten.
- ¹⁹⁴ Vgl. Ernst Klee, *Ich nenne die Täter beim Namen*; in: *Aargauer Zeitung* vom 22. November 1997.
- ¹⁹⁵ Leserbriefsammlung, *Leuchtturm in der Wüste*, Buch aus dem Verlag Rothenhäusler, 1997.
- ¹⁹⁶ Vgl. Radio DRS 1, *Streitpunkt*, 21. Juni 1994.

Kapitel 11

- ¹⁹⁷ Zeitungsartikel von Gabriela Winkler, *Die moralische Verantwortung*; in: *Jüdische Rundschau* vom 20. August 1998.
- ¹⁹⁸ Ansprache von Bundesrat Flavio Cotti in den USA im *National Press Club* in Washington.
- ¹⁹⁹ Sir David Kelly, der damalige britische Gesandte in Bern, in seinen *Erinnerungen*, 1952.
- ²⁰⁰ Winston Churchill in seinen *Memoiren*, Band VI, 1. Teil, Seite 437.
- ²⁰¹ *Neue Zürcher Zeitung* vom 16. Mai 1997.
- ²⁰² Caroline Heimo, Sprecherin der Schweizer Botschaft; in: *Baltimore Jewish Times* vom 30. Januar 1998.
- ²⁰³ Kommentar von William Drozdiak; in: *Washington Post*, nach der Veröffentlichung des Eizenstat-Berichts vom 7. Mai 1998.
- ²⁰⁴ Protokoll Nationalbank vom 17. September 1947.
- ²⁰⁵ Wörtlich übersetzt: «*Offenbar glaubte er* (Bundesrat Flavio Cotti), *ich habe Hörner*», was sinngemäss bedeutet, er habe Angst. Das Zitat stammt aus dem Magazin *MacLean's* vom 9. Juni 1997.
- ²⁰⁶ Vgl. *Tages-Anzeiger* vom 28. Oktober 1997.
- ²⁰⁷ Alan Schorn, *Survey of Nazi and Pro-Nazi Groups in Switzerland*, Juni 1998.
- ²⁰⁸ In ihrer Ansprache in der Wandelhalle des Bundeshauses am 15. November 1998 sagte Madeleine Albright: «*Switzerland helped to sustain the German war effort* (die Schweiz half, die deutschen Kriegsbemühungen aufrechtzuerhalten).»
- ²⁰⁹ Der Auftrag wurde der *Jüdischen Rückerstattungs-Weltorganisation* (World Jewish Restitution Organisation; WJRO) erteilt. Sowohl der *Jüdische Weltkongress* (Vorsitz Edgar Bronfman) wie auch die *Jewish Agency* (Vorsitz Avraham Burg) treten als Mitglieder der WJRO auf. Noch heute besteht dieses offizielle Mandat.
- ²¹⁰ Rabbi Marvin Hier, Leiter des *Simon Wiesenthal Centers* in Los Angeles, am 8. August 1997; vgl. *Auswahl von Hintergrundberichten und Kommentaren* im Buch *Schweizerische Selbstbehauptung während des Zweiten Weltkriegs*, 1998, S. 325.
- ²¹¹ *Jüdische Rundschau* vom 11. Juni 1998.
- ²¹² Zeitungsartikel *Interne Protokolle rücken die Tat Meilis in ein neues Licht*, in *SonntagsZeitung* vom 18. Januar 1998.
- ²¹³ *AargauerZeitung* vom 19. November 1997.
- ²¹⁴ *SonntagsZeitung* vom 15. März 1998.

Kapitel 12

- ²¹⁵ SF-DRS-Sendung *10 vor 10* vom 21. August 1997.
- ²¹⁶ Formulierung von Richard Anderegg, Journalist in Washington; in: *Auswahl von Hintergrundberichten und Kommentaren* im Buch *Schweizerische Selbstbehauptung während des Zweiten Weltkriegs*, 1998, S. 280.

- 217 *Blick* vom 19. November 1997. Die beiden Kommentare stammen von den 75-Jährigen Grigori Arensburg und Jane Borowska.
- 218 *New York Post* vom 6. März 1997.
- 219 Konrad Mrusek, *Der späte Sinneswandel*; in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 22. Januar 1997.
- 220 Vorstösse in dieser Richtung kamen von den Nationalräten Hansjörg Weder (LdU Basel), Rudolf Hafner (Grüne Bern), Elmar Ledergerber (SP Zürich) und Peter Tschopp (FDP Genf).
- 221 Bundesrätliche Beantwortung des Postulats Tschopp, veröffentlicht am 3. März 1997.
- 222 Zitat aus: *Stellungnahme* von Bundesrat Kaspar Villiger zur geplanten Stiftung vom 5. März 1997.
- 223 Zitat aus dem kanadischen Magazin *MacLean's* vom 9. Juni 1997. Edgar Bronfman wurde in der Tat vom Bundesrat am 28. Mai 1998 in das Leitungsgremium des *Spezialfonds zugunsten bedürftiger Holocaust-Opfer*, also in den *Holocaustfonds*, berufen. In der Zwischenzeit ist er aus diesem Gremium zurückgetreten.
- 224 Artikel *Wie weiter mit der Solidaritätsstiftung?*; in: *Neue Zürcher Zeitung* vom 15. August 1998.
- 225 Adolf Muschg, *Wenn Auschwitz in der Schweiz liegt*, 1997.
- 226 Zeitungsartikel von Hans-Ulrich Fässler, Präsident des Schweizerischen Verbandes der Bürgergemeinden und Korporationen; in: *Basellandschaftliche Zeitung* vom 20. August 1998.
- 227 *Schweizerzeit* vom 4. September 1998.
- 228 Pressedienst der freisinnigen Partei vom 20. August 1998.
- 229 *Sydney Morning Herald* vom 15. August 1998.
- 230 Fernsehsender CNN, Abendnachrichten vom 12. August 1998.
- 231 *Aargauer Zeitung* vom 15. August 1998.
- 232 Die *Anti-Defamation-League «B'nai B'rith»* ist eine der wichtigsten jüdischen Gruppierungen der USA. Ihr Jahresbudget ist rund viermal höher als dasjenige des *Jüdischen Weltkongresses*.
- 233 *Aargauer Zeitung* vom 15. August 1998.
- 234 *SonntagsZeitung* vom 16. August 1998.
- 235 Zeitung *Le Temps* vom 18. August 1998.
- 236 SF DRS, Arena-Sendung vom 28. August 1998.
- 237 Formulierung *der Aargauer Zeitung* nach der zweiten Publikation der Bankenlisten Ende Oktober 1997.
- 238 Vgl. Artikel *Aufwand gross, Ertrag klein*, in: *Facts* Nr. 44/1997.
- 239 Vortrag von Dr. Hjalmar Mäe, ehemaliger Regierungschef von Estland, den er verschiedentlich gehalten hatte. Der Vortrag wurde vervielfältigt und liegt in schriftlicher Form vor.
- 240 Stéphane Courtois, *Schwarzbuch des Kommunismus, Unterdrückung, Verbrechen, Terror*, 1998.
- 241 Vgl. *SonntagsZeitung* vom 2. August 1998. Der Artikel beruft sich auf die *Studie Spendenmarkt Schweiz 2000* der Firma Atag Ernst & Young Marketing Services.
- 242 Botschaft des Bundesrats betreffend Beitritt der Schweiz zum Abkommen über die Europäische Wirtschaftliche Zusammenarbeit vom 20. August 1948, in: *Bundesblatt* Nr. 34 vom 26. August 1948, S.1199.

Kapitel 13

- 243 *Arbeitskreis Gelebte Geschichte*; Bericht und entsprechende Pressemitteilung vom 25. September 1998 mit dem Titel *Was ist der Goldbericht der Bergier-Kommission wert? – Eine kritische Würdigung*.
- 244 *Le Temps* vom 15. Juni 1998.
- 245 *Neue Zürcher Zeitung* vom 31. Juli 1998, vgl. auch *Der Bund* vom 10. August 1998.
- 246 Urteil von Jean-Pierre Roth, Mitglied des Direktoriums der *Schweizerischen Nationalbank*, anlässlich eines Mediengesprächs in Genf, vgl. *Neue Zürcher Zeitung* vom 31. Juli 1998.

- ²⁴⁷ *Landbote* vom 9. November 1996.
- ²⁴⁸ *Weltwoche* vom 2. April 1998.
- ²⁴⁹ Pfarrer Rolf Sigg ist Redaktor der Zeitschrift *Von des Christen Freude und Freiheit*. Die Entschuldigung publizierte er in der Ausgabe August 1997.
- ²⁵⁰ *Facts* Nr. 34/1998.
- ²⁵¹ Sebastian Speich, Fred David, Shraga Elam, Anton Ladner, *Die Schweiz am Pranger, Banken, Bosse und die Nazis*, 1997.
- ²⁵² *Weltwoche* vom 21. Mai 1997.
- ²⁵³ *Beobachter* vom 4. September 1998.

Kapitel 14 und 15

- ²⁵⁴ Artikel *Parasiten werden gemieden*; in: *SonntagsZeitung* vom 26. April 1998.
- ²⁵⁵ Vgl. Karl Kloter, *Irrwege und Heimwege*, Prosa-Lyrik-Dokumente.
- ²⁵⁶ Vgl. das Buch *Die schönsten Zitate der Welt*, 1987.
- ²⁵⁷ *Aargauer Zeitung* vom 24. Mai 1997. Willi Gautschi hat sich vor allem einen Namen geschaffen durch seine fundierte Biographie von General Guisan.
- ²⁵⁸ Ulrich Kägi, Vortrag an der Generalversammlung des Schweizerischen Elektrotechnischen Vereins am 25. September 1971 in Flims, zitiert in Leserbriefsammlung, *Leuchtturm in der Wüste*, P. Rothenhäusler, 1997.
- ²⁵⁹ Zitiert von alt Botschafter Dr. Heinz Langenbacher, nach dem Krieg Mitarbeiter von Minister Stucki, Brief an Autor.
- ²⁶⁰ Leserbrief eines ehemaligen Flüchtlings, der damals in der Schweiz Schutz gefunden hatte. Vgl. *Züri Woche* vom 24. Juli 1997, nacherzählt von Sigmund Widmer, ehemaliger Stadtpräsident von Zürich und alt Nationalrat.

Zu den Zitaten:

Jedermann, der schon einmal in Medien zitiert wurde, weiss, dass solche Zitate falsch oder ungenau sein können. Da dieses Buch eine Vielzahl von Zitaten beinhaltet, können Ungenauigkeiten bestehen. Es ist aber auch möglich, dass ein Zitat sehr wohl korrekt ist, dass aber derjenige, der zitiert worden ist, nachträglich wahrheitswidrig bestreitet, dies so gesagt zu haben. Selbst Rückfragen bei den Journalisten geben deshalb jeweils keine endgültige Klarheit. Gewisse Ungenauigkeiten bei Zitaten müssen notgedrungen in Kauf genommen werden, um den aktuellen Zeitgeist zeigen zu können. Allgemein geht es nicht darum, zitierte Personen zu verunglimpfen, sondern darum, beispielhaft typische Grundhaltungen darzustellen. Die Übernahme von Zitaten aus den Medien lässt sich umso mehr vertreten, als dieses Buch keine wissenschaftliche Abhandlung sein soll, sondern ein Plädoyer für die Schweiz.

Personenregister

- Abrams Elliot 158
Albright Madelaine 173, 242, 243
Ammann Hans-Peter 199
Anderegg Richard 39, 256, 258, 263
von Arx Herbert 42, 195, 256
Auer Felix 120
Bär Hans 77
Baumann Alexander 250, 254
Baumgartner Georges 125
Beer Greta 77, 179
Ben Gurion David 107
Beres Louis René 20
Bergier Jean-François 218, 238, 253
Bichsei Peter 143
Blau Gisela 33, 107
Bloch Rolf 27, 34, 201, 237, 240
Blocher Christoph 50, 140
Bollag Peter 21
Bonjour Edgar 65, 103, 110
Borer Thomas 132, 191, 197, 238, 253
Borner Silvio 147
Bower Tom 22, 37, 38, 48, 126, 141
Boxer Barbara 167, 173
von Braun Wernher 20
Bretscher Willi 133
Britschgi Hannes 170
Bronfman Edgar 21, 35, 36, 38-43, 49-52, 55, 72, 77, 91, 93, 135, 136, 157, 169, 171-176, 179, 186, 188, 191, 202, 236, 244-246, 249, 250
Bührer Gerold 205
Buomberger Thomas 123, 124, 126
Burg Avraham 34, 43, 53, 132, 135, 164, 175, 191, 202
Burg Josef 107
BütlerHugo 121
Camffermann Marinus 198
von Castelmur Linus 65
Cattani Alfred 217
Churchill Winston 132, 166, 208
Clinton Bill 39,41, 42, 172, 173, 174, 243, 246, 248
Clinton Hillary 173, 243
Cohn Arthur 75
Cosandey Peter 181
Cotti Flavio 34, 132, 168, 173, 186, 244, 246, 248
Couchepin Pascal 246
D'Amato Alfonse 21, 36, 37, 39-42, 47, 51,52, 68, 120, 122, 127, 144, 171, 188, 222, 237, 244, 250
De Palma Brian 169
Defago Alfred 99, 167, 169
Delamuraz Jean-Pascal 22, 29, 51, 54, 133-136, 203, 239
Dreifuss Ruth 28, 29, 95, 99, 143, 148, 197, 246
Dreifuss Sidney 259
Dürrenmatt Friedrich 143
Ehinger Paul 256
Eizenstat Stuart 36, 40-43, 73, 81, 84, 87, 92, 96, 112-116, 159, 170, 172, 173, 241, 246-248, 250, 251
Elam Shraga 55, 107, 108
Elkana Yehuda 158
Engels Friedrich 145
Engler Karl 70
Engler Rolf 236
Erlanger Simon 27
Fagan Edward 55-58, 64, 77, 117, 239, 240, 244, 249
Fässler Hans-Ulrich 264
Fehr Hans 137, 150
Feigel Sigi 136, 183, 237
Feinstein Dianne 47

Feldmann Markus 96
 Fior Michel 90
 Fischer Rudolf 99
 Fischer Theo 236
 Fong Matt 46, 47, 185, 242
 Foxman Abraham 196
 Franklin Benjamin 229
 Frenkel Max 121
 Frisch Max 143
 Fritschi Oskar 195
 Fuhrer Hermann 259
 Ganzfried Daniel 141
 Gautschi Willy 213, 231
 Gore Al 39, 40
 Graf Christoph 94, 149
 Grendelmeier Verena 235, 236
 Gretler Heinrich 31
 Grüninger Paul 106, 210
 Gschwend Hanspeter 107, 108
 Guggenheim Silvain 259
 Guisan Henri 141, 213
 Guldimann Tim 150
 Gut Rainer 177, 178, 184
 Hagemann Fritz 133
 Haggemüller Erwin 240
 Häsler Alfred 65, 66
 Hausfeld Michael 45, 122, 247, 249, 251
 Heimo Caroline 263
 Hertzberg Arthur 50
 Hevesi Alan 36, 46, 185, 193, 196, 242,
 243, 247, 250
 Hier Marvin 43, 177
 Higham Charles 211
 Hilberg Raul 103
 Hirs Alfred 88,90
 Hirschson Avraham 132, 191, 250, 253
 Honegger Gottfried 121
 Honegger Otto 123
 Honecker Erich 39
 Hübscher Alfred 210
 Huffington Michael 39, 47
 Hug Peter 74
 Hunziker Gotthilf 260
 Hürlimann Thomas 121
 Iten Andreas 262
 Jaggi Yvette 126
 Jagmetti Carlo 48, 136, 240
 Jänner Greville 36, 37, 186, 188
 Jost Hans-Ulrich 152
 Juncker Jean-Claude 222
 Kägi-Fuchsmann Regina 210
 Kägi Ulrich 265
 Kamber Peter 124
 Karski Jan 105
 Keller Max 217
 Keller Rudolf 250
 Kelly David 263
 Kinkel Klaus 171
 Kinsella Mike 37
 Köcher Otto 97, 98, 215
 Kohn Michael 34, 246
 Koller Arnold 95, 100, 136, 185, 187,
 191, 230, 240
 Koller Robert 262
 König Mario 37, 126
 König Max 102
 Korman Edward 248, 251
 Krayser Georg 178
 Kreis Georg 132, 217, 218
 Kunin Madelaine 58
 Kurz Gertrud 210
 Lalumière Cathérine 231
 Lambelet Jean-Christian 84, 212
 Landau Herman 259
 Langenbacher Heinz 30, 265
 Langhoff Wolfgang 101
 Leach James 237
 Leisi Ernst 110, 141

Lenin Wladimir 110, 201
 Leuenberger Moritz 123
 Leutenegger Filippo 197
 Leutwyler Fritz 190
 Levin Itamar 55
 Lienhard Richard 261
 Lincoln Abraham 146
 Loeb François 34, 99
 Loebell Irène 38,48
 Ludwig Carl 65, 96
 Lutz Carl 210
 Mann Golo 103
 Marcuse Ludwig 30
 Marguerat Philippe 212
 Marshall George 158, 208
 von Matt Peter 121
 Mayer Saly 106
 Mayer Yitzhak 110
 McCall Carl 247
 Meili Christoph 42, 66, 180, 181, 237, 239,
 240, 249
 Meyer Hans 190
 Mörgeli Christoph 259
 Mühlemann Ernst 47, 135, 253
 Munk Peter 118
 Muschg Adolf 29, 30, 96, 136, 137, 142,
 148, 163, 192, 217
 Nabholz Lili 236
 Neeman Jaaskov 199
 Netanyahu Benjamin 34-36, 173-176, 246,
 249, 250
 Nydegger Hans 255
 Oeri Albert 133
 Olgiati Christopher 123, 124
 Oprecht Hans 96
 Oyarzabal Antonio 182
 Palmer Mitchell 109
 Pataki George 40, 242
 Patton George 88, 114
 Perrenoud Marc 74
 Petitpierre Max 88
 Pérez De Cuéllar Javier 229
 Picard Jacques 48, 97, 218
 Piller Otto 235
 Pochon Fritz 133
 Polanski Roman 182
 Puhl Emil 83
 Rabin Yitzhak 174, 175
 Räuber Urs 216
 Rechsteiner Paul 38, 143, 236, 245
 Redman Christopher 117
 Reimann Maximilian 260
 Ribl Rolf 142
 Richner Beat 202
 Rickman Greg 37, 52
 Riegner Gerhart 33, 105
 Rifkind Malcom 37, 73
 Ringier Ellen 262
 Rings Werner 65
 Rippmann Peter 97, 216, 217
 Rochat-Moser Franziska 182
 Rockler Walter 67
 Roessler Rudolf 113
 Roosevelt Franklin 105
 Rosenberg Rudy 78, 180
 Rosenberg Walter 105
 Rosenthal Hans 102
 Rossy Paul 90
 Roth Jean-Pierre 264
 Rothenhäusler Paul 164
 Rothmund Heinrich 96-99, 105, 106, 215-
 218
 Rubin Seymour 81, 90
 Ryan Cornelius 160
 von Salis Jean-Rodolphe 103
 Saner Hans 148
 Sapir Estelle 74, 245
 Sartorius Karl 133

Schacht Hjalmar 108
Schaffner Hans 91, 112, 213
Schibli Peter 42, 256
Schlegel Max 99
Schlüer Ulrich 164
Schnorf Fritz 90
Schom Alan 21,47, 48, 117, 171, 209, 244,
247
Schulte Eduard 105
Schürch Ernst 133
Schwaar Hans Ulrich 134
Scruggs Richard 46
Segev Tom 93, 106, 258, 259
Senn Deborah 241
Sharett Mosche 106, 107
Sigg Rolf 216
Simpson O.J. 45
Singer Israel 21, 34, 36, 41, 49, 66, 172, 196,
202, 237, 246
Slany William 115,241
Somm Edwin 146
Sonabend Charles 204, 245
Sonderegger Hans-Ueli 211
Spielberg Steven 42, 66, 169
Spring Joseph 204, 245
Stalder Hanspeter 81
Stalin Josef 19, 89, 114, 201
Stäuble Eduard 260
Steinberg Elan 21, 36, 37, 41, 135, 196
Steiner Rudolf 253
Stern Maram 237
Stettler Bernhard 193
Straub Franz 30
Stucki Walter 73, 114, 232
Stucky Georg 253
Studer Peter 123, 136
Studer Robert 180, 181, 239
Sultanik Kalman 50, 244
Surava Peter 210
Swift Robert 239, 249
Tanner Jakob 212, 213, 215, 218
Thoms Albert 80, 88
Trepp Gian 65, 170
Trip Leonardus 85, 86
Trotzki Leonid 110, 201
Tschopp Peter 188
Tschuppert Karl 248
Vieli Klaus 170
Villiger Kaspar 94, 95, 171
Vogler Robert 65
Vogt Paul 210
Volcker Paul 179, 237
Vrba Rudolf 105
Waibel Max 113
Waldheim Kurt 244
Weber Ernst 90
Weber Franz 51
Weiss Melvyn 247, 249, 251
Weisshaus Gizella 77, 78, 239
Weissmandel Rabbi 108
Weizmann Chaim 107
Wetzler Alfred 105
Whittlesey Faith 50, 115
Widmer Sigmund 265
Wilkomirski Benjamin 140, 141
Winkler Gabriela 263
Wittmann Walter 147, 190
Woodward Louise 45
Wyler Josef 102, 103
Zaoui Ahmed 224
Ziegler Jean 30, 52, 120, 141, 235, 237

Literaturverzeichnis

- Auer Felix, *Das Schlachtfeld von Thun, Dichtung und Wahrheit bei Jean Ziegler*, Th.-Gut-Verlag, Stäfa, 1997.
- Bauer Yehuda, *Freikauf von Juden – Verhandlungen zwischen dem nationalsozialistischen Deutschland und jüdischen Repräsentanten von 1933 bis 1945*, Übersetzung von Klaus Binder und Jeremy Gaines, Jüdischer Verlag, Frankfurt am Main, zweite Auflage, 1996.
- Bergier-Kommission, Bericht *Goldtransaktionen im Zweiten Weltkrieg*, kommentierte statistische Übersicht mit dem Titel *Ein Beitrag zur Goldkonferenz in London, 2. bis 4. Dezember 1997*.
- Bergier-Kommission, Zwischenbericht *Gold-Zwischenbericht, die Schweiz und die Goldtransaktionen im Zweiten Weltkrieg*, 1998.
- Bichsei Peter, *Des Schweizers Schweiz*, Arche-Verlag, Zürich, 1984 (Erstaufgabe 1967).
- Blocher Christoph, *Die Schweiz und der Zweite Weltkrieg; eine Klarstellung*, Auns, Zürich, 1997.
- Blocher Christoph, *Die Schweiz und der Eisenstat-Bericht*, Auns, Zürich, 1997.
- Bonjour Edgar, *Geschichte der Schweizer Neutralität im Zweiten Weltkrieg («Bonjour-Bericht»)*, Band VI, Helbing und Lichtenhahn, Basel, Stuttgart, 1970.
- Bower Tom, *Blood Money – the Swiss, the Nazis and the Looted Billions*, Verlag MacMillan, London, 1996. Übersetzung *Das Gold der Juden. Die Schweiz und die verschwundenen Nazi-milliarden*, Verlag K. Blessing, München, 1997.
- Bronfman Edgar, Autobiographie *The making of a Jew* (frei übersetzt: *Wie Juden gemacht werden*), Verlag G.P. Putnam's Sons, New York, 1996.
- Von Castelmur Linus, *Schweizerisch-alliierte Finanzbeziehungen im Übergang vom Zweiten Weltkrieg zum kalten Krieg*, Chronos-Verlag, Zürich, 1992.
- Churchill Winston, *Der Zweite Weltkrieg, Memoiren*, Scherz-Verlag, Bern, 1948-1955.
- Courtois Stéphane, Werth Nicolas, Panné Jean-Louis, Paczkowski Andrzej, Bartosek Karel, Margolin Jean-Louis, *Le livre noir du communisme*, Editions Robert Laffont SA, Paris, 1997, übersetzt *Schwarzbuch des Kommunismus, Unterdrückung, Verbrechen, Terror*, Piper-Verlag, München, 1998.
- Dürrer Marco, *Die schweizerisch-amerikanischen Finanzbeziehungen im Zweiten Weltkrieg. Von der Blockierung der schweizerischen Guthaben in den USA über die «Safe-haven»-Politik zum Washingtoner Abkommen (1941-1946)*, Verlag P. Haupt, Bern, Stuttgart, 1984.
- EIR-Nachrichtenagentur GmbH, Wiesbaden, Studie *Wer steckt hinter der «Schweizer Nazigold-Affäre»?* , Oktober 1997.
- Eisenstat-I-Bericht: Vorstudie («preliminary study»), *Bemühungen der USA und der Alliierten, Gold und andere von Deutschland während des Zweiten Weltkriegs gestohlene oder versteckte Wertsachen aufzufinden und zurückzuerstatten*.

- Eizenstat-II-Bericht: Anhang zur Vorstudie («supplement to preliminary study»): *Verbindungen und Verhandlungen der USA und der Alliierten mit Argentinien, Portugal, Spanien, Schweden und der Türkei über geraubtes Gold und deutsche Guthaben im Ausland sowie US-Untersuchungen über das Schicksal von Kriegsschätzen*, Juni 1998.
- Engels Friedrich, *Über die Schweiz*, Nachdruck seiner beiden Aufsätze *Der Schweizer Bürgerkrieg* und *Die politische Lage der schweizerischen Republik* im Arche-Verlag, 1970.
- Fior Michel, *Das Gold der Reichsbank. Was wusste die Schweizerische Nationalbank?*, Chronos-Verlag, Zürich, 1997.
- Fisher Roger, Ury William, Patton Bruce, *Das Harvard-Konzept, sachgerecht verhandeln – erfolgreich verhandeln*, Übersetzung von Werner Raith und Wilfried Hof, Campus, Frankfurt, New York, 1995.
- Gautschi Willi, *Henri Guisan, die schweizerische Armeeführung im Zweiten Weltkrieg*, Verlag Neue Zürcher Zeitung, Zürich, 1989.
- Hadawi Sami, *Palestinian Rights and Losses in 1948 (Die Rechte der Palästinenser und ihre Verluste 1948)*, Saqi Books, 1988.
- Häsler Alfred, *Das Boot ist voll, Die Schweiz und die Flüchtlinge 1933-45*, Ex Libris Verlag, Zürich, 1967.
- Hertzberg Arthur, *Shalom, Amerika! Die Geschichte der Juden in der Neuen Welt*, Frankfurt am Main, Jüdischer Verlag, 1996.
- Hilberg Raul, *Die Vernichtung der europäischen Juden*, Frankfurt am Main, 1982.
- Hug Peter und Perrenoud Marc, Studie *In der Schweiz liegende Vermögenswerte von Naziopfern und Entschädigungsabkommen mit Oststaaten*, publiziert 19. Dezember 1996.
- Itin Treumund, *Die Schweiz im 2. Weltkrieg, Bedrohte Schweiz – Die Bewährung*, Medien-Panoptikum, 1998.
- Keller Stefan, *Grüningers Fall*, Rotpunktverlag, Zürich, 1993.
- Kloter Karl, *Irrwege und Heimwege*, Verlag P. Rothenhäusler, 1995.
- Küng Hans, *Die Schweiz ohne Orientierung*, Verlag Benziger, Zürich, 1992.
- Leisi Ernst, *Freispruch für die Schweiz. Erinnerungen und Dokumente entlasten die Kriegsgeneration*, Huber Verlag, Frauenfeld, 1997.
- Leserbriefsammlung, *Leuchtturm in der Wüste, ein Mosaik aus 100 Leserbriefen*, Verlag P. Rothenhäusler, Stäfa, 1997.
- Ludwig Carl, *Die Flüchtlingspolitik der Schweiz seit 1933 bis zur Gegenwart* («Ludwig-Bericht»), 1955 (1957 im Parlament behandelt und veröffentlicht), Bundeskanzlei, Bern, 1957.
- Mapother John, *Wie man auf die Watchlist kommt, eine wahre Geschichte aus Amerika*, Übersetzung von Johannes Eidlitz, Ibero- und Molden-Verlag, Wien, 1997.

- Marcuse Ludwig, *Nachruf auf Ludwig Marcuse*, Neuauflage, Diogenes-Verlag, Zürich, 1993.
- Muschg Adolf, *O mein Heimatland*, Suhrkamp Verlag, Frankfurt am Main, 1998.
- Muschg Adolf, *Wenn Auschwitz in der Schweiz liegt*, Suhrkamp Verlag, Frankfurt am Main, 1997.
- Newman Peter, *King of the Castle, The Making of a Dynasty: Seagram's and the Bronfman Empire* (die Geschichte des Seagram-Konzerns respektive der Familie Bronfman), Atheneum-Verlag, New York, 1979.
- Picard Jacques, *Die Schweiz und die Juden, 1933-1945*, Chronos-Verlag, Zürich, 1994.
- Rings Werner, *Die Schweiz im Krieg, 1933-1945*, Verlag Ex Libris, Zürich, 1981 (6. Auflage).
- Rings Werner, *Raubgold aus Deutschland*, Artemis Verlag, Zürich, 1985.
- Ryan Cornelius, *Der längste Tag, Normandie 6. Juni 1944*, 1959.
- Segev Tom, *Die siebte Million. Der Holocaust und Israels Politik der Erinnerung*, Rowohlt, Hamburg, 1995.
- Schorn Alan, Studie Nr. 1, *The Unwanted Guests, Swiss Forced Labor Camps 1940- 1944*, auf Deutsch: *Die unwillkommenen Gäste, Schweizer Zwangsarbeitslager 1940 bis 1944*, Januar 1998.
- Schorn Alan, Studie Nr. 2, *Survey of Nazi and Pro-Nazi Groups in Switzerland*, frei übersetzt als *Untersuchung betreffend die Nazifreundlichkeit der Schweiz*, Juni 1998.
- Speich Sebastian, David Fred, Elam Shraga und Ladner Anton, *Die Schweiz am Pranger*, Verlag C. Ueberreuter, Wien, Frankfurt am Main, 1997.
- Spritzer Jenny, *Ich war Nr. 10291; als Sekretärin in Auschwitz*, 1946, Neuauflage Verlag P. Rothenhäusler, Stäfa, 1996. Erstauflage 1946 im Eigenverlag.
- Trepp Gian, *Bankgeschäfte mit dem Feind, Die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich im Zweiten Weltkrieg*, Rotpunktverlag, Zürich, 1993.
- Vogler Robert, *Der Goldverkehr der Schweizerischen Nationalbank mit der Deutschen Reichsbank 1939-1945*, in: *Geld, Währung und Konjunktur*, Quartalsheft SNB Nr. 1/1985.
- Wyman David, *The Abandonment of the Jews, America and the Holocaust, 1941-1945*, Das unerwünschte Volk, Amerika und die Vernichtung der europäischen Juden, Ismaning bei München, 1986.
- Zeitungartikel-Aus wähl, *Schweizerische Selbstbehauptung während des Zweiten Weltkriegs*, Schweizerzeit-Verlag, Schriftenreihe Nr. 29, 1988.
- Ziegler Jean, *Die Schweiz, das Gold und die Toten*, Bertelsmann, München, 1997.
- Zitate, *Die schönsten Zitate der Welt*, Zweiburgen Verlag, Weinheim, 1987.